GRÜN-ALTERNATIVE MONATSZEITSCHRIFT

MOZ

● Die Nummer 11
● Oktober 85
● Preis: öS 25,—
DM 4,—/sfr 3.50,—



PHOTO: Werner Maier.

•ZÜRI PENNT•

■ TIERSCHUTZ ■

■ TIROLER BAUSKANDAL ■

■ BIENNALE 85 ■

■ PETRA KELLY INTERVIEW ■

■ DANIEL ELLSBERG ■

Schwerpunktthema:

AFRIKA

ÄTHIOPIEN • MOSAMBIK • SÜDAFRIKA • UGANDA

Erscheinungsort WIEN, Verlagspostamt 1160, P.b.b.

SEIKO
SPORT·TECH

Seiko sagt Ihnen, wann der Mond wechselt.



PV 006. Sports 100.
Analog-Quartz-Chronograph mit Mondphasen- und Datumsanzeige. Stoppfunktionen von 5/100 Sekunden bis 30 Minuten. Additionszeit-, Zwischenzeit- und Zielzeitmessung. 3 Rundenzähler. Wasserdicht bis 100 m Tiefe. Batterielebensdauer ca. 2 Jahre. Batteriewechselanzeige. Hardlex-Glas. öS 7.490,–*
* Unverbindliche Preisempfehlung.

Seiko Generalvertretung Österreich:
A. Weiner Ges.m.b.H.
Wehlistraße 29, 1200 Wien

SEIKO
In jeder steckt ein Stück Zukunft.

● MOZ-INTERVIEW


PHOTOS: CHRISTOPH KELLER

Petra Kelly –

Die letzte Grüne?

MOZ: *Fühlst du dich durch deine Weigerung, zu rotieren, in der Fraktion isoliert?*

KELLY: Die Situation hat sich eindeutig entkrampft, es wird respektiert, daß ich nicht rotiert habe. Die Presse schrieb ständig, ich sei innerhalb der Fraktion isoliert, vereinsamt, aber ich habe das nie gespürt. Ich bekam im Gegenteil Zuspruch, denn dieser Basisbeschluß war von Anfang an äußerst umstritten. Ich habe mich dazu entschlossen, nicht den Parteisoldaten zu spielen, obwohl ich mich an diesen Beschluß hätte halten müssen. Aber ich habe ihn von Anfang an abgelehnt und das wird mir jetzt zugute geschrieben. Das Prinzip der Zweijahresrotation stört meiner Ansicht nach die Effektivität der Fraktion. Ich bin für die Vierjahresfrist, denn dann ist man meistens sowieso ausgelaugt und möchte aufhören. Wir haben die Rotation auch noch gar nicht völlig vollzogen, denn ein Teil wird erst später gehen. Dadurch sind auch die Ausschüße zum Teil nicht besetzt. Es gibt jetzt auch die Situation, daß die Nachrücker, die uns während der ersten zwei Jahre oft kritisch gegenüber gestanden sind, die Lage ganz neu beurteilen. Der Druck ist ein anderer, wenn du in einem Parlamentsausschuß sitzt, und nicht in einer unserer eigenen Sitzungen, zwischen den eigenen Leuten. Wichtig ist auch, Leute richtig einzuschätzen. Ich spüre jetzt nach zwei Jahren, welche Kollegen von den anderen Fraktionen ich ein bißchen einschätzen kann, und auf welche ich eingehen kann. Das hat nichts mit Korruption zu tun, sondern nur damit, daß du dich halt ein bißchen besser auskennst.

MOZ: *Die Nachrücker verstehen also jetzt die Situation, in der sich die grünen Abgeordneten zwei Jahre lang befunden haben, besser. Gilt das aber auch für die Basis?*

KELLY: Erstens befinden wir uns hier ja nicht in einem Vakuum. Und zweitens muß man auch innerhalb der Basis unterscheiden. Es gibt die, die nur zu Wahlkämpfen gehen und sich sonst aber nicht weiter interessieren. Wenn ich z.B. zum Thema Menschenrechte eine Veranstaltung organisiere, bekomme ich mehr Unterstützung von Gruppen wie Amnesty als von den Grünen. Die Grünen sind leider eine Art Wahlpartei geworden, was ich sehr bedauere. **Wir konzentrieren uns schon mehr auf das Organisieren von Wahlkämpfen als auf außerparlamentarische Politik,** das geben die meisten von uns auch zu. Auch die Struktur der grünen Kreisverbände hat sich geändert. Z.B. mein Kreisverband in Nürnberg, so wie ich ihn erlebt habe, hat gar keine Ahnung mehr, was "oben" so vor sich geht. Und das, obwohl ich immer versucht habe, sie über alles zu informieren. Aber diese Art von Politik ist ihnen offenbar zu weit weg, zu exotisch. Pazifik, frz. Atomwaffentests oder Begleitaktionen zu Greenpeace, damit können viele von uns leider nichts anfangen. Darum soll sich die Partei kümmern. Die besitzt die Maschinerie und das Geld, deshalb wird alles nach oben weitergeleitet. Ein weiteres Beispiel für mich ist, daß sich zwar die Grünen immer gegen Prominenz aussprechen, aber die ersten sind, die nach Prominenz schreien. Da wollen sie dann halt doch lieber den Konstantin Wecker oder den Wolf Biermann für ihre Veranstaltungen. Und es ist immer derselbe Kreis, der Tag und Nacht ackert. Der Reiz des Unberechenbaren und des Spontanen muß wieder in die Partei zurückkehren. Ich bin im Moment ein bißchen deprimiert.

MOZ: *Auch resigniert?*

KELLY: Resigniert bin ich nicht. Aber die Debatte zwischen Fundis und Realos macht mich richtig verrückt. Otto (Schily) vertritt seinen Standpunkt ja sehr entschlossen. Egal was die Fraktion macht, alle Inhalte werden von der Debatte über eine Koalition mit der SPD überdeckt. Kriegen wir einen Minister im Herbst, kriegen wir zwei, wird der Joschka (Fischer) Minister? Was inhaltlich bei uns geschieht, wird von der Presse gar nicht mehr aufgenommen, sondern nur was sich an den Strukturen ändert oder welche Leute was bekommen. Das ist eine gefährliche Situation für die Grünen. So wie ich sie jetzt einschätze, kommen die Grünen 1987 nicht mehr in den Bundestag. Wir schwanken derzeit sicher ganz hart an der Fünf-Prozent-Grenze, nicht was die Kompetenzen betrifft, aber in Bezug auf die Situation draußen.

MOZ: *Auf dem Hagener Parteitag wurden ja verschiedene Struktur- und Wahlkomissionen eingesetzt. Hältst du das für einen wichtigen Schritt?*

KELLY: Die Ergebnisse von Hagen halte ich für tragisch. Denn es sollte ja entschieden werden, wie es weitergeht, fun-

Zerzaust von einigen Wahlniederlagen müssen die früher so selbstbewußten Grünen zurückstecken. Die Partei hadert mit Leuten, die noch an die früheren Utopien glauben und an die radikale Bestimmung der Partei. Andere hingegen fragen sich schon offen, ob sie jetzt ministrabel geworden sind.
Die grüne Partei befindet sich am Scheideweg, doch ihre frühere Paradefrau Petra Kelly hält unbeirrt and den Idealen der Antiparteienpartei fest. Obwohl gehetzt von Terminen, fand sich dennoch Zeit für ein Gespräch über die aktuellen politischen Positionen mit den MOZ-Redakteuren Jutta Kohout und Tobias Hierl.

damental- oder realpolitisch. Ich habe mich sehr für den fundamentalistischen Kurs eingesetzt, die Waltraud Schoppe z.B. für den realpolitischen, und beide haben wir gleich viel Unterstützung bekommen. Der Saal war sozusagen aufgespalten oder polarisiert. Das Problem wurde dann dadurch gelöst, daß in der Abschlußerklärung alles offengelassen wurde, von der Alleinregierung (ha ha) bis zur Koalition oder Opposition. Wir müssen aber auch schon sehr schnell grüne Strategien für den nächsten Wahlkampf entwickeln. Und ein Programm, das nicht 180 Seiten umfaßt, sondern lesbar und kurz ist. Ca. 60% der Grünen sind derzeit sicher bereit, mit der SPD Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die andere Seite, zu der ich gehöre, hält das eher für eine Wiederbelebung der SPD und den Tod der Grünen.

MOZ: *In einem Text vom vorigen Jahr schreibst du, daß die SPD 1987 nicht über 30% kommen wird, daß der Anteil der klassischen SPD-Wähler nur mehr 9% beträgt. Wenn man sich nun die Prognosen für den Kanzlerkandidaten Johannes Rau anschaut, dann kommt man doch zu dem Schluß, daß die SPD sich gar kein grünes Mäntelchen mehr umhängen muß – die Leute laufen ihr sowieso zu ...*

KELLY: Ja, daß ist das neue Wir-Gefühl der SPD. Meine Einschätzung lautet jetzt, daß die SPD den Wahlkampf von 1987 gar nicht gewinnen will, sondern zuerst den Wahlkampf gegen uns führt, damit wir kaputt gehen. Und sie wartet auf 1991 und einen neuen Genscher. Das derzeitige Ziel der SPD ist der Wahlkampf gegen die Grünen. Und die Grünen lassen sich als Partei im Moment darauf ein, indem sie sich ständig mit der SPD befassen. Da tauchen dann so Fragen auf wie „Wer ist denn hier ministrabel?", wer könnte mit Rau eine Regierung bilden?

Und das ist dann der Todesschuß für 1987. Denn wenn man sich entscheiden muß zwischen "Kohl weg" oder Rau, dann sagen sich die Leute, die Grünen sind unsicher und wählen Rau. Das ist so ähnlich wie bei der Strauß-Schmidt-Wahl, wo wir 1981 nur 1,5% bekommen haben, weil natürlich alle lieber Schmidt wählten. Und das kann jetzt wieder passieren. Deshalb liegt mir auch soviel daran, daß wir eine eigene Identität an den Tag legen, z.B. bei der sozialen Verteidigung, bei der Frage des zivilen Ungehorsams. Wo ja die SPD immer gleich hundert Meter auf Abstand geht, wie sie z.B. unsere Aktion in Südafrika ja deshalb verurteilt hat, weil es sich um die deutsche Botschaft gehandelt hat. Horst Ehmke von der SPD hat hier dieselbe Position wie die CDU eingenommen. Oder bei der Frage der Ökologie. Reformen bringen da nichts, sondern man muß radikale Maßnahmen ergreifen. Für uns hat die Okologie die Priorität. Auch in der Frage des Frauenministeriums haben wir Grüne uns als erste mit der Parität herumgestritten, haben für Frauen auf allen Listen plädiert. Und dann kommt die SPD und kopiert das System von oben bis unten, nur ein Frauenministerium will sie halt doch nicht. **Ich habe das Gefühl, daß wir Grüne der SPD immer den Weg bereiten** und die Leute oft schon nicht mehr den Unterschied zwischen grüner Politik und SPD-Politik sehen. Ich hab' schon öfter erlebt, daß Oscar Lafontaine für einen Grünen gehalten wird. Sein Umweltminister Jo Leinen, den ich seit 1970 kenne, ist für mich geradezu ein tragisches Beispiel. Er wollte unabhängige ökologische Politik machen in der SPD, aber was Jo Leinen tut, wird abgelehnt. Lafontaine macht eben auch im Saarland ein Bündnis mit den Wachstumkräften, mit den wachstumsorientierten Gewerkschaften, weil er es sich nicht leisten kann, in der SPD so ins Abseits zu geraten. Wenn er seinen Anti-Nato-Kurs halten will, muß er auch Zugeständnisse machen. Und wenn der Joschka sagt, Rau sei für uns der beste Kanzlerkandidat, **dann muß ich einfach schreien**. Müssen wir für unser Überleben, damit wir wieder in den Bundestag kommen, den Rau schlukken? Rau ist ein Gefolgsmann von Helmut Schmidt, pro Atom, pro Wachstum, kann also keine Alternative sein. Das wissen die Leute auch, nur haben sie eben ein kurzes Gedächtnis.

MOZ: *Wer macht eigentlich die Grüne Politik? Nach den Erfahrungen auf den Parteitagen in Hamburg und Hagen werden z.B. die Anträge der Kreisverbände meist irgendwie an den Rand gestellt. Hier in Bonn sitzen die Prominenten. Die kennt man. Aber was ist eigentlich mit dem kollektiven grünen Gefühl vom Allgäu bis zur Nordsee?*

KELLY: Man spürt, daß die Grünen nicht mehr so präsent sind wie einst. Der Grund dafür dürfte sein, daß wir sehr selbstsicher geworden sind. Wir hatten sehr schnell Erfolg, die ganze Welt schaute auf die Grünen, der Anspruch von außen ist sehr groß. Immer noch. Bei den Grünen war es fast Hochmut. Ein Wahlkampf nach dem anderen, wir kriegen immer acht Prozent und wir können uns alle Fehler erlauben. Im Saarland war es dann aus, und dann war es aus mit Nordrhein-Westfalen.

Wir sind nicht mehr diese alternative Antiparteien-Partei, von der ich immer rede. Das wollte ich immer, eine Partei, anders strukturiert, aber nicht im alten Sinne.

MOZ: *Heißt das, die Grünen müssen jetzt mit dem Moment des Scheiterns umgehen lernen nach diesen raschen Erfolgen?*

KELLY: Die müssen jetzt auch mit Niederlagen rechnen, obwohl die am Anfang gar keine hatten. Einige sind schon als die Superdeutschen aufgetreten bei einem Treffen der europäischen Grünparteien, weil die sagten: ihr habt gut reden, eure 5% haben wir auch schon gehabt, aber wir haben mit unserem Wahlrecht gar keine Chance. Deshalb nehmt euch ein wenig zurück. Die Grünen müssen einfach lernen, ihre Fehler selbstkritisch anzuschauen. Mir sind fünf oder sechs sichere Prozent lieber als acht oder neun Prozent, die nach kurzer Zeit wieder runterfallen. Es gibt gewisse Grundfragen, die wir verteidigen müssen, zum Beispiel die Gewaltfreiheit.

MOZ: *Wie stehst du zum Problem der Gewaltanwendung in Südafrika?*

KELLY: Bischof Tutu ruft ja zur Gewaltfreiheit auf. Er hat aber Probleme mit seiner Autorität bekommen, weil er den Jugendlichen zu moderat ist. Auch die Winnie Mandela, die ich leider bei unserer Aktion in Pretoria nicht sehen konnte, kann jetzt nicht mehr anders, als zur Gewalt aufzurufen. Ich kann diese Position nicht teilen, kann den Leuten aber auch nicht befehlen, wie sie ihren Kampf zu führen haben. Unterstützen kann ich sie natürlich nur gewaltfrei, mit humanitärer Hilfe. Die südafrikansichen Kirchenräte, die ja zu einem großen Teil schwarz sind, müssen derzeit ihr Versagen eingestehen, da sie den Leuten keine gewaltfreien Strategien anbieten konnten und mit ihnen keine eingeübt haben. Jetzt ist es dafür fast zu spät. Überall in Südafrika wird über Gewalt gesprochen, sogar in den Wirtschaftskreisen. Überall werden Versuche gemacht, noch etwas zu retten, denn sonst kommt es zu einem ungeheuren Blutbad. Ich habe aber unerhört große Zweifel im Moment, ob noch eine gewaltfreie Lösung gefunden werden kann.

Ich kann natürlich nicht zur Gewalt aufrufen, aber ich kann versuchen unsere Freunde in Südafrika davon zu überzeugen, den gewaltfreien Weg doch noch zu versuchen. Es gibt ja genügend Vorbilder dafür. Aber das Argument, die Welt hätte Südafrika im Stich gelassen, stimmt leider, wir hier im Westen haben versagt. Was ich allerdings am schlimmsten finde, ist, wenn jetzt das Botha-Regime zur Gewaltfreiheit aufruft und das Opfer zum Urheber der Gewalt erklärt. Genauso wie jetzt Strauß an die Schwarzen appeliert, die Menschenrechte zu wahren. Das darf doch nicht war sein, das ist absolut pervers.

MOZ: *Zurück nach Deutschland. Wie sieht es mit dem Beschluß zu den Tierversuchen aus, sind hier die ökologischen Voraussetzungen erfüllt? Danach gab es auch einige Austritte, da die Positionen der Grünen sich eher einer linken SP-Linie annähert, als wirklich radikal zu sein?*

KELLY: Wir haben da ziemliche Schwierigkeiten, das ganze ist noch nicht endgültig ausdiskutiert. Nach Aussagen von Ärzten, die wir befragt haben – ich habe zum Beispiel viele Ärzte für krebskranke Kinder befragt – waren wird in einem totalen Dilemma, denn die sagten uns, ohne ein Minimum an Tierversuchen kommen wir nicht aus. Das macht ein unheimliches Gewissensdilemma. Meine Schwester ist an Krebs gestorben. Mir ist nicht mehr klar, wie ich da abstimmen soll. Machen wir jetzt einen radikalen Beschluß, der vielleicht irgendwann einmal eingehalten wird, und muß ich mich dann entscheiden, ob ich dann ein Kind als Versuchsobjekt für eine Chemotherapie einsetze oder eine Ratte. Für mich ist die Entscheidung klar, da mir das Kind wichtiger ist.

MOZ: *Du verwendest in deinen Reden oft den Ausdruck "spiritueller Sinn". Was verstehst darunter? Ist es nicht typisch, daß eine Frau diesen Ausdruck in die Politik gebracht hat?*

KELLY: Ich sage es, wie ich es empfinde. Spirituell heißt, Lebenszusammenhänge erkennen und auch zu sagen, daß man das Leben respektiert, daß man keine Kompromisse macht. Ich kann bei der Pazifismusdebatte nicht akzeptieren, daß da ein Kind erschossen wird und dort nicht. **Männer haben unheimlich Probleme mit diesem Wort,** sie sagen eher, die Grünbewegung ist eine lebensanschaulich-philosophische Bewegung, als daß sie dieses Wort in den Mund nehmen. Otto (Schily) hat mich kritisiert und gesagt, meine Rede in Hagen war wie in einer Kirche, und ich habe gesagt, Otto, du hast mich nicht verstanden. Bei den Grünen gibt es jetzt schon verschiedene Sprachregelungen. Die Realos sprechen die Sprache der Politiker und dann gibt es noch einige Schwärmer. Ich habe auch die Grünen nie so empfunden, wie es Otto getan hat, so als grüne FDP, die eben ein Zünglein an der Waage ist und mitentscheidet, wer Kanzler wird und wer nicht. Auch wenn man sich

anguckt, wie sich die Frauen und Männer in der Partei verhalten, dann hast du viel mehr Frauen, die fundamentalistisch denken.

MOZ: *Bist du jetzt eher Feministin oder Grüne?*

KELLY: Ich trenne das eigentlich nicht. Obwohl sich natürlich die Komponente des Rückzugs der Frauen jetzt auch bei den Grünen bemerkbar macht. Die Zukunft der Partei wird schon wieder von den Männern bestimmt, sie beherrschen das Bild. Weil derzeit bei den Grünen das Gefühl herrscht, jetzt geht es um die Wurst, um die Machtbeteiligung.

MOZ: *Hast du Schwierigkeiten, mit den zwei Bereichen "Frau" und "Macht umzugehen, Macht auszuüben? Wirst du als Frau härter attackiert?*

KELLY: Also, wenn eine Frau in einer gewissen Machtposition ist, dann ist es bestimmt unanständiger, als wenn ein Mann es ist. Ich werde ja auch ganz übel fertig gemacht, so nach dem Motto "Kelly und ihre Liebhaber". Dazu kommt das Problem der Doppelbelastung. Auch die grünen Männer werden von ihren Frauen regeneriert, bekommen die gebügelten Hemden gebracht und werden versorgt. Das ist schon ein Unterschied. Auch bei uns Grünen ist eine Frau im Bundesvorstand zurückgetreten, weil sie das alles nicht mehr geschafft hat.

MOZ: *Bist du in diesen Jahren als Frau härter geworden?*

KELLY: Ich bin vielleicht in der Disziplin, in dem, was ich mache und zu Ende kriegen will, sehr hart, aber das war ich immer. Ich nehme mir bestimmte Sachen vor und die mache ich dann auch ganz diszipliniert. Auch wenn das größte Chaos bei den Grünen herrscht. Und da ich Chaos nicht ertragen kann, muß ich es auf meine Art zu Ende kriegen. Ich hoffe aber, daß ich durch Bonn nicht irgendwie verändert worden bin. **Ich finde dieses Bonner Gesellschaftsleben so unheimlich leer und oberflächlich.** Mich überrascht nur, wie viele sich dann doch sehr schnell davon beeindrucken lassen. Vor ein paar Wochen habe ich Greenpeace Hamburg besucht, da kam ich zurück, als ob ich drei Wochen im Urlaub gewesen wäre. Weil ich die als so radikal empfinde wie eigentlich die Grünen sein müßten. So hätten sich die Grünen entwickeln sollen, als eine Art parlamentarische Greenpeace. Damit z.B. auch die Grünen ein Schiff hätten und nicht ihre Gelder in tausend Öko-Projekte, so nach dem Gießkannenprinzip – jeder kriegt 2.000 Mark – stekken. Sie meinen es gut, aber es entwickelt sich keine Infrastruktur. Es ist kein Projekt da, von dem man sagen kann, es wächst, das haben wir gemacht. Auch im internationalen Bereich tun wir überall nur kleine Kleckse.

MOZ: *Was ist für dich der größte vorzeigbare Erfolg der Grünen in der bisherigen Legislaturperiode?*

KELLY: Dazu gehört sicher die Debatte zum Thema Nachrüstung, die ja nur durch den Einzug der Grünen in den Bundestag forciert wurde. Daß die SPD dagegen stimmte, ist unser Verdienst. Das ist, glaube ich, absolut klar. Es hat auch Debatten gegeben, wie sie noch nie stattgefunden haben. Was ich am meisten als Erfolg werte, ist, daß wir es geschafft haben, Außenpolitik in einer alternativen Art und Weise zu behandeln. Wenn wir also z.B. Kontakt mit der Regierung der Sowjetunion aufnehmen, dann müssen auch zugleich Besuche bei den Dissidenten gewährleistet sein. Nur gibt es dann oft den Moment, wo eine Regierung, wie jetzt bei dem bevorstehenden Besuch der Grünen in Moskau, sagt, wir akzeptieren nicht, daß einer mitkommt, der in Afghanistan war. **Da muß man konsequent sagen, wenn der nicht mitdarf, dann gehen wir auch nicht hin.** Das Parlament muß kein abgehobener Apparat sein, wenn man ihn richtig nutzt und einsetzt.

MOZ: *Unterm Strich bleibt also schon etwas übrig für dich?*

KELLY: Als z.B. in der SDI-Debatte General Abrahamson im Auswärtigen Ausschuß acht Stunden lang SDI dargelegt hat, waren nur Männer anwesend und dann noch Frau Hamm-Brücher, Frau Huber und ich. Und in der Mitte der acht Stunden drehten wir drei fast durch, fast simultan. Den Männern dagegen glänzten die Augen, weil deutsche Technik für das SDI-Programm gebraucht wird, die waren völlig technologiehörig, völlig unterwürfig. Als der Abrahamson fertig war, hab' ich ihn gefragt, ob er mit dem russischen General tauschen würde. Und er hat gesagt: Um Gottes willen, niemals, wir sind auf allen Gebieten voran. Die CDU wollte das natürlich nicht hören, aber es war einfach eine emotionale Reaktion. Schockiert war ich auch von den blöden Fragen vieler Abgeordneter, die gar nicht informiert sind und gerade noch die Tageszeitungen lesen.

MOZ: *Eine Aussage, die wir mitnehmen von diesem Interview ist also die traurige Prognose, daß die Grünen wahrscheinlich nicht mehr in den Bundestag kommen.*

KELLY: Absolut kann ich das nicht sagen. Aber im Moment habe ich einfach starke Zweifel.

MOZ: *Wir danken für das Gespräch.*



„Die Grünen sind leider eine Wahlpartei geworden"



„Ich hätte mir die Grünen als so eine Art parlamentarischer Greenpeace gewünscht"



„Man will die Grünen in Deutschland weghaben, um jeden Preis"



„Wir Grüne bereiten der SPD immer den Weg und die Leute kennen oft schon nicht mehr den Unterschied zwischen grüner und SPD-Politik"



„Die Zukunft der Partei wird schon wieder von den Männern bestimmt. Weil es jetzt um die Wurst geht"

Inhalt

EXTRAZEITUNG











I M P R E S S U M

Medieninhaber, Herausgeber: "Grün-Alternative" Verlags-Ges.m.b.H., 1160 Wien, Neulerchenfelderstr.12 ● **Chefredaktion:** Tobias Hierl, Michael Mazura ● **Chef vom Dienst:** Karl Lind ● **Redaktion:** Mario Hoor, Thomas Miessgang (Kultur), Christoph Stantejsky ● **Ständige freie Mitarbeiter:** Erica Fischer, Gerald Graßl, Ali Gronner, Peter Hiess, Hannes Hofbauer, Andrea Komlosy, Sabine Standenat ● **Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Wolfgang Böhm, Catherine Berger, Peter Julian Djjumba, Gerald Gaiswinkler, Jutta Kohout, Peter Melchiar, Kid Möchel, Rene Radical, Thomas Schaller, Stephan Settele, Christian Skalnik, Christoph Winder ● **Art Director:** Mario Hoor ● **Graphik:** Margit Koglmann ● **Fotoredaktion:** Gabriele Seifriedsberger ● **Fotos:** Hubert Burda, Peter Julian Djjumba, Mechthild Holter, Christoph Kelle, Manfred Klimek, Werner Maier, Peter Uitz, Gerhard Wartha, Oliver Zena; Keystone/Rex, Laif/BRD, Photo Scene/Zürich, US-Press, Viennareport/Sygma, Votava ● **Anschrift der Redaktion:** 1160 Wien, Neulerchenfelderstr. 12, Tel.: /222/48 35 71-73, Telex: 111322 gavco ● **Satz:** Rademacher Ges.m.b.H., 1160 Wien, Seeböckgasse 13 ● **Druck:** P. Strohal OHG, 1232 Wien, Laxenburgerstr. 214 ● **Vertrieb:** Österreich: Morawa & Co., 1011 Wien, Wollzeile 1, BRD: Verlagsunion, Wiesbaden ● **Verlagsleiter:** Toni Piegler ● **Geschäftsführer:** Dr. Abdul Ghani Elmani ● **Sekretariat, Abbonement:** Christine Elmani, Petra Saling ● **Archiv:** Wolfgang Dopler
Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

In Oberösterreich wird am 6. Oktober der neue Landtag gewählt. Mit dabei sind auch einige "Grüne".
Auf die grüne Szene wird die Wahl starke Auswirkungen haben. Die Situation ist günstig für eine Grünpartei. *"Daß Linz die sauberste Industriestadt wird"* (Slogan der SPÖ für die gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahlen), deutet unzweifelhaft darauf hin, daß es dort mit der Sauberkeit schlecht bestellt ist.
Grün ist *der* Schlager des Wahlkampfes. Eine *"Materialschlacht der Köpfe"* tobt mit ausgefeilten Sinnsprücherln. Das Linzer SPÖ-Plakat *"Hugo wir vertrauen Dir"* (Hugo heißt mit vollem Namen Schanovsky und ist der Bürgermeister von Linz) ist durch das Wort *"nicht"*, durch *"kadermäßige Anschläge"*, verballhornt worden und zu sinnhaften Ehren gekommen.
Daß ÖVP- Landesfürst Ratzenböck *"Vertrauen in die Zukunft"*, zumindest hinsichtlich eines Erfolges bei den kommenden Wahlen, haben darf, kann leider niemand bezweifeln.
Auch nicht der SPÖ-Vize Grünner, der froh sein kann, die Abwärtsbewegung seiner Partei aufzuhalten.
Auch dem Sepperl Buchner *(VGÖ)* wird die Stunde der Wahrheit schlagen. Ob ein teurer, traditionell geführter Wahlkampf allein Erfolge zeitigen wird, bleibt abzuwarten.
Denn spätestens ab dem Zeitpunkt, als Buchner die gemeinsame Wahlplattform von Alternativer Liste Oberösterreich *(ALOÖ)* und den Vereinten Grünen *(VGÖ)* platzen ließ, und auch die Großparteien ihren grünen Herausforderern keine Beachtung mehr schenkten, läuteten die Alarmglocken. Der für sicher gehaltene Einzug in den Landtag scheint nun für alle wahlwerbenden Grüngruppierungen gefährdet.
Die Wähler müssen sich erst einmal im Grünlabyrinth des amtlichen Stimmzettels zurechtfinden und richtig ankreuzen. Denn neben den bekannten großen Grünkräften von *GAL* und *VGÖ* buhlt noch eine äußerst obskure Grünpartei, die DGÖ (Die Grüne Österreichs), eine Tarnorganisation der österreichischen Reaktion, um Wählergunst. Der Ex-NPD-Kassier Alfred Bayer zeichnet für diese Lemuren verantwortlich.
Man muß auf die Gefährlichkeit dieses Vorgehens, nämlich mit dem Zugpferd "Grün" auf Stimmenfang zu gehen, nicht extra hinweisen.

Gelaufen ist für die Großparteien aber noch lange nichts. Denn trotz der Schwächung durch das getrennte Vorgehen im Wahlkampf zeigt sich ein grün-schattierter Silberstreif am Horizont. Nach der Unschlüssigkeit ob der Unterstützung des Landtagswahlkampfes der landesweiten Grün-Alternativen durch die *Linzer Alternative Liste*, machen die neu formierten Alternativen als GALL (*Grün-Alternative Liste Linz*) auch in Sachen Lantagswahlkampf mächtig Dampf, und dem Buchner werden so manche VGÖ-Dissidenten abgehen.
"Atmen darf nicht krank machen" oder *"Wir wollen wirklich mitreden"* heißen die Parolen, mit denen auf Veranstaltungen und Ständen überall im Land für die *GAL* geworben wird. Die Klassiker Umweltschutz, Demokratie, Energie und Verkehr stehen natürlich wieder im Mittelpunkt des Wahlprogrammes. Im Bereich der Landwirtschaft fällt die klare Absage an den Biosprit auf, dessen Einsatz eine weitere Chemisierung und Technisierung der Anbaumethoden und eine weitere Bodenverschlechterung zur Folge hätte. Hingegen sollten Legominosen, das sind Pflanzen, die Stickstoff an den Boden abgeben können und zu dessen Verbesserung beitragen (wie z.B. Sojabohnen), verstärkt in der heimischen Landwirtschaft angebaut werden. Diese Grundnahrungsmittel der Dritte Welt Länder werden nämlich zur Eiweißfuttermittelherstellung (!) nach Österreich importiert.
Obwohl man sich gegen den Bau von Großkraftwerken ausspricht und obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfungen fordert, scheint das geplante Kraftwerk Reichraminger Hintergebirge kein Wahlkampfthema zu sein.
Sollte die *GAL* zwei Reststimmenmandate bekommen, „was schwierig sein wird, aber zu schaffen sein sollte" (so Doris Eisenriegler, Bundesgeschäftsführerin der *ALÖ*), wäre das mehr als ein Achtungserfolg. Das könnte der bitter nötigen Umweltschutzpolitik in Oberösterreich entscheidende Impulse geben. Wichtig wäre eine Erfolg der grün-alternativ Bewegten, schon im Hinblich auf die Nationalratswahl 1987, allemal. Denn Nenning und seine Kumpane werden sicher nichts unversucht lassen, das "Grün" in ihrer projektierten Parlamentsmannschaft zurechtzustutzen. Was ist leichter, als sich nach erfolglosem Urnengang einige Grünprommis für sein Team zu angeln?
Dem Slogan der GAL *"Damit es (nicht!) bleibt, wie es ist"*, kann nichts hinzugefügt werden.



DAMIT (NICHT!) ALLES SO BLEIBT WIE ES IST!



Neue Serie: Tierschutz

ENDLOSES LEIDEN



In vollkommen sterilen Räumen werden Versuchstiere gezüchtet. Im niederösterreichischen Himberg sind es jährlich 170.000 Tiere.

Dieser Report handelt vom Leiden. Vom Leiden vieler Milliarden Tiere, die qualvoll dahinvegetieren, sadistisch gefoltert und fanatisch zu Tode geschützt werden. Von den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen und Auswirkungen, von den riesigen Gewinnen weniger, vom Betrug an vielen und vom perversen und verachtenden Umgang mit Lebewesen. Beinahe jedes Zusammentreffen der Industriegesellschaft mit Tieren endet fatal, auch für Mensch und Umwelt. Und Österreich stellt in diesem Spiel keineswegs die Insel der Seligen dar: 4 Millionen Tiere krepieren in unserem Lande allein an fragwürdigen Versuchen. Viele weitere Millionen werden bis zum Tod gepeinigt, bis sie für unseren Genuß sterben. Diese Serie handelt aber auch von dringend notwendigen Alternativen, von breiten und manchmal auch militanten Bewegungen im Ausland und deren zaghaften Ausläufern in Österreich. Und nicht zuletzt von den üblen Machenschaften mancher Tierschützer, dem Neid und den Intrigen derer, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Leben zu schützen und bewahren. Eine Serie von Michael Mazura und Christoph Stantejsky.

Fotos von US-Press, Viennareport

In den winzigen Käfigen der Fuchsfarmen werden 25% der Jungtiere von ihren Artgenossen gefressen. Ein Verhalten, das im normalerweise zehn Quadratkilometer großen Jagdgebiet der Füchse nicht beobachtet werden kann. Und doch ist es ein vergleichsweise natürlicher Tod, den die Opfer dieses Kanibalismus sterben. Andernfalls hätte man ihnen eine, von einer Autobatterie gespeiste Elektrode in den Hals, die zweite in den After gesteckt, bis nach etwa vier Sekunden der Tod eintritt.
Mit dieser Methode bringt ein versierter Tier"pfleger" hundert Füchse in der Stunde um.
Im Wiener Tierschutzverein, auf dessen Briefkopf der humane Sinnspruch – Tue den Mund auf für die Stummen und führe die Sache derer, die verlassen sind – prangt, richtet man sich mehr nach dem Vorstandsbeschluß vom 4.4.84. Darin heißt es: „Zu töten sind: schwierige Hunde, bei ärztlichen Indikationen, bei sonstigen Indikationen. . . Alle Würfe sind zu töten." – "Sonstige Indikationen" kann alles heißen: ein unsympathisches Äußeres oder eine ungepflegte Erscheinung. Oder sind schlicht Tiere zweiter Klasse gemeint?
Der 3-jährige Schäfermischling ist völlig entkräftet und kann sich nicht wehren. Seit Tagen hat er nichts zu fressen bekommen. Er kann nicht einmal seinen Schmerz aus sich hinaus heulen. Man hat ihm die Stimmbänder durchtrennt. Je nach Tagesplan wird mit ihm verfahren. Vielleicht steht diesmal ein Schocktest an mehreren Tieren auf dem Programm. Dann schlägt man mit einer speziellen Vorrichtung auf ihre Köpfe ein, oder zermalmt ihre Pfoten.
Es ist sicherlich für den Forscher interessant, wie diese Tiere in ihrer Panik reagieren. Und jene, die zum anschaulichen Vergleich zusätzlich eine Überdosis Antischockpräparat injiziert bekommen. Für die Humanmedizin bringt dieser Versuch nichts.
Selbstverständlich werden fast alle Versuche ohne Narkose durchgeführt. Das würde zuviel Zeit und Geld kosten und könnte das Ergebnis verfälschen.
Wir sind scheinbar mit alledem zufrieden: Fuchsmäntel sind der prognostizierte Hit des nächsten Winters, der Wiener Tierschutzverein kassiert Spenden und Erbschaften in Millionenhöhe und Tierversuche sind gesetzlich vorgesehrieben.
Es lebt sich leichter nach dem Prinzip der drei tibetanischen Affen: wir halten uns freiwillig Augen, Ohren und Mund zu, um auf keinen Fall unangenehm berührt zu werden; frei nach der Lebenseinstellung unserer geistigen Väter a la Heinz Conrads, unliebsame Realitäten den anderen zu überlassen, widmen wir uns vor allem dem zu, was nett und angenehm ist.
Tierschutz ist gut. Solange es darum geht, daß Bimbo, der Elefant in Schönbrunn, es auch im Winter warm genug hat, daß Otto, der Pudelmischling, nicht mehr geprügelt wird; und daß Votzi, das herzige Katzerl, auch rechtzeitig sein Kitecat bekommt.
Da wird es schon kritiseher, wenn wir davon hören sollen, wie Tiere traumatisiert, also systematisch zertrümmert werden, wie sie dekaptiert, also geköpft werden und wie sie immobilisiert, also bewegungsunfähig gemacht werden. Wie auf sie eingestochen und geschlagen wird, wie sie mit allen möglichen Giften vollgestopft und psychisch gebrochen werden. Und wie sie aufgeschlitzt, gelähmt, verbrannt und verseucht werden. – Es wird schlichtweg alles mit und an ihnen versucht,was der menschliche Geist in seinem ärgsten Wahnsinn erdenken kann.



Dieses Äffchen wurde während der Operation nicht betäubt. Solche Versuche sind bei vielen anerkannten Medizinern heftig umstritten.

Es gibt weltweit 215.000 Medikamente zu kaufen. 15.000 kommen jährlich dazu, und 13.000 werden vom Markt abgezogen, weil sie beim Menschen unübersehbare geistige und körperliche Schäden verursachen.
Die WHO (Weltgesundheitsorganisation) gab eine Liste von nur 200 Medikamenten heraus, die für den gesamten Weltbedarf vollauf genügen würden. Viele davon sind Arzneien, die ohne Tierversuch, durch reine klinische Beobachtungen am Menschen gefunden wurden. Oder umgekehrt: es sind Medikamente, die voll im Tierversuch getestet, nie auf den Markt gekommen wären. Penicilin zum Beispiel wäre wegen seiner hohen Giftigkeit für Meerschweinchen nie zu einem der wichtigsten Heilmittel geworden, wäre nicht zufällig dieses beliebte Versuchstier genau am Tag der entscheidenden Testreihe ausgegangen.
Das wiederum läßt den Schluß zu, das es gegen viele Krankheiten allein deshalb noch keine Heilmittel gibt, einfach weil bis jetzt immer die falschen Versuchstiere verwendet wurden.
Dextran ist für Ratten giftig, Grisefulvin erzeugt bei Mäusen Lebergeschwülste. Beides kann jedoch Menschen heilen. Orotsäure ist in der Humanmedizin ein beliebtes Mittel für die Lebertherapie. Bei Ratten führt sie zur Leberfettung und in den Tod.
Ratten, die mit Contergan zwangsbehandelt wurden, hatten Glück, daß man ihnen kein Aspirin verabreicht hatte. Das Kopfwehmittel hätte sie umgebracht. Contergan hingegen zeigt bei Ratten keine Wirkung. Beim Menschen bekanntlich schon.
Nach hochoffiziellen Angaben sind Medikamente für 6% aller Krankheiten mit Todesfolge, für 25% aller organischen Krankheiten, für 61% aller Mißbildungen und 88% aller Totgeburten verantwortlich. Inoffizielle Schätzungen liegen höher.
In Frankreich, dem Land mit dem höchsten Medikamentenverbrauch Europas, ist der Gesundheitszustand der Bevölkerung am schlechtesten. Umgekehrt verbrauchen die Holländer die wenigsten Medikamente und dürfen sich dafür am besten Gesundheitszustand in Europa erfreuen.
Jede andere Branche wäre mit derartigen Horrormeldungen nicht sehr erfolgreich. Anders die chemische Industrie. Die finanziellen Mittel für die Forschung vervielfachen sich andauernd. Die kalkulierten 13.000 alljährlichen Medikamentenflops werden noch gewinnbringend in die 3. Welt verschachert.
Beispiel: Mosambik hat das schärfste Arzneimittelgesetz der Welt. Nur rund 300 Medikamente sind zugelassen. Unglückseeligerweise gibt es für dieses Land "Entwicklungshilfe" der großen Industrienationen, die zwangsläufig angenommen werden muß. Die Folge: so ziemlich alles, was in dezenten Artikelchen durch die kapitalistische Welt geistert, und infolgedessen schwer abgesetzt werden kann, wird mit westlichen Spendengeldern an die leidenden Einheimischen verfüttert. Später kommen die Entwicklungshelfer mit ihren Fragebögen. Mosambik hat 7,2 Millionen Testpersonen. Ungefähr soviel wie Österreich.
Doch nieht nur für unsere immer schlechter werdende Gesundheit werden Milliarden Tiere verbraucht, sondern auch für unsere vermeintliche Schönheit. Für die Kosmetikindustrie, meistens gewöhnliche Unterabteilungen der Pharma-Giganten, gilt dasselbe, wie beim Medikamententest. Die Verträglichkeit von Substanzen beim Tier sagt überhaupt nichts über die Verträglichkeit beim Menschen aus. Trotzdem wird jedes Kosmetikprodukt durchschnittlich an 60.000 Tieren getestet.

Besonders beliebt ist auch hier der "LD 50 – Test" (Letale Dosis 50%). Einer großen Anzahl von Tieren wird solange in steigender Dosierung Gift eingeflößt, bis 50% der Tiere krepiert sind.
Dieser Test ist in Österreich vom Gesetz vorgeschrieben, sobald ein Mittel eine giftige Substanz enthält, egal ob diese Substanz schon in anderem Zusammenhang getestet wurde, oder nicht. Millionen Tiere sterben so doppelt und dreifach sinnlos.
So passiert es in diesem ausgeklügelten Verfahren, daß man nicht weiß, ob das Versuehskaninehen an der giftigen Essenz oder an schlichter Überfütterung zugrunde gegangen ist. Dann alles ist giftig – es kommt nur auf die Menge an. Man kann auch an einer Überdosis Tomaten sterben.
Die Annahme, daß der LD-50 Test, noch dazu unter diesen Voraussetzungen, irgendeinen Aufschluß über die Körperreaktionen des Menschen geben kann ist falsch. Er beweist einzig, wie weit das Denken der Gesellschaft und somit des Gesetzgebers per-

Neue Serie: Tierschutz

vertiert ist: der Test ist für alle Produkte zwingend Vorgeschrieben, in denen eine giftige Substanz vorkommt. Wenn ein Migränepulver aus marktwirtschaftlichen Gründen in geringfügig anderer Zusammensetzung auf den Markt gebracht wird, bedeutet das neuerlich grausamen, nutzlosen Mord an tausenden Tieren.

Das gilt nicht nur für Medikamente, sondern gleichermaßen für Waschmittel, Haarshampoos, Farbstoffe, Dünger, Lacke und sogar viele Heilkräuter.

Die haarsträubendsten Versuche aus der Hitliste der Grausamkeit werden in der anatomischen Forschung gemacht. Schon die Fragestellung für die Tests wirft da ein bezeichnendes Licht auf den Geisteszustand der experimentierenden Forscher. So beschäftigen sich Experten allen Ernstes mit der Frage, ob eine Katze, der man täglich ein fünf-Kilo-Gewicht auf den Kopf donnert früher krepiert, als eine, auf die man dreimal wöchentlich zehn Kilo niedersausen läßt. Die Antwort auf die Fragen sind lappidar. Nachdem man hunderte Rhesusaffen in Zuge der Unfallforschung gegen eine Zementwand geschleudert hat, kamen die Wissenschafter zu dem Schluß, daß, „die Geschwindigkeit den Grad des körperlichen Schadens bestimmt.“ Um zu ähnlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu kommen, hat man einem Hund einen zweiten Kopf angenäht, einem anderen das Großhirn wegoperiert und einem dritten seine Vorderpfote in den Brustkasten eingenäht. Corneille Heymans dankte man seine Leistung, den Kopf eines Hundes bis auf die Nerven vom Körper abzutrennen, sogar mit dem Nobelpreis.

Die wahnsinnigen Experimentatoren solcher Versuche leiden großteils unter dem sogenennten Rosenthal-Effekt: dabei beweist der Versuchsleiter, was er aufgrund eines Vorurteils ohnehin schon immer gewußt hat. Gerade bei anatomischen Versuchen mit bewegungsunfähigen, traumatisierten, artikulationsunfähigen, psychisch zerstörten Testtieren kommt der Forscher so immer irgendwann zu dem Ergebnis, das er erhalten will.

Die Versuchstiere leiden absolut. Wenn sich ein Tier freut, Schmerzen hat, oder Todesängste aussteht, fühlt es das mit dem ganzen Körper, denn Tiere reagieren intuitiv. Es ist Zeit für den Menschen, es ihm gleichzutun.

Das Hauptargument für Tierversuche, daß sie nämlich der Volksgesundheit dienen, stimmt schlichtweg nicht, und wird durch die unzähligen Tests, für militärische Zwecke im höchsten Maße pervertiert. Beim Test von Patronen und Projetile, Maschinengewehren und Handgranaten, kommt es nur darauf an, eine möglichst verheerende Wirkung zu erzielen. Atomare, biologische und chemische Waffen werden an Tieren getestet, bevor sie als “Friedenssicherung“ in den Dienst der Menschheit gestellt werden. Daß man bei Schußtests nicht selbstgezüchteten Ratten und Mäusen ein Loch in den Bauch schießt, versteht sich von selbst. Gefragt sind Affen, Hunde, Schafe, Pferde und alle anderen Tiere, deren Anatomie Rückschlüsse auf den Menschen vermuten läßt. Das Militär verbraucht 35 Millionen Tiere jährlich. Tendenz steigend.

Schließlich benötigen fast alle veterinärmedizinischen, humanmedizinischen, chemischen, biologischen und physikalischen Institute und Hochschulen Versuchstiere.

Keines der Tiere verläßt lebend irgendein Versuchslabor dieser Welt, einmal abgesehen von der verschwindend kleinen Anzahl der Tiere, die von Tierversuchsgegnern befreit werden. Das, obwohl es zahlreiche Versuche gibt, die nicht nur effektiver sondern auch billiger wären, ließe man die Tiere am Leben. So braucht man zum Beispiel für die Syphillisdiagnose Taubenblut. Dafür werden diese Vögel bis zum letzten Tropfen ausgesaugt. Das nimmt viel Zeit in Anspruch und bringt schlechtes Plasma. Warum man den Tauben nicht nur wenige Male Blut abnimmt, und sie dann wieder in die Freiheit entläßt, hat also keinen finanzielle oder medizinischen Grund, sondern einen ideologischen. Ähnlich beim KZ-Personal, dem man durch die Gewöhnung an Schauerliches das Gewissen austrieb, will man Laboranten das Nachdenken vergessen lassen.

Weltweit werden jährlich über eine halbe Milliarde Versuchstiere benötigt. Um diesen gewaltigen Bedarf abzudecken hat sich natürlich eine neue Industriesparte etabliert. Die “Hersteller“ von Versuchstieren verzeichnen immer neue Umsatzrekorde. Makabrer Spitzenreiter der Branche ist die Firma Charles Reever. Im Katalog dieses multinationalen Konzerns scheinen bis zu siebzehn mal voroperierte Wesen auf: von der freigelegten Leber bis zum verstümmelten, aber dennoch lebenden Torso gibts da alles, was das wissensdurstige Forscherherz begehrt.

Andere Firmen verlegen sich auf die Herstellung von möglichst identischen Tieren. Für Versuche an Hunden wird vornehmlich der Beagle gezüchtet. Warum ausgerechnet diese Rasse für den vermeintlichen Fortschritt dran glauben muß, liegt nicht an anatomischen Ähnlichkeiten mit dem Menschen oder anderen Faktoren, die ihn vom medizinischen Standpunkt für besonders geeignet erscheinen lassen. Der Grund ist einfacher: Experimentatoren fürchten sich vor ihren gequälten Opfern und Beagles sind für ihre Gutmütigkeit bekannt.

Der Bedarf an diesen gutmütigen Wesen ist so groß, daß Österreichs größte Versuchstierzuchanstalt – derzeitiger Qut-Put pro Jahr 170.000 Tiere – demnächst auch mit der Beagle-Zucht beginnen wird. Das Zuchtziel beträgt 6.000 Hunde pro Jahr. Der Markt dafür ist vorhanden.

In ganz Österreich gibt es ähnliche Zuchthäuser. Dort werden die Tiere zwar nicht unbedingt für Tests herangezüchtet, ihr Schicksal unterscheidet sich aber nicht wesentlich von dem der Beagles. Im nördlichen Niederösterreich werden zum Beispiel Pelztiere gezüchtet.

Wenn der aufmerksame Fernsehzuschauer in der Moderevue erfährt, daß die Farbe “Saphir“ Hit der kommenden Saison wird, bedeutet das den sicheren Tod und endlose Schmerzen für tausende Nerze. Denn der erfahrene Züchter richtet sich mit verschiedenen Kreuzungen nach dem momentanen Trend. Diese Mutationen erkranken allerdings so schwer, daß auch die helfende chemische Industrie nichts dagegen ausrichten kann. Saphirfarbene Nerze neigen zu Blutarmut und Blutungen der Schleimhäute. Kommenden Winter werden insbesondere weibliche Tiere der Mutation „Shadow“ nicht zu lachen haben: die Farbe ihres Fells wird beliebt werden. Die Folge: jedes fünfte Tier hat deformierte Geschlechtsorgane.

Für andere Modefarben sterben die Tiere schonn im embryonalen Zustand oder (Marke: Hedlund-White) sie sind blind. Bei der Farbmutation “Royal Pastell“ wiederum treten Nervenstörungen auf. Erschrecken diese Kreaturen, überschlagen sie sich vor Angst.

Das ist unangenehm für Züchter, denn dabei wird das Fell verschmutzt. Und das verursacht zusätzliche Kosten. Aus demselben Grund bekommen Nerze Tage vor ihrem Tod nicht mehr zu fressen: während der Vergasung austretender Urin oder Kot könnte den Pelz verunreinigen.

Das Wort: Rationalisierung sprich Kostensenkung ist das wichtigste Vokabel jedes Pelztierzüchters. Die Käfige werden immer kleiner, die darin gehaltenen Tiere immer mehr. Der Futterbrei wird maschinell auf den Käfig geklatscht. Und damit es bei der Nahrungsaufnahme nicht zu Kämpfen unter den Tieren kommt, die den Pelzen schaden könnten, werden dem Brei vorsorglich Anti-Agressionstabletten beigemengt. In Freiheit ist der Nerz ein Einzelgänger, den Artgenossen nur während der Paarungszeit interessieren.

In Gefangenschaft lebt er in Hütten, die so konstruiert sind, daß Kälte und Wind in den Käfigen gut spürbar sind. Der Vorteil: strenge Kälte stimuliert den Haarwuchs. Der Nachteil: die Tiere bleiben mit ihren Zungen am eingefrorenen Käfig hängen und reißen sie sich aus dem Leib.

Die Tötung der Tiere wird in unseren moderenen Zeiten schwieriger: durch die wachstums- und profitsteigernden Präparate werden die Tiere wesentlich größer als vor wenigen Jahren. Deshalb werden den Tieren nicht mehr mit bloßer Hand die Halswirbel umgedreht. Heute werden die Tiere in Gaskammern gesteckt, die an den Auspuff eines Traktors angeschlossen ist.

Jede Stunde sterben 6.000 Tiere in den verschiedensten Laboratorien. Nutznießer dieser Opfer ist nicht der Mensch sondern die chemische Industrie. Sie sucht uns mit den Versuchen zu beweisen, daß man mit ihren Produkten die Äcker düngen, den darauf wachsenden Hafer behandeln, und die resultierende Ernte haltbar machen muß. Wenn uns dann vom Produkt schlecht wird, fressen wir wieder die Mittelchen, die sie uns empfiehlt. Mit unserem Kot gelangen die inzwischen angestauten chemischen Produkte wieder in den Boden und schädigen unsere Äcker. Dafür werden dann wieder Millionen Tiere geschlachtet, um neuartige Medikamente dagegen zu erfinden. Dieser Zyklus funktioniert aber nicht. Unsere Umwelt ist vergiftet. Deswegen versuchen wir, sie zu schützen, während in den Laboratorien der Pharmaziegiganten Mittel gegen die vergiftete Umwelt im Tierversuch getestet wird. ●

--in der nächsten MOZ:
Österreichische Tierskandale
und die KOSMETIKLISTE 85.

MOZ a.r.t.





Lasche anheben Ecken eindrücken Perforation abtrennen

MOZ Artwork:

"Oesterreich braucht KLEINE Abfangjäger" -

Foto: Fritz Harand.

VON DER KRETA UND DEM BÖHMISCHEN PRATER

von Peter Uitz (Text & Fotos)

DIE KRETA, SYMBOLISCH NACH DER GRIECHISCHEN INSEL, IM VOLKSMUND GEBRÄUCHLICH, WIENER RANDGEBIET, HEUTE EIN VON ALKOHOLISMUS UND KRIMINALITÄT GEZEICHNETES GEMEINDEBAUGHETTO, DER BÖHMISCHE PRATER IST EINE DER LETZTEN VOM TOURISMUS UNBERÜHRTEN ZUFLUCHTSSTÄTTEN VON WIENER ORIGINALEN.





Der 10. Bezirk bildet die südlich verlaufende Wiener Stadtgrenze. 10. Hieb bedeutet ein von schnurgeraden Straßen durchzogenes Gemeindebaugebiet. Große Teile des Bezirks wurden während des Krieges, durch Bombenangriffe auf das unmittelbar im 3. Bezirk liegende Arsenal, zerstört. In der Wiederaufbauzeit errichteten Wiener Stadträte und Bauherren die uns wohlbekannten Sozialwohnhäuser der 50er Jahre.

Der nordöstliche Teil des 10ten ist vielleicht atmosphärisch der markanteste Bereich dieses Gebietes. Die Wohnhäuser sind ausschließlich Gemeindebauten, allein die Kreta bildet durch einen Rest, vom Bombardement verschonten, Zinkasernen und Gebäuden aus den 20iger Jahren eine Art „Altstadtgrätz'l" — zumal dieser Straßenzug, das Ende der Quellenstraße mit einer Kastanienallee dekoriert, ebenfalls dem üblichen Stadtbild in dieser Gegend widerspricht.

In den letzten Jahren ist es der Gemeinde gelungen einen Teil der Ankerbrotgründe zu erwerben und auf diesem ehemaligen Fabriksgrund die nagelneue Sozialwohnanlage „Ankerbrotgründe" unter dem Motto „Gesunde Wohnungen — Glückliche Menschen" aufzubauen, für hunderte Menschen „Dach über dem Kopf" zu schaffen und einfach in das bisher unberührte „Dörfchen" — die Kreta — zu integrieren.

Ein Großteil der Ghettobewohner arbeitet in der Umgebung. Die meisten Männer bei FELTEN-GUILLIAUME, einer Fabrik die sich mit der Herstellung von Kabeln aller Art beschäftigt. Viele Frauen sind als Näherinnen und Zuschneiderinnen in der Kleiderfabrik NITSCH tätig. Weitere Arbeitsplätze bietet auch der „ANKER". Notstandshilfen, Arbeitslosengelder und Sozialbeihilfen sind ebenfalls Einkünfte auf die niemand verzichten will.

Die Kreta „ihrerzeit", also bevor die monströse Wohnbauanlage in die Erde des Laaer Berges gestampft wurde, soll ein nahezu von jeglichem Verkehr unberührtes Gebiet gewesen sein. Die Kinder spielten ungestört auf der Straße. Ab und zu sei halt ein Auto gekommen, einmal am Tag ein Lastauto. Oder jemand verirrte sich in den nach allen Richtungen führenden Sackgassen.

„Es is' jo nix los g'wes'n bei uns, a paar Wirtsheisl'n, da Branntweina und . . . jo da Hofa Club!"

Der Hoferclub, nach der Hofergasse bezeichnet, war eine Diskothek die, etwa im selben Zeitraum wie das legendäre „GO" (Otto-Bauer-Gasse), Mittwoch und Freitag vielen Jugendlichen aus dem dritten, elften und zehnten Bezirk einen Zeitvertreib ermöglichte. Der Club sagte ihnen mehr zu als die Unterhaltung im Wirtshaus, welche nach wie vor doch im Alkoholexzeß endet.

„Do bist einegangan, host deine erstn Gerätaln graucht, a guade Musik hot's geb'm, a Lichtorg'l, no jo und a paar Weiba!"



Die meiste Zeit verbrachten die Kinder und Jugendlichen „Hint'n" — ein Gelände das, seinerzeit als ausgedehnte G'stätt'n und einem daran vorbeiführenden Eisenbahngeleise, (zur Zeit eine nur einmal am Tag benützte Nebenstrecke) bekannt war. Ein Paradies für Kinder, heute jedoch ein Autobahngebiet der Südosttangente. Nichts erinnert an die Cowboys und Indianer, an die von unzähligen Bandenkriegen triefenden Blutwiesen. Niemand kommt heute auf die Idee „Hunderter Nägel" auf den Schienenstrang zu legen um „erstklassige Pfeilspitzen" am Speer zu befestigen.

Autobahnträger, Betonsäulen und Zubringerstraßen bestimmen die gegenwärtige Atmosphäre der ehemaligen G'stätt'n.

Zusammengefaßt kann die Kreta durch die besonderen territorialen Abgrenzungen und daraus folgenden Bedingungen, als ein den Wienern, durch ihre „Unnahbarkeit" im verkehrstechnischen Sinn, völlig unbekanntes Wohnviertel bezeichnet werden, das allerdings durch die Ankerbrotsiedlung eine Neustrukturierung erfährt.

Der sich mit voller Brust als „Altkreterianer" bezeichnende Wiener gab den als zwangsläufig bezeichenbaren „Neukreterianern", also den Beziehern der neuen Sozialwohnungen, innerhalb recht kurzer Zeit einen Einblick in sein goldenes Wienerherz:

Herbst 1984

Als das, ebenfalls zum Großteil aus dem 10. Hieb stammende Proletariat mit Bohrmaschinen und grimmigem Blick, in ihre mittlerweile zu Familienfestungen errichteten Wohnungen eintrafen; Tag und Nacht hämmerten, klebten und bohrten, beschloß eine Handvoll Altkreterianer den unerwünschten Neuankömmlingen einen Denkzettel zu verpassen.

Während gegen Sonnenuntergang Möbeltransportfahrzeuge Schlange standen, „Glückliche Menschen" ihre „Gesunden Wohnungen" mit Einbauschränken von Michelfeit und ähnlichem beluden, bewegte sich eine gröhlende Bande Altkreterianer durch Hausanlagen um dem Unwillen mittels Parolen, Flüchen und wüstem Geschimpfe freizumachen. Anschließend verzogen sieh die „Beschützer" ihres Territoriums in die Wirtshäuser, um bei Bier und Wein das weitere Vorgehen zu beraten.

Wenn ein Streifenwagen in gelassener New Yorker Manier von der Randhartinger- in die Kempelengasse hineinrollt, der wachsame Blick der Gesetzeshüter den Fassaden der Gemeindehäuser entlanggleitet, drängt sich Unsicherheit auf. Ältere Jahrgänge unter den Beamten geben zumindestens vor, die Kreta im Griff zu haben: „Des Übliche-, Bsoffane, ab und zu eine Rauferei oder ein Unfall . . . sunst eh nix, und de boa de immer wieder auffoin, de kenn' ma eh!" Oder die Bemerkung eines Polizisten bei einer Kontrolle: „Des iś ka Kreterianer, des kenn' i' glei."

Mehr Kopfzerbrechen machen der Exekutive die „Neuen". Täglich werden die Ordnungshüter in den Sozialbaudschungel beordert: Jugendliche Randalierer, Eheexzesse oder Betrunkene. „Größere G'schichten" kommen zwar selten aber doch immer wieder vor.

Die Kreta war „berühmt-berüchtigt" erzählte der ursprüngliche Besitzer des heutigen Kreta Stüberls — Herr Schmoll.

In den „stärksten Jahren hat es immer wieder heftige Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen der Bevölkerung Simmerings, — den Hasenleitnern und den Kreterianern gegeben. Schauplatz der Differenzen ist das Grenzgebiet — der Laaer Berg gewesen.

„Ich konnte ein Mädchen, mit dem ich damals befreundet war, nicht überreden die Grenzen zur Kreta zu überschreiten!" erklärt Schmoll jun. heute EDV-Leiter der Firma Siemens, Akademiker.

Beide schwelgten in der „Guten alten Zeit". Schmoll, — das war ein Begriff für gute Hausmannskost, — Stelzenschnapsen, Beuschl und der Erdapfelsalat!

Viele existieren heute nicht mehr. Da war der Fleischer Auer, der Meisl, der Scheidl, aber den Bend'l gibts noch, — „Zum Bend'l kannst hineingeh'n, der kennt alle Strizzis", weiß Schmoll jun. über den Konditor zu erwähnen, weiters der Kristöffl — ein Wirt, das waren die Ältesten.

Wenn der ehemalige Wirt über seine vergangene Zeit beriehtet, vergegenwärtigt er die noch immer vorhandene Leidenschaft seines Berufs. Noch heute treffen die ehemaligen Stammgäste jeden Sonntag in seinem Haus und Garten am Laaer Berg zusammen, um Vergangenheit wieder aufzuwärmen.

Der „Wing", der „Schlapfi", „Pulloverhansi", „Würgerharry", der „Zinkte" (Kartenspie-

ler), der Gelbe, einer namens Baron (der hatte die Nase immer hoch in der Luft), Palatschinker'l?, der Gig'l (Geigenspieler) . . . usw., — alle hatten einen Spitznamen im „Zöbinger Weinstüberl".

„Aber heute ist die Kreta, im Vergleich zu früher, sozusagen ein „Cottage Viertel", zitiert Schmoll in Hinblick auf den ebenfalls aus der Quellenstraße 22 stammenden Herzspezialisten Dr. Mollnar.

Den Sohn habe er hingegen in ein Internat geschickt weil er vermeiden wollte, daß der „Bub" auf der Straße aufwächst und „verdorben wird".

Der „Praschl" bewirtet heute noch, sozusagen die „Crème de la Crème", der Kreterianer. Ein Slogan der für sich spricht.

Die ohnehin in jeder Ecke Kretas signalisierenden Wirtshausschilder sind heute, bedingt durch die zu erwartende Hochkonjunktur, frisch überpinselt, diverse Gegenstände müssen neu angeschafft werden, oder man eröffnet am besten gleich ein Lokal.

Supermärkte, Gemüseläden, Pizzeria für die Schickeria, hochmodernisierte Tabakläden, ausländisches Glykolweinangebot. Alles in allem beginnt der heutige Kreterianer neue Erlebnisse zum Alten zu reihen, die Gewöhnung kehrt ein.

Die Kreta ist eine Welt des Arbeiters, der Unterpriviligierten, der Menschen in einer Männerwelt.

Neue Armut — ein Begriff der in allen Gegenden Wiens unter ähnlichen Voraussetzungen getrost verwendet werden kann. Das Milieu ist aus Alkoholikern, Junkies, gedemütigten Hausfrauen, Sandlern, Zuchthäuslern, kriminellen Jugendlichen, zur Hoffnungslosigkeit verurteilten Intellektuellen, Ignoranten und zuletzt den Rassisten zusammengesetzt.

Unsichtbares Gefängnis — ein Begriff der für denjenigen wirksam wird, der sich mit Haut und Haaren der Unfreiheit seines materialistischen Diktats unterwirft, mit immer wachsender finanzieller Verschuldung in die Labyrinthe der seelischen Konflikte gerät und durch gewaltsame Befreiung die auferlegte Schlinge um den Hals verengt.

Laaer Berg-Böhmischer Prater

Alle finden sie von ihren Problemen Ablenkung auf dem Laaer Berg im Böhmischen Prater.

Schrebergärten, Kleinfamilienhäuser, Obstgärten und Spießertum sind die ersten Eindrücke, wenn Mann/Frau die Stadtautobahn hinter sich läßt. Da unterbricht der mutige Wanderer den hurtigen Schritt, um den Blick über das darniederliegende Simmering mit seinen Gasometern, Elektrizitätswerk, der Mülldeponie und den Sozialbauten schweifen zu lassen.

Genug verweilt, weiter geht's in den sogenannten „Unterwald" — gemeint ist ein an Hollywoodkulissen erinnerndes Wäldchen, das durch den Böhmischen Prater vom „Oberwald", eine mittlerweile als Vogelschutzgebiet erklärte Natur-Anlage, getrennt ist.

Liebespärchen, Schwammerl sucher und Gassi-Geher bevorzugen diesen Teil des Laaer Berges. Der Spaziergänger durchquert mehrere mit „Robinson"-Spielplätzen ausgestattete Lichtungen und erreicht, die große Laaer Wiese.

Rodeln im Winter, Drachensteigen in den Übergangszeiten, Radfahren und Ballspielen im Sommer — so lautet die Devise auf der Wiese. Genießen Sie noch einmal die Ansicht von Simmering, da-! der Zentralfriedhof, am Horizont die tschechische Grenze.

Es ist heiß — besuchen wir doch den Prater, die Menschen, der Trubel, die verschiedenartigen Geräusche — der Lärm wirkt belebend, heute ist Sonntag.

Historisch gesehen bestand das Vergnügungsviertel lediglich aus ein paar, inzwischen recht selten gewordenen, Kinderkarussels (eines der ältesten Ringelspiele Mitteleuropas ist übrigens heute noch in Betrieb), diverser Schießbuden und der natürlich überall dazugehörigen Wirtshäuser. Allerdings mit recht gemütlichen, von Kastanienbäumen überschatteten, Schanigärten.

Die „Betreiber" des böhmischen Praters sind drei oder vier Familienbetriebe, die über die Grundstücke lediglich als Pächter verfügen. Der eine oder andere Leser kann sich den im vorigen Jahr in der Kronenzeitung erschienenen Artikel ins Gedächtnis rufen, dessen Inhalt sich auf die existenzielle Bedrohung der betroffenen Pächter bezog. Der damalige Grundbesitzer drohte Automatenhallen, Geldspielhallen, Hotels usw. — kurz aus dem urwüchsigen Prater eine Vergnügungsstätte — sprich: „Klein Las Vegas" — zu machen. Zilk und Gratz wehrten heftigst ab: „Unser Böhmischer Prater muß den Wienern und Wienerinnen in der jetzigen Form erhalten bleiben."

Herr Iwanowitsch von der MA 69, dem zuständigen Amt für Grundstücksangelegenheiten, erklärte: „Die auf Wunsch des Wiener Bürgermeister Zilk angestrebten Verhandlungen mit der UNIVERSALE AG betreffend des Erwerbs der Liegenschaften ‚Böhmischer Prater', haben bisher zu keinem Ziel geführt, man könne ebenfalls keine Prognosen stellen."

Dr. Wiltschek, Generaldirektor der Universale AG, die Eigentümer der Grundstücke (übernommen von der Wienerberg AG, ursprünglich Ziegelgruben) zeigte sich zu keiner Äußerung bereit.

Seit 1885 (der eigentliche Ursprung des Praters), betreibt die Familie Kargl ein Kinderkarussell, eine Schießbude und eine Autodromanlage (ebenfalls für die Kleinen).



„Wir haben Glück! — daß wir hier nicht wohnen wie viele andere!" meint Hedwig Kargl, während sie einige Fotografien mit der Ansicht diverser Karusselle der Familie chronologisch geordnet vorlegt.

Der Obmann des Vereins „Club Monte-Laaer" zeigt sich gelassen und zuversichtlich. In Anbetracht der als „kriminell" bezeichenbaren Verträge welche mit den Pächtern jeweils auf ein Jahr abgeschlossen werden. „Bisher sind die Verträge von der UNIVERSALE ohne Kommentar verlängert worden, aber letztes Jahr! — da sind wir ohne Vertrag dagestanden, keiner wußte wie's weitergeh'n soll", äußert sich der Schanigartenwirt, Herr Pintaritsch, resigniert — „Wir hängen im Grunde genommen bis heute in der Luft!" bestätigt Karussellbetreiber Wilfert und denkt nicht daran seinen Betrieb auszubauen. Dagegen steht allerdings das Gebaren des Familienbetriebs „Sommer", der immerhin, trotz der prekären Situation unbekümmert die Gastwirtschaft vollständig renoviert und im Vorjahr gleich eine ganze Pizzeria aufgebaut hat.

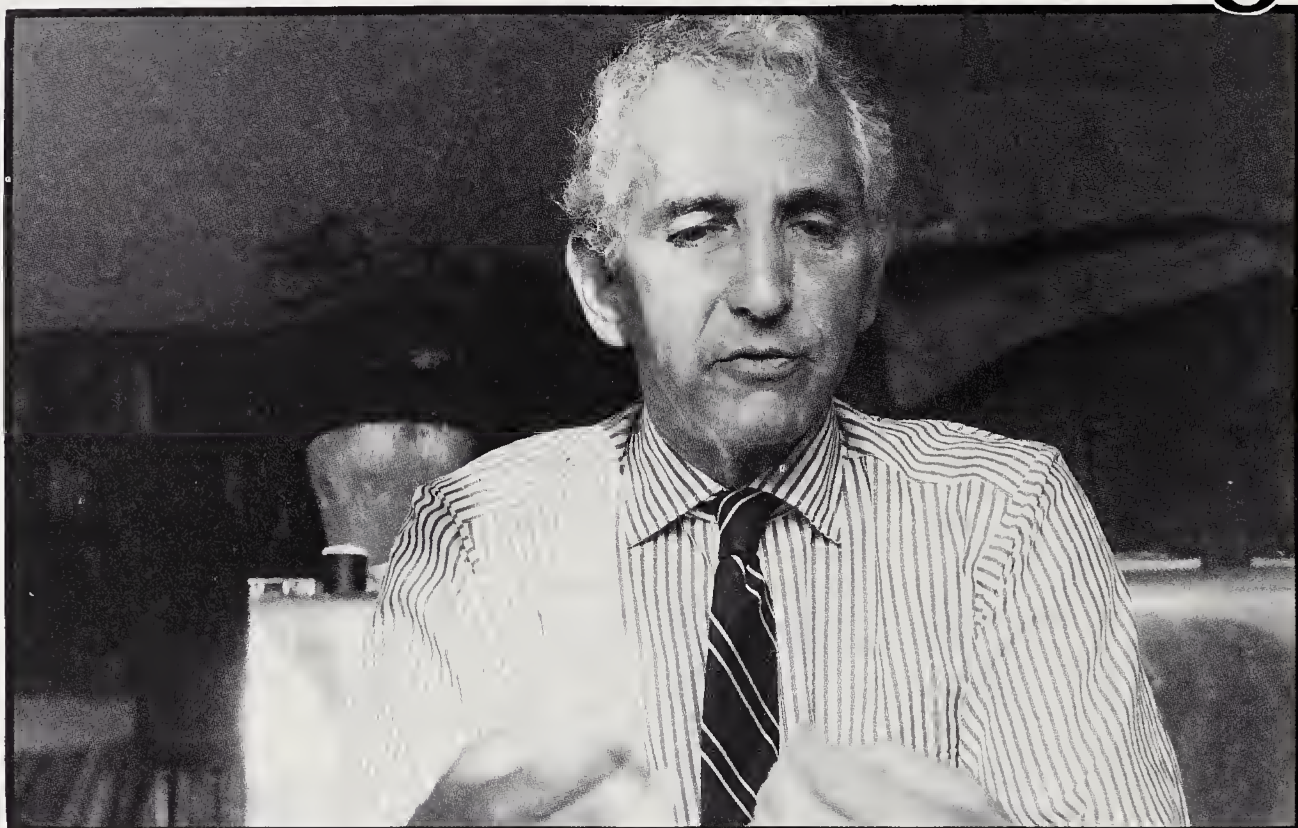
De Facto ist es durch die Intervention der Gemeinde und dem Protest, zum einstweiligen Stop der damaligen Verhandlungen zwischen der UNIVERSALE AG und der Automatenfirma NOVOMATIC gekommen, (Die Verträge waren bereits, angeblich, abgeschlossen) grundsätzlich hat der Mächtige den Bizeps angespannt.

Uneinigkeit unter den „Hutsch'nschleuderern und Schaniwirten ist allerdings eines der wichtigsten Probleme über das der Verein Monte Laaer" hinwegkommen müßte, um die existenzielle Bedrohung abzuwenden.

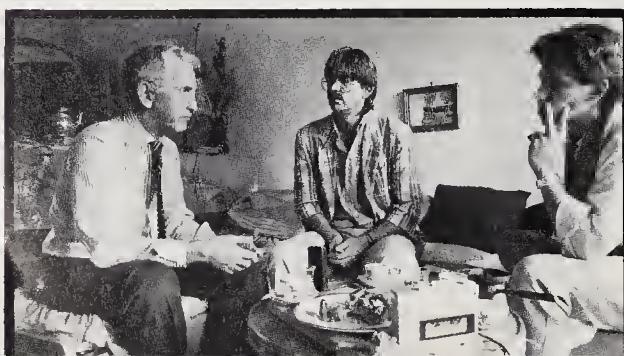
Die Ringelspiele werden trotzdem weitergedreht, die Wirtshäuser sich noch des Zuwachses erfreuen, die Massen aus den Gemeindebauten bei Grillfesten und Evergreens dem Wochenende fröhnen. Tourismus gibt es bis jetzt keinen, selbst dem Wiener ist der Böhmische Prater nur vom Hörensagen bekannt.

Um als Unkundiger vom „Bendenkowitsch", einem der Schanigärten, wieder in die Kreta zu gelangen, unterläuft Mann/Frau abermals die Autobahn, um dann inmitten der Ankerbrotsiedlung die Orientierung zu verlieren.

Interview mit Daniel Ellsberg



Heute ist Ellsberg ein bekannter Friedensaktivist, der sich unbeirrt von Gefängnisaufenthalten und Attentatsversuchen für die Abrüstung und den Frieden einsetzt. Dafür mußte er seine glänzende Karriere über Bord werfen. Nach seinem Harvard Studium wurde er der ranghöchste zivile Geheimnisträger im militärischen Bereich der USA. In seiner Eigenschaft als Militärstratege und durch seinen Einblick in die Kriegspläne der USA wurde ihm die Gewalt der militärischen Bedrohung der USA bewußt. Konsequent quittierte er seinen Dienst, jedoch nicht ohne die Pentagon-Papiere, die Geheimdokumente über den Vietnamkrieg, zu veröffentlichen. Dieser Skandal trug entschieden dazu bei, die Rolle der USA in diesem Krieg in der Öffentlichkeit bloßzustellen und das Märchen von der Beschützermacht zu entlarven. Bei einem kurzen Aufenthalt in Wien ergab sich für die MOZ-Redakteure Zahra Thyra Quensel, Anton Piegler und Tobias Hierl die Gelegenheit für ein Gespräch.



MOZ: *Sie waren in Genf bei der Nachfolgekonferenz zum Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation-Treaty, NPT). Was geschah dort und wie sahen die Resultate aus?*

ELLSBERG: Es ist für die amerikanische Öffentlichkeit wichtig zu hören, daß es Nationen gibt, die sehen wollen, daß das gegenseitige Wettrüsten beendet wird. Meine Hoffnung war daher, daß wirkungsvolle Beschlüsse der Konferenz betreffend den NPT, das amerikanische Volk darauf aufmerksam machen, daß ihre Regierung in Wirklichkeit unter den Alliierten, den neutralen und blockfreien Staaten isoliert ist. Präsident Reagan jedoch ist fest entschlossen die Atomtests und das Wettrüsten fortzuführen. Das steht fest. Wahrscheinlich auch für den Rest seiner Amtsperiode. In unserem System ist es dem Kongreß aber möglich, für diese Politik die Geldmittel zu blockieren. Dazu wird viel mehr öffentlicher Druck auf den Kongreß notwendig sein.

MOZ: *In welcher Eigenschaft haben sie an der Genfer Atomwaffensperrvertrags-Konferenz teilgenommen?*

ELLSBERG: Als amerikanischer Bürger. Ich bin nach Genf gekommen, um wirkungsvoll Lobbysmus betreiben zu können. Ich will, daß man der USA die Stirn bietet.

MOZ: *Die USA haben doch bereits früher ein Abkommen unterzeichnet ...*

ELLSBERG: Natürlich hat die Regierung ihre Resolution zum Atomsperrvertrag, auch in der Uno. Aber das amerikanische Volk ist sich, wegen mangelnder Information, der Verträge nicht bewußt. Viele Delegierte weisen in Genf darauf hin, daß die USA-Regierung einen inflagranten Bruch von unterzeichneten und ratifizierten Abkommen begeht.

MOZ: *In welcher Weise übertreten die amerikanische Regierung und alle anderen Staaten die Abkommen konkret?*

ELLSBERG: Der begrenzte Teststoppvertrag (Limited Test Ban Treaty, LTBT) legt in der Präambel fest, daß die unterzeichneten Mächte, ursprünglich die Sowjetunion, die USA und Großbritannien, sich bereit erklären, auf eine rasche Beendigung des Wettrüstens hinzuarbeiten und in möglichst kurzer Zeit über den umfassenden Teststoppvertrag (Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT) zu verhandeln. Weiters führt das Abkommen aus, jegliche atmosphärischen Tests zu stoppen. Nun, das war 1963. Und natürlich wurden auch diese Abkommen von den meisten führenden Unterfertigten, die auch später das NPT unterschrieben haben, unterzeichnet. Speziell Artikel 6 des NPT besagt, daß alle Unterzeichner sich verpflichten, zur Beendigung des Wettrüstens Verhandlungen zu führen. Beide Abkommen wurden von den Vereinigten Staaten ratifiziert. Reagan verletzt sie klar. Er verhandelt nicht einmal über das CTPT. Die Sowjets hingegen drängen nach Verhandlungen und haben die Tests tatsächlich unterbrochen. Es ist die erste Initiative seit 1963. Damals stoppte Kennedy die atmosphärischen Tests und lud die Sowjets ein, sich anzuschließen. Kennedy war in 22 Jahren der einzige Präsident, der eine positive Initiative setzte.

MOZ: *Inwieweit war Greenpeace am Teststopp-Moratorium der UdSSR beteiligt?*

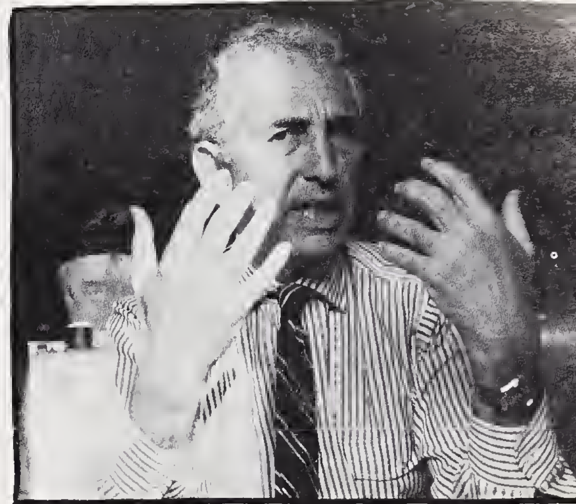
ELLSBERG: Bei ihrer Reise in die Sowjetunion als Greenpeace gegen die Tests der Sowjets protestierte, haben sie ein auf sechs Monate limitiertes Moratorium von Atomtests vorgeschlagen. Auch das Zentrum von Verteidigungsinformation in den USA hat in den letzten Jahren die Regierungschefs der Sowjet Union und der USA dringend ersucht, ein gegenseitiges Moratorium zu initiieren. Am 29. Juli 1985 haben die Sowjets das Teststopp-Moratorium bekannt gegeben. Aber wie es aussieht, ist es der amerikanischen Öffentlichkeit kaum bewußt, daß die Sowjets sogar dringend ein CTBT vorgeschlagen haben. Das ist kaum in der amerikanischen Presse publiziert worden. Es ist ein erstaunliches Black-Out. Besonders erfolgreich täuscht Reagan das Volk mit seinem Gebrauch des Wortes "Abbau". Für die Öffentlichkeit führt der Begriff "Abbau" weiter als "Stopp des Wettrüstens". Aber der Abbau ist nicht gleichzusetzen mit dem Einfrieren der Atomwaffensysteme. Reagans Begriff von "Abbau" beinhaltet nur die Verringerung der Gesamtanzahl von Atomwaffen, aber nicht Stopp von Entwicklung immer besserer Waffensysteme. Das erhöht die strategische Möglichkeit und die Wahrscheinlichkeit des frühen Erstschlages.

MOZ: *Heißt das, daß wir es mit einer noch weiteren, rasanten Eskalation des Wettrüstens zu tun haben werden?*

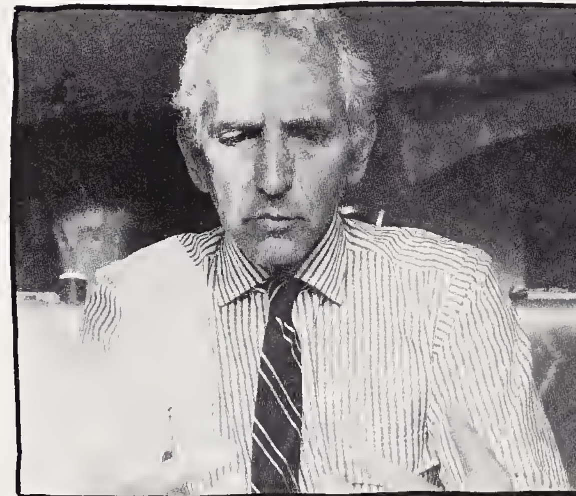
ELLSBERG: Für die nächsten fünf bis zehn Jahre sind immer kürzere Vorwarnzeiten zu erwarten. Und das macht, wie die Supermächte sagen, die Lage sehr instabil. Zum Beispiel: SDI, Krieg der Sterne. Ab dem Zeitpunkt an dem Raketen abgeschossen werden bis zu dem, wo die Röntgen-Laser im All sie zerstören sollen, vergehen maximal drei Minuten. Das heißt, diese Entscheidung muß automatisiert und Computern überlassen werden.. Wir sprechen hier also über die Weitergabe von Entscheidungen an Computer, die somit den Dritten Weltkrieg entscheiden werden. Sie entscheiden, ob der Gegenschlag z.B. mit den Trident-2-Raketen ausgeführt wird. Diese Raketen sind auf Unterseebooten stationiert und können nahe an das Ufer der Sowjet Union gebracht werden. Sie könnten, in so einem kurzen Zeitraum wie die Pershing 2, die sowjetischen Raketen in ihren Silos zerstören. Nur haben die Trident 2 größere Sprengköpfe, eine bessere Reichweite und größere Wirkung. Dies wiederum könnte die Sowjets in einer Krise veranlassen, ihre Raketen früher zu starten, um ihrer Ausschaltung zu entgehen. Reagan nennt sie "Peacekeeper"! Wir sind schlimmer dran als vor zehn Jahren.

MOZ: *Was kann die Bevölkerung gegen diese gefährliche Politik tun?*

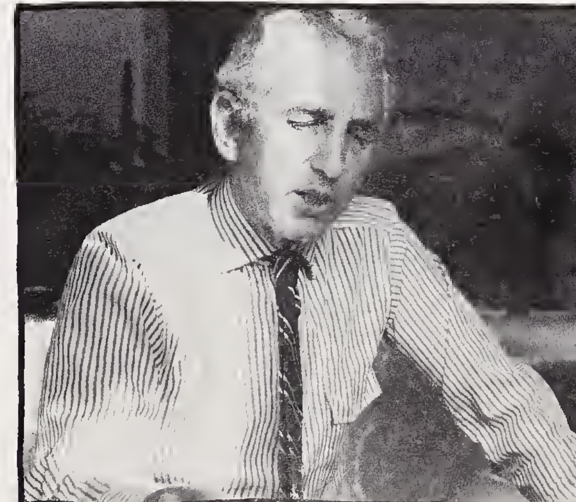
ELLSBERG: Der symbolische Aspekt ist hier wichtig. Ich habe den Leuten bei der Genfer Konferenz vorgeschlagen, daß wegen der Verletzung bestehender Abkommen die USA, die UdSSR und GB vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen seien. Der Internationale Gerichtshof kann niemanden bestrafen, niemanden sanktionieren, aber er kann feststellen, ob die nuklearen Staaten zu ihren Verpflichtungen stehen, oder wie es offensichtlich der Fall ist, sie flagranti verletzen. Das wird nichts über Nacht ändern. Aber es wird eine kleine Auswirkung auf politische Aktionen innerhalb der USA haben. Diese legale Dimension ist relevant. Ich würde auch Österreich direkt fragen; z.B. Bruno Kreisky, den ich sehr bald sehen möchte. Ich werde ihn fragen, wie man Fortschritte bezüglich des Wettrüstens erzielen könnte. Ich würde gerne hören, was er jetzt zu sagen hat. Aber ich werde auch fragen, wieso Österreich nie den Schritt unternommen hat, zum internationalen Gerichtshof zu gehen, und anzuklagen. Wir brauchen jeden erdenklichen Druck gegen diese Atom-Cowboys; die sind im wesentlichen Verbrecher. Vor 1950 bis 1960 hatte einfach niemand die Macht, jegliches Leben auf der Erde für politische Zwecke zu bedrohen. Das ist Massenterrorismus. Wir können uns nicht da-



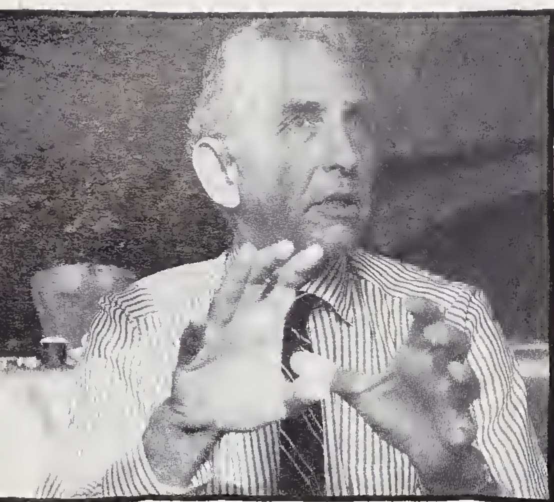
„Vor 1960 hatte einfach niemand die Macht, jegliches Leben auf der Erde für politische Zwecke zu bedrohen. Das ist Massenterrorismus."



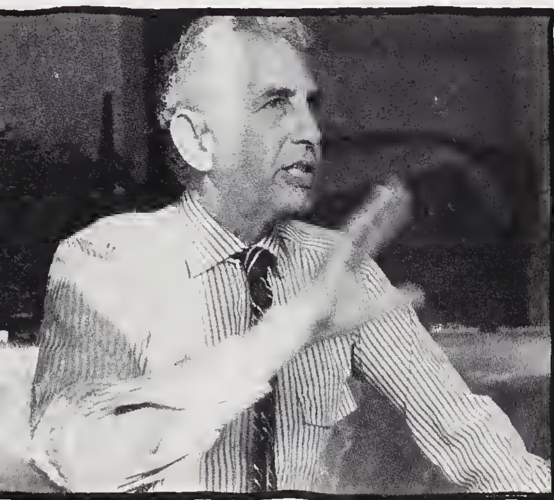
„Wir brauchen jeden erdenklichen Druck gegen diese Atom-Cowboys; die sind im wesentlichen Verbrecher."



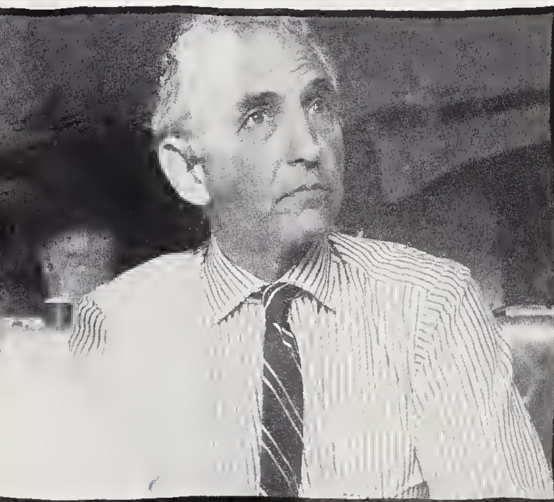
„Es ist eine Illusion anzunehmen, daß zumindest ein Präsident nicht in solche Affären verstrickt ist. Mitterand selbst hat gesagt, daß der Staat Vergeltung, Abschrekkung und Bedrohung ist, und er hat es in Mururoa demonstriert."



„Ich mag Präsident Reagan. Ich finde ihn als Individuum angenehm, wie fast jeder, aber ich wünschte, er würde mit seiner terroristischen Politik aufhören."



„Neuseeland sollte bei den nächsten Wahlen mit CIA-Interventionen rechnen, besonders unter Reagan."



„Was ich sagen will: organisieren von Widerstand gegenüber skrupelloser Regierungspolitik ist absolut notwendig. Es ist nicht genug, eine Theorie des Ungehorsams zu entwickeln."

mit abfinden, immer mit Atomwaffen zu leben, weil ich nicht glaube, daß wir mit Atomwaffen lange leben werden. Entweder sie gehen, oder wir, die Menschheit!

MOZ: *Glauben Sie, daß der Wechsel an der Kremlspitze eine neue Hoffnung für Friedensverhandlungen ist, oder ist es nur Propaganda?*

ELLSBERG: Gorbatschow spricht von dem Wunsch der Sowjet Union, dem Wettrüsten ein Ende zu setzen, Und das nicht mehr oder weniger intensiv wie seine Vorgänger Breschnew oder Andropow. Aber er ist noch nicht so lange im Amt, als daß wir Gegenteiliges bemerken. Die Sowjet Union soll über das bisherige hinausgehen und die Flugtests von Atomraketen beenden, und die USA auffordern, es ihr gleich zu tun. Prüfen wir es. Wie ich schon einmal in den USA und in Genf bei einer Freeze-Konferenz sagte: stoppen wir die Tests und testen wir die Sowjets. Ich bemerke, daß Reagan diese propagandistische Geste nicht gemacht hat, um damit die Sowjet Union herauszufordern. Jetzt ist die Zeit für verzweifelte Aktionen reif. Wir müssen unmißverständliche gewaltfreie Maßnahmen auf allen Ebenen, von der Regierung bis zum Einzelnen, ergreifen. Man kann Plutonium nicht mit Gewalt zerstören. Wir brauchen überall Phantasie, Opferbereitschaft und Mut. Greenpeace, wieder auf dem Weg nach Mururoa, setzt ein Beispiel und auch Neuseeland. Und die 15 Inseln und Länder, die sich zur atomwaffenfreien Zone im Südpazifik erklärt haben.

MOZ: *Greenpeace arbeitet effizient und mit unorthodoxen Mitteln. Was, glauben sie, hat das Attentat auf das Greenpeace-Schiff ausgelöst?*

ELLSBERG: Wenn ich die französische Reaktion betrachte, die sich lediglich auf die Frage beschränkt, ob die Attentäter verfolgt werden sollen oder ob die Geheimdienstaktion berechtigt war, so stimmt mich das nachdenklich. Denn ich sehe keine Sensibilität zu der Frage, ob der Staat überhaupt berechtigt war, die Rainbow Warrier, mit dem Risiko Leute umzubringen, zu zerstören. Das amerikanische Volk ist in dieser Beziehung anders. Es war von Watergate betroffen, was die Franzosen nie verstanden haben. Jetzt sehen wir warum. Was ich sagen will: organisieren von Widerstand gegenüber skrupelloser Regierungspolitik ist absolut notwendig. Es ist nicht genug, eine Theorie des Ungehorsams zu entwickeln, sondern auch Taten zu setzen, wie z. B. Greenpeace, durch die sich Mitterand kalte Füße holen wird. Ich spreche nicht aus direktem Wissen, aber aus vielen persönlichen Erfahrungen mit meiner Regierung. Ich nehme an, daß Herrn Mitterands Büro von dieser Aktion gewußt hat und ihr zustimmte. Und wahrscheinlich Herr Mitterand auch. Ich glaube, es ist eine Illusion anzunehmen, daß zumindest der Präsident nicht in solche Affären verstrickt ist. Mitterand selbst hat gesagt, daß der Staat Vergeltung, Abschreckung und Bedrohung ist, und er hat es in Mururoa demonstriert.

MOZ: *Sie sprechen von gewaltfreien Handlungen ...*

ELLSBERG: Das beinhaltet Risiko. Z. B. für Neuseeland, das bereits von den USA bedrängt wird. Sie sollten bei ihren Wahlen in den nächsten Jahren mit CIA-Interventionen rechnen. Besonders unter Präsident Reagan. Das ist genau das, wofür der CIA geschaffen wurde. Um in Neuseeland diese zusätzlichen Häfen, für die amerikanischen, atomwaffen-strotzenden Schiffe zu erhalten, würden wir guten Gewissens CIA-Leute schicken, um die Demokratie in Neuseeland zu stürzen.

MOZ: *Sie wissen, daß die USA in Nicaragua indirekt intervenieren. Wie sollen diese Länder gewaltfrei bleiben?*

ELLSBERG: Es ist keine indirekte Intervention mehr, amerikanisches Geld, amerikanische Waffen, amerikanische Organisation und amerikanische Führung, die die amerikanischen Militärberater unterstützen. Wir sind wirklich im selben Stadium wie damals 1962/63 in Vietnam. Und das war keine indirekte Intervention.

MOZ: *Aber das ist illegal, wie sie sagen würden.*

ELLSBERG: Nein. Der Kongress hat dieses Jahr beschlossen, daß diese Unterstützung unter die amerikanischen Inlandsgesetze fällt. Natürlich nicht im Sinn der OAS-Charta (Organisation amerikanischer Staaten) und der Vereinten Nationen). Das ist vor dem Internationalen Gerichtshof illegal. Was mich beinahe auf die Idee gebracht hat, vor dem Internationalen Gerichtshof zu klagen. Das wäre der Präzedenzfall Nicaragua. Und, wie ich höre, will nun Neuseeland das Attentat der Franzosen vor den Internationalen Gerichtshof bringen. Ich bin wegen der Vorfälle in Nicaragua erschüttert. Meine Tochter hat fünf Jahre lang im öffentlichen Gesundheitsdienst in Nicaragua gearbeitet. Sie, und all die anderen Brigadisten sind von amerikanischen Operationen bedroht worden, bezahlt aus meinen eigenen Steuergeldern. Das ist natürlich eine mörderische, terroristische Politik. Ich mag Präsident Reagan. ich finde ihn als Individuum angenehm, wie fast jeder, aber ich wünschte er würde mit seiner terroristischen Politik aufhören.

MOZ: *Sie arbeiten in der "Freeze"-Bewegung ...*

ELLSBERG: Ich hatte zwei Jahre lang in der strategischen Testgruppe der Freeze-Organisation gearbeitet. Seit heurigem Frühjahr habe ich keine formelle Position mehr. Aber ich unterstütze sie weiterhin.

MOZ: *Wie stark ist die Friedensbewegung heute?*

ELLSBERG: Sie ist viel schwächer als vor einem oder zwei Jahren. Denn die Bereitschaft, sogar von den meisten, die die Freeze-Bewegung unterstützt haben, und das waren ca. 80% der amerikanischen Bevölkerung, für Reagan zu stimmen, zeigt, daß die Beendigung des Wettrüstens nicht höchste Priorität hatte. Die Wahl hat viele entmutigt, mich auch. Wir müssen die Leute in dieser Hinsicht viel mehr schulen, wenn wir erfolgreich sein wollen.

MOZ: *Was war der Wendepunkt in Ihrem Leben?*

ELLSBERG: 1969 war ich direkter Berater der Regierung. Auf einmal las ich zufälligerweise etwas von einer Entlassung amerikanischer Spezialtruppen aus der Untersuchungshaft des militärischen Gerichtshofes. Offiziere hatten einen Vietnamesen umgebracht, von dem sie annahmen, er sei ein Doppelagent. Sie wurden des Mordes angeklagt. Aber diese Anklage wurde auf Beschluß des Präsidenten zurückgenommen. Ich erkannte, daß ich 15 Jahre einer Regierung diente, die in jeder Hinsicht lügt. Lügt, um Morde zu vertuschen. Am 30.9.1969, als mir der Betrug meiner Regierung bewußt wurde, schwor ich mir, nie wieder zu lügen, und Tausende von Dokumenten in meinem Safe, die die Lügen der Regierung beweisen konnten, zu vereröffentlichen. Ich bin sicher, es gibt hundert Entscheidungsträger in Frankreich, die in einer ähnlichen Position und imstande sind, ihre Regierung zu überführen. Selbst wenn 99% der Bürokraten die Lügen der Regierung unterstützen, so soll das eine Prozent für die Wahrheit eintreten.

MOZ: *Wir danken für dieses Gespräch.*

●


PFAND-WERT-FLASCHE
Sprite LIGHT
NEU KALORIENARM
Sprite LIGHT
FANTA light
1 LITER
NEU KALORIENARM
FANTA Light


PFAND-WERT
Coca-Cola light
kalorienarm

Fünf Jahre danach

ZÜRI PE

Achmet von Wartburg, Sponti: Aus dem Anfängerpunk anno 80 (kleines Foto), wurde ein Kellner in der etabliert-alternativen Roten Fabrik. „Man wird halt älter."



Die Bewegung ist tot. Die Bewegten leben weiter. Wo sind sie geblieben, all die Tausende, die 1980 die Schaufenster der Bahnhofstraße zertrümmerten und die Zürcher Bürger aus dem Packeisschlaf rissen?
Ein Besuch in der auch heute noch kältesten Stadt Europas von Manfred Klimek & Michael Jakobs (Fotos) und Freddie Kräftner (Text).

‘‘**1980** war ein Fest. Es war das erste mal, daß ich endlich in der Schweiz Leben gespürt habe. Vorher war für mich alles grau und tot, und ich bin dann auch mal für drei Jahre ins Ausland gegangen, weil ich das gebraucht habe. Als die Unruhen ausgebrochen sind, habe ich mich total schnell dort engagiert, das war eine frage von vielleicht zwei Wochen — von der ersten Demonstration bis zum regelmäßigen Besuch der Vollversammlungen und actions auf der Straße.

Was gut war damals, daß wir es immer abgelehnt haben auf Politik einzusteigen. Jene, die ihre politischen Hoffnungen in die Bewegung hineintragen wollten, die haben wir nach Möglichkeit enttäuscht.

Ganz am Anfang, bei der ersten Vollversammlung, ist ein Mann von der Sozialistischen Arbeiterpartei aufgestanden, und hat uns mit „Genossinnen und Genossen“ begrüßt, und wollte die Energie irgendwie auf seine Mühlen lenken — und der ist total ausgepfiffen worden. Das fand ich gut. Seitdem haben dann solche Leute nicht mehr gewagt, sich ins Fettnäpfchen zu setzen.

Wir waren ein anderes Volk, ziemlich unpolitisch und emotional. Wir hatten keine Hoffnungen, daß wir die Gesellschaft ändern wollten, uns ging es einfach um unsere Reservate und Territorien, wo wir nach unseren Vorstellungen leben wollten.

Politisch sehe ich mich irgendwie als Sponti. Im Frühling 1982, quasi schon zum Ende der Bewegung, habe ich mich für das Amt des Stadtpräsidenten beworben. 7.000 Leute haben für mich gestimmt. Als Sieger aus der Wahl ist Thomas Wagner hervorgegangen, ein für Zürcher Verhältnisse ziemlich junger und dynamischer Mann. Und er hat es dann auch verstanden, Hoffnungen so weit am Leben zu erhalten, daß man nicht aus Enttäuschung irgendwie ausflippt, sondern immer noch das Gefühl hat, mit Wohlverhalten etwas erreichen zu können, eigentlich eine ziemlich ekelhafte Mischung von „Teile und Herrsche“, Zuckerbrot und Peitsche.

Und es wird jetzt von der Stadt auch einiges getan für unsere Kultur, gerade so wenig, daß irgendwie der Dampfkochtopf nicht hochgeht. Zuwenig zum Leben zwar, doch zuviel zum Sterben. Es gibt einfach heute eine viel breitere Subkultur als vor fünf oder sechs Jahren. Alles was vorher rein privat und unter sehr großen Schwierigkeiten gelaufen ist, wird jetzt langsam materiell gefördert. Auf der anderen Seite fehlt dir dann auch wieder der Widerstand. Die Stadt macht das sehr geschickt. Macht gerade so wenig, daß der brodelnde Dampfkochtopf nicht wieder hochgeht.

Zuwenig zum Leben zwar, doch zuviel zum Sterben.

Ich hab dann versucht Anfang 1983 meinen eigenen Weg zu gehen und habe mich mit zwei Musikern zusammengetan. Das hat sich aber in der Zwischenzeit auch wieder aufgehört.

In fünf Jahren verändert man sich natürlich schon ziemlich. Allein das Aussehen. Vor fünf Jahren bin ich mit Sicherheitsnadeln im Gesicht rumgelaufen, was man halt so macht als Anfängerpunk und dann hab ich gemerkt, daß das alles gar nicht so wichtig ist, und eher unbequem. Und auch sonst. Damals habe ich mindestens mit fünf anderen in einem Zimmer gewohnt, heute habe und brauche ich mein eigenes. Man wird halt älter.’’

(Achmet von Wartburg)



Cathrin Freisager, Studentin, wohnt in einem der vielen Abbruchhäuser Zürichs. MOZ hat die Studentin an der Kunstgewerbeschule/Klasse Fotografie gebeten, ein Selbstporträt zu schießen (großes Foto).

„Für mich war das eine klare Sache, daß ich zur Bewegung gekommen bin, weil ich war ja nicht zufrieden mit dem, was in Zürich so lief.

Ich habe damals in einer WG gewohnt und da sind wir auch immer auf die Vollversammlungen ins AJZ oder Volkshaus gegangen, oder eine Arbeitsgruppe gemacht. Und die Demos natürlich, das ist alles irgendwie verdammt gut gelaufen.

Das Tolle war das Gefühl der Stärke, die man plötzlich hatte. So viele Leute, die alle was ändern wollten, aber keine Lösungen hatten. Das fand ich gut. Es waren nur Fragen da, aber keine Antworten.

Wenn dann immer die Polizei gekommen ist, kriegte ich oft so eine Panikstimmung, mittendrin in einer Menschenmasse. Und mit der Zeit hast Du auch gesehen, daß Du echt nicht viel machen kannst. Du warst total im Nachteil wegen der Gummigeschoße. Mein Bruder wurde bei einer Demo auch verletzt und mein Vater hat dann den „Verein Betroffener Eltern" gegründet, weil er fand, wir Jungen müßten auch von den Älteren unterstützt werden.

Das Hauptanliegen des Vereins war eine Initiative zur Abschaffung der Gummigeschoße, die ist beim Gemeinderat durchgegangen, wurde dann aber in den nächsten Instanzen abgelehnt.

Die Demos sind dann irgendwie versandet, da ging dann nur mehr der harte Kern hin. Ich war dann nicht mehr dabei, für mich war die Zeit des Kampfes auf der Straße vorbei. Ich hab dann für mich versucht, meinen eigenen Weg zu finden, und jetzt studiere ich Fotografie an der Kunstgewerbeschule und versuche so, meine Sicht vom Leben und von der Verwirrung des Lebens auszudrücken. Resignation würde ich das nicht nennen, aber ich habe meine Illusionen verloren."

(Cathrin Freisager)

„1980 arbeitete ich als Pressefotograf und war an diesem mittlerweile legendären 30. Mai im Auftrag einer Zeitung zu dieser Demo gegangen, mit der alles irgendwie begonnen hatte. Jeder erwartete nur eine kleine Demonstration, aber man wollte doch etwas darüber bringen, um zu zeigen, daß es doch Opposition gegen diesen 60-Millionen-Franken-Kredit für den Opernhausneubau gibt.

Es waren 300 oder 400 Leute da, und die Polizei war einmal mehr sehr ungeduldig und provozierte offensichtlich eine Auseinandersetzung. Vor dem Opernhaus flogen die ersten Steine, Tränengas wurde eingesetzt.

Gleichzeitig am Abend war das große Bob-Marley-Konzert im Hallenstadion und als dann tausende von Konzertbesuchern, in die Stadt kamen und dort Tränengas und kleine Krawalle fanden — machten die plötzlich mit.

Das war dann auch der erste Abend an dem die Zürcher Polizei Gummigeschoße eingesetzt hat. Das hat die Stimmung natürlich zusätzlich angeheizt, da rannten die Leute herum und schrien: Die sind völlig wahnsinnig, die schießen auf uns, es gibt Verletzte.

Am nächsten Tag war dann eine Vollversammlung. Ich verstand mich irgendwie als betroffener Journalist und habe dort auch das Wort ergriffen. Ich habe gesagt, daß in Zürich seit 30 oder 40 Jahren für ein Jugendhaus gekämpft wird und daß Gewalt das einzige Mittel ist, das dieser Staat versteht, wo er selber auf jede Forderung nur mit Gewalt reagieren kann.

Es kam am zweiten Tag dann wieder zu einem Krawall. Ich war von da an immer dabei. Zu mir hatten die Leute aus der Szene vertrauen, ich konnte mich relativ ungehindert bewegen. Bei den bürgerlichen Fotografen war das anders, weil die Leute natürlich Angst hatten, daß Fotos gemacht werden, die sie beim Steinewerfen zeigen, und die dann in



Klaus Rosza, Fotograf: Als „betroffener Journalist" griff er bei Vollversammlungen (kleines Foto) auch zum Mikro, gründete dann mit anderen Szenenfotografen die Fotoscene Zürich und arbeitet heute an einem alternativen Fernsehprojekt.

falsche Hände geraten. Und das ist ja dann auch passiert. Die Polizei ist zum Beispiel mehrfach bei Keystone, der größten Bildagentur, vorstellig geworden und wollte Fotos, welche Leute belasten. Es ist dann auch zu Beschlagnahmungen bei Fotografen gekommen, so daß ich mein Archiv im Safe meines Anwalts hinterlegt habe.

Natürlich hat die Polizei auch registriert, daß ich für sie unangenehme Fotos geschossen habe, wie Leute zum Beispiel brutal verprügelt wurden. Das ist auf dem Papier alles legal und rechtens, trotzdem haben sie dann versucht, mich massiv zu kriminalisieren. Ich war dann einer der sechs, die im Juni 1980 in Präventivhaft genommen wurden. Nach 24 Stunden waren wir aber wieder draußen, denn es entstand ein ungeheurer Druck auf die Behörden. Dann kam die Geschichte mit der Demo auf der Quaibrücke, wo die Polizei zum ersten und einzigen Mal abgezogen ist. Es waren über 10.000 Leute, die bei dieser verbotenen Kundgebung mitliefen. Gegen den Willen des Stadtrates hat dann der Einsatzleiter die Straße freigemacht, weil er meinte — da gibt es ein Tonbanddokument des Funkverkehrs — es gäbe sonst Tote.

Jetzt kam dann die Phase der direkten Behinderung auf der Straße. Wo immer mich ein Polizist beim Fotografieren erkannte, wurde ich schikaniert, die haben mir Schilder vor die Kamera gehalten oder mich mit Namen angesprochen und verlangten, ich solle mich ausweisen. Das muß man sich einmal vorstellen. Oder, das war im November 1980, kamen drei Polizisten auf mich zu, der eine hielt sein Gewehr mit Gummischrotladung aus einer Distanz von eineinhalb Metern auf mich, der andere sagte: Jetzt gib mir Deinen Film aus der Kamera, wenn nicht, knallen wir Dir eine Ladung Gummi in den Ranzen.

Anderen Fotografen und auch einem Fernsehmann ist es ähnlich ergangen, wir haben Anzeigen erstattet, raus gekommen ist dabei nichts.

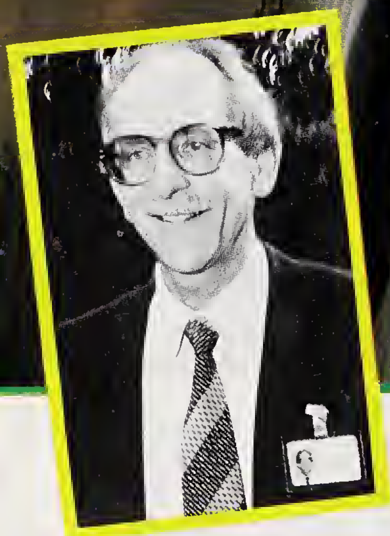
Als das AJZ dann eröffnet wurde, war ich in der Kulturgruppe. Das war eine sehr heiße Phase. Einerseits die Begeisterung durch den Erfolg, wir haben das Gebäude; andererseits wahnsinnige interne Probleme.

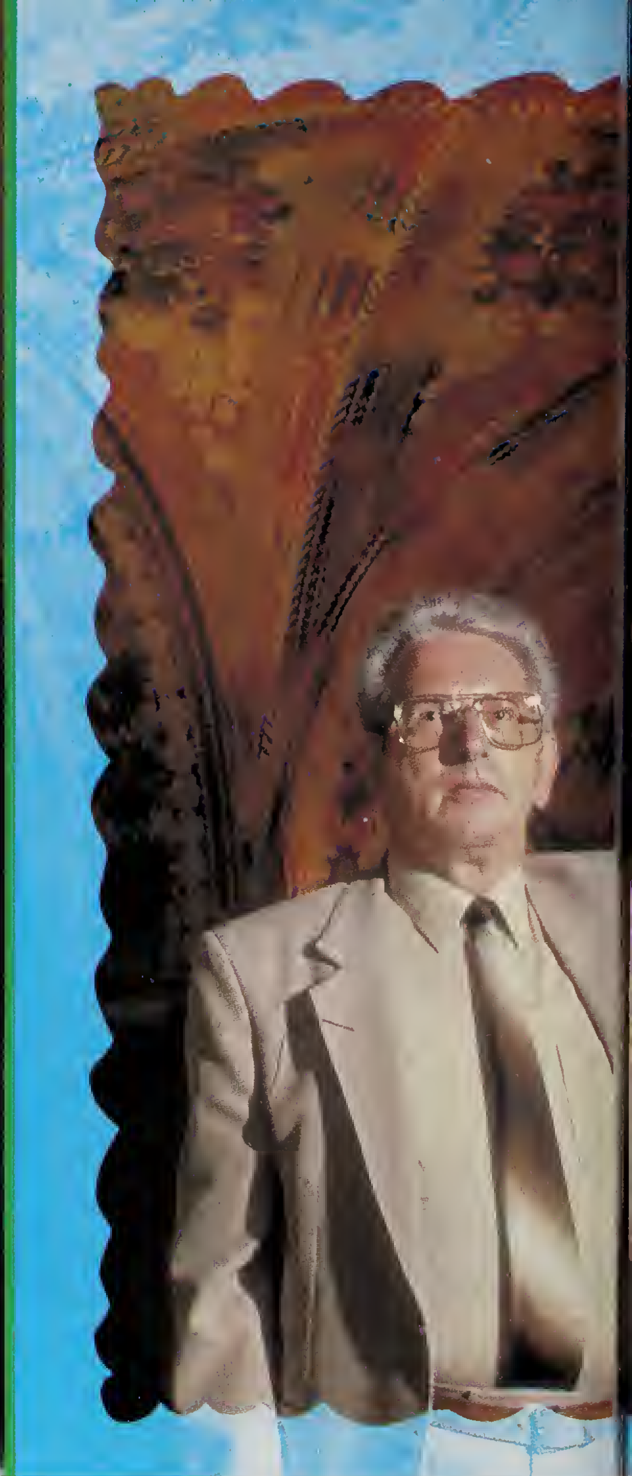
Als uns die Stadt dieses Zugeständnis gemacht hat, bremste sie gleichzeitig die Militanz und die Aktivität. Das war so ein kleines Zuckerl. Aber in dem Moment, wo sie gemerkt haben, daß die Power wieder zurückgeht, weil die Leute ein bißchen was bekommen haben und wieder ein bißchen zufrieden sind, wurde sofort wieder zugeschlagen. Schließung des AJZ in einer Nacht und Nebel-Aktion, Abriß, fertig, Schluß — in der richtigen Annahme und Hoffnung, daß nicht plötzlich — zum zweitenmal kurzfristig hintereinander — eine Bewegung entstehen kann, die sich massiv dagegen wehrt. Vor allem wo ja die Leute durch tausende von Strafverfahren — die Prozesse laufen zum Teil heute noch — total eingeschüchtert waren.

Mir war damals schon klar, daß das irgendwann ein Ende hat, daß das nicht etwas ist, was die Massen mitreißen wird und dann kommen die Arbeiter und werden zusammen mit der autonomen Jugend die neue Gesellschaft aufbauen.

Trotzdem ist das für mich eine Phase, die nicht ganz zu Ende ist. Die Bewegung hat doch einiges bewegt in dieser Stadt. Es ist in Zürich eine neue Kultur entstanden, die vor ein paar Jahren undenkbar gewesen wäre. Es gibt ein paar Orte, wo man sich treffen kann und wo man was machen kann. Es gibt die Wochenzeitung, die ist aus diesem Drive entstanden, es gibt das alternative Lokalradio, und zur Zeit arbeite ich an einem Projekt für ein alternatives Fernsehen. Aber viele haben natürlich auch resigniert. Es gab noch nie so viele Drogentote in Zürich wie jetzt. ”

(Klaus Rosza)





Marcel Bertschi, Staatsanwalt: Ginge es nach dem Autor der meisten Anklageschriften gegen „Krawallanten", wäre das AJZ nie eröffnet worden.

Otto Muff, Polizeikommissär, verrichtete 19 extradienste" (kleines Foto). Der vor allem im A tene Einsatz von Gummigeschoßen war für ihn „eine Art von Selbstverteidigung".

„**Die** Jahre 80, 81 habe ich nicht besonders schlimm erlebt. Es gab eine gewisse Hektik, die vor allem durch die Medien angestachelt und auch verlängert wurde, und es gab dann etliche Leute, die aus politischen Gründen versuchten, diese Krawalle noch anzuheizen, und dann gab es damals einen Stadtrat in Zürich, der vielleicht in den ersten Wochen und Monaten politisch nicht optimal reagiert hatte. Meines Erachtens hätte man das AJZ nie aufsperren dürfen, das war ein Grundfehler. Man hätte wissen müssen, daß solche Häuser nie funktionieren. Ich habe damals viele Anklagen verfaßt. Es war für die Justiz nicht immer leicht Fuß zu fassen, weil es in solchen Verfahren, — in der Regel wegen Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Gewalt gegen Beamte — nicht immer einfach war, die Beweismittel zu sammeln und dann auch die Prozesse in vernünftiger Zeit über die Runden zu bringen.

Wir hatten von der Regierung den Auftrag, diese Verfahren beschleunigt durchzuführen. Fragwürdig ist heute nur, ob es richtig war, nur gegen die Krawallanten beschleunigt vorzugehen und nicht auch bei den automatisch ebenfalls auftretenden Verfahren gegen Polizeibeamte. Im Nachhinein glaube ich, daß das ein Fehler war.

Es war nicht so hart, daß wir besonders hart gewesen wären, wie uns manchmal unterstellt wurde. Eines stimmt schon: die meisten Angeklagten waren eher so Randfiguren, die schon mitgemacht haben, aber die sicher nicht entscheidend beteiligt waren. Solche Demonstrationen muß man ja vorbereiten, muß sich absprechen, Flugblätter drucken, Transparente besorgen — und die Leute, die das organisiert haben, die haben wir nie erwischt, das sind auch die Schlaueren.

Es gab auch Verfahren gegen Polizisten und an und für sich würde ich auch sagen, daß die geringe Zahl der Verurteilungen einen verwundert. Auf der anderen Seite ist natürlich klar, daß ein angeklagter Polizist die gleichen Rechte hat wie jeder andere auch. Er kann nichts sagen, er kann selbstverständlich auch lügen. Das ist ja das Leidige am Strafverfahren, daß der, der schweigt oder relativ geschickt lügt, besser wegkommt"

(Marcel Bertschi)

„**Das** waren harte Wochen. Ich habe tagsüber bis 16 oder 17 Uhr im Innendienst gearbeitet und je nachdem wann der Einsatz begann, habe ich mich in die Ordnungsdienstmontur geschmissen und war dann oft bis zwei, drei Uhr in der Früh im Krawallextradienst.

Ich war Einsatzoffizier von einem Zug, dessen Größe variierte je nach Einsatz zwischen 30 und 90 Mann.

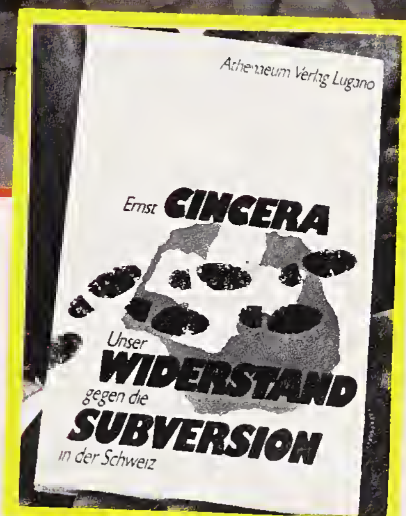
Das waren ganz normale Polizisten, wir hatten ja keine Bereitschaftspolizei, wie zum Beispiel die BRD sie hat. Am nächsten Tag war ich wieder am Morgen im Büro, hab den ganzen Tag gearbeitet, am Abend ging es dann weiter. Es ging nicht anders, denn wir hatten zuwenig geschulte Einsatzleiter. Bei solchen Einsätzen den Überblick





Krawall-
nd umstrit-

Ernst Cincera, Nationalrat: Als rechtes Aushängeschild der Freisinnigen Partei, legte der „überzeugte Antikommunist" Dossiers über Leute aus der Bewegung „und andere Staatsfeinde" an.



und den erforderlichen kühlen Kopf zu behalten war sehr schwierig, weil man zu wenig Schlaf hatte und geschwächt war, — oft geschah alles wie in Trance.

Es war die Gegenseite, die die Einsatzmittel bestimmte. Wenn wir mit Pflastersteinen oder Stahlkugeln beworfen wurden, dann war der Einsatz der Gummigeschoße fast wie eine Selbstverteidigung. Und ich kam nicht einmal mit Verletzten nach Hause.

Und die Polizei ist ja auch immer Prügelknabe für die Entscheidungen der Politiker. Es war ja nie klar, wird eine Demonstration jetzt bewilligt oder nicht. Mal heißt es nein, dann wieder ja — bis schließlich die Demonstrationswilligen aufgehört haben zu fragen und das ergab dann eine Dynamik, der nur schwer zu begegnen war. ❞

(Kommissär Muff)

❝**Seit** dem Zweiten Weltkrieg habe ich mich als überzeugter Antikommunist mit allen kommunistischen Erscheinungen, auch in unserem Land, auseinandergesetzt. Und all diese Bewegungen, 1968 wie auch 1980, haben eine gewisse kommunistische Komponente.

Ich habe dann mit Gleichgesinnten die Informationsgruppe Schweiz gegründet, deren Aufgabe es ist, alles Material über diese Gruppen und Personen zu sammeln. Und das sehen diese Leute natürlich nicht gern.

Wir haben ein Informationsbulletin herausgegeben, das hieß „Wer wie was wann wo", in dem wir alle personellen Querverbindungen aufgezeigt haben. Es ist logisch, daß gewisse Leute dann nicht einen Job bekommen haben, aber nicht durch unsere Schuld, weil jedermann, darf ja frei entscheiden, wen er anstellen will oder nicht.

Nach meinen Erkenntnissen waren es vor fünf Jahren die etablierten 68er, die maßgebend die Führung hatten, also nicht mehr sehr junge Leute, zum Teil beruflich und politisch etabliert — als Rechtsanwälte, Journalisten oder als Parlamentarier tätig. Und daneben gab es natürlich diesen Stock von anarchistisch motivierten Jugendlichen, und natürlich auch viele Kinder aus ersten Zürcher Familien. Das ist ja ein ganz typisches Markenzeichen von jeder Revolution, die von der Unzufriedenheit der Leute **profitiert.**

Einige der Leute von 1980 arbeiten in anderen Kampfformen weiter, Häuserkampf usw. Das kann sich eines Tages beruhigen, das kann sich aber auch wieder in eine Explosion verwandeln. Also die Lage ist noch nicht ganz ruhig, im Moment herrscht ein bewaffneter Friedenszustand, würde ich sagen. Und wenn beide Seiten einigermaßen vernünftig handeln, dann kann der zum Dauerzustand werden und das wäre dann erträglich. ❞

(Ernst Cincera)



Michel Hüttner, Opfer: Bei den Krawallen vor dem Kinkskonzert traf ihn eine Ladung Gummigeschoße im Gesicht (kleines Foto: im Spital), heute verdient er als Organisator in der Roten Fabrik monatlich 2.800 Franken, rund 22.500 Schilling.



Nikolaus Lindt, Journalist, arbeitete beim Fernsehen, stieg dort aus und gründete im Spätherbst 1980 das Bewegungsblatt Eisbrecher. Lebt heute als freier Journalist (Tages-anzeiger, NZZ) in der Nähe von Zürich.

‘‘**Ich** war eines der Opfer von 1980. Es war am 4. Dezember, anläßlich des Kings-Konzertes im Kongreßhaus. Als ich ankam, waren zirka 50 Leute anwesend. Eine Eingangsscheibe ging in Brüche. Nach fünf Minuten erschien die Polizei und kreiste uns ein. Ich rannte davon. Zwei Polizisten kamen um die Ecke. Einer schoß mir aus zwei Meter Entfernung die ganze Ladung Gummigeschosse ins Gesicht, und ich wurde am rechten Auge, an der Nase, praktisch im ganzen Gesicht getroffen.

Die Diagnose lautete auf Netzhautriß. Ich wurde ambulant behandelt und Weihnachten 1980 operiert. Zurück blieb eine Netzhautverkrümmung, das heißt 90 Prozent Sehverlust am rechten Auge. Gut, heute sehe ich das nicht mehr so tragisch, ich habe gelernt, damit zu leben. Ich kenne zum Beispiel jemand, der hat ein Auge beim Skilaufen verloren, das ist irgendwie noch bescheuerter. Das ist eine alte Geschichte und das Leben geht weiter.

Meine Klage gegen die Polizisten ist im Sande verlaufen. Es war aussichtslos von Anfang an. Denn es nützt nichts, wenn man die betreffende Einheit der Polizei benennen kann, sondern du mußt beweisen, wer an diesem speziellen Abend das Gummigeschoßgewehr getragen hat. Und das ist aussichtslos.

Jetzt arbeite ich in der Roten Fabrik in der Betriebsgruppe und verdiene 2.800 Franken im Monat. Und damit komme ich aus. Ich habe vor sieben Jahren in diesem alternativen Kulturbetrieb zu arbeiten begonnen, nicht sehr professionell, mal ein Konzert dort, mal eine Veranstaltung da. Dann kam das Autonome Jugendzentrum (AJZ), dort war ich in der Kulturgruppe, ja und so bin ich in das Business reingerutscht.

Es ist natürlich so, daß du in der Roten Fabrik gewisse Grenzen hast, weil du Subventionen von der Stadt kriegst. Du mußt dich an die Spielregeln halten.

Das Problem liegt dort, daß es hier kein Jekami (Jeder kann mitmachen, Anm. d. Red.) gibt. Das war ja im AJZ der Anspruch, und der ging dann auch kräftig in die Hose. Das ist ein bißchen der Unterschied. Hier hast du gewisse Strukturen und es gibt einen Vorstand mit einem Präsidenten, also ich habe mehr zu sagen als jemand der hier als Gast kommt.

Das AJZ hat irgendwie scheitern müssen. Erstens war zu wenig Zeit, um etwas aufzubauen und zweitens wurden wir von sämtlichen Sozialproblemen der Stadt Zürich überschwemmt. Und das war eine Überforderung, der wir nicht gewachsen waren. Es war ja nicht so, wie immer gesagt wurde, daß das AJZ etwa Drogenprobleme geschaffen hat, es hat vielmehr die Drogenmisere in der Stadt Zürich aufgezeigt. Die ganzen Junkie-Treffs wurden damals von der Stadt zerschlagen, logisch daß die alle ins AJZ kamen.

Angst vor der Schließung war hier in der Roten Fabrik ja nie vorhanden. Im Gegenteil: Seit zwei, drei Jahren wollen ja auch die Bürgerlichen, daß es hier weiterläuft und der Stadtpräsident, unser oberster Kulturmanager, ist sehr froh, daß es das hier gibt. Politisch ist das für uns natürlich problematisch. Auf der einen Seite brauchen wir eine gewisse Sicherheit, das heißt wir wissen, angenommen es gibt wieder eine Bewegung, wir haben hier die Aktionshalle als Platz für eine Vollversammlung. Insofern ist man ein bißchen weniger abhängig von der Repression oder Pression, oder wie immer man das nennen will.

Anderseits ist es natürlich so, daß wir sehr viele junge Leute, so zwischen 17 und 20, ein bißchen vollfüttern mit unserer nun doch von der Stadt subventionierten Kultur. Vor sechs Jahren gab es einfach nicht dieses Angebot an Rockkonzerten und Veranstaltungen. Und so sind wir, wenn man so will, so etwas wie Opium für jede Bewegung ’’

(Michel Hüttner)

‘‘Vor der Bewegung war ich Maoist. Wir haben so eine Partei gehabt, die hat sich aber aufgelöst. Gerade eine Woche vor dem Krawall vor dem Opernhaus. Das war so eine Kaderpartei, und ich bin da voll drinnen aufgegangen.

Im Moment der Bewegung war ich wie alle anderen in so einem Taumel drin, da hast du irgendwie die Realitäten nicht gesehen, weil du so beflügelt warst, die Ereignisse machten aus uns besondere Menschen, ich habe geglaubt, jetzt ändert sich alles.

Ich hab dann mit ein paar anderen den „Eisbrecher“ gemacht, das war im Spätherbst 1981.

Für mich war die Bewegung an dem Tag zu Ende, als das AJZ im April 1981 endgültig eröffnet wurde. Und dann begann die Realpolitik.

Es kam die erste leise Enttäuschung und Verbitterung, oder besser gesagt, eine Verkrampfung. Man wurde immer böser, es gab dann immer mehr militante Gruppen, die wollten sich dann zum Sprachrohr aufschwingen und die Bewegung wurde dann leider auch identifiziert mit diesen Leuten.

Ich hab dann eine Zeit lang noch am Rande mitgemacht, aber es ging einfach nicht mehr so gut. Es floß nicht mehr.

Das Nachher war dann umso ernüchternder.

Und dann gibt es zwei Möglichkeiten: die eine wäre gewesen, mich auch zu verkrampfen und auch diese Verbitterung mitzumachen, und ich war nahe daran in eine dieser Gruppen, die dann am Rande der Legalität actions gemacht hat, einzusteigen, so mit Gefangenenbefreiung und so — die andere Möglichkeit ist, sich abzusondern, wegzugehen. Und ich bin dann für ein halbes Jahr in ein kleines Bergdorf gegangen.

Vor kurzem war ich dann bei einer Radiodiskussion „5 Jahre danach“ eingeladen. Ich hab geglaubt, ich hör nicht recht, was andere dort gesagt haben. Die haben die Bewegung nachträglich mißbraucht für ihre enge Jugendpolitik. Dieses ewige Lästern über zu wenig Geld, die Auseinandersetzungen um Kredite und Räume — das find ich alles nötig, das braucht es, aber das hat mit der Bewegung nichts zu tun, mit diesem Feuer das da gelodert hat. ’’

(Nikolaus Lindt) ●

Besuch beim Strandgut

Unser Zürcher Freund René hat vielleicht doch recht. „Ihr müßt Euch das wie eine riesige Welle vorstellen“, meinte er an einem der letzten Tage unseres Aufenthalts an der Limmat, „und keiner kann wirklich genau sagen, woher diese Welle gekommen und warum sie dann plötzlich wieder verschwunden ist.“

Bewegung — das ist ja etwas, was kommt und geht. Dennoch erschien mir sein Bild nun doch zu unpolitisch. Es hat ja Gründe gegeben; Ursachen (wie die Tatsache, daß die Stadtgewaltigen seit 1949 ein eigenes Jugendhaus versprochen aber nicht errichtet haben), Anlässe (wie der 1980 beschlossene 500-Millionen-Schilling-Kredit für den Neubau des Opernhauses). Als dann am 30. Mai 1980 die „Kulturleichen der Stadt“ zurückschlugen, reagierten die Bürger der Zwinglistadt konsterniert, heute können sie sich wieder gemächlich zurücklehnen. Alles ruhig.

René ist damals auch „da bei“ gewesen. Heute sitzt er zu Hause und bastelt an seiner Dissertation über Lion Feuchtwanger, verkehrt in einem „eher kleinen Freundeskreis“ und hat sich irgendwohin verlaufen wie die vielen Tausend anderen auch. Stephan Eicher, Sänger der Gruppe Grauzone (Bewegungshit „Ich möchte ein Eisbär sein“), produziert seine Soloprojekte in Paris und New York, Silvano Speranza, Drehbuchautor von „Züri brännt“ zieht mit dem Wanderzirkus „Federlos“ durch die Lande, Nikolaus Lindt, Mitbegründer des Bewegungsblattes „Eisbrecher“ schreibt heute Geschichten für die Samstagbeilagen des Tagesanzeigers und der Neuen Zürcher Zeitung, wieder andere wärmen sich „an ihren von der Stadt bezahlten Pantoffeln“ (Eicher) und jobben in der Roten Fabrik.

Die Bewegung ist tot. Die Stadt lebt.

Der Vergleich mit Berlin drängt sich auf. Im kleinen Rahmen bildet sich so etwas wie eine alternative Infrastruktur. Bewegungsleute machten sich selbständig, wie Ricco, der — nicht unweit des Geländes, wo früher das Autonome Jugendzentrum gestanden hatte — einen Buchladen eröffnet hat. Ein anderer betreibt in einem ehemals besetzten Haus einen Kopiershop („Ich habe wahnsinnige Autoritätsprobleme, darum habe ich mich selbständig gemacht“), und zeigt sich auch sonst sehr geschäftstüchtig.

Als wir ihn bitten, sich für unsere Geschichte fotografieren zu lassen, fordert er ein „ansehnliches Honorar, zu überweisen auf das Konto Waffen für El Salvador“.

Seine Freunde aus einer sogenannten „politischen WG“ (am Wochenende helfen sie in der Roten Fabrik beim Kellnerieren aus) wollen erst gar nicht mit uns reden.

„Eine linke Zeitung kann nicht ein Farbfoto auf einer Doppelseite bringen“, war ihr letzter Kommentar bei der Lektüre einer der letzten MOZ-Ausgaben, da bleiben sie lieber bei ihrer Haus- und Hofpostille WOZ (Wochenzeitung), bei der „die Fotos so schlecht gerastert sind, daß du überhaupt nichts erkennst“, wie Fotograf Manfred Klimek kommentierte.

Viele haben auch heute noch Angst, sich mit Namen und Foto, über die „Bewegig“ zu äußern. Sie erinnern sich noch allzu gut an die Zeit, als sie von Polizei, Medien und Justiz gleichermaßen karnifelt wurden. Manche warten heute noch auf ihre Prozesse.

Um das Verhältnis der Bewegten zur Zürcher Justiz besser zu verstehen, empfiehlt es sich, im „politischen Testament“ des Ende 1982 an Krebs gestorbenen Peter Noll, Professor für Strafrecht, Kriminologie und Gesetzgebungslehre an der Uni Zürich, zu blättern:“

„Daß die Strafjustiz in Zürich seit den Krawallen und in den Krawallfällen sich mit der Militärjustiz in der Türkei vergleichen läßt, das hätte ich mir, als ich als Beauftragter der Internationalen Juristenkommission in der Türkei war und Militärprozesse beobachtete, kaum träumen lassen.“

Verlorengegangen ist jedenfalls das Bewußtsein, daß aus Ohnmacht Macht werden kann. 244.000 Polizeiüberstunden und 180.000 abgefeuerte Gummischrotgeschoße haben ihre Spuren hinterlassen.

Die Zürcher Bewegung — das ist mehr als die Geschichte vom Scheitern des AJZ, an dessen Existenz heute ein mit verblassender Graffiti bemalter Stein in einem ungepflegten Park erinnert.

Es war ein gewaltiger Schnitt in der Biographie von Tausenden. Und es bewegte sich einiges in der saubersten und kältesten Stadt Europas. Manches wurde möglich. Wer alles wollte, ist heute verbittert.

Und es gibt sie, jene, die heute noch das Feuer der Bewegung hochhalten, vom „notwendigen Kampf“ sprechen und sich weiterhin verweigern. Nur, es sind nicht die glücklichsten Sandkörner im Strandgut der Geschichte. ●



Der Kampf



In diesen Tagen blickt alle Welt auf die um ihre Freiheit ringende schwarze Bevölkerung Südafrikas. Das Nachbarland Mosambik ist seit zehn Jahren politisch unabhängig. Seither unterstützt die FRELIMO die südafrikanische Befreiungsbewegung ANC. Dafür zahlt Mosambik einen hohen Preis. Wirtschaftlich und militärisch muß es sich gegen die südafrikanische Aggression zur Wehr setzen. Die Schicksale der Afrikaner in beiden Staaten sind eng miteinander verknüpft.

geht weiter

Text und Fotos: Gerhard Burda & Erica Fischer

Kurt, ein österreichischer Nachrichtentechniker reparierte vor der Unabhängigkeit die Fernmeldeeinrichtungen der Eisenbahn. Er war mit einem Vertrag eines multinationalen Konzerns nach Mosambik gekommen. Als die Revolutionäre über den portugiesischen Faschismus siegten, stellte er sich 1975 der sozialistischen FRELIMO-Regierung zur Verfügung. Er war einer der wenigen Weißen, die nicht in panischer Flucht das Land verließen.

Er bekam den Auftrag, die verschiedenen Radio- und Elektrowerkstätten, die von ihren portugiesischen Besitzern verlassen worden waren, zum staatlichen Elektrounternehmen **Electromoc** zusammenzufassen. Radioprogramme sollten zur Volksbildung und Alphabetisierung eingesetzt werden. Denn im jungen Staat konnte fast niemand lesen und schreiben.

Qualifizierte Radiotechniker gab es unter den Afrikanern kaum, denn ihre portugiesischen Meister hatten sie immer nur Reinigungs- und Hilfsarbeiten verrichten lassen. An Meßgeräten und Werkzeugen war nur vorhanden, was nicht mehr wert war, mitgenommen zu werden.

Es war klar, daß Mosambik nicht in der Lage war, einen eigenen Radioapparat zu bauen, aber man wollte ein gutes Gerät aus einem Industrieland übernehmen und es lokal zusammenstellen. Damit konnten wertvolle Devisen eingespart und so mehr Bausätze gekauft werden. Ein japanisches Gerät und ein Radio aus der DDR kamen in die engere Wahl und man entschied sich schließlich nach genauer Prüfung für das DDR-Modell. Es war ein sehr stabiles Gerät, das einfach herzustellen und zu reparieren war. Die DDR-Techniker stimmten die Frequenzbänder für die lokalen Bedingungen ab. Überdies akzeptierte die DDR als Bezahlung Orangen.

Schon nach wenigen Monaten konnte in der Hauptstadt Maputo mit den Arbeiten begonnen werden. Mosambikanische Techniker wurden zu Kursen in die DDR geschickt, Ingenieure aus Deutschland planten das Fließband und arbeiteten in Maputo am Aufbau mit.

Das Gerät erhielt den Namen **Xirico,** was Spatz heißt. Seither wurden mehrere Hunderttausend davon erzeugt, und sind im ganzen Land anzutreffen. Etliche tausend Radioapparate wurden auch nach Swasiland, Tansanien und d Simbabwe exportiert.

Dennoch hat diese Geschichte einen Haken. In den letzten Jahren hat sich in Mosambik die wirtschaftliche Situation so sehr verschlechtert, daß nicht genug Rohstoffe für die Erzeugung von Trockenbatterien eingeführt werden können. Deshalb sind vor allem auf dem Land viele dieser Spatzen stumm. Ohne Batterien singen sie nicht.

In ein gnadenloses Weltwirtschaftssystem eingezwängt, das für Industriegüter unverhältnismäßig höhere Preise als für Rohstoffe aus der Dritten Welt vorsieht, sind viele der stolzen Pläne des jungen Staates zum scheitern verurteilt. Fehlen Batterien, kann man das schönste Radio nicht hören, gibt es keine Ersatzteile, stehen die modernsten Maschinen in den Fabriken still. Und sich die Devisen für alle diese lebenswichtigen Dinge zu verdienen, wird immer schwerer. Während Mosambik 1975 für einen Lkw fünf Tonnen Baumwolle exportieren mußte, kostete derselbe Lkw fünf Jahre später 13 Tonnen. Und die Treibstoffpreise haben sich verzehnfacht.

Das koloniale Erbe

Das Erbe der Kolonialzeit läßt sich auch durch noch so ehrgeizige Programme zur Überwindung der Unterentwicklung nicht so bald aus der Welt schaffen. „Hunger, Unwissenheit und Nacktheit" — die drei Hauptangriffsziele von Samora Machels FRELIMO — sind in der kolonialen Vergangenheit verwurzelt.

Der Sklavenhandel zwang die Bevölkerung, sich in immer entlegenere Gebiete im Busch zurückzuziehen. Die traditionelle Landwirtschaft und das Jagdsystem wurden zerstört. Die an sich fruchtbare Provinz Niassa im Norden Mosambiks ist heute noch die am dünnsten besiedelte, weil Sklavenjagden und in der Folge auftretende Seuchen die Bevölkerung dezimierten.

Die portugiesische Kolonialmacht drang erst nach der Berliner Konferenz im Jahre 1880 ins Landesinnere. Mit Maschinengewehren wurden mächtige Heere, wie das des Königs von Gaza, Gungunhana, niedergemäht.

Portugal — selbst eine Halbkolonie Englands — mußte englisches und deutsches Kapital zur wirtschaftlichen „Erschließung" des Landes heranholen. Zwei Drittel Mosambiks wurden an drei Kolonialgesellschaften vermietet. Diese hatten autonome Verwaltungen, eigene Währungen und Polizei. Ihre wichtigste Aktivität bestand in der Einhebung der Hüttensteuer. Wer von der afrikanischen Bevölkerung sie in Geld nicht bezahlen konnte, wurde zur Zwangsarbeit eingezogen. Die Bauern mußten für den Markt produzieren, ihre landwirtschaftliche Selbstversorgung wurde unterbrochen.

Als Hauptnahrungsmittel wurde Maniok eingeführt. Sein Nährwert ist zwar gering, aber er braucht wenig Arbeit und das vor allem nicht zu den Spitzenzeiten der Baumwolle, die die Kolonialgesellschaften den zum Anbau verpflichteten Bauern zu Spottpreisen abnahmen. Für den traditionellen Anbau von Hirse, Reis, Bohnen, Erdnüssen und Mischkulturen blieb keine Zeit. Die Fehlernährung von Kindern und schwangeren Frauen auf dem Land ist noch heute auf diesen Verfall der traditionellen afrikanischen Eßkultur zurückzuführen.

Der Süden des Landes blieb unter direkter portugiesischer Verwaltung. Hier war das Arbeitskräftereservoir für die südafrikanischen Minen und Farmen. Um die Steuern und das



„A luta continua", heißt es im Guerillakampf gegen die Kolonialherren, der Kampf geht weiter. Am 10. Jahrestag der Unabhängigkeit ist diese Losung gültiger denn je. Von Südafrika unterstützte Rechtsrebellen legen die Wirtschaft lahm. Die Armee ist lebensnotwendig und bindet knappe Mittel und Fachkräfte.



Brautgeld zu verdienen, und um der Zwangsarbeit beim Straßen-, Eisenbahn- und Hafenbau zu entkommen, ließen sich die jungen Männer in Südafrika verpflichten. Diese Wanderarbeit nach Südafrika war ein gutes Geschäft für Portugal. Es bekam 60 Prozent des Lohnes in Gold zu einem billigen Währungskurs, die Minenarbeiter hingegen erhielten nur die nicht konvertiblen mosambikanischen Escudos.



Nur fünf von hundert Mosambikanern konnten nach Jahrhunderten portugiesischer „Kulturarbeit" lesen und schreiben. Schulen und Alphabetisierung genießen in Mozambique absolute Priorität. Aber die Schwierigkeiten sind erdrückend. Für Hungrige ist essen wichtiger als lernen.



Die Löhne der Arbeiter reichten nie aus, um ihre Familien zu ernähren. So achteten die Portugiesen immer darauf, daß kein landloses Proletariat entstand. Aber die „Subsistenzbauern" wurden von den besten Böden vertrieben. An ihrer statt wurden **Colonator**-Projekte errichtet. Große Landflächen wurden bewässert und portugiesischen Siedlern, die oft aus den ärmsten Gegenden Portugals als Analphabeten und barfuß ins Land kamen, zugeteilt. Sie erhielten großzügige staatliche Förderungen und konnten Kinder- und Zwangsarbeiter anfordern.

Die Rache ihrer einstmaligen Sklaven fürchtend, verließen die weißen Siedler nach der Unabhängigkeit in wilder Panik das Land. Von den rund 200.000 Portugiesen blieben knappe 20.000 in Mosambik zurück. Doch die Panik war nicht so überstürzt, als daß die Flüchtlinge nicht noch ihre Schäfchen ins Trockene bringen konnten. Auf allen möglichen Wegen gelangten große Mengen Devisen ins Ausland, und ihre Verbitterung über die verlorene „Heimat" brachten die ehemaligen Kolonialherren mit Akten von Wirtschaftssabotage zum Ausdruck: Maschinen und Lastwagen wurden zertrümmert, Elektroleitungen aus den Wänden gerissen, Klosettmuscheln zerschlagen, Vieh geschlachtet oder über die Grenzen nach Südafrika und Rhodesien getrieben, Baupläne und Bedienungsanleitungen vernichtet, das unausgebildete afrikanische Personal gezielt fehlinformiert.

Zurück blieb ein Volk mit einer Analphabetenrate von nahezu 95 Prozent. Zwei Millionen Menschen in KZ-ähnlichen Wehrdörfern, Millionen, die ihr Leben als Zwangsarbeiter auf den Plantagen und in den Goldminen Südafrikas zugebracht hatten, zerstörte familiäre und soziale Beziehungen, eine verstümmelte Subsistenzlandwirtschaft. Keine Ärzte, keine Lehrer, keine Techniker, keine gebildete Mittelschicht.

100 Schilling für die Gesundheit

Das Bezirkskrankenhaus von Mavalange in der Hauptstadt Maputo, das 250.000 Menschen versorgt, bietet ein buntes Bild. Unter den vor der sengenden Sonne schützenden Flammenbäumen und in den Säulengängen des Spitals lagern Hunderte von Menschen und warten geduldig, bis sie an die Reihe kommen. Die Frauen sitzen mit reglosen Gesichtern auf ihren farbenprächtigen Wickeltüchern und stillen ihre Babys. Es ist ungewöhnlich ruhig. Afrikanische Babys, die den ganzen Tag im Tragtuch dicht an den Körper der Mutter geschmiegt sind, weinen selten.

Was aber nicht bedeutet, daß sie nicht krank sind. Die glatte schwarze Haut und die strahlenden großen Augen trügen. Die Kindersterblichkeit in Mosambik liegt bei 15 Prozent. 10 bis 20 Prozent der Neugeborenen sind untergewichtig. Mehr als 15 Prozent der Kinder sind unter- oder fehlernährt. Viele Kinder leiden an Tuberkulose, Durchfall, Parasitenerkrankungen, Infektionen jeglicher Art und Malaria. Fast ein Viertel der Kinder, die den Aufenthalt im Zentralkrankenhaus von Maputo nicht überleben, sterben an Masern. Unterernährt und untergewichtig hat ihr Körper nicht genug Abwehrkräfte, um der Krankheit zu widerstehen.

Die durchschnittliche Lebens erwartung beträgt in Mosambik 40 bis 50 Jahre. Bei einer Bevölkerung von 12 Millionen kommt ein Arzt auf 34.000 Menschen. Für die unentgeltliche Gesundheitsversorgung eines Mosambikaners wurden 1982 umgerechnet 100 Schilling ausgegeben. Das klingt wenig, das ist wenig, und doch eine soziale Errungenschaft von unschätzbarem Wert.

Denn während sich heute die Zahl der Ärzte immerhin an die Zahl 500 nähert, die es in der Kolonialzeit — großteils für die Versorgung der portugiesischen Siedler — gab, mußte die Bevölkerung nach der Unabhängigkeit mit 80 Ärzten auskommen. Schon vor 1975 hatte sich der Großteil der Ärzte, Krankenschwestern und des medizinisch-technischen Personals aus der zusammenbrechenden „Überseeprovinz" abgesetzt. Das säuberte allerdings den Boden von reaktionärem Unkraut, auf dem ein neues Gesundheitswesen, das nicht nur auf eine städtische Elite ausgerichtet ist, sondern dem ganzen Volk dienen soll, nicht gedeihen hätte können.

„Was auf dem Gesundheitssektor passiert, ist ein Barometer für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in Mosambik", sagt Dr. Julie Cliff, eine australische Ärztin, die seit der Unabhängigkeit in Maputo im Bereich der Epidemiologie und Präventivmedizin arbeitet.

Vorsorgemedizin genießt in Mosambik absolute Priorität, bedeutet aber vielfach nicht viel mehr als die Schaffung besserer Lebensbedingungen: sauberes Wasser, eine vitamin- und proteinreichere Nahrung, der Bau von Latrinen, Schuhe an den Füßen. Sie bedeutet aber auch Aufklärung über Nahrungs- und Hygienefragen und die Bedeutung von Schutzimpfungen.

Der Mangel an qualifiziertem Personal hat erfinderisch gemacht. Auf der untersten Ebene, in den Gesundheitsposten, arbeiten in Schnellsiedekursen ausgebildete ehrenamtliche Gesundheitsarbeiter, die immerhin in der Lage sind, an die 70 Prozent der auftretenden Krankheiten mit einem Grundstock an 20 Medikamenten zu heilen.

Die Medikamentenpolitik Mosambiks bezeichnet Julie Cliff als die beste der Welt. Das Gesundheitsministerium stellte eine Liste von 343 staatlich zugelassenen Medikamenten auf. Eine Regierungskommission studiert regelmäßig die medizinischen Zeitschriften und wählt die effektivsten und preisgünstigsten Medikamente aus, die dann durch internationale Ausschreibung gekauft werden. Werbewirksame Verpackungen gibt es keine. Im Gesundheitszentrum trinken die Kinder ihre Wurmmedizin an Ort und Stelle, die Erwachsenen nehmen ihre Tabletten in ein Stück Packpapier gewickelt mit heim.

Doch auch die Medizin wird vom Weltwirtschaftssystem unterlaufen. Die immer schlimmer werdende Devisenknappheit macht Mosambik von Medikamentenspenden aus dem Ausland abhängig, wodurch immer mehr Mittel ins Land gelangen, die offiziell nicht zugelassen sind. Aber wenn, wie 1982 in der nördlichen Provinz Cabo Delgado, mehr als 80 Prozent der Basismedikamente fehlen, kann man es sich nicht leisten, wählerisch zu sein.

Einmaleins auf Portugiesisch

In der Verpackungshalle der Staatsfarm versucht ein junger Lehrer in einem zerschlissenen Hemd seinen drei Schülern Addieren und Subtrahieren beizubringen. „Wenn acht plus sechs vierzehn ist, wieviel ist vierzehn minus acht?" Die Schüler der ersten Klassen, zwei Männer und eine Frau, sitzen auf dem Betonboden und schreiben mit stumpfen Bleistiften, steifen Händen und leerem Blick

ÖSTERREICH
BRAUCHT KEINE
ABFANGJÄGER

4.-11.
VOLKSBEGEHREN
NOV.
FÜR EINE VOLKSABSTIMMUNG

Kontakt:
Abfangjäger-Volksbegehren-Büro, 1050 Wien, Margaretenstraße 99, Tel.: 0222/55 31 62

Spendenkonto:
Volksbegehren gegen Abfangjäger — ,,Z“ Kto. Nr. 601465503

mühsam ihre Rechnungen von der Tafel ab. Einige Meter entfernt sitzen in der zweiten Klasse drei weitere Leute auf einer schmalen Holzbank. Die Lehrerin, ihr Baby im Tragtuch auf dem Rücken, erklärt das Einmal eins und läßt die Schüler im Chor antworten.

Normalerweise sind bis zu 24 Schüler in jeder Klasse, erklären die beiden Lehrer die schwache Teilnahme am Unterricht. Aber die Kindergärtnerinnen des Betriebs hatten eine Sitzung, und in der Kooperative gab es Erdäpfel zu kaufen. Hungrige Arbeiter haben Mühe, nach der Arbeit täglich noch zwei Stunden geistige Nahrung zu sich zu nehmen.

Nach offiziellen Statistiken beträgt die Analphabetenrate in Mosambik immer noch 85 Prozent. Eine Kampagne im großen Stil wie in Kuba und Nicaragua war nicht möglich, weil es bei der Erlangung der Unabhängigkeit nicht genug des Lesens und Schreibens mächtige Lehrer gab.

Die Probleme von Lehrern und Schülern sind vielfältig. Alphabetisierung bedeutet in Mosambik nicht nur lesen, schreiben und rechnen lernen, sondern das alles in der Fremdsprache Portugiesisch. Besonders auf dem Land beherrschen nur wenige die Sprache ihrer ehemaligen Kolonialherren. In Mosambik werden eine Vielzahl von afrikanischen Sprachen gesprochen, die sich zwar in fünf oder sechs große Sprachgruppen zusammenfassen lassen, doch gibt es für sie noch keine einheitlichen schriftlichen Kodifizierungen und grammatikalischen Normen. Die Entscheidung, Portugiesisch als Staats- und Unterrichtssprache zu wählen, war von der FRELIMO getroffen worden, um Stammeskonflikte zu überwinden und die nationale Einheit zu stärken.



„**Fortschritt**" heißen die Mähdrescher aus der DDR. Aber statt ihn zu bringen, verrosten sie in den Staatsfarmen. Der Großteil der Lebensmittel wird nach wie vor händisch produziert: von Frauen. Kleinbauern und Genossenschaften sollen jetzt verstärkt gefördert werden.



Die Alphabetisierungskampagnen gingen nach einem Stufenplan vor. Die ersten wandten sich vorrangig an Mitglieder der Partei und deren Massenorganisationen. Heute hat man sich zum Ziel gesetzt, alle Schichten der Bevölkerung zu erfassen. Doch die Ergebnisse sind enttäuschend. Die Kurse werden unregelmäßig besucht, und nur wenige kommen bei den Prüfungen durch. Die Alphabetisatoren haben einen niederen sozialen Status und arbeiten in den meisten Fällen unentgeltlich. Oft geben sie den autoritären Unterricht der portugiesischen Missionsschulen weiter, in denen sie ihre Grundkenntnisse erworben haben. Die meisten von ihnen haben selbst nicht mehr als vier Schulklassen und erhalten nur eine dreiwöchige Ausbildung für ihre neue Aufgabe. Sie bereiten ihre Stunden alleine vor und haben selten Gelegenheit, ihre didaktischen Probleme mit anderen zu besprechen.

Europäische Fachleute im Unterrichtsministerium kritisieren die zentrale Organisation der Kampagnen, die einheitliche Prüfungen und einen einheitlichen Lehrplan für Stadt und Land, Männer und Frauen, jung und alt vorsehen. Auch der politische Unterricht, der mit der Alphabetisierung einhergehen sollte, setzt nur selten an den lokalen Problemen der Bevölkerung an.

Den Bauern ist zwar der Wert von Bildung allgemein bewußt, nur sehen sie oft nicht, was sie selbst damit anfangen sollen, zumal auf dem Land kein Portugiesisch gesprochen wird, und es kaum Lesematerial zu kaufen gibt, so daß sie ihre neu erworbenen Kenntnisse bald wieder vergessen. Sinnvoll erscheint die Alphabetisierung vorwiegend jenen, für die sie mit einem beruflichen Aufstieg verbunden ist. Verschärft wird diese Auslese noch durch das Entlohnungssystem, das sich nicht an der individuellen Leistung orientiert, sondern an der Zahl der absolvierten Schulklassen.

Revolution unter Beschuß

Aber alle Probleme des jungen Staates müssen auf dem Hintergrund des nunmehr schon seit fünf Jahren andauernden Krieges gesehen werden. Die Rechtsrebellen der MNR (Nationale Widerstandsbewegung) schaffen zwar nicht den Sturz der Regierung, wohl aber, durch gezielte Anschläge auf Eisenbahnlinien, Elektrizitätsleitungen, Ölpipelines, Brücken, Fabriken, Schulen, Gesundheitsposten und Gemeinschaftsdörfer das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der jeweiligen Region lahmzulegen. Die zwischen 10.000 und 16.000 „bewaffneten Banditen", wie die MNR-Kleinkrieger von der FRELIMO genannt werden, sind in so gut wie allen der zehn Provinzen Mosambiks tätig. Fast täglich werden Autos, LKWs und Autobusse überfallen und deren Insaßen erschossen, erstochen, oder bei lebendigem Leib verbrannt. Auch ausländische Kooperanten (Entwicklungshelfer) werden zu militärischen Zielen erkoren. Seit Anfang dieses Jahres wurden mehrere Dutzend Ausländer ermordet oder entführt. Immer wieder geht in Maputo der Strom aus. Fabriken und Büros arbeiten mit beschränkter Kapazität. Maputo kann man die meiste Zeit nur per Flugzeug, Schiff oder unter Lebensgefahr verlassen. Landstriche, die von der MNR kontrolliert werden, sind von der Umwelt abgeschnitten. Viele Bauern haben es aus Angst vor MNR-Überfällen aufgegeben ihre Felder außerhalb der Dörfer zu bestellen. Um den Transport der internationalen Lebensmittelhilfen für die hunderttausenden Dürreopfer im Inneren des Landes zu ermöglichen, mußten Hilfsorganisationen um schweres Geld Flugzeuge chartern. Auf dem Landweg kann man in viele Gebiete des Landes nur mit Militärkonvoi, in anderen überhaupt nicht. Inlandsflüge müssen aus Treibstoffmangel immer wieder abgesagt werden. Das Kontingent von 5.000 Soldaten aus Simbabwe, das vor allem zum Schutz der Ölleitungen in Zentralmosambik stationiert ist, soll auf 15.000 Mann aufgestockt werden.

Durch die Unterzeichnung des „Vertrags von Nkhomati" mit Südafrika die MNR-„Banden" mit Geld, Kriegsmaterial, Lebensmitteln und Ausbildern tatkräftig unterstützt, leugnet nicht einmal mehr P. W. Botha selbst. Der Artikel 3 des „Abkommens über Nichtangriff

Der Seeadler – in Österreich als Brutvogel verschwunden.

Geben Sie dem Seeadler eine Chance

Einst war Österreich ein beliebter Aufenthaltsort des Seeadlers. Er ist der größte aller Greifvögel und hat eine beachtliche Spannweite von 2,5 m. Heute kommt er nur mehr vereinzelt im Winter zu österreichischen Flüssen und Seen. Er hat im Norden Europas Brutplätze gefunden, wo er mehr geschützt ist als bei uns.

Die Greifvögel waren früher ein Symbol für Stolz und Stärke. Als Wappentier war er dem Löwen gleichgestellt. Und jetzt haben sie unser Land verlassen. Ein warnendes Zeichen, daß unsere Natur ihren Stolz und ihre Kraft verloren hat.

Wissenschaftliche Untersuchungen ergaben, daß die verheerende Wirkung der zahlreichen Umweltgifte schuld daran ist. Die Gifte, wie z. B. DDT, gelangen über die natürliche Nahrungskette in das Gewebe der Vögel und führen zur Unfruchtbarkeit. Diese Erkenntnisse haben bereits wesentlich mitgeholfen, die Anwendung von gefährlichen Giften zu verbieten. In Österreich lebten 24 Greifvogelarten. 10 wurden bereits ausgerottet und 7 sind vom Aussterben akut bedroht. Der WWF Österreich hat ein Schutzprogramm für Greifvögel und Eulen ins Leben gerufen: Bedrohte Horste werden bewacht, es gibt Futterplätze für Notzeiten und Zuchtprogramme zur Wiedereinbürgerung seltener Arten. Werden Sie deshalb Mitglied des WWF, damit auch der Seeadler seine Chance bekommt.

☐ Ja, auch ich will, daß der Seeadler überlebt und möchte etwas für den Naturschutz tun. Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationen über den WWF.

Name ____________________

Straße ____________________

PLZ/Ort ____________________

WWF/Österreich
Postfach 1, 1162 Wien



Diese Anzeige wurde von Ogilvy & Mather ohne Honorar gestaltet. Sie ist nicht aus Spendenmitteln finanziert.

und gute Nachbarschaft" zwischen dem sozialistischen Mosambik und dem Apartheidstaat verpflichtet beide, keine Terror- und Aggressionsakte gegen die Grenzen beider Länder oder die politische Unabhängigkeit des anderen vom eigenen Staatsgebiet aus zu dulden.

Mosambik hat seinen Part innerhalb weniger Wochen nach Vertragsabschluß erfüllt. An die 800 politische Kader und Flüchtlinge der



V R . M O S A M B I K

Fläche: *zirka 800.000 qkm*
Bevölkerung: *13 Millionen; 90 Prozent leben am Land*
Hauptstadt: *Maputo, zirka 800.000 Einwohner*
Religion: *60 Prozent Naturreligionen, 20 Prozent Christen, 13 Prozent Moslems*
Sprache: *Amtssprache portugiesisch; zahlreiche afrikanische Sprachen*
Staatsordnung: *Volksrepublik; Einheitspartei FRELIMO (Befreiungsfront Mosambiks); Staatspräsident, und Präsident der FRELIMO, Samora Machel; Unabhängigkeit seit 25. Juni 1975*
Wirtschaft: *schwach entwickeltes Agrarland mit Anfängen einer verarbeitenden Industrie*
Hauptexporte: *Kaschu, Krabben, Nüsse, Zucker, Tee, Sisal, Baumwolle, Edelhölzer, elektrischer Strom (Cabora Bassa)*
Außenhandelspartner: *USA, Südafrika, Portugal, DDR*
Lebenserwartung: *40 bis 45 Jahre*
Kindersterblichkeit: *145 pro 1.000*
Ärzte: *365 (1981) — 1 Arzt auf 34.000 Menschen*
Währung: *Metical (1 MT = zirka 50 Groschen)*
Mindestlohn: *2.200 MT/Monat*

südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC (Afrikanischer Nationalkongreß) wurden des Landes verwiesen. Südafrika hingegen hat sich nicht sonderlich angestrengt. Das angesehene Londoner Institut für Strategic Studies berichtet, daß knapp vor Unterzeichnung des Abkommens größere Mengen militärischen Nachschubs auf dem Luftweg von Südafrika nach Mosambik gebracht wurden, und mehr als 1.500 in Südafrika ausgebildete und bewaffnete MNR-Rebellen über die Grenze gingen. Anfang Juli schrieb die südafrikanische Wochenzeitung **Weekly Mail**, daß vor den MNR-Angriffen nach Südafrika geflüchtete Bauern verhaftet und im Gefängnis mit MNR-Funktionären in Kontakt gebracht werden. Weigern sie sich, sich der MNR anzuschließen, werden sie mißhandelt.

Die Kontakte und Finanzierungsquellen der MNR haben sich seit Nkhomati eklatant verbessert. „Heimatvertriebene" portugiesische Geschäftsleute und Industrielle in Südafrika und in Portugal selbst greifen tief in die Tasche, in der Hoffnung, eines Tages zu ihren alten Besitztümern in der ehemaligen Kolonie zurückkehren zu können. Die Internationale Antikommunistische Liga verschuf der MNR gute Verbindungen zu konservativen Gruppen in den USA und zu einem weltweiten Netz antikommunistischer Organisationen. Auch Franz Josef Strauß ist mit von der Partie.

Big is Beautiful

Als sich die FRELIMO an ihrem Dritten Kongreß zur marxistisch-leninistischen Avantgardepartei erklärte, wurden in der Landwirtschaft Schwerpunkte gesetzt, die schon anderswo auf Schwierigkeiten gestoßen sind: der absolute Vorrang des staatlichen Sektors und die Schaffung von riesigen agroindustriellen Komplexen. „Big is beautiful" war die Devise. Je „moderner" die Technologie, desto eher hoffte Samora Machel sein Land von Hunger und Elend zu befreien. Alle finanziellen Mittel flossen in die großen Staatsfarmen, die dann nicht hielten, was die Berater aus Bulgarien und Rumänien versprachen. Denn große landwirtschaftliche Projekte bedeuten Mechanisierung, chemische Düngung, Konzentrierung auf wenige Exportprodukte, zentralisierte Verwaltung, hohe Devisenausgaben und vor allem extreme Abhängigkeit vom Ausland. Schwere Planungsfehler, der chronische Mangel an Ersatzteilen, die technische Überforderung der Arbeiter, das Fehlen betriebswirtschaftlichen Know-Hows und die technokratische Orientierung des Plans an Hektar und Tonnen ohne Rücksicht auf die jeweiligen örtlichen Bedingungen und ohne Einbeziehung der Arbeiter trugen Früchte. Hunderte Traktoren und Mähdrescher standen schon kurze Zeit nach ihrer Anschaffung still und wurden als Ersatzteillager für die noch Funktionstüchtigen verwendet.

Die Initiative der privaten Bauern und Familienbetriebe wurde gelähmt, weil die einfachsten Werkzeuge, wie Hauen zur Bodenbearbeitung, Saatgut oder Wasserbehälter nicht gekauft werden konnten. Aus Mangel an LKWs und Treibstoff wurde die Ernte oft nicht abgeholt. Kamen die staatlichen Ankäufer aber, brachten sie nur Geld und nichts, was man dafür kaufen konnte. Die Kleinbauern verkauften ihre Produkte auf dem Schwarzmarkt, wo sie die staatliche Preisregelung umgehen konnten, oder sie beschränkten ihre Produktion überhaupt nur auf den Eigenbedarf. Grund dafür war und ist das Fehlen von Konsumgütern jeder Art: Seife, Öl, Salz, Wickeltücher für die Frauen, ganz zu schweigen von Radiobatterien, Schuhen, Baumaterial und landwirtschaftlichen Geräten, sind in Mosambik längst nicht mehr erhältlich. Geld verliert seinen Wert, wenn es nichts zu kaufen gibt. Der Tauschhandel ist zu einem wichtigen Wirtschaftsbereich geworden.

Die Wende

Die miserablen Erträge der Staatsfarmen führten am Vierten Parteikongreß der FRELIMO im April 1983 zu einem radikalen Kurswechsel. Es wurden nun keine neuen Staatsfirmen mehr gegründet, allzu große werden in kleinere selbständige Betriebe zerlegt und teilweise privaten Investoren angeboten. Ab nun sollen in erster Linie Kleinbauern, Genossenschaften und Privatfarmer gefördert werden.

Die Auswirkungen dieser neuen Politik sind noch nicht spürbar. Fünf Dürrejahre haben mehr als 100.000 Menschen hinweggerafft. Zweieinhalb Millionen sind immer noch vom Hunger bedroht. Dazu kamen Zyklone, Überschwemmungen und der nicht enden wollende Krieg mit der MNR.

In konsequenter Verfolgung des angestrebten neutralistischen Kurses sucht nun Mosambik eine stärkere Annäherung an den Westen. Ohnehin haben die sozialistischen Staaten nur einen geringen Anteil an Mosambiks Außenhandel, und im Jänner 1981 wurde Mosambik überdies die Aufnahme in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) verweigert. Und Industriegüter lassen sich auch die COMECON-Staaten mit harten Devisen bezahlen.

Die Neuorientierung im landwirtschaftlichen Bereich und der Nkhomati-Vertrag kommen diesen Bestrebungen entgegen. Während Mosambik als „marxistisch" auf der schwaren US-Liste für Investitionen stand, lobt der US-Botschafter in Maputo, Peter De Vos, jetzt die FRELIMO-Entscheidung, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds beizutreten und sich ausländischen Investitionen zu öffnen, als „mutigen Schritt in die richtige Richtung". Weltbank und USA stellen für ihre Entwicklungshilfe allerdings Bedingungen: Sie darf nur Privatunternehmen zugute kommen.

Am 6. September 1984 trat in Mosambik ein neuer Investitionskodex in Kraft, der ausländischen Firmen großzügige Investitionsbedingungen einräumt. Nach einem Gespräch mit mosambikanischen Geschäftsleuten Anfang Mai will die FRELIMO nun mehr Preis- und Lohnflexibilität zulassen. Privatunternehmer sollen überdies Direktimporte und -exporte durchführen können, „vorausgesetzt, daß diese Transaktionen zu größerer Effizienz und Rentabilität der Wirtschaft als ganzer beitragen". Bald darauf folgt ein Ministerratsbeschluß, der die bis dahin streng geregelten Preise für Obst, Gemüse und Kleintiere liberalisierte. Die Preise auf den Märkten stiegen daraufhin um das Zehn- bis Zwanzigfache an. Wo es früher nur einige traurige Büschel Kohl und fünf grüne Zitronen gab, türmen sich plötzlich Tomaten, Kraut und Ananas.

—Lesen Sie bitte weiter auf Seite 78.

• U G A N D A

Viele Führer für ein Land

Der Status quo in Uganda nach dem Juli-Coup scheint unverändert. Die ehemalige kolonialistische Uganda-Armee, die „KAR" (= the Kings African Rifles) ist neu gegründet worden und appelliert an ihre ehemaligen Herren, die Briten, sie bei ihrer Ausbildung zu unterstützen, während sie sich auf die erwartete Offensive vorbereiten.

Dieser Angriff scheint unvermeidlich, wenn die Friedensgespräche mit der mächtigen und gut organisierten NRM (National Resistance Movement = Nationale Widerstandsbewegung), die in der kenianischen Hauptstadt Nairobi unter dem Vorsitz des kenianischen Präsidenten Daniel Arap Moi stattfinden, zu keiner entscheidenden Lösung der 23 Jahre währenden Krise in Uganda führen. Der militärische Zweig der NRM, die NRA (National Resistance Army = Nationale Widerstandsarmee) bildete die Kerntruppe gegen Obotes zweiten Putsch, der Ende Juli stattgefunden hat. Unter der Führung von Yoweri Kaguta Museveni hat die Bewegung viereinhalb Jahre lang einen Krieg geführt, den Museveni als einen „anhaltenden Befreiungsbürgerkrieg" bezeichnet.

Zwei Monate, nachdem Langzeitdiktator Apolo Milton Obote durch seine eigene Armee, die sogenannte UNLS (= Uganda National Liberation army = nationale ugandische Befreiungsarmee) seines Amtes enthoben wurde und die Macht an Lt. General Vincent Lutwa Tito-Okello ging, sind entsetzliche Morde, Plünderungen des Volksbesitzes und Vergewaltigungen, die auf das Konto der Obristenarmee gehen, immer noch an der Tagesordnung. Anderseits hört man, daß in den Gebieten, die von der NRA kontrolliert werden, langsam wieder der Normalzustand eintrete. Die Guerilaarmee soll sich verschanzt haben und auf die langersehnte Generaloffensive warten. In den letzten Monaten sprachen Berichte, die Kampala aus dem Westen, dem Süden, und aus den Zentralregionen der Hauptstadt erreichten, davon, daß die NRA-Regierungstruppen von Kompanie-, Bataillon-, Brigade- und Garnisonsgröße überrannt und entwaffnet habe. An den Stadträndern von Kampala war die Rede von einer Entwaffnung der UNLA-Garnison bei dem ehemaligen Marktzentrum Matugga (16 Kilometer von Kampala entfernt). Die NRM will offenbar Stärke demonstrieren, während die Gespräche in Nairobi weitergehen. Obote, der in den letzten 23 Jahren die Schlüsselfigur in Ugandas politischer Unabhängigkeitsentwicklung war, wurde erstmals von seinem damaligen Armeechef und späteren Diktator Idi Amin Dada „geputscht". Idi Amin, der den Rang eines Obersten bekleidete, fand bei seinen alten Verbündeten, den Briten und Israelis, bei dem im Jänner durchgeführten Coup, den sie zum Teil selber geplant hatten, Unterstützung.

In den acht Jahren der Amin-Diktatur sollen über 200.000 Ugander ihr Leber verloren haben — die diktatorischen Herrschaftsmethoden hatte Amin von seinem alten Lehrer Obote übernommen. 1979 beendete eine Armee der Volksbefreiungskräfte Tanzanias (TPDF = Tanzanian Peoples Defence Forces) — das Land war selbst Opfer von Amins Aggression geworden — und eine relativ große Gruppe von verbannten Ungandern die Tyrannei Amins und installierte eine Regierung der nationalen Einheit unter der Schirmherrschaft der UNLF (Uganda National Liberation Front = nationale Befreiungsfront von Uganda).

Die Regierung der nationalen Einheit war jedoch nur von kurzer Dauer. Nach 68 Tagen Amtszeit wurde sie durch eine Splitterpartei Obotes in der UNLF, angeführt von seinen Anhängern, etwa Paulo Muwanga und Obotes Neffen David Oyite-Ojok gestürzt. Die darauffolgende Regierung von Goldfrey Lukongwa-Binaisa währte auch nur ein Jahr und fiel derselben Splitterpartei

extra
Z E I T U N G



Aus den Killing Fields von Uganda.

extra ZEITUNG *politik*

der UNLF zum Opfer — danach wurde von Obotes Anhängern eine sogenannte Militärkommission eingerichtet. Diese bestand bis auf Y. K. Museveni, der Vize-Vorsitzender wurde, ausschließlich aus Anhängern Obotes.

Diese sogenannte Militärkommission war damit beauftragt, allgemeine Wahlen durchzuführen, die die Rückkehr zu einem zivileren und demokratischen Uganda vorbereiten sollten. Die Wahlen wurden trotz des Versuchs der Oboteisten, die demokratische Entwicklung Ugandas zu sabotieren, vom 10. bis 12. Dezember 1980 abgehalten. Die populäre Democratic Party gewann ganz klar. Aber P. Muwanga, Oyite-Ojok und die anderen Obote-Anhänger entwendeten die Ergebnisse und erklärten ihren Führer zum Sieger.



Musweni

Die Ereignisse, die diesen Wahlen folgten, führten zu Musevenis Ankündigung eines permanenten Bürgerkriegs gegen die UPC-Gruppe. Am 6. Februar 1981, anschließend an die Manipulation der Wahlresultate, die willkürlichen Verhaftungen und mutmaßliche Morde an politischen Gegnern Obotes, fingen Museveni und 26 seiner Anhänger mit 13 Pistolen einen bewaffneten Kampf an. Am Anfang gab es viele Widerstandsgruppen in Uganda, die den Kampf gegen die UPC-Gruppe aufnahmen. Aber gegen Ende des Jahres 1983 blieb nur noch eine übrig: die NRM, die aus Musevenis Volkswiderstandskämpfern und Lulus Freiheitskämpfern Ugandas hervorgegangen war und immer noch aktiven Widerstand gegen die Armee Obotes leistete.

Unter dem Vorwand, „Banditen" auszumerzen — eine Bezeichnung, die die Oboteisten gerne ihren bewaffneten Gegnern gaben —, erhielt die UPC-Armee freie Hand zu morden, zu vergewaltigen, den Besitz der Bevölkerung zu rauben und die gesamte Infrastruktur des Landes zu zerstören. In den Gebieten, wo bewaffneter Widerstand geleistet wurde, errichtete man Konzentrationslager. Es wird vermutet, daß über 300.000 Ugander durch die UPC-Diktatur in den letzten viereinhalb Jahren ihr Leben verloren haben. Ungefähr 600.000 Ugander wurden ins Exil gedrängt nach Zaire, Sudan, Ruanda und Kenya, zirka 100.000 wurden bis Anfang 1984 nach verläßlichen Angaben verschiedener Hilfsorganisationen aus ihren Heimatgebieten vertrieben und mußten in anderen Teilen des Landes Zuflucht suchen. Die Anzahl derer, die man in Konzentrationslagern interniert hatte, betrug nach Angaben des internationalen Roten Kreuzes 200.000 allein im sogenannten Luwero-Dreieck.

Bei nur einer Operation, die im Westnil zu Beginn des Jahres 1981 stattfand, sollen etwa 10.000 bis 20.000 Menschen ihr Leben verloren haben und über 400.000 in die benachbarten Länder Zaire und Sudan geflohen sein.

Selbst für ein demokratisches System in Uganda dürfte es sehr lange dauern, bis über alle Greueltaten, die von der UPC-Gruppe unter der Führung Obotes begangen worden sind, Rechenschaft abgelegt werden kann.

Aber auf was hier aufmerksam gemacht werden sollte, ist, daß die ganze Welt den Verbrechen des Oboteismus tatenlos zugesehen hat. Für den heuchlerischen und gefährlichen Standpunkt, den die östlichen, westlichen und afrikanischen Länder gegenüber dem Geschehen in Uganda einnahmen, können drei Hauptgründe angegeben werden:

1. Obote, der bis in die späten sechziger und frühen siebziger Jahre als Kommunist und Gegner des Westens abgestempelt wurde, war schlau genug, sich der Gefühlslage des westlichen Politikers und ihrer Medien anzupassen, indem er sich als pro-westlich auswies und die Teilnahme der DP als Aushängeschild seiner „parlamentarischen Demokratie" benutzte. Obote servierte weiters den wichtigsten Institutionen kapitalistischer Ausbeutung alle Geldmittel Ugandas auf einem silbernen Tablett: der Weltbank, dem IMF (= International Monetary Fund = Internationaler Währungsfond) und vielen mehr. Es überrascht, zu sehen, daß genau jene Institutionen, die immer den Anspruch auf optimales „Know-how" in den Wirtschaftsfragen der Entwicklungsländer stellen, die Mär vom Wirtschaftsaufschwung seit Obotes Machtübernahmen verbreiteten, während fast alle Ugander mit Ausnahme der UPC-Gruppe eine ständig wachsende Inflation erlebten und so arm wurden, wie nie zuvor.



NRA Guerilleros stellen sich dem Gruppenphoto

2. Durch Obotes persönliche Freundschaft mit Afrikas meistgeschätztem Führer Julius Nyerere von Tanzania war Obote in der Lage, alle Führer der OAU-Staaten über das Schicksal Ugandas zu täuschen. Gleichzeitig wurde Nyereres Einfluß auf die nicht verbündeten Bewegungen von Obote und seiner politisch bankrotten UPC-Clique manipuliert, um die Bemühungen des ugandischen Volkes, ihren Fall vor die Weltorganisationen zu bringen, zu blockieren. Den Ländern des Warschauer Paktes und ihren Alliierten versprachen die Oboteisten UN-Stimmen und brachten sie auf diese Weise so weit, daß sie Obote einen progressiven und patriotischen afrikanischen Führer nannten!

3. Die unabhängige und bündnislose Politik der Hauptwiderstandsgruppe (NRM) war auch dafür verantwortlich, daß die großen Mächte den leidenden Menschen Ugandas ihren Rücken zuwandten.

Die NRM, die ihre Außenpolitik als ausschließlich prougandistisch, pro-afrikanisch und blockfrei bezeichnet, hat nichts darangesetzt, von den Großmächten Hilfe zu erhalten. Die Hoffnung, die viele Ugander zu Beginn des Widerstandes hegten, daß durch die klar festgelegte Außenpolitik der NRM viele Länder ihre Unterstützung, wenn nicht durch materielle Hilfe, so zumindest durch politische zusichern würden, verschwand bald. Das Gegenteil geschah. Viele der sogenannten friedensliebenden und neutralen Länder beschlossen, sich von Uganda abzuwenden, indem sie die opportunistischste Argumentation vorbrachten: Sie wollten sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einmischen. Manche verbündeten sich sogar auf die eine oder andere Weise mit der Obote-Clique. Uganda wurde in seinem Kampf allein gelassen. Es überrascht also nicht, daß die NRA Obote mit seinen eigenen Waffen, die die Bewegung von seinen Truppen erbeutet hatte, bekämpfen mußte. Gertrude Njuba, eine der engsten Mitarbeiterinnen Musevenis sagte: „Obote war der Quartiermeister der NRM!"

Es stimmt, wenn man sagt, daß die Politik der patriotischen Ugander mit einem sehr hohen Preis bezahlt worden ist. Die Vorgangsweise war nur durch die korrekte, politische, militärische und organisatorische Linie der NRM-NRA möglich, und das wiederum machte es für eine politisch bankrotte Gruppe wie die UPC unmöglich, das ugandische Volk zu besiegen und in die Knechtschaft zu zwingen.

Nachdem Obote fliehen mußte, glaubten viele Ugander, daß sie nun auf ein friedliches Ende der Tragödie hoffen dürften. Zwei Monate nach dem Coup vom 27. Mai 1985 ist die oboteistische Armee jedoch immer noch so brutal wie eh und je.

Obwohl das neue Militärkommando Parolen zur Beendigung von Ugandas Problemen auf friedlichem Weg verbreitet und Gespräche mit der NRM-Vertretung in Nairobi geführt worden sind, scheint die Militärgruppe in Kampala an allem, was über die Besetzung von Kabinettsposten hinausgeht, wenig interessiert zu sein. Anderseits steht die NRA unter wachsendem Druck vieler Ugander, die glauben, die Stärke für einen massiven Gegenschlag zu besitzen und den Oboteismus endgültig vernichten wollen.

Peter Julian Djumba ■

Ein Portrait von Obote in einem Militärlager.



Reden zur Apartheid

Am 15. August 1985 hielt der rassistische Präsident Pieter Botha eine Rede, die vom südafrikanischen Fernsehen übertragen wurde. Sie war die erschütternde Ernüchterung aller Apartheid-Gegner. MOZ bringt davon Auszüge kontrastiert mit Ausschnitten der schwarzen Führer Bischof Desmond Tutu und Oliver Tambo.

Botha:

Wir sind nicht bereit, die antiquierte, simplifizierende und rassistische Einstellung zu akzeptieren, daß Afrika aus einer weißen Minderheit und einer schwarzen Mehrheit besteht. Wir können das Faktum, daß dieses Land eine multikulturelle Gesellschaft, ein Land der Minderheiten ist, nicht ignorieren. Es gibt weiße Minderheiten genauso wie schwarze Minderheiten und andere



Pieter Botha

wie die „coloured people" und die Inder. Während die Nationalpartei die multikulturelle und polyethnische Natur der südafrikanischen Bevölkerung akzeptiert, lehnt sie jedes System der horizontalen Differenzierung ab, das liefe darauf hinaus, daß eine Nation oder Gruppe in unserem Land andere dominieren würde. Es ist meine wohlüberlegte Meinung, daß jede zukünftige konstitutionelle Ordnung, die die Beteiligung aller südafrikanischen Bürger vorsieht, verhandelt werden soll. Aber lassen Sie mich eines ausführen: Seit der Befreiung Südafrikas vom Kolonialismus hat sich die Demokratie bereits ausgebreitet und Millionen Leute, die unter dem britischen Kolonialsystem nie ein Wort zu Regierungsangelegenheiten sagen konnten, dürfen das heute. Ich werde von einigen, die es gut meinen, und von manchen, die die rechtmäßige Regierung in diesem Land zu zerstören wünschen gedrängt, eine Absichtserklärung zu geben. Ich bin nicht bereit, das zu tun, nicht heute und nicht morgen.

Ich sage, es wäre falsch, jetzt festzulegen, wie die Strukturen für eine zukünftige Beteiligung auszuschauen haben. Ebenso wäre es falsch, ein Zeitlimit für die Verhandlungen zu fixieren. Ich werde nicht in diese Falle gehen. Ich bin verantwortlich für Südafrikas Zukunft. Ich werde nicht in diese Falle gehen.

Lassen Sie mich offen sprechen. Sie müssen wissen, wie Sie mit mir dran sind. Ich habe keine unerfüllten Ambitionen im politischen Leben Südafrikas. Ich stehe hier, weil Leute mich gebeten haben, hier zu stehen. Lassen Sie mich heute ganz offen mit Ihnen sein. Wenn Sie meine Art zu denken nicht mögen, wenn Sie die Richtung, die ich vertrete, nicht mögen, dann ist es das Recht des Parteikongresses, festzustellen, ob Sie mit Ihrem Führer übereinstimmen oder nicht. Aber zeigen Sie mir Ihre Alternativen. Es hängt nur davon ab, welcher Wildnis Sie sich zugehörig fühlen, der, in der ich lebe, oder einer anderen. Ich bin nicht bereit, die weißen Südafrikaner und andere Minderheiten auf den Weg von Verzicht und Selbstmord zu führen. Zerstöre das weiße Südafrika und unseren Einfluß, und dieses Land wird in Parteihader, Chaos und Armut abgleiten.



Oliver Tambo (ANC)

Oliver Tambo (ANC):

Am Abend des 15. August 1985 wurde das Volk von Südafrika und der Rest der Welt mit Pieter Bothas arroganter Bestätigung, daß das Apartheidssystem unverändert erhalten bleiben wird, konfrontiert. Und das zu einem Zeitpunkt, wo jeder denkende Mensch in unserem Land und anderswo sagt, daß die Apartheid endlich verschwinden muß. Die herrschende Gruppe kam nicht umhin, sich so zu zeigen, wie sie ist: eine Clique von hartnäckigen Rassisten, Reaktionären und blutrünstigen Faschisten, die niemanden außer sich selbst beachten. In seinem Statement vom letzten Donnerstag lehnte Botha jede Maßnahme, die als möglicher Beitrag zur Lösung des südafrikanischen Problems ausgelegt werden könnte, ab. Er diktierte ein weiteres Mal die Lösung, die die Krise produziert hat und die nun unseren Leuten täglich das Leben kostet. Während er falsch und zynisch behauptet, ein Demokrat zu sein, geht er gegen das Recht aller Südafrikaner, eine Regierung nach ihrer eigenen Vorstellung zu wählen, vor. Er sprach sich dafür aus, das kriminelle Bantustansystem fortzuführen, unser Land zu balkanisieren und die Landenteignung der afrikanischen Mehrheit, die ohnehin auf kaum mehr als 10 Prozent Südafrikas zusammengedrängt ist, zu unterstützen. Mit der Hand auf dem Herzen bezeichnete sich dieser Faschist als großer Verteidiger der sogenannten Minderheiten, während er gleichzeitig unmißverständliche Bekenntnisse zur Unterdrückung der überwältigenden Mehrheit unserer Landsleute abgibt.

Bischof Desmond Tutu:

Der Präsident hat die Chance, ein wirklich großer Staatsmann zu sein, verpfuscht. Er ist als Opportunist vorgegangen und hat als Handlanger für die am wenigsten informierten und rassistischsten Kreise seiner Partei gedient. Dabei hat er sicher vor allem an die Wahlen fürs Repräsentantenhaus gedacht. Mr. Bothas Rede hat nichts Neues, sondern lediglich abgestandene, hirnverbrannte Klischees geboten und gezeigt, daß für ihn das Wesentliche die Zustimmung der National Party und nicht die seines Landes ist. Der Präsident hat kaum Nennenswertes über die Staatsbürgerschaft für Schwarze gesagt. Seine Rede war ein grotesker Mischmasch und das zu einem Zeitpunkt, wo das ganze Land brennt. Botha hätte ein klares und unzweideutiges Statement zu seiner Absicht, die Apartheid zu demontieren, abgeben und gleichzeitig einen Zeitplan für den Wechsel vorlegen sollen. Der Präsident ist sich der militärischen Stärke des Landes bewußt und hat offenbar die Absicht, die Schwarzen in die totale Unterwerfung zu knüppeln. Man erwartete sich ohnehin nicht viel von Bothas Rede, aber den Schwarzen ist überhaupt keine Hoffnung geblieben. Ich selbst werde fortfahren, sowohl gegen die Grausamkeit der Apartheid als auch gegen die derer, die dagegen kämpfen, vorzugehen, und wenn ich die einzige Person sein sollte, die dies macht. Ich würde alles tun, um ein Blutbad zu verhindern.

Zu Nelson Mandela:
- Botha:

Von internationaler wie auch von nationaler Seite wurden Appelle an mich gerichtet, Mr. Nelson Mandela aus dem Gefängnis zu entlassen. Ich sagte im Parlament: Wenn Mr. Mandela sich verpflichtet, nicht an der Planung, Anstiftung oder Ausübung von Gewaltakten zur Unterstützung von politischen Zielen teilzunehmen, bin ich im Prinzip bereit, seine Freilassung in Erwägung zu ziehen.

Aber lassen Sie mich die Öffentlichkeit daran erinnern, warum Mr. Mandela im Gefängnis ist:

Wie auch die Anklage bestätigt, hat der Beschuldigte vorsätzlich und mit böser Absicht Gewalt- und Zerstörungsakte im ganzen Land geplant und ausgeführt. Ihre Absicht war, die Repbulik Südafrika in Chaos, Unordnung und Aufruhr zu stürzen. Sie (Mr. Mandela und seine Freunde) planten gewaltsamen Aufruhr und Rebellion.

Können Sie mir einen Vorwurf machen, wenn ich Ihnen sage, daß die Freilassung dieses Gentleman gut überlegt sein will? Haben Sie sich je überlegt, was Sie sagen würden, wenn ich ihn freiließe, ganz egal, welche Strafe das Gericht über ihn verhängt hat? Was würde die Öffentlichkeit sagen? Nicht der verantwortungslose Teil der Öffentlichkeit, sondern die verantwortungsbewußten Menschen in diesem Land, schwarz oder weiß?

Oliver Tambo:

Botha wiederholte ständig seine Absicht, unseren Führer Nelson Mandela und andere politische Gefangene freizulassen, allerdings nur unter Bedingungen, die sie bereits abgelehnt haben und weiterhin ablehnen werden. Anstatt sich den Wünschen des Volkes zu beugen, die natürlichen Führer unserer Leute freizulassen und mit ihnen zu sprechen, versprach Botha, mit seinen Gehaltsempfängern, die er bezahlt, um das kriminelle Apartheidssystem zu administrieren, zu verhandeln.

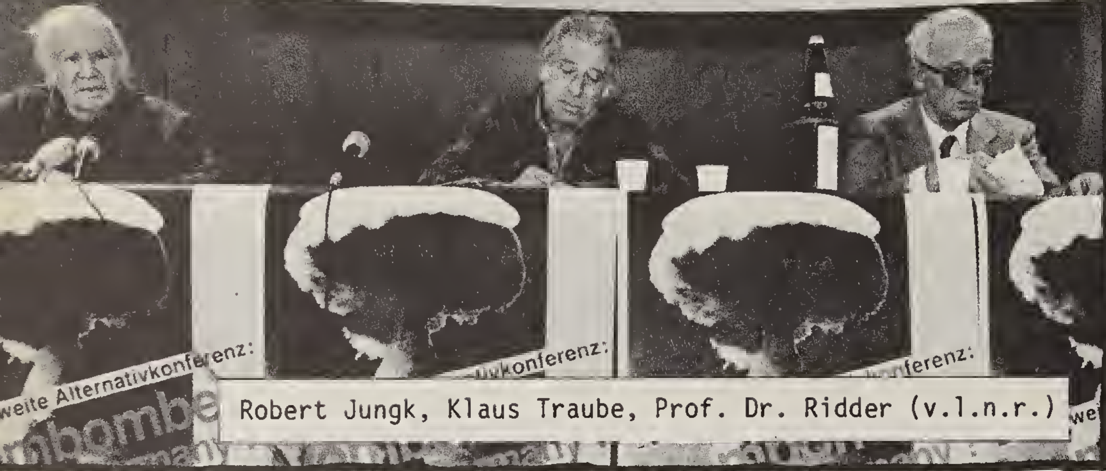
Bischof Desmond Tutu:

Der Präsident hat ein paar außerordentliche und kaum verzeihliche Dinge über den inhaftierten Führer des ANC, Nelson Mandela gesagt. Wenn Mandela freigesetzt würde und die Möglichkeit hätte, an freien und fairen Wahlen teilzunehmen, wäre niemand in der Lage, ihn in diesen Wahlen zu schlagen, nicht einmal Mr. Botha.

Der Präsident hat angeboten, mit den gewählten Führern der „black community" zu verhandeln, aber jeder weiß, daß die Regierung nur mit jenen sprechen will, die bereit sind, ihren Part in den Scheininstitutionen der Jasager, die man Ihnen und dem Volk aufgezwungen hat, einzunehmen.



Bischof Desmond Tutu



Robert Jungk, Klaus Traube, Prof. Dr. Ridder (v.l.n.r.)

• DES PUDELS KERN

Atombombe — made in Germany?

Die Bundesrepublik Deutschland steht im Verdacht, heimlich an einer eigenen nationalen Atombewaffnung zu basteln. Atombombe, made in Germany — es klingt unglaublich, aber es gibt zahlreiche Indizien. Eine Bomben-Story aus unserem Nachbarland von Leo A. Müller.

Robert (Bob) Jungk, der alte Technologiekritiker und beharrliche Friedenskämpfer aus Salzburg, weiß um die Brisanz des Themas: „Natürlich wird man des Verfolgungswahns bezichtigt, wenn man unterstellt, Politik und Industrie würden auf die Bombe hinarbeiten. Denn Beweise gibt es nicht, nur Indizien." Er meint Politik und Industrie in der Bundesrepublik Deutschland, dem Unterzeichnerstaat des Atomwaffensperrvertrages. Er meint die Atombombe: „Hier wird Verneblungspolitik getrieben. Dieser Geheimnisbereich muß aufgebrochen werden."

Ein ,,revolutionäres Projektil" in Afrika

Douglas Johnson ist einer der führenden Goldhändler der USA, von Berufs wegen sozusagen ein Kenner Südafrikas. Auf einer Gold-Konferenz in New Orleans äußerte er sich im Oktober 1977 zuversichtlich über die Zukunft am Kap: „Im Gegensatz zur augenblicklichen allgemein verbreiteten Annahme wird Südafrika nicht den Bach runter gehen. Ein wahrhaft großes Volk, ein bewundernswertes Volk — die Deutschen — werden das nicht zulassen." Und weiter: „Die Deutschen wissen, daß falls Südafrika fällt, dann fallen auch sie. Daher haben sie eine große Raketenbasis in Zaire gebaut, um dafür zu sorgen, daß ihre Nachschublinien gesichert sind." Douglas Johnson meinte das angeblich friedliche Raketenprojekt der angeblich zivilen „Orbital Transport- und Raketen-AG OTRAG" in der Zaire-Provinz Shaba.

Der amerikanische Goldhändler plauderte über ein bundesdeutsches Großprojekt in Afrika, über das die Bonner Regierung lieber den Mantel des Schweigens legt. Die Geschichte der OTRAG führt zurück bis zu Hitlers Raketenentwicklungen in Peenemünde an der V1 und V2. Dr. Kurt H. Debus, ehemals Leiter der Peenemünder V2-Raketenversuche, danach Leiter des US-Raumfahrtzentrums, wurde 1975 Aufsichtsratsvorsitzender der OTRAG. Technischer Leiter der Raketengesellschaft wurde der ehemalige Peenemünder V2-Triebwerkspezialist und spätere Leiter der Chrysler Space Division der NASA, Richard Gombertz. Wie Debus ist auch er US-Bürger. Gründer und Geschäftsführer der OTRAG war bis zu seinem mysteriösem Weggang aus der Gesellschaft Lutz Tilo Kayser. Er hatte bereits als Jugendlicher engen Kontakt zu den Nazi-Raketenbauern. Insider-Charakterisierung: „der junge Mann von Dadieu".

Armin Dadieu, neben Wolfgang Pilz und Eugen Sänger der wichtigste Lehrer Kaysers, war SS-Standartenführer und Sonderbeauftragter Hermann Görings für die Uran-Lagerstättenforschung in der Steiermark. Dadieu war gleichzeitig für die OTRAG und als Gutachter für die Bundesregierung in Sachen OTRAG tätig, außerdem Berater des Bundesministers für Forschung und Technologie. Er gehörte den ad hoc-Ausschüssen für Transport-Systeme des Apollo-Nachfolge-Programms und für die Trägerrakete Europa III an.

100.000 Quadratkilometer Souveränität

Der am 26. März 1976 zwischen der Republik Zaire und der Firma OTRAG geschlossene „Vertrag betreffend die uneingeschränkte Nutzung eines Territoriums" von 100.000 Quadratkilometer macht das Raketenbauunternehmen zum allmächtigen Herrscher im früher von 760.000 Menschen bewohnten Gebiet — uneingeschränkt. 100.000 Quadratkilometer — das ist ein Gebiet, fast so groß wie die DDR, größer als die Republik Österreich.

Der OTRAG ist jegliches Eingreifen in die Bodenbeschaffenheit, wie unter anderen Abtragen und die Errichtung von Erderhöhungen, Herstellung von unterirdischen Hohlräumen, Eintrichtungen von Wasserflächen, die Errichtung von Flugplätzen und anderen Bauwerken über und unter dem Erdboden sowie die Errichtung von Energieanlagen, Beobachtungs- und Fernmeldeanlagen und Produktionsanlagen jeglicher Art gestattet. Im ORTRAG-Territorium dürfen sich nur Personen aufhalten, die von der Company eine ausdrückliche Erlaubnis erhalten. Auch der Luftraum ist über diesem Gebiet gesperrt. OTRAG, ihre Mitarbeiter und Angehörigen genießen in Bezug auf ihre Handlungen, die sie im OTRAG-Auftrag vornehmen, völlige Immunität gegen jegliche gerichtliche Verfolgung in Zaire. Diese vertraglichen Rechte stehen der Firma bis zum 31. Dezember des Jahres 2000 zu.

Deutsche Cruise Missiles?

In der Tat spricht einiges dafür, daß die OTRAG an einer deutschen Marschflugkörperentwicklung arbeitet. Für die angebliche Erprobung von Billig-Transportraketen, etwa — wie von der OTRAG erklärt — für den Abschuß von Satelliten (natürlich zivile Forschungssatelliten) ins All, benötigt man kein Gelände von tausenden Quadratkilometern, eine Abschußrampe reicht dafür. Nicht jedoch für Tests an Marschflugkörpern. Diese müssen in ihrem erdnahen Flug über weite Strecken erprobt werden.

Im März 1978 veröffentlichte der ehemalige diplomatische Korresponendet der New York Times, Tad Szule, einen Bericht, der international hohe Wellen schlug. Unter Berufung auf Geheimdienstkreise schreib er, die OTRAG sei ein Unternehmen der deutschen Rüstungsriesen Dornier und Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), die in Zaire Mittelstreckenraketen und Cruise Missiles montieren und testen wollten.

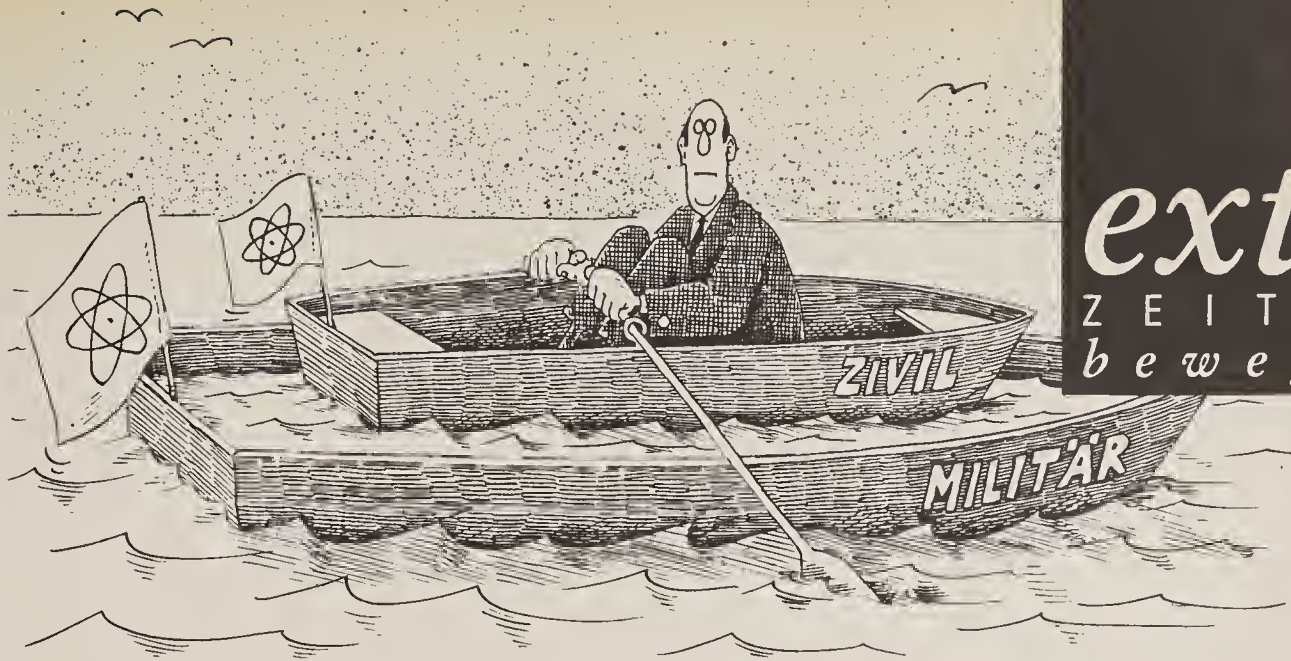
Zahlreiche Indizien bestätigen den Szulc-Bericht. Das Bundesverteidigungsministerium beauftragte 1974 MBB, VFW-Fokker und Dornier mit der Entwicklung von „RPV's", „Remotely Piloted Vehicles", also Cruise Missiles. OTRAG-Mitbegründer und Lutz-Bruder Manfred Kayser war bis vor kurzem Geschäftsführer der Dornier Lindau. Ein US-Geheimdienstmitarbeiter berichtete gegenüber einem britischen Journalisten, die Flugzeugfirma Boeing habe der OTRAG Cruise Missile-Technologie geliefert. Für die Region wurde ein Pilot mit französischen Sprachkenntnissen gesucht — „für Fotoflug in Afrika", eine Voraussetzung für die Programmierung von Marschflugkörpern, die durch eingebaute Erdoberflächenerkennungsfernseher sich selbst in das vorprogrammierte Ziel steuern. Seitdem Kayser offiziell ohne die OTRAG in Zaire weiterarbeitet, nennen Vertraute gegenüber Journalisten seine Tätigkeit „Fahrzeuge (vehicles) testen". Als Vehicles bezeichnen die Luftfahrt-Insider sogenannte Drohnen, unbemannte Kleinflugzeuge.

Der Staat im Hintergrund

Bis auf den heutigen Tag wollen verantwortliche Regierungspolitiker in Bonn von den Praktiken der ominösen Firma nichts wissen, eine militärische Verwendung wird hart dementiert. Lutz T. Kayser war gegenüber dem SPIEGEL offener: seine Raketen könnten selbstverständlich auch „zehn Wasserstoffsprengköpfe" transportieren.

Doch das Projekt wird maßgeblich vom Staat unterstützt. Hohe Zuschüsse aus dem Forschungsetat wurden der Gesellschaft gewährt, Kayser wurde mit Gutachteraufträgen bedacht, staatliche Forschungsgesellschaften finanzierten die Entwicklungsarbeiten und stellten Gelände für die Produktion und Erprobung zur Verfügung, die OTRAG-Fluggesellschaft ORAS wurde mit staatlichen Aufträgen für „humanitäre Transporte" beauftragt, statt der üblicherweise fliegenden Lufthansa oder der Luftwaffe. Heute darf die OTRAG ihre Triebwerke auf dem staatlichen Raketenversuchsgelände in Lampoldshausen in Nord-Württemberg testen. Auf dem Schießplatz Esrange in Nord-Schweden, einer Raketenrampenbasis der Europäischen Raumfahrtbehörde ESA, startete die OTRAG im Herbst 1983 wieder eine „Billigrakete" — zu 90 Prozent finanziert aus dem Bonner Forschungsetat. Bereits vier Tage nach der Gründung entschied das zuständige Finanzamt Offenbach-Land, daß der OTRAG Steuergeldzahlungen in Höhe von zwei Milliarden DM als Verlustzuweisungen angerechnet würden.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt lumpige 1 Million DM, aber 173 Millionen DM wurden von sogenannten „atypischen stillen Gesellschaftern" eingezahlt. Merkwürdig, angesichts der Tatsache, daß die Firma bis heute keinen einzigen finanziellen Erfolg aufweisen konnte. Die Dividendenausschüttung beträgt 0 Prozent. Ist die Orbital Transport- und Raketen AG eine Briefkastenfirma des Staates?



Eine „Minuteman“-Rakete, made in BRD

Heute arbeitet die Gesellschaft an einem interkontinentalen Geschoß mit dem Projekttitel „3-6 P2“, das Berichten der Fachzeitschrift „Flugrevue“ zufolge in etwa mit der aus der militärischen Aries-Rakete abgeleiteten „Minuteman“-Rakte identisch ist. Die Tests an dem Projekt „3-6 P2“ laufen noch in diesem Jahr auf dem staatlichen Versuchsgelände in Hardthausen bei Heilbronn an. Die Minuteman hat eine interkontinentale Reichweite von über 10.000 Kilometer.

Nachdem 1984 die der Bundesrepublik auferlegten Rüstungsbeschränkungen aufgehoben wurden, basteln die Rüstungskonzerne eifrig an den Programmen, die ihnen offiziell vorher nicht möglich waren.

MBB arbeitet an einem „See-Zielflugkörper“, der eine Reichweite von 200 Kilometer abdecken soll. Dornier entwickelt eine „Abstandsrakete“ mit einer Reichweite von 600 Kilometer, die an das Mehrzweck-Kampfflugzeug Tornado angehängt werden soll. Die Reichweite wurde laut Berichten der Militärzeitschrift „Interavia“ (3/1985) „auf maximal 600 Kilometer begrenzt, um nicht unter die Beschränkungen der SALT-Vereinbarungen zu fallen.“ Also eine bloß diplomatische Begrenzung.

Und die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), ein riesiges Staatsinstitut und stetiger Unterstützer der OTRAG-Aktivitäten, arbeitet an der Entwicklung von „Marschflugkörpern großer Transportleistung“.

In Brasilien werden mit deutscher Hilfe sogenannte „Höhenforschungsraketen“ entwickelt, angeblich vollkommen zivil. Entlarvenderweise ist das brasilianische Partnerinstitut jedoch eine militärische Forschungsanstalt.

In Gemeinschaftsproduktion von MBB und dem französischen Luftfahrtkonzern Aerospatiale wird die überschallschnelle Rakete ANS entwickelt, mit der dreifachen Reichweite des erfolgreichen Vorgängers Exocet. Schon 1986 werden erste Versuchsschüsse mit der ANS gemacht.

40 Jahre nach der Entwicklung der Nazi-Raketen V1 und V2 hat die Bundesrepublik ein strategisches Raketenpotential entwickelt, das die jetzt dort stationierten amerikanischen Raketen zukünftig weit in den Schatten stellen wird. Sie ist nicht nur Biedermann, sondern Brandstifter.

Tonnenweise waffenfähiges Spaltmaterial

Die Hanauer Atomfirmen ALKEM, NUKEM und die Nukleartechnik GmbH (NTG) wurden in den vergangenen Monaten zum Zankapfel rotgrüner Regierungspolitik im Bundesland Hessen. Unerwähnt blieb dabei aber in der Regel die Frage der „militärischen Option“. In den Bunkern der NUKEM lagern atomare Bestände, denen ihr Geschäftsführer Hackstein unumwunden militärische Qualität zubilligt: „Es gibt sicherlich keinen Zweifel, und es ist bekannt, daß hochangereichertes Uran, wie wir es verarbeiten, im Prinzip waffenfähig ist.“ Diese Lagerbestände will die Atomfirma von 1,8 Tonnen auf 6 Tonnen erhöhen. Die Partnergesellschaft ALKEM beantragte eine dreizehnfache Steigerung ihres Plutoniumlagers von bisher 460 Kilogramm auf 6,7 Tonnen und will außerdem noch 550 Kilogramm Uran 235 (bisher 180 Kilogramm) bereithalten. Plutonium ist nicht nur ein absolut tödliches Supergift, sondern auch in jeder Isotopenmischung waffenfähig. Allerdings braucht man für eine militärisch attraktive Bombe mit hoher Sprengkraft eine bestimmte Sorte (Isotop), das Plutonium 239 zu 93 Prozent enthält. Das ALKEM-Plutonium ist bis zu 90 Prozent angereichert und kann leicht auf 93 Prozent gebracht werden. Die ALKEM stellt Brennelemente für französische Schnelle Brüter bereit, in welchen Plutonium für die Force de Frappe produziert wird. Die Nukleartechnik GmbH (NTG) beliefert US-Atomlabors, in denen neben anderen Waffen auch die Pershing-Sprengköpfe hergestellt werden, die in der Bundesrepublik stationiert werden.

Die Hanauer Atombetriebe beherbergen schon heute das weltweit größte Potential bombenfähiger Stoffe, das ein Nicht-Atomwaffenstaat jemals besaß.

Deutscher Finger am nuklearen Abzug

Der westdeutsche Physiker Helmut Hirsch sieht in der Bundesrepublik „eine Atommacht mit erschreckendem atomaren Potential.“ Klaus Traube, früher der einzige Atommanager der höheren Riege mit sozialdemokratischem Parteibuch, sieht in der Entwicklung des schnellen Brüters und der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) „die ideale Symbiose zwischen militärischen und ziviler Kernenergie.“ Über die WAA sagt der Atomexperte: „Tatsächlich gibt es keine sinnvolle Begründung mehr für diesen Bau. Jeder Fachmann weiß, daß er wirtschaftlich unsinnig ist.“ Wofür also?

Der Direktor des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) Frank Barnaby sah anläßlich des Gorleben-Hearings auch eine große Gefahr: „Der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland würde unweigerlich den Verdacht nähren, daß mindestens ein Zweck der Anlage der sei, der Bundesrepublik die Option zu geben, zur Herstellung von Kernwaffen für eine nationale nukleare Streitmacht in minimaler Zeit in der Lage zu sein.“

Bei der kleinen Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe und der geplanten großen WWA im bayerischen Wackersdorf handelt es sich um militärische Schlüsseltechnologien, ohne die eine Herstellung moderner Atomwaffen nicht denkbar ist. Sie dienen dem Ziel, das in Atommeilern gewonnene Plutonium abzutrennen, in Wackersdorf immerhin pro Jahr fünf Tonnen — genug für 500 Atomsprengköpfe.

In Gronau ist eine nationale Urananreicherungsanlage trotz weltweiter Überkapazitäten auf diesem Sektor in Betrieb genommen worden. Damit hat die Bundesrepublik auch großtechnisch die Möglichkeit der Herstellung hochangereicherten waffenfähigen Urans.

Lieferungen an befreundete Staaten

Besonders skandalös empfinden Kritiker aus der Friedensbewegung, der Anti-Atom- und der Dritte-Welt-Bewegung die Exporte von Urananreicherungsanlagen und anderen sensitiven nukleartechnischen Großanlagen, die im wesentlichen gerade an die Nicht-Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages gingen. Die Anlagen unterliegen dort also nicht den Kontrollen durch die Wiener Atomenergiebehörde (IAEO).

Wichtiste Empfängerländer sind Argentinien, Brasilien, Indien, Pakistan, China und Südafrika.

Die Atomkritiker veranstalteten eine alternative Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages in Bonn, während in Genf die offizielle dritte Überprüfungskonferenz tagt. Sie werfen der Bundesrepublik permanente Verletzung des Sperrvertrages vor — in vielfacher Hinsicht.

Die alternativen Überprüfer, setzen sich zusammen aus zahlreichen Organisationen der Friedensbewegung, den GRÜNEN im Bundestag, der SPD Hessen-Süd, den Jungsozialisten und immerhin acht Bundestagsabgeordneten der SPD, jener Partei, die in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung entscheidend zum Aufbau des bundesdeutschen Atompotentials beigetragen hat.

Ihre Anklageschrift wurde lang und brisant. Als die Basis für diese potentiell gefährliche Politik wird der Artikel IV des Sperrvertrages kritisiert, der auch auf Drängen des Nichtnuklearstaates Bundesrepublik Deutschland in das Vertragswerk aufgenommen wurde: „Alle Vertragsparteien verpflichten sich, den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern, und sind berechtigt, daran teilzunehmen.“

Alte und neue Kämpfer gegen ein „atomares Versailles“

Der bayerische Ministerpräsident sah schon in dem Vertragsentwurf der Amerikaner ein neues „militärisches Versailles“, dem man sich nicht unterwerfen dürfe. Das war vor 20 Jahren, Ende August 1965. Adenauer sprach gar von einem „Todesurteil“. Als das Vertragswerk nach erheblichen Interventionen und Änderungen verzögert dann doch noch zustande kam und 1974 endlich vom Deutschen Bundestag ratifiziert wurde, stimmten immer noch 100 Abgeordnete der Unionsparteien dagegen. Unter ihnen befanden sich die heutigen Bundesminister Zimmermann (Innen), Wörner (Verteidigung), Dollinger (Verkehr), Kiechle (Landwirtschaft), Warne (wirtschaftliche Zusammenarbeit), Schneider (Wohnungsbau) und Windelen (innerdeutsche Beziehungen).

Leo A. Müller ■

Basislohn — ein Weg aus der Krise?

In den nächsten Jahrzehnten wird sich in den westlichen Industriestaaten das Bild am Arbeitsmarkt grundlegend ändern. Einer Minderheit von Erwerbstätigen wird — aufgrund von mikroelektronischer Revolution, Rationalisierung und Produktivitätssteigerung — einer wachsenden Anzahl von nicht oder nur zeitweise in ungesicherten Arbeitsverhältnissen (zum Beispiel Heimarbeit) Beschäftigbaren gegenüberstehen.

Die Arbeit selbst wird damit nicht weniger werden. Mit der Reduktion der Lohnarbeit werden jene Arbeiten zunehmen, die schon seit jeher, vor allem von Frauen, unbezahlt zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems geleistet wurden. Vermehrter Streß am Arbeitsplatz erfordert ein „mehr" an psychischer Versorgungsarbeit. Und das, mit dem Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen verbundene, Sinken der Lebensqualität kann durch mehr Hausarbeit zumindest in Schranken gehalten werden.

Das Verhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit kann und wird sich allerdings ändern. Riesige Heere von unbeschäftigbaren Arbeitslosen, die in Ländern der „3. Welt" schon längst ein alltägliches Erscheinungsbild darstellen, werden möglicherweise auch in den Metropolen zur bitteren Realität gehören. Übrig bleibt eine immer kleiner werdende Schicht von Arbeitsplatzbesitzern, die ihre von der Arbeiterbewegung erkämpften Privilegien gegen den Zugriff der Marginalisierten verteidigen. Die Spaltung der Gesellschaft wird damit eine neue Qualität erreichen.

Die Uhr zeigt 5 nach 12. Manche halten es nur mehr für eine Frage der Zeit, bis das eben skizzierte Szenario Wirklichkeit wird. Andere beginnen trotz der fortgeschrittenen Stunde, Rettungsboote auszusetzen. Vom gewerkschaftlichen Kampf um das Recht auf (Lohn-)Arbeit, über die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, bis hin zu einer Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, reichen die angebotenen Rezepte.

Stattdessen nimmt in der Debatte um mögliche gesellschaftspolitische Alternativen die Einführung eines „Basislohns" oder auch „garantierten Grundeinkommens" einen immer wichtigeren Stellenwert ein. Die Verwirrung, die diese Forderung ausgelöst hat, ist auch durch die vielen Publikationen und Entwürfe zu diesem Thema nicht beigelegt. Nach wie vor erhitzen sich die Gemüter quer durch die politischen Lager, wenn das Thema „Basislohn" zur Sprache kommt.

Kann „Basislohn" ein Einkommen aus der Lohnarbeit ersetzen? Entgilt er als „garantiertes Grundeinkommen" auch jene Tätigkeiten, die im bisherigen System der Lohnarbeit ohne Entgelt verrichtet wurden? Wird die neue Klasse der Nichtlohnarbeiter/innen mit dem Arbeitsplatz auch ihr letztes Stück an Identität verlieren, oder eröffnen sich neue Möglichkeiten der Identitätsfindung in frei gewählten Tätigkeitsbereichen?

Werden die Menschen in eine privilegierte Kernschicht von Arbeitsplatzbesitzern und eine marginalisierte Schicht von Sozialhilfe- oder Basis lohnempfängern gespalten? Werden die Ressourcen der westlichen Gesellschaft — in ökologischer und sozialer Hinsicht — ausreichen, der Mehrheit ihre Bevölkerung ein arbeitsloses Einkommen zu garantieren oder wird dieses mit neuen Formen der Zwangsarbeit gekoppelt werden müssen? Wird mit einem „Basislohn" die Forderung nach „Lohn für Haushalt" Realität?

Die möglichen Entwicklungsszenarien sind vielfältig und umfassend politische Horrorvisionen ebenso wie Bilder sozialer Utopien.

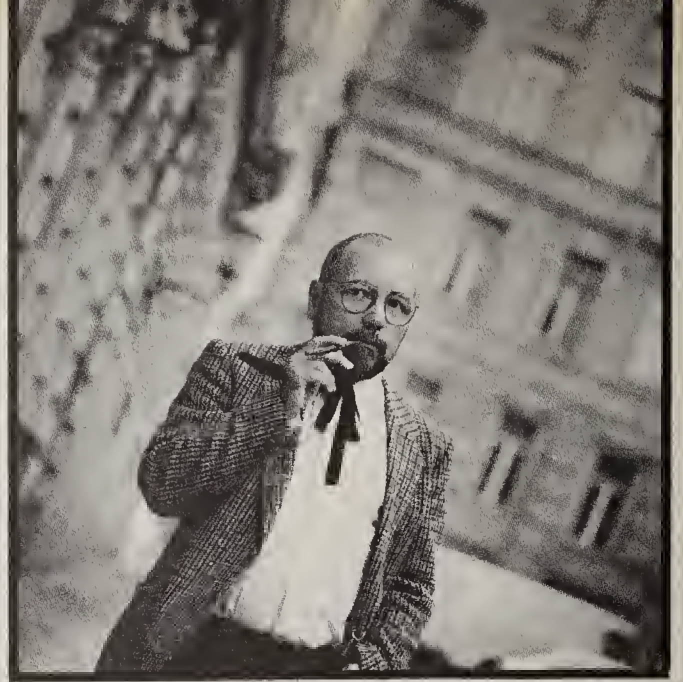
MOZ holte für dieses Diskussionsforum einige Meinungen zum Thema „Basislohn" ein.

Ali Gronner, Bundesgeschäftsführer der ALÖ, gibt in seinem Beitrag einen Überblick über die Debatte um den „Basislohn", wie sie in der BRD geführt wird. Solange ein „garantiertes Grundeinkommen" perspektivisch mit einer antikapitalistischen Stoßrichtung verbunden ist, steht er diesem prinzipiell positiv gegenüber. Wie den meisten seiner Diskussionspartner bei den deutschen Grünen gelingt es jedoch auch ihm nicht, seinen Blick über den europäischen Horizont hinaus zu richten. So muß ihm verborgen bleiben, daß die ungeheure Produktivkraftentwicklung in den europäischen Metropolen in Massenarmut, Hunger und Elend in der „3. Welt" ihre Kehrseite hat. Die materielle Möglichkeit eines „Basislohns" für Europa beruht in einem solchen Diskussionszusammenhang auf der Aufrecht erhaltung des weltweiten Systems ungleicher internationaler Arbeitsteilung. **Paul Kellermann**, Professor für Bildungssoziologie an der Universität Klagenfurt, kreist das Thema in Thesenform ein und tastet das Bedingungsfeld seiner gesellschaftlichen Umsetzung ab. Der Beitrag bestätigt die Hypothese des Autors: auch in der wissenschaftlichen Diskussion ist das letzte Wort in Sachen „Basislohn" noch nicht gesprochen.

Irene Brickner und **Gerold Stöger**, langjährige Aktivisten und Theoretiker linker Splittergruppen, sind entschiedene Gegner eines „Basislohnes". Eine Befriedung massenhafter Arbeitslosigkeit durch neue Formen der Sozialpolitik stellen sie — keineswegs neue — Strategien proletarischer Kämpfe um die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gegenüber. Ihre eindeutige Position zum Thema beruht auf der konsequenten Ausblendung all jener Fragen, die klassische marxistische Grund annahmen über Lohnarbeit, Technologie und die Rolle des Proletariats ins Wanken bringen könnten.

Anstatt also klare Antworten auf unsere Fragen zu erhalten, lassen uns die Beiträge noch tiefer ins Dickicht der Debatte um die Krise des Sozialstaates eindringen. Nach einem ersten Kennenlernen unterschiedlicher Positionen in diesem MOZ-Diskussionsfo rum, plant MOZ in den nächsten Nummern ausführlichere Beiträge zum Thema.

Hannes Hofbauer / Andrea Komlosy ■



Ali Gronner:

Die „Krise des Sozialstaats ist ein auch in Österreich häufig strapaziertes Wort geworden. Gewiß ist die Arbeitslosenrate noch relativ niedrig, gewiß ist der Sozialabbau in der Alpenrepublik noch nicht so weit gediehen wie in manchem Nachbarstaat. Allein, die bange Frage: „Wer soll einmal unsere Pensionen bezahlen?" geistert durch so manche Sendung der „Zeit im Bild". In ihren Kolumnen geißeln die Wirtschaftsjournalisten die „Auswüchse des Sozialstaates" und schreien lauthals nach dessen Reform. Wird der Sozialstaat von rechts her ins Gerede gebracht, so heißt dies noch allemal: Sozialabbau, Abwälzen der Krisenlasten auf die Schultern der sozial Schwachen, Umverteilungspolitik zu Gunsten derer, die ohnehin bereits privilegiert sind. Höchste Zeit also für die Grün-Alterna tiven, hellhörig zu werden und sich in die brisante Debatte einzuschalten!

Ein wichtiges Thema haben die Alternativen von der ALÖ bereits 1982 in diese Diskussion eingebracht — das **garantierte Grundeinkommen**, mitunter auch Basisgehalt genannt. Mit zweijähriger Verspätung verschämt von der VGÖ als „Bürgergeld" in das Programm aufgenommen, ist es mittlerweile auch von anderen politischen Kräften und Institutionen aufgegriffen worden.

Sowohl die Katholische Sozialakademie als auch linkssozialdemokratische Strömungen um den Sozialminister Dallinger haben sich mit dieser Frage bereits beschäftigt. So ist es nur folgerichtig, wenn die ALÖ zur Weiterentwicklung ihrer Positionen zu diesem Thema einen Fachkongreß vorbereitet.

Was ist nun unter „garantiertem Grundeinkommen" zu verstehen? Die Grundidee ist folgende: jeder Mensch hat das Recht auf materielle Sicherung seiner Existenz, und zwar unabhängig davon, ob er einer bezahlten Arbeit nachgeht oder nicht. Es stellt einen Schritt dar hin zur Entkoppelung von Arbeit und Essen, das heißt dem Recht aufs Überleben.

Die Idee ist nicht so fremdartig, wie sie unseren von protestantischer Arbeitsethik und kapitalistischer Leistungsideologie umnebelten Hirnen erscheinen mag. In vorkapitalistischen „primitiven" Gesellschaften ist das dort viel schwerer einzulösende Recht auf Existenzsicherung für alle durchaus anerkannt worden, es hat Jahrzehnte gedauert und brutaler Zwangsmaßnahmen bedurft, bis man unsere Vorfahren zu den reibungslos funktionierenden Arbeitsmaschinen gemacht hat, die wir mehrheitlich heute noch sind.

Die inzwischen erreichte Entwicklung der Produktivkräfte hat einen materiellen Reichtum geschaffen, der diese Perspektive einer gesicherten Existenz für Jede/n aus dem Reich der Utopie in das Feld der praktischen Politik verweist. Es liegt auch ein Hauch von „Jedem nach seinen Bedürfnissen" und damit der alte Marxschen Konzeption einer solidarischen Gesellschaft in dieser Vorstellung eines „garantierten Grundeinkommens".

Die politische Notwendigkeit drängt gleichfalls in diese Richtung. Durch Mikrochips & Computerisierung gehen immer mehr (Lohn-)Arbeitsplätze verloren. Der Arbeitsgesellschaft geht die (Lohn-)Arbeit aus. Gleichzeitig bilden aber die Beitragszahlungen lohnabhängig Beschäftigter die Stützpfeiler unseres Sozialstaates, dient lohnabhängige Beschäftigung als wichtigste

Voraussetzung für die Geltendmachung von Ansprüchen an dieses „Netz der sozialen Sicherheit". Der moderne Sozialstaat, mühsam von der Arbeiterbewegung erkämpft, ist abgestimmt auf eine Gesellschaft, die durch ständige Ausweitung der Lohnarbeit und industrielles Wachstum gekennzeichnet wird. Die Zeiten des „langen booms", der Wirtschaftswunder der Nachkriegs periode sind aber endgültig vorbei, sie kommen niemals wieder.

Es ist somit keineswegs erstaunlich, daß allerorts die Diskussion um eine grundlegende Neuorientierung der Sozialpolitik begonnen hat. Der Gedanke des „garantierten Grundeinkommens" ist zweifellos faszinierend. Er birgt allerdings sehr unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten in sich. Mit dem Instrumentarium eines „garantierten Grundeinkommens" kann man „den Sozialstaat zerstören, retten oder aufheben", wie es Michael Opielka, der Sozialsprecher der westdeutschen „Grünen" einmal formuliert hat.

Den ungeliebten Sozialstaat zerstören, das ist eine Intention, die von konservativ-wirtschaftsliberalen Theoretikern wie Milton Friedman vertreten wird. Ein äußerst bescheidenes Grundgehalt, dafür aber Abbau der bestehenden Sozialleistungen — das ist des Pudels Kern. Ein eklatanter Fall von Abwälzen der Krisenlasten auf die ärmsten Schichten der Bevölkerung.

Überhaupt eignen sich manche Varianten des „Basisgehalts" vorzüglich dazu, bestehende Tendenzen zu einer äußerst gefährlichen Dualisierung der spätkapitalistischen Wirtschaft & Gesellschaft noch zu verstärken. Das „Basisgehalt" kann ein Hilfsmittel sein zur Ruhighaltung jener immer größer werdenden Teile der Bevölkerung, für die kein Bedarf mehr besteht in unserer leistungsbezogenen Gesellschaft — Frauen, joblose Jugendliche, ältere Menschen. Die Leistungsstarken im kapitalistisch durchgestylten formellen Sektor der Ökonomie, wohlhabend bis reich, sozial abgesichert. Die anderen, überflüssig Gewordenen in einem lumpenproletarischen, „autonomen" Sektor, arm bis elend, sozial ungesichert, aber mit einem dürftigen Basisgehalt und Unterhaltung halbwegs bei resignativer Laune gehalten. „Basislohn & Video" — eine zeitgemäße Form von „Brot & Spiele".

Es lassen sich jedoch andere Modelle des „garantierten Grundeinkommens" finden, die am bestehenden Sozialnetz anknüpfen und es vorsichtig weiterentwickeln in Richtung auf mehr Freiheit des/der Einzelnen bei der Gestaltung seines/ihres Lebens. Eine solche, diskussionwürdige Variante haben Büchele/Wohlgenannt mit einer Kombination von fixem „Bürgergeld" und „negativer" Einkommenssteuer" auf der Basis von 4.000 Schilling für alle Erwachsenen und 2.000 Schilling für alle Kinder vorgelegt. Ihr Vorzug oder auch Nachteil — je nach Standpunkt des Betrachters ist die relative Nähe zum real existierenden Sozialstaat.

Grundlegend aus den Angeln heben — und zwar nach links — läßt sich der Sozialstaat aber dann, wenn das „Basisgehalt" in etwa die Höhe eines Durchschnittseinkommens erreicht und an keine unmittelbare Arbeitspflicht gebunden ist. Ein solches Modell würde zweifellos der kapitalistischen Wirtschaftslogik einen schweren Schlag versetzen, wäre aber ebenso sicher ein riskanter Schritt in eine ungewisse Richtung. Vermutlich müßte es mit einer quantitativ festgelegten Lebensarbeitspflicht im formellen Sektor kombiniert werden. Auch die sonstigen Auswirkungen einer solchen Radikallösung lassen sich nur schwer abschätzen.

Das „garantierte Grundeinkommen" erweist sich somit als facettenreiches Instrument, dessen Wirksamkeit und Stoßrichtung abhängig ist von Höhe, Bezieherkreis, Finanzierungsart und gesellschaftspolitischen Begleitumständen.

Die Grün-Alternativen werden mit diesem heiklen Instrument behutsam umgehen müssen. Es gilt, eine Variante zu finden, die sich nicht reaktionär zur Zerstörung der bestehenden sozialen Errungenschaften ausnützen läßt. Es gilt, eine politische Strategie zur Durchsetzung dieser Forderung zu finden. Denn die Gegner sind zahlreich: alle jene, die der kapitalistischen Wirtschaftslogik zutiefst verpflichtet sind, die Sozialpartner, breite Regierungskreise, die Massenmedien und die verinnerlichte Arbeitsideologie in den Köpfen der Bevölkerung. Falsche Bündnispartner vom Schlage der Wirtschaftsliberalen werden sich anbieten.

Nur in Verbindung mit zahlreichen anderen Maßnahmen — 35-Stunden-Woche, Ausweitung der direkten Demokratie, neuen Steuern auf Ressourcen, Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsformen in den Betrieben usw. — wird es möglich sein, mit Hilfe des „Basisgehalts" einen Schritt näher zu kommen zu jener solidarischen Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und real existierenden Sozialismus, die wir Grün-Alternativen hoffentlich mehrheitlich anstreben!

Paul Kellermann:

1. Den Ausdruck „Basislohn" halte ich zur Bezeichnung eines arbeitsungebundenen regelmäßigen Geldeinkommens für verfehlt, weil er falsche Assoziationen weckt und sprachlich-ideologisch an das System der Lohnarbeit gebunden scheint. Demgegenüber ziehe ich den Ausdruck „gesellschaftlich garantiertes Mindesteinkommen" vor.

2. Unter staatlich garantiertem Mindesteinkommen verstehe ich die Gewährleistung seitens der politisch organisierten Gesellschaft, jedem Gesellschaftsmitglied bei Bedarf ohne daran gebundene Gegenleistung Summen von Geld kontinuierlich zur Verfügung zu stellen, die den Erwerb von Mitteln des Lebens ermöglichen.

3. Die Höhe des Mindesteinkommens sollte variieren, wobei einerseits der kulturell durchschnittliche Lebensstandard, andererseits wirtschaftspolitische Ziele die maßgeblichen Kriterien sind.

4. Meine Hauptgesichtspunkte bei der Diskussion um ein System des Mindesteinkommens, beziehe ich aus Überlegungen zu den gesellschaftlichen Funktionen des Geldes, zu der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit sowie zum „gesellschaftlichen Reichtum". Alle drei Themenbereiche sehe ich als miteinander verbunden und sich fortwährend geschichtlich verändernd an. Grundlage dieses Ansatzes ist die Überwindung des auf Erwerbs- oder gar bloß Lohnarbeit beschränkten Arbeitsbegriffs. Unter Arbeit verstehe ich vielmehr körperliche und geistige Anstrengung, die das Leben sichert und/oder den Lebenswert erhöht. Dabei gehe ich davon aus, daß Arbeit sowohl gesellschaftlich als auch individuell und in gegenseitiger Abhängigkeit zum physischen, sozio-kulturellen und psychischen Überleben immer und überall erforderlich ist und geleistet werden kann.

5. In einer Gesellschaft, in der Geld als Tauschmittel von grundsätzlich beschränkten Gütern und Diensten fungiert, soll ein garantiertes Mindest einkommen folgende Funktionen erfüllen:

a) das Angebot von Gütern und Diensten zu stimulieren, b) die Verteilung von Gütern und Diensten zu regeln und c) individuelle Prioritätenentscheidungen der Bedürfnisbefriedigung durch Güter und Dienste zu ermöglichen. Geld kann diese Funktionen nicht mehr voll erfüllen, wenn sich das Tauschmittel einseitig sammelt. In dem Extrem, daß sich das Tauschmittel an einer Stelle völlig sammelt, verliert Geld überhaupt seine Funktion; die extreme Gegenposition besteht, wenn alle Gesellschaftsmitglieder über die gleiche Geldmenge verfügen, unterschiedliche Interessen an Bedürfnisbefriedigungen und unterschiedliche Möglichkeiten gegeben sind, Güter und Dienste anzubieten. (Man kann sich die verschiedenen Situationen am Monopoly-Spiel konkretisieren.)

6. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte stieg in Österreich 1960 bis 1983 von 2,4 auf 3,8 Prozent, in den OECD-Ländern insgesamt von 3,4 auf 8,9 Prozent.

Die Erwerbslosigkeit hat also in allen Industriestaaten (und in der Dritten Welt) in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. — Das Bruttonationalprodukt stieg zwischen 1960 und 1983 um jährliche Durchschnittsraten von 3,8 Prozent in Österreich und von 3,7 Prozent in allen OECD-Ländern. Die Erträge der Arbeit sind also permanent gestiegen. — Die realen Jahreswachstumsraten für Regierungsausgaben betrugen in Österreich zwischen 1960 und 1983 durchschnittlich 3,2 Prozent und 3,3 Prozent in allen OECD-Staaten.

Die Staatskassen wurden folglich immer voller und dennoch herrscht die Auffassung vor, die öffentlichen Mitteln seien heute beschränkter als früher. — Der Anteil der Jugendlichen (jünger als 25 Jahre) an allen Erwerbslosen betrug 1983 in Österreich 43,2 Prozent) in allen OECD-Ländern 41,0 Prozent. Die Breite der Rate jugendlicher Erwerbslosigkeit ist groß; Erwerbslosigkeit, also keine Chance, überhaupt in Arbeitsorganisationen hineinzukommen, trifft die Jugendlichen besonders.

Diese Zahlen belegen nicht nur, daß die gesellschaftliche Organisation der Arbeit zu Lasten bestimmbarer Bevölkerungskreise gegenwärtig falsch gesteuert wird, sondern auch, daß die in Geld gemessenen verfügbaren Arbeitserträge stetig gewachsen sind. Diese Disparität muß vor dem Hintergrund immer größerer Vernichtungspotentiale, dichter transnationaler Verflechtungen und ansteigender Verarmungen ganzer Erdregionen und absehbarer Erschöpfung konventionell genutzter Energie- und Rohstoffressourcen gesehen werden.

7. Mindesteinkommen in einer dynamisierten Höhe staatlich zu garantieren, setzt eine bestimmbare Stufe gesellschaftlicher Entwicklung voraus; deren wesentliche Größen sich die politische Organisation der Gesellschaft in Staatsform, die Organisation des Austausches von Gütern und Diensten in Geldform, eine kulturgeschichtliche Entwicklung der Arbeitsmotivation und des qualifizierten Arbeitsvermögens, die Phasen des Arbeitszwangs durch äußere physische Nötigung und durch Geld, das man zu erwerben als Notwendigkeit eingesehen hat, überwinden läßt.

8. Das Ziel, ohne weitere Maßnahmen lediglich ein System des Mindesteinkommens einzuführen, kann nicht einer konstruktiven Fortentwicklung der Gesellschaft entsprechen, weil damit Ressourcen, die in qualifizierten Arbeitsvermögen der Bevölkerung liegen, nicht automatisch angemessen genutzt werden. Vielmehr wäre eine weitere, sozial definierende Segmentierung der Gesellschaft nach Bezug von Mindesteinkommen ohne Erwerbsarbeit und dem übrigen Teil der Gesellschaft zu erwarten.

9. Indem ein System des Mindesteinkommens eingeführt wird, wird die gesellschaftsgeschichtlich verhältnismäßig kurze Geltungszeit der Regel: ERST LEISTUNG, DANN BELOHNUNG IN GELDFORM (die sicherlich

gegenüber vorhergehenden Formen zur Sitmulierung von Leistung ein hohes Maß an gesellschaftlicher Entwicklung bewirkte) überwunden. Geld wäre nicht mehr Folge, sondern kann Voraussetzung zur produktiven Anstrengung sein.

10. Bei der Argumentation für ein System des Mindesteinkommens ist es nicht erforderlich, demokratietheoretische, ideal-normative oder mora lisch-kreative Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen; dies hindert bei der historisch gegebenen Gesellschaftsform lediglich den Erfolg der Argumentation. Es ist möglich, für das Mindesteinkommen aus dem Interesse an einer Fortentwicklung der Gesellschaft beziehungsweise ihres nutzbaren qualifizierten Arbeitsvermögens zu argumentieren. Die sogenannte „Krise der Arbeitsgesellschaft" ist deutlicher Hinweis auf die gegenwärtig nicht angemessen gesteurte Organisation der Arbeit. Ein wesentliches Steuerungsmittel des Arbeitssystems ist Geld. Es liegt folglich nahe, die sozioökologische und kulturpolitische Funktion des Geldsystems zu analysieren, um es zum Nutzen der Gesellschaftsentwicklung zu modifizieren.

11. Zur konstruktiven Fortentwicklung der Gesellschaft sind materielle Sicherheit (Mindesteinkommen), infrastrukturelle Möglichkeit (Teilhabe an Arbeitsorganisationen) und interessegeleitete Sinnhaftigkeit (gesellschaftlich vermittelter persönlicher Erwartungshorizont, auf den konstruktive Anstrengungen gerichtet sein können) erforderlich.

12. Eine Politik, zu deren Konzeption die gesellschaftliche Gewährleistung von materieller Sicherheit, infrastruktureller Möglichkeit und interessegeleiteter Sinnhaftigkeit wesentlich gehört, schafft die zur Überwindung der heute vielfach bemerkbaren (und zu erwartenden weiteren) „Krisen", weil sie das dafür erforderliche qualifizierte Arbeitsvermögen mobilisieren und damit den Widerstand von massenhafter Erwerbslosigkeit und erforderlichem Arbeitsaufwand zur Lösung der drängenden Probleme begegnen kann.

Irene Brickner/Gerold Stöger:

Als Autonome und Marxisten, die in den weltweit sich verändernden, sich verschärfenden Ausbeutungsbeziehungen einen dringenden Anlaß zum Vertiefen einer Klassenanalyse und einer Diskussion um den Stellenwert staatlicher Investitions- und Sozialpolitik sehen, wollen wir hier Argumente **gegen** den Basislohn sammeln und in begründbaren Zusammenhang zueinander setzen. Denn: Die Vorstellung mancher Basislohnverfechter, daß ein staatlich garantiertes Grundeinkommen es ermöglichen kann, die Krise zu verstehen und mit ihr zu leben, ist ebenso ideologisch bedenklich wie politisch falsch.

Die Grünen und Alternativen in der BRD und in Österreich befinden sich mit ihr in einem ideologischen Nahverhältnis zu nationalistischen bis sozialreformerischen Kräften, die seit Ende des letzten Jahrhunderts wiederholt den staatlichen Eingriff als Mittel begriffen haben, um bürgerliche gegen proletarische Interessen durchzusetzen.

Dadurch ist es ihnen sowohl theoretisch als auch praktisch unmöglich, die aktuelle Phase des Klassenumbruchs und die Rolle des Staates politisch richtig einzuschätzen. Dies wollen wir an zwei ihrer zentralen Aussagen beweisen.

„Neue soziale und politische Ideen kommen nicht selten überraschend und auf Umwegen ... Das garantierte Grundeinkommen ist eine solche Idee." Diese Worte drücken einen guten Teil politischen Selbstverständnisses der Basis lohn-Befürworter aus. Nämlich, daß ihre Vorstellungen „herkömmliche sozialstaatliche Muster überholen", daß sie „in der alten Dialektik von Reform und Revolution nicht mehr anzusiedeln" und deshalb eben „libertär", „dezentral" und „ökologisch" sind.

Die Geschichte des Grundgehalt-Gedankens und seine ideologische Herkunft finden keinen Platz in solchen Überlegungen. Im Gegenteil: Eine historisch-dialektische Standortbestimmung wird tunlichst vermieden. Doch wie sollte man auch — der „Abschied vom Proletariat" (André Gorz) wurde nicht umsonst ausgiebig zelebriert.

Ebenfalls kein Interesse an einer marxistischen Betrachtungsweise der „sozialen Frage" hatte ein historischer Vertreter des gesellschaftlichen Grundeinkommens: Josef Popper-Lynkeus, Philosoph des aufstrebenden Mittelstandes einer dekadenten öster reich-ungarischen Monarchie, veröffentlichte im Jahre 1912 sein Werk „Die allgemeine Nährpflicht und die soziale Frage".



Ästhetischer Pluralismus und Idealismus stehen da im Einklang mit einem ausgeprägten Skeptizismus gegenüber der modernen Technik, den Popper-Lynkeus als „allgemein herrschende Auffassung" beschreibt.

Diese dem Kulturpessimismus heutigen Ökologen und Pazifisten in vielem entsprechende bürgerliche Grundstimmung wurde zum ideellen Ausgangspunkt staatsinterventionistischer Vorstellungen.

Es war also das Bildungsbürgertum des beginnenden 20ten Jahrhunderts, das als erstes eine „neue Gestalt des Staates" entwarf. Die Ahnung der sich abzeichnenden Kämpfe des Proletariats, von Bolschevismus und Rätediktatur ließ neue Vorstellungen von einer bürokratischen, planifizierenden Zentralgewalt entstehen,. So sollte die kapitalistische Wirtschaftsordnung aufrechterhalten werden.

Die heutigen Vertreter des Basislohns spielen auf einer ähnlichen Klaviatur. Als Linke haben sie Rahmen und Inhalt der gesellschaftlichen Diskussion den bürgerlichen Denken und Ideologien überlassen. Nach „deutschem Herbst" und Anti-Terror konnte ihr Überwintern nur im Rahmen negativ besetzter, von Staats— und Verfassungsstreue getragener Protestbewegungen (Friedensbewegung, Umweltschutz) stattfinden. Sie stimmten ein ins wehleidige Geleier von der Endlichkit der Welt, das die Deklassierungsangst der Bürger illustriert. Und in dem Maß, wie die linke Intelligenz das Vertrauen in ihre eigene geistige Überlegenheit einbüßte, stieg ihr Bezug zu Staat und Nation.

Vertreter eines Basislohns machen ihr Modell mit dem Hinweis auf die Entwicklung des Kapitalismus in den Metropolen schmackhaft, so zum Beispiel mit der Behauptung, **der „Industriegesellschaft ge he die Arbeit aufgrund der zunehmenden" Automatisierung aus.** Ein zweites Argument, das für eine Neuordnung der Ausgaben der sozialen Massenwohlfahrt (denn nichts anderes ist ja Basislohn) sprechen soll, ist die **angebliche „Unfinanzierbarkeit des bislang wirksamen Sozialstaats."** Wir wollen nun versuchen, die Unhaltbarkeit dieser beiden Argumente zu beweisen. Beide stehen in engem Zusammenhang zueinander, wird doch der Sozialstaat zur Gänze aus den Arbeitseinkommen finanziert.

Wenn nun ein Abnehmen der Lohnarbeit zu beobachten wäre, bedeutet das selbstverständlich ein Sinken der proletarischen Einkommen, der individuellen wie der kollektiven. Die ganze erbärmliche Schwäche derer, die den Basislohn vertreten, zeigt sich dann offen.

Wenn wir nun vorschlagen, die Einkommen der Arbeiter zu steigern, indem ein Kampf darum geführt wird, keinen Arbeitsplatz aufzugeben, neue zu gestalten, dann nicht, weil wir einer sozialdemokratischen Arbeitsplatzsicherungspolitik das Wort reden, sondern weil wir die Frage der Arbeitsplatzgestaltung direkt mit der Frage des Betriebskommandos verbunden sehen. Von unseren Ökonomen und Vertretern eines Basislohns wird das Ausgehen der Arbeit der Automatisierung und der Anwendung moderner Technologien zugeschrieben. Dazu bleibt nur eins zu sagen: Im Rahmen kapitalistischer Organisierung der Wirtschaft wird die Ersetzung menschlicher durch maschineller Arbeitskraft nur indem Ausmaß von statten gehen können, in dem die eine Arbeitskraft die maschinelle — billiger ist als die andere und so die Überflutung des Marktes mit einem Produkt erlaubt. Eine solche Rechnung bleibt aber nur für kurze Zeit schlüssig. Denn erhöhte Arbeitslosigkeit — aufgrund von maschineller Umrüstung — senkt wieder den Preis der Ware Arbeitskraft; es produzieren also nebeneinander Betriebe zu den selben Kosten, unter Umständen mit dem gleichen Produktionsausstoß das gleiche Erzeugnis, einmal mit höchster Technologie, das andere Mal unter Bedingungen höchster Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft.

Wir geben zu, daß diese „gespaltene Produktion" in Europa nur tendenziell vorhanden ist. Aber was tendenziell vorhanden ist, nimmt im Kapitalismus dessen zukünftige Gestalt vorweg; und was als Arbeitsteilung in den Metropolen noch nicht existiert, existiert als Arbeitsteilung zwischen Metropolen und industrialisierter Dritter Welt (= Weltfabriken) sowie innerhalb der Weltmarktfabrikation selbst.

Während also die Spaltung der Produktion in kapitalintensive und arbeitsintensive sich in den Metropolen noch nicht durchgesetzt hat, werden schon Modelle erarbeitet, das verarmte, beziehungweise das zu verarmende Metropolproletariat abzufinden. Und zwar mittels Zahlungen, deren politischer Inhalt darin besteht, die Zustimmung zu struktureller Armut und Arbeitslosigkeit, die Zustimmung zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auf gespaltenen Arbeitsmärkten zu erkaufen.

Das größte Comeback seit Lazarus?

**Kaum drei Jahre ist es her, da tobte im Hessenland eine der härtesten Auseinandersetzungen, die die Bundesrepublik in jüngster Zeit erlebt hat — die Startbahn West.
Landesvater Börner rutschte daraufhin mit seiner hessischen SPD in der Wählergunst unter dreißig Prozent und spekulierte bereits mit dem Pensionistendasein. Doch die SPD stieg seit der Bonner Wende wie Weiland, der Phönix aus der Asche.**

Damals wurden die Regenten nicht von der CDU — immer noch die „Hauptpartei" der Reaktion — und die Regierten nicht von der stellvertretenden Avantgarde repräsentiert. Vielmehr sah sich eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung einem geharnischten Bürgerprotest gegenüber. Der Anlaß war — vergleichsweise — „harmlos": Die Landesregierung — Kapital und Militär gleichermaßen verpflichtet, gedachte den Frankfurter Flughafen auszubauen, um den Amerikanern genügend Platz für ihre Interventionsstreitkräfte in den Nahen-/Mittleren Osten zu verschaffen, ohne den Güter- und Warenverkehr auf der „Drehscheibe Rhein-Main" zu behelligen.

Als Folge dieses Aufeinanderprallens von Regenten und Regierten schien die politisch-parlamentarische Landschaft Hessens vor einer tiefgreifenden Umwälzung zu stehen: Meinungsumfragen sahen „grünes Wachstum" erstmals in zweistellige Höhen schnellen und die „glor-" und traditionsreiche hessische SPD unter die 30 Prozent rutschen. Ministerpräsident Börner erweckte den Eindruck, sich bereits auf den Ruhestand einzustellen und kokettierte gegenüber der Boulevardpresse mit seinem schlichten Geist: Ihm genüge zum Bestreiten des politischen Lebensabends täglich ein Pfund Mett und eine Flasche Bier.

Die Bonner „Wende", die vorzeitige Ablösung der SPD/FDP-Koalition durch ein Regierungsbündnis bestehend aus CDU/CSU und FDP, stoppte den vormals unaufhaltsam anmutenden Abwärtstrend der SPD und bewahrte Börner vor der Einnahme seiner Proletariermahlzeit. Heute — drei Jahre nach dem polarisierenden Disput um die Startbahn West — stehen die Aufrüstungs- und Betonpartei SPD und die „GRÜNEN", die auf der Welle des Bürgerprotestes ins Parlament gespült wurden, vor dem Abschluß einer Koalitionsvereinbarung.

Wer hat sich nun geändert? „Latten Holger" — wie Börner im linken Volksmund ob seines Hanges zu schlichten Lösungen und zur repressiven Gewalt genannt wird — oder die Alternativpartei „die GRÜNEN". Wie dem auch sei. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik und Ironie, daß sich die erste rot-grüne Koalition ausgerechnet in Hessen anbahnt, das noch vor nicht allzu langer Zeit als Musterbeispiel für sozialdemokratische Entfremdung und die Konfrontation zwischen SPD und der neuen sozialen Bewegung galt. Hessen, das war symptomatisch für das Abdriften einer Partei, die mit ihrem reaktionären Kurs nicht unerhebliche Teile ihrer ehemaligen Wählerbasis verprellt hatte. Und es entbehrt nicht minder der Komik und Ironie, daß es ausgerechnet Holger Börner ist, der die rot-grüne Eheschließung vollzieht. Ich bin kein Anhänger der fatalen „Sozialfaschismus-Theorie" der Weimarer KPD, die den Blick auf das Wesentliche verstellte. Aber wenn in der „Sozialfaschismus-Theorie" ein Fünkchen von Wahrheit steckt, dann fallen mir die Namen zweier BRD-Sozialdemokraten ein: der des ehemaligen Verteidigungsministers und Gewerkschaftsführers Georg Leber und der des noch-immer Ministerpräsidenten von Hessen Holger Börner.

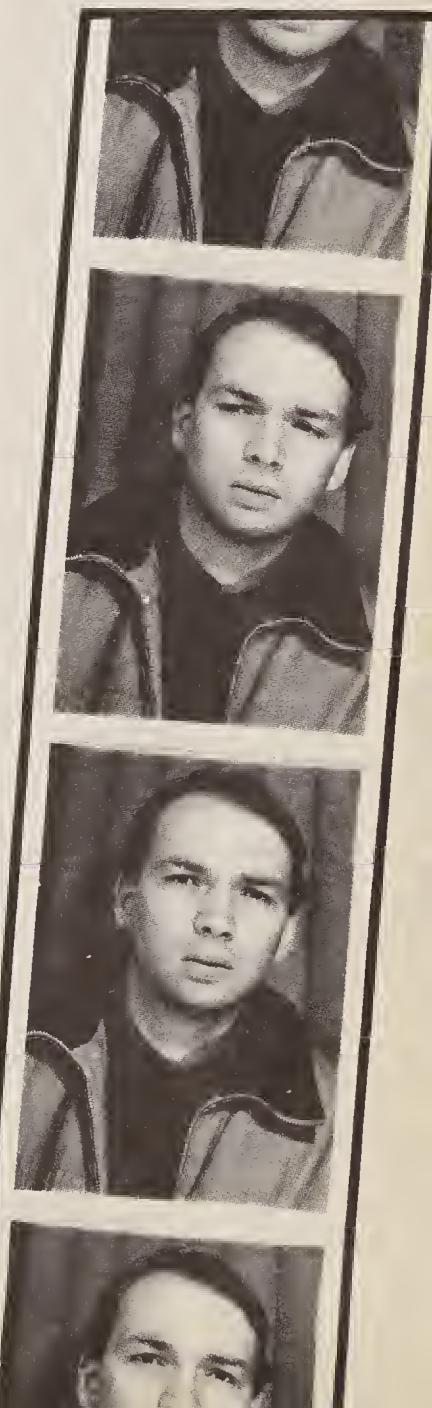
Man darf getrost davon ausgehen, daß sich die „Barracke" etwas dabei dachte, als sie Holger Börner „grünes Licht" für den „rot-grünen Flirt" erteilte. Eine Koalition mit „Latten Holger" — der Inkarnation reaktionär-sozialdemokratischer Politik, das muß den „GRÜNEN" an die Substanz gehen. Mit den hessischen „GRÜNEN" — einer Riege tapsiger und zugleich machthungriger Möchtegernpolitprofis (die Herren Fischer und Cohn-Bendit seien von dieser Charakterisierung ausdrücklich ausgenommen), machthungrig ohne bislang begriffen zu haben, was Macht bedeutet — hatte man ein geeignetes und vor allem dankbar-demütiges Versuchskaninchen gefunden. Börners diesbezügliches Kalkül ist so schlicht wie seine Speisekarte aber dennoch genial genug, um die „GRÜNEN" zu übertölpeln. Sein Koalitionsangebot nimmt die „GRÜNEN" in die Verantwortung, ohne ihnen dafür auch nur ein Zipfelchen von Macht zuzugestehen. Es ist kein Schlüsselministerium, das sich die „GRÜNEN" dafür einhandeln, daß sie dem ungestörten Betrieb der Hanauer Nuklearfabrik, in dem der Stoff verarbeitet wird, aus dem die A-Bombe besteht ihr Plazet erteilen. Die FDP, die vielleicht wie keine andere Partei weiß, was Macht ist und wer in diesem Staat die Macht real okkupiert und ausübt, hat sich die vier Jahre mit der SPD unter einer Bettdecke stets gut dotieren lassen. Mit weniger als zwei Schlüsselministerien hat noch kein liberaler Unterhändler den Konferenzraum verlassen. Doch die hessischen „GRÜNEN" haben selbst zum Preisverfall beigetragen, in dem sie ihrem eigenen Opportunismus keine Grenzen setzten. Börner hat dies verstanden. ER hält es nicht einmal für notwendig, dem zukünftigen Koalitionspartner eines der bereits existierenden unbedeutenderen Ministerien zu offerieren. Nein, zur Ruhigstellung der „GRÜNEN" wird eigens die Einrichtung eines Ministeriums angekündigt, das sich dadurch auszeichnet, daß es mit noch weniger Kompetenzen ausgestattet ist, als die bereits existierenden zweitrangigen Ministerien. Die „GRÜNEN" — ganz radikal — setzen noch einen drauf: Unter zwei — was die Machtbefugnisse anbelangt — bedeutungslosen Ministersesseln will man sich nicht abspeisen lassen . . .

Man weiß nicht so recht, worüber man sich mehr empören soll. Über den grünen Opportunismus, der nicht mehr zwischen „realer" und „gespielter" Macht zu differenzieren weiß, oder das Schweigen der SPD-Linken ob dieses unwürdigen Schauspiels. Von Lafontaine bis Rappe ist man sich einig, worum es im Verhältnis zu den „GRÜNEN" geht: Es gilt die „GRÜNEN" „überflüssig" zu machen. In ihren diesbezüglichen Methoden mögen sich die einzelnen sozialdemokratischen Fraktionen unterscheiden, doch im Ziel ist man sich völlig einig. Die SPD-Linke schneidet sich dabei ins eigene Fleisch: Im Falle eines Verschwindens der „GRÜNEN" von der parlamentarischen Bühne dürfte der politische Spielraum der SPD-Linken abermals eine Verengung erfahren. Warum lange Leine lassen, wenn man ohnehin konkurrenzlos dasteht und es links von einem nichts zu integrieren gibt?

So entpuppt sich die angebliche Orientierung der SPD auf eine „rot-grüne Kräftekonstellation" als Unternehmen „Flurbereinigung". Und haben sich die „GRÜNEN" erst einmal aus der politisch-parlamentarischen Landschaft verabschiedet, dann kann man sich wieder in die wohlige „Mitte" begeben, wo sich die etablierten Parteien so gerne gegenseitig auf die Füße treten. Inhaltlich, das heißt Politik minus Show, ist die SPD ohnehin hier anzusiedeln, rot-grüner Flirt hin, rot-grüner Flirt her. Die SPD profiliert sich zur Zeit gegenüber der Öffentlichkeit nicht mittels explizit linker und progressiver Vorstellungen. Was die aktuelle Attraktivität der SPD ausmacht, ist, daß sie es versteht, sich als die „modernere", kompetentere und gegenüber den Herausforderungen von Zeit und Zukunft besser gerüstete etablierte Partei darzustellen. Ob ökonomische, ökologische und sicherheitspolitische Krise. Die SPD profiliert sich als Produzent systemimmanenter Lösungsmodelle und man muß im „herrschenden Block" keineswegs der SPD zugeneigt sein, um die eine oder andere Vorstellung aufzugreifen. Auf eine Ökologie- und Friedensbewegung, die zwar atmosphärisch aber nicht real etwas verändern konnte, kann dies nicht ohne Anziehungskraft bleiben. So bedarf es nicht einmal unbedingt linker Inhalte, um die Reintegration Wirklichkeit werden zu lassen. Für die „GRÜNEN" kann dies nur heißen, daß es allerhöchste Zeit ist, klarzustellen, daß es für bestimmte Probleme keine systemimmanenten Lösungen gibt. Man kann zum Beispiel der sicherheitspolitischen Krise nicht dadurch Herr werden, daß man einer „Konventionalisierung" der NATO-Strategie das Wort redet, wohl wissend, daß jedem Abstellen auf militärische Verteidigung (als „Alternative" zur „nuklearen Abschreckung") ein Kriegsführungsmoment innewohnt. Die „GRÜNEN" müssen hier deutlich machen, daß in Anbetracht der militärischen Situation in Mitteleuropa jede Form der Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln, ganz gleich ob defensiven oder offensiven Charakters, keinen Sinn ergibt und abzulehnen ist.

Der Weg der Aufklärung und Systemopposition mag beschwerlicher und vor allem unattraktiver sein, als der Weg scheinbarer Machtbeteiligung. Er kann nicht einmal das Überleben der „GRÜNEN" garantieren. Aber mittel- bis langfristig betrachtet wäre noch mehr verloren, wenn die „GRÜNEN" von der politischen Bühne abdanken würden, ohne diesen Weg beschritten zu haben.

Dietrich Schulze-Marmeling ■



Die Gföhler Bauernrevolte

Schon blitzte die Sonne durch die lichten Föhrenwipfel des Gföhlerwaldes und vertrieb den prasselnden Regen, den man in dieser Gegend im Herzen des Waldviertels „Schusterbuben" nennt. Ein Morgenregen, wie er Ende Juli des öfteren den Staub schluckt.

Die Sonne ging an diesem Hochsommertag des Jahres 1771 verspätet ans Werk, bevor ihre ersten warmen Strahlen über den Wald hinweg Fluren und Gehöfte erreichten, riß Tobias ein heftiges Pumpern an der Tür aus dem Schlaf. Die Simlinger Hütte stand etwas abseits vom Weg, schon leicht an den Hochwald herangedrückt, und so lärmten und schrien die herrschaftlichen Jäger und Forstknechte nach dem Waldbauern Tobias, dem Jüngsten der drei Simlingers. Wie schon vor zwei Tagen wollten sie ihn holen und ihn zwingen, das Holz für die Herrschaft zur Donau nach Krems zu schaffen. Vorgestern hatte ihn der Weissensteiner Michl noch rechtzeitig warnen können. Der Nachbar hatte die Jäger und Häscher vorbeiziehen sehen und war — am Wald entlang — zur Hütte des Tobias geeilt. Zwei Tage und



Nächte hatten sie gemeinsam im unzugänglichen Jungwald-Dickicht verbracht, auf der Flucht vor den Söldnern der Herrschaft. Erst gestern spät nachts hat sie der Hunger und die Sehnsucht nach der Familie wieder durch die hochstehenden Fichten und Föhren nach Wolfshof zurückgetrieben.

Heute gab es kein Entkommen. Herrschaftliche Forstknechte und sogar Soldaten standen in den Pfützen vor der Simlingerhütte.

Mit Fesseln um die Handgelenke und brennenden Rücken trieben die Gewehre der Soldaten sie an. Wut und Plage mischten sich mit der Sorge um die ungetane Arbeit auf den Äckern daheim. Das Korn stand knapp vor der Reife.

Herren und Untertanen im Gföhler Wald

Noch zu Anfang des 15. Jahrhunderts war das Gebiet um Gföhl zwischen dem Kamp- und Kremsfluß ein geschlossener Waldgürtel mit heute schier unvorstellbaren riesenhaften Baumbeständen. Nur wenn einer der adeligen Herren seiner Jagdlust frönen wollte, verirrten sich Menschen in die unwegsame Wildnis dieses südlichen Ausläufers des einst undurchdringlichen Nordwaldes. Erst im 16. Jahrhundert begann der Forstmeister der damaligen Herrschaft, der Herren von Greiss, mit der systematischen Rodung des Gföhlerwaldes. Er ließ Holzknechte aus Bayern, Schwaben, Salzburg und der Pfalz ansiedeln und gab ihnen zu ihrer Hütte noch einige Tagwerk Äcker und Wiesen zur Bewirtschaftung. Doch es dauerte Jahrzehnte, dem Wald Siedlungsgebiete abzutrotzen und vorerst gab es erst eine Handvoll solcher Waldhütten. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurden die gerodeten Flächen, auf denen nun bereits über 1.000 Ansiedlungen bestanden, in 14 Waldämter eingeteilt. Die Bewohner dieser Streusiedlungen waren Untertanen der Herrschaft Gföhl, die neben dem Wald auch über mehrere Meierhöfe und Schäfereien verfügte. Sie waren der Herrschaft zu Abgaben und Robot verpflichtet.

Die Robotarbeit auf den herrschaftlichen Gütern war für die Bauern ein ebenso selbstverständlicher Teil ihres Alltags wie sie für die Herren Voraussetzung ihrer feudalen Lebensweise war. Die Robot bestand im Ackern der herrschaftlichen Felder, im Einbringen und Führen der Ernte sowie des bäuerlichen Zehents, in Bau- und Wegearbeiten — alles in allem Dinge, die dem direkten Bedarf des Grundherren dienten und quasi ein Entgelt für seinen herrschaftlichen Schutz darstellten. Keineswegs hatte die Robotarbeit ursprünglich jedoch — und dies in gegenseitigem Einvernehmen — der Steigerung der grundherrlichen Geldeinnahmen oder der Vermarktung seiner Produkte zu dienen. Führten die Gföhler Waldholden also Holz nach Krems, von wo es auf der Donau nach Wien zum Verkauf befördert wurde, erhielten sie dafür bis ins 18. Jahrhundert stets einen Fuhrlohn.

Das Ausmaß der Robot war bis zur Erlassung des Robotpatents durch Kaiserin Maria Theresia 1772 nicht gesetzlich geregelt. Es lag im Kräfteverhältnis zwischen Grundherren und Untertanen, das für die Höhe der Abgaben und Leistungen ausschlaggebend war. Als eiserne Regel galt lediglich, daß die Bauern nicht über ihre Belastbarkeit sowie über das „alte Herkommen", das heißt über das einmal zur Gewohnheit gewordene Maß hinaus, zur Robot herangezogen werden durften.

Nicht zuletzt weil sich die Herrschaft Gföhl dadurch höhere Einnahmen versprach, vergab sie ihre Herrschaftsgüter — mit Ausnahme des Waldes — im Jahre 1714 erbverpachtungsweise an Untertanen. Statt Robot zahlten die Waldhüttler an die Herrschaft nun Geldabgaben, deren Höhe in sogenannten Robotgeldkontrakten festgelegt wurde. Eine Verletzung dieser Übereinkunft, insbesondere wenn sie mit Mehrleistungen verbunden war, duldeten die Bauern nicht. Ihr traditionalistisches Rechtsverständnis ließ sie jedem Versuch einer Abgabenerhöhung mit halsstarrigem Widerstand begegnen. Ein Widerstand, dessen Kraft weniger von der Aussicht auf Erfolg genährt wurde als von der felsenfesten Überzeugung, im Recht zu sein. Um dieses Recht zu verteidigen, nahmen sie teure Prozesse und lange Gefängnisstrafen in Kauf. Schon seit den vierzig Jahren des 18. Jahrhunderts schwelte im Gföhlerwald ein latenter Konflikt zwischen Herrschaft und Untertanen über die Höhe der Robot- und Abgabenleistungen, der mit der Inhaftierung der Widerspenstigsten unter ihnen, allen voran Dorfrichter Johann Simlinger aus Eisengraben, endete.

Neue Nahrung erhielt der Konflikt erst im Jahre 1766 mit der Übernahme der Herrschaft durch Franz Wenzel Graf von Sinzendorf, ein Paradeexemplar des aufkommenden Typus des kapitalistischen Unternehmers. Seine Herrschaft in Gföhl, die er nur von gelegentlichen Besuchen her kannte — er selbst residierte in der Hauptstadt —, betrachtete er lediglich als Quelle wachsender Einnahmen, die er aus dem Wald — und aus seinen Untertanen — herauszuholen gedachte. Seine Pläne entsprachen ganz und gar dem merkantilischen Gedankengut der theresianischen Zeit, das ausschließlich Kategorien der Vermehrung von Reichtum, Volkseinkommen und Bevölkerung durch „Hebung des Fleißes und der Arbeitsdisziplin" kannte Die Bewohner von Gföhl und seiner Waldämter waren die Opfer seiner ehrgeizigen Pläne. Die Bevölkerung sollte durch Vergabe neuer Hüttenstellen vermehrt, der Ackerbau durch Ausdehnung der Anbauflächen, Intensivierung der Bebauung und Einführung ertragreicherer Früchte verbessert und das Vieh nur mehr im Stall gefüttert werden. Um die Einnahmen der Herrschaft zu erhöhen und „das mündige Volck beyderley Geschlechts von dem schädlichen Müßiggang abzuhalten", führte der Graf die Baumwollspinnerei ein. Gleichzeitig verpflichtete er sich vertraglich zur Lieferung großer Holzmengen aus dem Gföhlerwald. Zur Steigerung der Holzgewinnung gab er der „waldmännischen Hauart", der systematischen Abholzung ganzer Holzschläge, den Vorzug vor dem bisher üblichen Schlägern und Aufarbeiten einzelner großer und schöner Bäume. Einzelne der kahlgeschlagenen Plätze vergab er als neue Hüttenstellen, denn Voraussetzung für intensive Holzverwertung waren nach wie vor — billige — Arbeitskräfte.

Um die Arbeitsleistung seiner Holzhacker und Waldbauern systematisch auszupressen, übertrug er seinem Verwalter und Bevollmächtigten Johann Ernest Winkler alle Herrschaftsgewalt. Dieser wurde binnen kürzester Zeit zum Inbegriff des bäuerlichen Hasses, Zielscheibe wilder Beschimpfungen und gelegentlich auch zum Opfer tätlicher Angriffe. Als Winkler den Untertanen der Herrschaft Gföhl im Oktober 1768 mitteilte, daß die Herrschaft die Robotgeldverträge von 1714 aufgekündigt habe, ahnte er nicht, welche Lawine untertänigen Widerstands er damit lostrat. Der Großteil der Untertanen weigerte sich, statt dessen Naturalrobot in Form von Holzfuhren zu verrichten oder auf höhere Robotgeldbeträge lautende Verträge abzuschließen. Sie erklärten der Herrschaft den offenen Kampf. In Robotstreitigkeiten nicht unerfahren, zerrissen sie den herrschaftlichen Forstjungen die Robotlisten, attackierten die Beamten der „Waldpartei" — so nannten sie die Beauftragten Sinzendorfs — und ließen sich nicht zu Holzfuhren zwingen. Drei Monate später legte Winkler dem Grafen bereits eine Liste „deren Haubtaufwicklern und Renitenten" vor, die 36 Waldhüttler namentlich erwähnte. Als Winkler vier der bekanntesten „Rädelsführer" am 16. August 1769 in Ketten legen ließ, brach der lange schwelende Konflikt aus.

Der Kampf gegen die Robot

Für die Gföhler Waldbauern war eines klar: einer Erhöhung der vertraglichen Leistungen und schon gar einer höheren als in den Jahren vor dem Abschluß der Verträge üblichen Robotleistung würden sie nicht zustimmen. Sie weigerten sich strikt, in der Robot Holzfuhren zu machen, da die Herrschaft einen schwungvollen Handel mit dem durch die Robot mühselig aus den Wäldern gebrachten Holz betreibe. Holzvermarktung gehöre nicht zu den Belangen ihrer herrschaftlichen Untertanspflicht. Sie seien aber bereit, teilten sie der Herrschaft zu Beginn des Jahres 1771 mit, Holz „um einen billichen Lohn" zu führen, sowie die vor 1714 üblichen Robotdienste zu verrichten. Doch Sinzendorf und sein Verwalter waren nur an einem interessiert: an Holzfuhren — und diese umsonst. Binnen zwei Jahren seiner Herrschaft war der Reingewinn aus dem Holzverkauf bereits von jährlich rund 20 000 auf 30 000 Gulden angestiegen, und im Gföhler Wald standen noch viele Bäume. Der Transport der Scheiter zur Donau war sehr mühsam und nahm — insbesondere bei schlechtem Wetter — oft mehrere Tage für nur ein halbes Klafter Holz in Anspruch. Waldbauern und Ochsen kehrten dann völlig erschöpft, mit schmutzigen und oft beschädigten Wägen, in ihre Hütten zurück. Frauen und Dienstbo-

ten mußten unterdessen alleine die Wirtschaften betreiben.

Keine Bestrafung brachte die Bauern dazu, Robot-Holzfuhren für die unersättliche Gewinnsucht ihres Herrn zu tun. Es nützte nichts, sie einzukerkern und zu züchtigen, öffentlich auszuspotten und „Eselsreiten" zu lassen. Es nützte auch nichts, den harten Kern der rebellischen Untertanen zu isolieren und in die Zuchthäuser von Wien und Stein einzuweisen. Dies hatte lediglich zur Folge, daß sich neue Kreise dem Widerstand anschlossen.

Das Arrestlokal am Jaidhof konnte die Widerspenstigen kaum noch fassen. Und je schärfer der Verwalter gegen die Bauern vorging, desto rasanter verbreitete sich der Aufruhr. Nicht einmal die Drohung, ihre Häuser abzustiften, das heißt ihnen die Erbpacht aufzukündigen, beugte ihren Trotz. Im Gegenteil, mit zunehmender Dauer des Zwistes stieg auch ihr Mut, ihr Gemeinschaftsgefühl und ihr Witz. So stahlen sie nächtens dem Holzesel die Beine, so daß der verduzte Verwalter einen neuen Esel in Auftrag geben mußte, sie funktionierten jede Ausspottung auf dem „Esel" in lautstarke Kundgebungen untertänigen Protests und der Solidarität mit den Verspotteten um. Sie beschmierten und zerrissen herrschaftliche Ankündigungen und bauten ein Netz von Kundschafterdiensten auf. Kamen wieder einmal die herrschaftlichen Beamten, um einen der ihren zur Holzfuhr zu zwingen, gelang es ihnen oft, dessen Flucht in die Wälder zu organisieren. Blieb ihnen nichts anderes übrig, als dem Zwang zur Holzrobot Folge zu leisten, bedeutete dies noch nicht allzu viel: sie kamen spät, mit krankem Vieh, mit kaputtem Gerät, mit defekten Wägen, die beim ersten Zug an der — angesägten — Achse brachen. Im Verlauf der Jahre 1770/71 entwickelten sie so eine ausgeklügelte Praxis passiver Resistenz, gepaart mit oft weitreichendem Mut gegenüber den herrschaftlichen Beamten, die sich bald ihres Lebens nicht mehr sicher sein konnten. Die Waldbauern waren im ständigen Kontakt mit den in Wien Eingekerkerten. Gleichzeitig reichten sie Bittschriften, Petitionen und Beschwerden bei Hof und der niederösterreichischen Landesregierung ein und hofften, mit ihren Anliegen auf offene Ohren des — von ihnen allseits geliebten — Monarchen zu stoßen.

Im Juli 1771 wußte sich der Verwalter mit seinem Forstpersonal nicht mehr zu helfen. Er ersuchte um Militärassistenz gegen die aufrührerischen Untertanen, die auch prompt in Form von 12 Soldaten in den Waldämtern eintraf und bald darauf Verstärkung durch einen Korporal und acht Gemeine von der Wiener Rumorwache erhielt. Die Strafen wurden verschärft und Sinzendorf entwickelte eine regelrechte Terrorherrschaft. Er verfügte eine nächtliche Ausgangssperre, verbot Zusammenkünfte der Untertanen, ließ ihre Boten und Kuriere abfangen, Bittschriften konfiszieren, Briefe öffnen. Doch all die Strafen bewirkten nur eines: der Widerstand wuchs und Holz wurde nur unter militärischer Gewaltandrohung geführt.

Nun griff Sinzendorf zu noch härteren Methoden. Als Vizepräsident der Obersten Justizstelle dürfte es ihm nicht allzu schwer gefallen sein, den Staatsrat und die Kaiserin von der Abstiftung und Verschickung von acht Anführern und deren Familien ins Temesvàrer Banat zu überzeugen. Selbst ein Protestmarsch von 180 Gföhler Untertanen nach Wien konnte die Abschiebung der acht Familien im Oktober 1771 nicht mehr verhindern.

Der Temesvàrer Wasserschub

Der Temesvàrer Wasserschub war ein Instrument zur Deportierung unerwünschter Personen aus der Reichshauptstadt und ihrer engeren und weiteren Umgebung. Nach Temesvàr, der Haupstadt der östlichsten Provinz der Monarchie, wurden zwischen 1752 und 1768, dem Höhepunkt der organisierten theresianischen Deportierungspolitik, über 3.000 Personen zwangsweise abgeschoben. Die Schubleute wurden monatelang in Wien gesammelt und zweimal jährlich, im Frühjahr und im Herbst, gemeinsam auf der Donau ins Banat transportiert. Außer den Militärdelinquenten, die zum Festungsbau nach Temesvàr geschickt wurden, hatten die Schubleute allesamt kein Verbrechen begangen, das zu einer Verurteilung in einem regelrechten Strafprozeß führen hätte können.

Abgeschoben wurden die Leute, um die Hauptstadt und die Erbländer vor „schädlichen Bevölkerungselementen" zu säubern: Bettler, Vagabunden, und „liederliche Weibspersonen" wurden zusammengefangen und, sofern man sie nicht beim Militär oder im Arbeitshaus unterbringen konnte, ins Banat verschickt. Als das Tiroler Gubernium von der Möglichkeit des Wasserschubes erfuhr, schlug es unverzüglich vor, „das in Tirol häufig herumstreichende Bettler-, Abdecker- und Jaunergesindel alljährlich zweimal zusammenzufangen und mit dem Wasserschub in die ungarischen Provinzen abzuschieben". Auch in Niederösterreich versuchte man, sich der Arbeitsscheuen und Müßiggänger mittels Wasserschubes zu entledigen. Gemäß der herrschenden Ideologie erlegte man damit zwei Fliegen auf einen Schlag. Man statuierte ein Exempel der Abschreckung, das allen Daheimgebliebenen den Zug der neuen Zeit anzeigen sollte: Fleiß, Gehorsam, Disziplin. Gleichzeitig handelte man durchaus im Einklang mit einer der Lieblingsideen der Kaiserin, der Ostkolonisation. Im Sinne der populationistischen Lehre war es das höchste Ziel eines florierenden Staatswesens, eine große, ja eine stets wachsende Bevölkerung zu haben und dies vor allem auch in den dünn besiedelten Gebieten an der Grenze. Obwohl die Banatdeportierungen nicht unmittelbarer Bestandteil der theresianischen Impopulationspolitik waren, in deren Rahmen allein im Banat an die 50 000 Kolonisten angesiedelt wurden, standen auch sie unter dem Eindruck der angestrebten Bevölkerungsvermehrung im Osten. Wie sonst läßt sich das Interesse Boriés, eines für den Wasserschub verantwortlichen kaiserlichen Beamten, an der Verschickung größerer Mengen in Wien befindlicher „liederlicher Weibspersonen" ins Banat erklären, „um sie daselbsten zur Population nützlich anzuwenden".

Eine zweite große Gruppe der Schubleute umfaßte die aufrührerischen Untertanen, waren es nun Wilderer, Protestanten, robotverweigernde Bauern oder sonstige Querulanten. Der Sinn ihrer Abschiebung lag neben der Abschreckung, insbesondere im Falle organisierten Aufruhrs, in der Isolierung der — vermeintlichen — Anführer. Militär, Arbeitshäuser oder Wasserschub — alles günstige Gelegenheiten für die niederösterreichischen Grundherrschaften, sich unliebsamer Untertanen zu entledigen, Widerstand im Keim zu ersticken und gleichzeitig die Kosten für den Strafvollzug auf den Staat abzuwälzen.

Auch die acht Gföhler Familien, die erst nach dem eigentlichen Höhepunkt der Deportierungswelle verschickt wurden, kamen im Banat nicht auf Kolonistenstellen, sondern mußten sich selbst um ihr Fortkommen kümmern. Weder gab es für sie im dünn und subsistenzwirtschaftlich besiedelten Banat Arbeitsgelegenheiten, noch waren sie an der Gründung einer eigenen Wirtschaft interessiert. Sie wollten nichts als heim. Das feuchte und sumpfige Klima, Elend und Heimwehkrankheit zehrten an ihrer Widerstandskraft. Ein Teil versuchte schon bald, sich durch Ungarn in die Heimat durchzuschlagen. Fieber und Heimwehkrankheit hatten bereits zwei Bäuerinnen und einen Bauern dahingerafft, bevor ihnen endlich im Dezember des Jahres 1773 nach mehr als zwei Jahren der Verbannung die Heimkehr gestattet wurde.

Erfolge in der Heimat

Der Gföhler Gutsbesitzer Sinzendorf hatte sich von der Banat-Verschickung eine abschreckende Wirkung und ein Erlahmen des untertänigen Widerstandes erwartet. Mit der gleichzeitigen Verschärfung der Strafen gegen die Daheimgebliebenen wollte er schließlich alle Keime des Aufruhrs ersticken. Er ließ also einkerkern und züchtigen, verschickte Knechte und Inleute als Soldaten- und Stuckknechte zum Militär und vertrieb andere. Doch all dies nützte nichts. Selbst in jenen Waldämtern, die bisher ruhig gewesen waren, fanden sich neue Rebellen.

Die Gföhler standen in ungebrochener Solidarität zu ihren „Märtyrern" im Banat. Sie boykottierten erfolgreich den Verkauf der Hütten der Abgestifteten und führten weiterhin nur Holz unter militärischer Exekution. Ein freiwilliges Robotführen, davon waren sie überzeugt, würde einem Aufgeben ihres rechtlichen Anspruchs und eine Anerkennung der grundherrlichen Forderungen bedeuten. Auch war allen bewußt: wer sich dem herrschaftlichen Terror beugte, mußte unter Umständen mit der Verachtung seiner Freunde und Nachbarn, ja selbst seiner Ehefrau und seiner Dienstboten rechnen. Als im Juli 1772 der Hannß Georg Kain aus dem Schiltingeramt freiwillig für die Herrschaft fuhr, verließ ihn seine verzweifelte Ehefrau mit Kindern und Dienstboten und seine Gläubiger kündigten ihm den Kredit auf. Der Widerstand gegen die Holzfuhr in der Robot ging weiter, obwohl sich nach den langen Jahren allmählich Erschöpfung breit machte.

Im Herbst 1773 hatten die Gföhler schließlich einen Erfolg mit ihren Bittschriften zu verzeichnen. Nach dem bisher stets abweisenden Verhalten der Behörden und Regierung sollte nun ihre Angelegenheit von einer Kommission der niederösterreichischen Landesregierung geprüft werden. Auch den Banatisten wurde die Rückkehr erlaubt. Obwohl die Kommission die Unrechtmäßigkeit der herrschaftlichen Ansprüche bestätigte, dauerte es bis ins Jahr 1776, daß ein gerichtlicher Beschluß der Herrschaft verbot, die Holzbeförderung als Robotleistung zu fordern. Zwei Jahre später gelang es dann den prozessierenden Untertanen, ein weiteres Urteil herbeizuführen. Ein Hofdekret beschränkte die —



gegen Fuhrlohn — zu befördernde Holzmenge mit 840 Klaftern im Jahr auf ein Fünftel jener Menge, die die Herrschaft sie in den siebziger Jahren zu führen gezwungen hatte.

Nach nunmehr zehnjährigem Widerstand waren die rebellischen Waldbauern schließlich erschöpft, aber siegreich.

Andrea Komlosy ■



• S Ü D A F R I K A

Kein Boykott

Während US-Konzerne wie Apple Computer ihre Geschäftsbeziehungen mit dem Apartheid-Regime in Südarfika kappen, will der zum Hoesch-Konzern gehörende Dortmunder Mathematische Beratungs- und Programmierungsdienst mbp den weißen Herren am Kap ein Software-System verkaufen, das Fingerabdrücke elektronisch speichern, registrieren und in Sekundenschnelle wiedererkennen kann.

Als Elke Materne (38), Betriebsratsvorsitzende bei mbp, ihre beiden Kinder ins Bett gebracht hatte und den Fernseher anstellte, traute sie ihren Augen nicht. Monitor berichtete über die Geschäfte westdeutscher Unternehmen mit dem von der UNO boykottierten Südafrika. Mit von der Partie: der Mathematische Beratungs- und Programmierungsdienst.

Das Fingerabdrucksystem FARS hätten die Software-Spezialisten aus der Dortmunder Semerteichstraße am Kap angeboten, flimmerte es über die Mattscheibe, und man sei guter Hoffnung, einen Auftrag in Millionenhöhe zu ergattern. Daß die Rassisten in Johannisburg ein gesteigertes Interesse an FARS haben, ist verständlich.

Es ermöglicht eine Identifizierung von festgenommenen Demonstranten, streikenden Arbeitern und schwarzen Oppositionellen. Innerhalb kürzester Zeit können ihre Fingerabdrücke mit den gespeicherten verglichen werden, und schon weiß die Polizei, mit wem sie es zu tun hat.

Jedenfalls erschien auch den mbp-Managern das System so brisant, daß sie seine Entwicklung vor den eigenen Mitarbeitern geheimhielten. Elke Materne: „Es ist unglaublich, daß Betriebsrat und Belegschaft aus dem Fernsehen erfahren, was unsere Firma so alles treibt."

Und die Chefetage der Hoesch-Tochter mauert auch nach der Monitor-Sendung weiter. „Die Verhandlungen ruhen", erklärte Pressesprecher Dr. Sören Christensen, „wir gehen auf Tauchstation."

Intern allerdings hört man ganz anders. „Wo wir Umsätze machen, ist uns egal", verkündete Christensen in einer Abteilungsversammlung. Außerdem, hörte man aus Vorstandskreisen, sei FARS nur nützlich für die Schwarzen. Wenn zum Beispiel ein Arbeiter in einer Goldmine tödlich verunglücke, könne er dank der Software aus dem Hause Hoesch identifiziert und seine Angehörigen benachrichtigt werden. Spaßvögel bezeichneten solche Erklärungen als schwarzen Humor. Der Betriebsgruppe der Gewerkschaft HBV bei mbp ist das Lachen allerdings spätestens nach einem nächtlichen Bombenanschlag auf die Firma vergangen.

Damit stehen sie in Dortmund nicht allein.

Alle fünf Superintendenten der Vereinigten Kirchenkreise Dortmunds wandten sich an das Software-Unternehmen, um gegen das schmutzige Geschäft mit Pretoria zu protestieren.

Den Hoesch-Vorstand ficht das alles nicht an. „Wir verhalten uns wie ordentliche Kaufleute", entgegnete Pressesprecher Jochem Oertmann kühl, „wir wickeln unsere Verträge ab."

Elke Materne und ihre Kollegen nehmen das jedoch nicht einfach hin. Mit einer Unterschriftensammlung unter den 500 mbp-Angestellten wollen sie neuen Druck für ihre Forderungen machen.

Werner Schmitz ■

• L A A K I R C H E N

Die Müllparabel

„Es ist grundsätzlich eine Schweinerei, ein so großes Loch in einem besiedelten Gebiet ausbuddeln zu lassen", stellt Univ.-Prof. Lengyel fest. Gemeint ist die Mülldeponie im oberösterreichischen Ort Laakirchen.

Das Ortsbild von Laakirchen besteht aus einem riesen Betonklotz, sprich die Papierfabrik (FEH), ein paar Häusern, dem Loch und dem Schornsteinrauch. Wird wohl nur Wasserdampf sein!

Seit mehr als zehn Jahren verschlechtert ein Müllschacher die Beziehung zwischen der SPÖ-Gemeinde und der Ratzenböckschen Landesregierung. Der Bürgermeister und Abgeordnete zum Nationalrat Karl Neuwirth bestand darauf, Fotos und Tonbandaufzeichnungen zu unterlassen. Unsere diesbezügliche Erklärung ist vermutlich die Wahlkampfhysterie in Oberösterreich. Prof. Lengyel, der Gutachter und Projektant der Lagerung, gab uns einen Tip: „Ich würde bis 6. Oktober, das ist der Termin der Landtags- und Gemeinderatswahlen, nichts anrühren. Da will einer dem anderen etwas auswischen. Schreiben sie erst nachher darüber."

Als wir die Deponie fotografierten, irridierte uns das Verhalten der Lkw-Fahrer, die dort für diverse Firmen ausladen. Einer ergriff die Flucht, als er die MOZ-Fotografen sah und fuhr unverrichteter Dinge wieder fort. Ein Lastwagenfahrer der Firma Hofmanningen sprach sich mit dem Fahrer der Firma Sintermetall ab, worauf dieser versuchte, nicht gerade vor unseren Augen abzuladen. Wir hatten mehr Geduld als er. Gratulieren sollte man ihm für seine zahlreich gelungenen Wendemanöver. Ein weiterer Fahrer, den wir um den Inhalt des Lasters befragten, meinte: „Er wisse nicht, ob er das sagen dürfe."

Keiner der zuständigen Herren konnte sich das Verhalten der verschreckten Fahrer erklären, und gleichzeitig wurde erklärt: „Es gibt keinen giftigen Sondermüll in der Deponie." „Es darf nur Material aus dem Gebiet Laakirchen gelagert werden. Und der Deponiemensch (gemeint ist der Aufseher, Annahme d. Red.) kennt ja die Leute, die kommen." Der Müll wird laut Ö-Norm in Hausmüll, sprich Abfall, und Sondermüll unterteilt. Das geht doch etwas zu weit, meint Prof. Lengyel, denn es kommt auf die Konzentration an. Zum Beispiel Glykol ist giftig in der Menge, wie es im Wein aufscheint. Würde man den Wein aber stark verdünnen, könnte man ihn auch in die Donau schütten.

Uns scheint das nicht Beweis genug, um einen eventuellen Mißbrauch der Mülldeponie auszuschließen. Weder ist die Halde so hermetisch eingezäunt, wie es der Bürgermeister gern hätte, denn die Umzäunung ist an mehreren Stellen meterweit unterbrochen. Weiters hat der Müllmann seinen Aufsichtsposten schon verlassen, als noch mehrere Lastkraftwagen anfuhren. Die zwei Schlüssel, einen besitzt die Gemeinde, den anderen die Papierfabrik, zum Mülltor scheinen sich ungesehen vermehrt zu haben. Genau so gibt es noch einen zweiten Ein- und Ausgang, zu dem die Firma MIBA Sintermetall einen Schlüssel hat.

Die eine Million Kubikmeter Laakirchner Müll besteht zum Großteil aus dem Faserschlamm der Papierfabrik und dem anfallenden Hausmüll. „Es ist ein Wahnsinn, daß man zum Beispiel Rindenreste lagert, auch gepreßten Faserschlamm, die man in einer Pappefabrik wiederverwerten könnte. Noch dazu liegen Gasflaschen und vereinzelt Eisenfässer in dem Loch, die angeblich der Haldenmensch zum Schrottpreis wiederverkauft."

1969 bekam Laakirchen die Genehmigung, Müll zu lagern, anfangs der Siebziger wurde die Konzession wieder vom Land entzogen, denn das volksparteilich-regierende Land versuchte Privatunternehmen durch Müll zu pushen. Und ein dauerhaftes Geschäft aufzubauen, obwohl die Lagerung in Attnang teurer ist.

Am 28. September eröffnete der Bautenminister das Laakirchner Jahrtausendprojekt. Eine gemeindeeigene Kläranlage um 150 Millionen Schilling und eine vollbiologische Kläranlage der Papierfabrik. Einen Kredit von 210 Millionen Schilling stellten Land und Bund der 8.000-Seelen-Gemeinde zur Verfügung. Ist dieses Projekt nicht um Nummern zu groß für die kleine Industriegemeinde? Ferner wird die Kläranlage zwar vollbiologisch arbeiten, doch die Maschinen der Papierfabrik sind diesen Anforderungen noch nicht gewachsen. Es gehört zwar zur Ökologie mit dem eigenen Dreck fertig zu werden, aber wie.

Kid Möchel ■

Rotierende Müllkutscher auf der Deponie.



• FOTOMANIE

Stadt-erotisch?

Hubert Schatzl ist unzweifelhaft ein Stadt-Erotiker. Der 35jährige Fotograf, der lange Zeit wegen seiner journalistischen Verpflichtungen dem freien Schaffen entsagen mußte, feiert gleich mit zwei interessanten Terminen im Oktober sein Come-back.

Eine Ausstellung seiner fotografischen Ansichten im Amerlinghaus zeigt Skizzen und Projekte aus dem letzten Jahr und den Fotografen selbst in einer neuen, durchaus ungewöhnlichen Rolle.

„Schöne Fotos kann und soll jeder selber machen; sie aber auszustellen, entspricht einem gestrigen Kunstverständnis. Der eigentliche Film läuft ja in den Augen der Menschen ab. Die Aufgabe von uns Fotografen sollte es deshalb sein, Augen und Köpfe zu öffnen für das Sehen einer Umwelt, der wir alle kritisch und kreativ begegnen sollen. Fotografie ist ein dialektischer Prozeß; der Glaube an die Fotografie als Dokumentation der Realität ist ein Persilschein für die Medien, die Werbung und den Verfassungsschutz. Kurz: Für diejenigen, die — eigentlich als unsere Servicebetriebe gedacht — vor unseren verschlossenen Augen begonnen haben, unsere Welt umzubauen, das Blaue vom Himmel herunterzulügen und uns ein X für ein U vorzumachen.

Ich möchte einerseits desillusionieren, die Subjektivität des Fotografen, seine Unsicherheit und seine Beschränktheit aufzeigen. Anderseits aber glaube ich an dieses Medium, das in seiner puren Form, einfach und ungeschminkt, Erfahrungen vermitteln kann, die uns stärker machen.

Dazu möchte ich mit meinen Mitmenschen lernen, die Spannungsverhältnisse Mensch in Raum und Zeit (für mich mein urbaner Lebensbereich), Fotograf und Modell (richtiger: sein Opfer) und die psychischen Faktoren wie Erwartung, Vorurteil, Narzißmus, Voyeurismus usw. neu zu deuten und einzusetzen.“

Demzufolge erwartet den Besucher kein vergnügtes Herumblättern in den fotografischen Erinnerungen eines Prominentenfotografen, sondern die Auseinandersetzung mit neuen Sehgewohnheiten, mit Ideen und Experimenten, zu denen auch sie etwas beitragen sollten. Vervollständigt wird diese „Schau“ noch durch eine eintägige Fotoaktion in einem Kellertheater.

Ausstellung: Stadt-Erotik, Foto — Skizzen — Aktionen — Ideen, Galerie im Amerlinghaus, Eröffnung: Mittwoch, 9. Oktober, 20 Uhr, Schlußfest: Donnerstag, 31. Oktober, 20 Uhr. Fotoaktion in der Probebühne: 15., Gaumanngasse 39, am 18. Oktober, ab 18 Uhr, open-end.



• INITIATIVE

Aids-Hilfe gegründet

Am 29. August 1985 konstituierte sich der private gemeinnützige Verein „Österreichische AIDS-Hilfe“, der von Personen ins Leben gerufen wurde, die gegen die weitere Ausbreitung des AIDS-Erregervirus LAV/HTLV III kämpfen: Beamte des Gesundheitsministeriums, Vertreter der Schwulenbewegung und Ärzte der AIDS-Ambulanzen.

Sie wollen die verunsicherte Allgemeinheit sowie jene Personenkreise, die einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, mit dem LAV/HTLV III in Kontakt zu kommen, mit umfassender, sachlicher und korrekter Information versorgen. Zu diesem Zweck hat die AIDS-Hilfe eine ausführliche Broschüre über das Syndrom der erworbenen Immunschwäche herausgegeben, die kostenlos erhältlich ist. Darin werden die verschiedenen Verlaufsformen der Virusinfektion geschildert, die ja nur in den selteneren Fällen ins Erkrankungsvollbild AIDS übergeht. Darüber hinaus enthält die Broschüre erschöpfende Tips dafür, wie man sich vor einer Ansteckung mit dem LAV/HTLV III schützen kann.

Die Österreichische AIDS-Hilfe wird außerdem einen telefonischen und persönlichen Informations- und Beratungsdienst in eigenen Räumlichkeiten anbieten. Sie wird LAV/HTLV-III-infizierte Personen betreuen und psychosoziale Hilfe bereitstellen. Über die AIDS-Hilfe wird außerdem die Möglichkeit bestehen, anonym einen HTLV-III-Antikörpertest machen zu lassen. Bisher fehlte diese Möglichkeit besonders für schwule Männer, die nicht unbedingt irgendwo als solche registriert werden wollten. Die ÖAH wird nicht nur in Wien eine Beratungsstelle betreiben, sondern auch Filialen in Graz, Linz und Innsbruck einrichten. Bei Drucklegung waren jedoch noch keine Adressen und Telefonnummern dieser Einrichtung bekannt. Man entnehme diese den Tageszeitungen oder erfrage sie bei den Homosexuellen Initiativen (HOSI) in den genannten Städten:

HOSI Wien, Novaragasse 40, 1020, Telefon: 26 66 04; HOSI Linz, Pf. 43, 4013 Linz; HOSI Steiermark, Pf. 33, 8041 Graz. Die Grazer AIDS-Hilfe-Filiale wird anläßlich der „Warmen Woche“ der HOSI Steiermark vom 11. bis 20. Oktober eröffnet werden. Spendenkonto der ÖAH: PSK 79 39 600.

Kurt Krickler ■

• KOMMENTAR

Cimarollis Nudelparade

Frage: Was haben die samtäugige Salzburgerin Brigitta Cimarolli und das österreichische Magazin „Basta“ gemeinsam? Antwort: Spalten, die gefüllt werden wollen.

In seiner Septembernummer veröffentlicht die Illustrierte der Brüder Fellatio eine Parade prominenter Nudeln, mit der es die „schöne und ebenso kluge Brigitta“ angeblich schon getrieben hat. Der Journalist Carl Holt spricht von seinem Interveiw als einem „Hochgenuß für den Genießer“, tatsächlich ist es ein eindringliches Zeugnis journalistischer Verkommenheit. Aber genießen wir doch noch einmal mit: Zunächst stellt die schöne und ebenso kluge Brigitta, die ihren Nietzsche („Wenn du zur Cimarolli gehst, vergiß das Basta nicht!“) draufhat wie die französische Eröffnung, eine Wertungsliste ihrer Beschäler auf: Mit einer Supernummer im Münchner Nobelhotel „Vier Jahreszeiten“ (Brigitta: „Toll!“) hat sich der spanische Schnulzier Julio Iglesias an die Spitze gevögelt und zwei österreichische Fränze auf die Plätze verwiesen: Auf dem zweiten baumelt der poetische Hodensack des bärtigen Sängers Heller, der, ganz wie es so seine Art ist, die Cimarolli erst einmal „regelrecht flachgequatscht“ hat, bevor er ihr es dann in der Hapfn ganz olàlà und auf die poetische besorgte. Die Bronzemedaille ging an Klammer Franz (Brigitta: „Ja, der Franz!“).

Damit nicht genug der Enthüllungen: Im zweiten Teil ihres intimen Berichtes wartet die Cimarolli mit einer Sensation auf, die nun wohl niemand mehr für möglich hielt: Es gibt auch Prominente, mit denen sie NICHT gevögelt hat! Unter den Gelackmeierten finden sich so illustre Menschen wie Hans Hölzl, der der „schönsten Österreicherin“ eine Spur zu schwammig war, sowie Niki Lauda: Der wollte nämlich, so schildert es die Cimarolli mit ihren „hinreißenden Formulierungskünsten“ (Holt), mit „Vollgas“ rein (Rennfahrer!), war ihr aber „zu eingebildet, daß er sich alles erlauben kann“.

Nun bietet die Geschäftstüchtigkeit eines „ungewöhnlichen Mädchens“, das ihr von flachquatschenden Vollgaspuderanten beherrschtes Intimleben um Geldes willen ans Licht einer genießerischen Öffentlichkeit zerrt, noch keinen Grund zur Aufregung: In einem kapitalistischen Gesellschaftssystem ist es halt so, daß man um Geld einiges tut. Ärgerlich wird die Sache nur dort, wo den aufregenden Geständnissen noch ein satter Nachschlag spießbürgerlichster Moral folgt: „Eigentlich bin ich auf der Suche nach Zärtlichkeit, Geborgenheit und ja, echt, einer Familie. Rumgemacht habe ich lange genug. Irgendwie hängt mir das alles schon zum Halse raus . . .“ Aha. Wahrscheinlich hätte sie gern einen netten Mann und vier Kinder, denen sie das Popschi wischen und eine Tasse warmen Kakao machen würde.

Daß sie dann ihre Erlebnisse am häuslichen Herd ans meistbietende goldene Frauenherzblatt verkaufen wird, steht zu befürchten: Brigitta Cimarolli: „Als ich meinem Mann die ersten Apfelspalten buk, ging in der Küche alles schief!“

Christoph Winder ■

Wiener Reden

„I'm normal, I am clean, I'm not frightened, I won't scream" (The Fink Brothers)

Ich sehe mich mehr und mehr gezwungen, Fernsehen und Zeitunglesen völlig einzustellen. Die wollen mir nämlich das Leben zur Hölle machen. Daß die Medien von den sogenannten „Meinungsmachern" dazu benützt werden, dem dummen Volk Angst einzujagen, damit es nicht daran denkt, was sonst falsch sein könnte, das weiß ja wohl mittlerweile jeder. Aber was in den letzten Monaten passiert, und vor allem, wozu die Zeitungen die ansonsten so gemütliche „Sauregurkenzeit" (Ungeheuer von Loch Ness, Buch der Rekorde) benützt haben, das geht selbst mir an die Nieren (die mir übrigens schon recht wehtun).

Anfangen tut es mit AIDS — darüber wird an anderer Stelle in diesem werten Blatt berichtet. „Der Berater des Bundespräsidenten" hat AIDS, Rock Hudson grinst krank von jedem Illustrierten-Cover, und Reporter fühlen sich deshalb bemüßigt, aus dem gottvollen „Hollywood-Babylon" zu zitieren. Zu den „4 H" (Heroin, Haitianer, Homosexuelle und Hämophile) ist anscheinend noch ein fünftes gekommen (Hollywood). Studierte Moralisten dürfen sich beinahe täglich bemüßigt fühlen, aus allen Kanälen „Enthaltsamkeit" und „strenge Monogamie" sowie den Gebrauch des ekelhaften Kondoms zu predigen. In diesen Angelegenheiten sollen die sich gefälligst bei ihren eigenen Kindern einmischen und mich aus dem Spiel lassen!

Weiter geht es mit dem Wein: „Täglich neue Verhaftungen". Gestorben oder ernstlich krank geworden ist am Glykol offensichtlich noch keiner, aber das hindert die Redaktionen nicht daran, wöchentlich im Bier, im genialen Packerlfruchtsaft und in italienischen Tomatenprodukten diverse Schadstoffe entdecken zu lassen. Die Kampagne erinnert mich frappant an jene vor einigen Jahren, wo alles „krebsfördernd" war. Aber schon wirklich alles, was man atmen, essen, trinken oder anschauen konnte. Metastasenfördernder Informationskonsum. Die einzig witzige Meldung damals war die typisch lancierte Anti-Hippie-Nachricht, daß Jute (!!) krebsfördernd sei . . .

Ich füge dem nun die WAHREN Meldungen hinzu:

1. Herr Bircher, der Erfinder des gleichnamigen Müslis, ist damals an einseitiger Ernährung verstorben.

2. Herr Hofeland, der die Richtlinien makrobiotischer Ernährung formulierte, krepierte jämmerlich an Magenkrebs.

Das nächste Debakel dieses Jahres sind die Flugzeugunfälle. So viele Tote: Meine Großmutter, die in den letzten Jahren sowieso kaum aus dem 19. Bezirk rausgegangen ist und die Wohnung nach Einbruch der Dunkelheit nicht verläßt, fährt A. sowieso in kein Ausland und würde B. nie mit dem Flugzeug fliegen. Jetzt erst recht nicht . . . Schuld an den Aeroplan-Katastrophen ist naturgemäß immer der Russe oder der vom Russen finanzierte Terrorist. Weitere Verschwörungstheorien (das einzige, was hilft, sind eigene paranoide Theorien): Der „Wein-Skandal" wurde von den anonymen Alkoholikern organisiert (sagt meine Mutter).

AIDS brachte der CIA in die Welt (sage ich) — das „Gesindel" wird ausgerottet oder verschreckt, und die paar Unschuldigen, die's erwischt, muß man halt in Kauf nehmen.

Und wer hilft uns aus all dem raus? Dazu nur eine Beobachtung vom 5. 9., 14.30 Uhr, vor dem Burgtheater: Der sonst allseits geschätzte Bürgermeister Zilk fährt mit dem Rad rund ums Radhaus!!! DAS WOLLEN WIR NICHT. Erstens soll ein Bürgermeister um 14.30 Uhr am Werktag darauf achten, daß wir vor AIDS, Glykol und abstürzenden Flugzeugen verschont bleiben, und zweitens ist es überhaupt eine peinliche Angelegenheit, sich genau zur Stoßzeit dem Bürger als umweltbewußter Radfahrer vorzuführen. Es erinnert an den „Vize", Erhard Busek, den man vor Jahren schrecklich oft in der U-Bahn und Straßenbahn sah. Wen freut denn sowas?

Peter Hiess ■

Ladenmädchen, Schreibfräulein und Gouvernanten

„Darüber kann man auch etwas schreiben?" Erna Appelt hat die Lebens- und Arbeitsverhältnisse weiblicher Angestellter in Wien zwischen 1900 und 1934 analysiert und zu diesem Zweck zahlreiche Interviews gemacht. Und wie ein Refrain wurde ihr die vorangestellte Frage immer wieder gestellt.

Kaum eine der interviewten Frauen hat ihre Arbeit für wirklich wichtig gehalten. Die Vorstellung ihre Berufsarbeit wäre von irgendeinem öffentlichem Interesse, schien den meisten von ihnen absurd. Maßstab ihres Lebens, so scheint es, war die Privatheit und für diese galt es zu arbeiten, wenn es sein mußte unter dem Aufgebot aller nur möglichen Kräfte und Reserven.

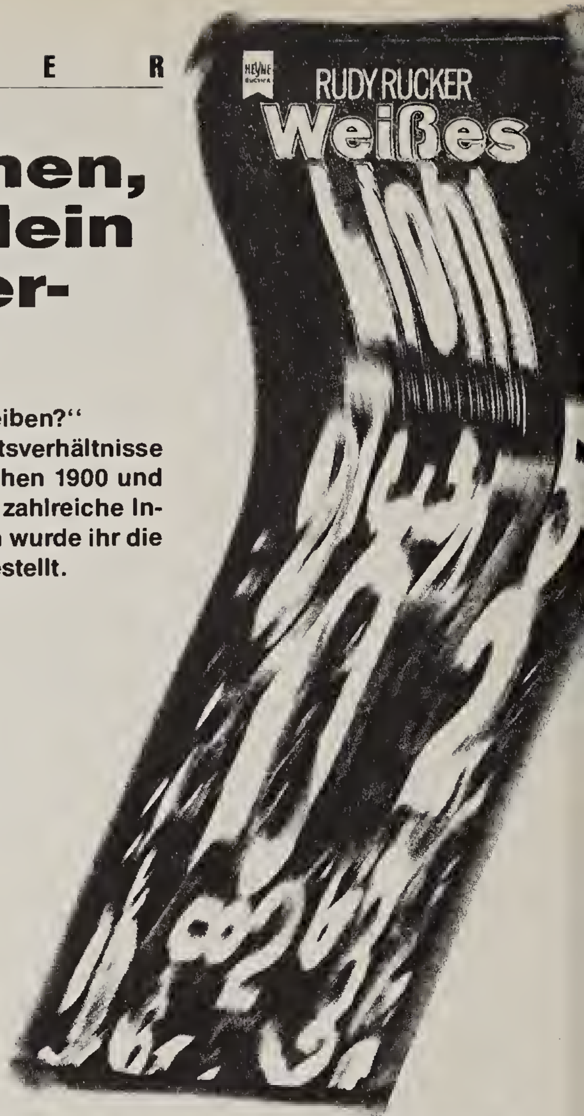
Im Zentrum der Untersuchung steht eine Frauengeneration, die erstmals in den Genuß einer verfassungsrechtlich garantierten Gleichberechtigung kam und vor der Möglichkeit oder Notwendigkeit stand, erwerbstätig zu sein. Die zentrale Frage lautet daher: Wie haben Frauen ihre Chance zur ökonomischen Selbständigkeit damals wahrgenommen und wie haben sie auf den Zwiespalt von sexualfeindlicher Erziehung auf der einen Seite und einer zunehmenden Lockerung der Sexualmoral auf der anderen Seite reagiert.

Wer eine klare Antwort erwartet, wird enttäuscht. Das mag zum einen daran liegen, daß Erna Appelt eine zu inhomogene Gruppe untersucht hat, vielleicht aber auch ein wenig daran, daß sich die Autorin bisweilen in Details verliert, zugleich aber theoretisch sehr weit ausholt und dann die Verbindung von beidem nicht mehr ganz herstellen kann.

In jedem Fall aber ist die Studie für alle diejenigen interessant, die auf dem Gebiet der Frauenforschung weiterarbeiten wollen. Das Buch bietet eine Fülle von Material, vor allem Tabellen und Statistiken, die hier erstmals leicht zugänglich gemacht worden sind.

Erna Appelt: Von Ladenmädchen, Schreibfräulein und Gouvernanten. Die weiblichen Angestellten Wiens zwischen 1900 und 1934. Wien 1985, Verlag für Gesellschaftskritik.

Elisabeth Hirt ■



TOTE STRASSEN

Befinden wir uns in einem „Neuen Zeitalter?" „New Age" ist die Bezeichnung für eine relativ junge Literatur- und Denkweise, die aus Kalifornien, wo sie ihre Hochblüte hat, nun auch zu uns ins alte Europe kommt.

Erstes Stichwort dazu: der Sphinx-Verlag, der in diesem Zusammenhang als erster größerer deutschsprachiger Verlag aus „New Age" viel geleistet hat. Man muß nicht alles von ihm haben, aber Wilson („Illuminatus") zum Beispiel ist IMMER lesenswert, auch wenn oft die falschen Leute seine Bücher im Brotbeutel mit rumschleppen. Ein Buch, das vor Jahren bei Sphinx erschienen ist, gibt es jetzt in der HEYNE-Science Fiction-Reihe: **„Weißes Licht"** von **Rudy Rucker.** Ein noch relativ junger amerikanischer Mathematiker schreibt hier ein Märchen, das ebensoviel von „Alice im Wunderland" wie von „Gödel, Escher, Bach" in sich vereint. Die Reise in eine Welt des Jenseitigen, die Veranschaulichung verschiedener Theorien der Unendlichkeit und der Welt der Zahlen, das alles wäre in der Form bloßer Populärwissenschaft schon interessant genug. Hier ist es noch dazu vermischt mit einer witzigen und spannenden Handlungsebene.

Eine weitere Empfehlung aus der „Neuen Zeit" ist ein soeben erstmals auf Deutsch erschienenes Buch des Mannes, den man den „Vater aller Dinge" nennen könnte. **William S. Burroughs,** ein Mann, der von so vielen Richtungen als Vorbild beansprucht wird, hat mit **„Dead Roads"** wieder ein Meistwerwerk vorgelegt. Es hat mit „New Age — Modelle für Morgen", wie der Goldmann-Verlag seine neue Taschenbuchreihe nennt, nicht unbedingt zu tun. Der Name verkauft sich halt gut. Man kann seine Schreibweise mögen oder nicht, seine Technik veraltet oder immer noch revolutionär finden, trotz alldem hat Burroughs noch immer wichtige neue Ideen und Informationen zu bieten. Was sonst im Bereich der „New Age"-Bücher passiert, ob bei Goldmann oder anderswo, ist mit Vorsicht zu genießen. Manchmal handelt es sich nur um alternative Bestätigungsbücher.

Auch hier: Einbahnen und tote Straßen.

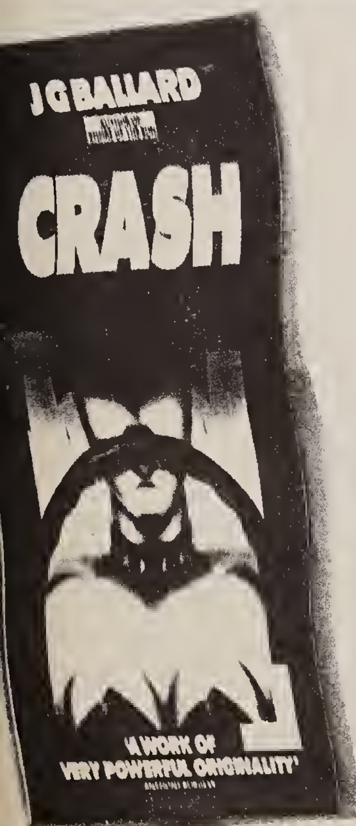
Interessanterweise auch bei HEYNE-SF erschienen ist ein Buch von **Daniel Keyes: „Die Leben des Billy Milligan."** Hierbei handelt es sich

nicht um Zukunft und Phantasie, sondern um gegenwärtige Realität: Der SF-Autor hat sich in intensiven Gesprächen im Zeitraum von zwei Jahren mit einem der interessantesten „Fälle" der neueren Psychologie auseinandergesetzt. Billy Stanley Milligan, ein Internierter, ist der einzig bekannte Fall von Multi-Schizophrenie, der 24 Persönlichkeiten in sich vereinigt. Daniel Keyes dokumentiert sie hervorragend und sehr lesbar.

Auch **„Crash"** ist Gegenwart, und es könnte eine **wahre Geschichte** sein. Der Autor **James Graham Ballard**, der mit dem Label Science fiction eigentlich soviel zu tun hat wie Champagnertrüffeln mit Kochschokolade, schrieb „Crash" 1973 — bisher hatte kein deutscher Verlag den Mut, das Buch zu veröffentlichen. Denn es handelt sich dabei um Pornographie, um Sex, der Autos und Unfälle als ebensolche Besessenheiten beinhaltet wie Menschen (= Unfallopfer). Die Faszination, die dieser Roman ausübt, die Übertragung der Obsession des „perversen" Protagonisten auf den Leser, geht in der deutschen Übersetzung allerdings etwas verloren. Trotzdem ein hohes Lob der **Edition Phantasia**, die das Werk zugänglich machte, wenn auch in einer überteuerten bibliophilen Ausgabe. Weiters im Programm: Das erste von zehn Nicht-Science-Fiction-Büchern des schmählich verstorbenen Kult-Autors **Philip K. Dick** mit dem Titel: „Der Mann, dessen Zähne alle exakt gleich waren."

Zu beziehen bei: Ed. Phantasie, Rudolf Diesel-Straße 5, 7515 Linkenheim, BRD.

Peter Hiess ■



Geräderte Träume

„Nun habe ich wieder ein großes, tiefes Glück genossen. Ich kann es gar nicht beschreiben, wie es mich innerlich erfüllt, mich stärkt und berauscht. Es ist eine so brausende Seligkeit, die mich über alles hinwegträgt, so daß mir selbst mein kleiner Liebeskummer klein und unbedeutend daneben vorkommen will."

Dieses Zitat ist in zweifacher Hinsicht befremdend: Zum einen, weil ich es hier zitiere, obwohl es in einer so geschmacklosen Weise pathetisch ist, daß einmaliger Genuß bereits ästhetisches Erbrechen verursacht und zum zweiten — und eben deshalb steht es hier) — weil es zwei Personen zusammenführt, deren Verbindung man heute für ausgeschlossen, im besten Fall für sadomasochistisch halten würde. Das Zitat entstammt Helene Stöckers Roman „Liebe". Helene Stöcker engagierte sich in den zwanziger Jahren energisch für die Freigabe der Abtreibung. Sie kam aus dem bürgerlichen Lager und war nicht die einzige deutsche Frauenrechtlerin ihrer Zeit, die Nietzsche intensiv studiert hat. Das obige Zitat aus ihrem Roman beschreibt die Gemütsverfassung ihrer Protagonistin, nachdem sie Nietzsches „Zarathustra" gelesen hat: sie „braust vor Seligkeit" und „lebt in himmlisch reiner Luft" und das ausgerechnet nach der Lektüre eines Buches, das die Frauenbewegung der siebziger Jahre höchstens rezipiert hätte, um es zu verachten oder um es als Wurfgeschoß gegen jenen Mann abzufeuern, der es gerade gelesen hat. Sie kannte den Satz mit der Peitsche. Helene Stöcker hat einfach jene Stellen aus dem Zarathustra herausgelesen, die für sie brauchbar waren. Also sprach er zum Beispiel: „Nicht nur fort sollst du dich pflanzen, sondern hinauf!" — ein brauchbares Argument gegen den vorherrschenden Gebärzwang. Oder: „Viele kurze Torheiten — das heißt bei euch Liebe. Und eure Ehe macht vielen kurzen Torheiten ein Ende, als eine lange Dummheit." — ein brauchbares Argument gegen den Zwang zur Ehe.

Die Analyse dieses Verhältnisses (Nietzsche-Frauenbewegung) ist wohl eines der spektakulärsten Kapitel in Meidl Soltaus Buch „Trennungs-Spuren" und deshalb habe ich es an den Anfang meiner Besprechung gestellt. Im Grunde handelt es sich hierbei aber nur um ein Unterkapitel in einem Buch, dessen Forschungsrahmen viel weiter gesteckt ist: Heide Soltau hat die Romanproduktion von Frauen in den zwanziger Jahren sowohl nach psychoanalytischen als auch nach gesellschaftspolitischen Aspekten untersucht. Sie nennt ihre Studie „Trennungs-Spuren", weil nahezu alle aufgefundenen Romane von Frauen handeln, die ihre Männer oder auch nur ihre gewohnten Lebensverhältnisse verlassen, um ein eigenes, selbstgewähltes Leben zu führen. In erster Linie sind es Texte von bürgerlichen Frauen. Die Proletarierin spielte zu jener Zeit weder als Autorin noch als Romanheldin eine bedeutsame Rolle.

Die Romane orientieren sich am Konzept des Realismus. Kaum eine Autorin phantasiert sich über die Grenzen ihrer Realität, weder sprachlich noch inhaltlich.

Dennoch befinden sich die Heldinnen in Aufbruchsstimmung. Sie entdecken ihre Leidenschaft, doch ohne sie entfesseln zu können. Fast alle Romane kreisen um das Thema „Sexualität", in der Praxis verläuft das Leben der Frauen jedoch asketisch und asexuell. Ihre Lust verharrt hinter der Mauer einer geknebelten Phantasie. Sie leiden an ihrer Leidenschaft. Sollte sich eine Frauenfigur doch einmal über die Grenzen der gesellschaftlichen Vernunft hinauswagen, stirbt sie mit ziemlicher Sicherheit aus dem Roman hinaus. Befriedigung schöpfen die Frauen aus der Entsagung. Und genau so ist auch das an den Anfang gesetzte Zitat zu verstehen: Nietzsches Denken tritt an die Stelle des Mannes und wird zum Surrogat eines nicht realisierbaren Begehrens. Die Sexualphantasien bleiben „vernünftige, artige Kinder" ihrer Zeit, wie etwa in Irmgard Keuns Roman „Gilgi — eine von uns". Gilgis Phantasien werden unter die Räder einer Gesellschaft kommen, die sich gerade darauf einrichtet, Frauen mit brutaler Moralität in ihre angestammte Rolle zurückzujagen. Irmgard Keuns Roman erschien 1931. 1930 begann die wirtschaftliche Depression auf Europa überzugreifen und 1932 war es in Deutschland bereits wieder möglich Frauen in einzelnen Berufssparten zu kündigen, weil sie verheiratet waren. Die Lokomotive setzt sich in Bewegung. Der Aufbruch ist gescheitert. Wir sind wieder zu Hause. Der Traum ist vorbei.

Heide Soltau: Trennungs-Spuren. Frauenliteratur der zwanziger Jahre. Frankfurt 1984.

Extrabuch Verlag.

Elisabeth Hirt ■

Hunger nach Glück

„Ich glaube, daß es Magersucht nicht gibt. Die Mediziner haben sie ausgeheckt um endlich eine Erklärung zu haben, warum immer mehr Menschen — hauptsächlich Frauen — ihren Zorn dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie sich weigern, zu essen. Der Teufelskreis von Hungern und Essen, der als charakteristisch für die Magersucht gilt, erscheint mir als eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Du ißt, weil die anderen wollen, daß es Dir besser geht. Und wenn Du zunimmst, gewinnst Du auch wieder an Eigenständigkeit. Die anderen attackieren Dich, versuchen erneut, Dich zu formen, und rufen damit all die Ängste und den Zorn hervor, die Dich ursprünglich veranlaßten, zu hungern."

Das ist die Geschichte der Jüdin Karen Margolis, die sich den Forderungen von Eltern, Tradition und Umwelt durch Hungern entzog.

Bis zu ihrem neunten Lebensjahr lebte Karen im heutigen Zimbabwe. Dann emigrierte die Familie nach England. Sie hat eine Zwillingsschwester, eine jüngere Schwester und einen um elf Jahre jüngeren Bruder. Erst eine exzellente Schülerin, wird sie später Feministin und engagiert sich mit dem Spitznamen „rote Karen" politisch. Nach dem Mathematikstudium veröffentlicht sie mit 24 ihr erstes Buch. Eine glatte Karriere als Autorin und Journalistin liegt vor ihr.

Anfang 1980 entschließt sich die heißgeliebte Zwillingsschwester nach Kalifornien zu gehen. Karen beginnt, aus Kummer zu essen. Um den Eßzwang zu beherrschen, fängt sie an, zu hungern.

Das Buch ist eine ehrliche Auseinandersetzung mit sich selbst. Sie beschreibt den Rückzug in das (scheinbar) behütete Elternhaus, die panische Furcht vor Menschen und gleichzeitig den heftigen Wunsch, bei anderen Aufmerksamkeit zu erregen: „Der Hungerstreik ist deshalb so attraktiv, weil er die Aufmerksamkeit der anderen auf sich zieht, sie zwingt, sich entsprechend den Bedürfnissen und Wünschen des Streikenden zu verhalten. Wenn man Angst vor Menschen hat, ist es schwierig, sie um etwas zu bitten. Ich wollte das Zentrum anderer sein, ohne allerdings selbst etwas zu geben. Dadurch, daß ich meine Knochen so drastisch zur Schau stellte, konnte ich auch in ihre Gedanken hineinragen. Ich erinnerte sie so ständig daran, daß ich unglücklich war." Offen durchleuchtet Karen ihre eigene Rolle als selbstzerstörerisch Hungernde und das, was sie letztendlich gewann, wenn sie an dieser Lebensweise festhielt. „Genaugenommen wollte ich nicht gesund werden."

Karen hat es geschafft. Sie muß nun nicht mehr hungern, um ihren Zorn zu zeigen, sondern hat einen befriedigenderen Weg gefunden — das Schreiben. Und sie erkennt, daß sie für niemanden anderen gesund werden kann, außer für sich selbst.

„Ich schreibe für alle, die leben möchten, aber keine Befriedigungen in ihrem Leben finden und deshalb mit einem Hungerstreik protestieren. Die Tragödie vieler Frauen ist, daß sie immer am Rande des Verhungerns leben, weil sie nicht den Mut haben, mehr als Randfiguren zu sein."

Karen Margolis: „Die Knochen zeigen. Über die Sucht zu hungern." — Rotbuch Verlag Berlin.

Sabine Standenat ■

Beisl-Bilder

Zu einem Zeitpunkt, wo ich eine vermehrte Betonung von emotional besetzten Begriffen wie „Lebensgefühl", „Heimat", „Natur", „Sozialbeziehungen" verspüre, ist die Herausgabe des „Wiener Beisl-Buches" für mich ein markant-sensitives Zeichen dieses Trends. Gelten diese Beisln doch als ein Austragungsort des „wirklichen Lebens": Hier werden Beziehungen geknüpft und gelöst, Konflikte besprochen und vielleicht auch bereinigt, Geschäfte geschlossen und Vereinbarungen getroffen, zuweilen ebenso wissenschaftliche Konzepte verfaßt; einige sind hier wahrhaft zu Hause, andere wiederum wollen nur kurz eintauchen in diese Mannigfaltigkeit sozialen Geschehens.

Und hier setzt auch die Intension des Herausgebers an, welcher versucht hat, „ein gut lesbares, literarisches, sinnliches Buch zu machen", und aufzeigt, daß das Beisl auch eine Stätte der Alltagskultur sein kann, wo Geschichte vielleicht nicht unbedingt geschrieben wird, dafür aber um so mehr lebendig vor Augen tritt — in Gestalt von Lebensgeschichten.

H. Ch. Ehalt hat in seinem Buch „Wiener Beisln" zweierlei geleistet: Einerseits lassen Einzelberichte der 24 Autoren, welche ihre jeweiligen — im gesamten besehen sehr heterogenen — Erlebnisse in, Eindrücke von und Erfahrungen über Wiener Beisln schildern, ein lebendiges Bild davon entstehen, welche Formen die Aktivitäten und Beziheungen zwischen dem/der Beisl-Geher/in und dem Beisl selbst annehmen können. Angereichert wird die schriftliche Aufarbeitung des Beziehungsfeldes „Wiener Beisln" noch durch die Beistellung von Fotos, die größtenteils vom Herausgeber stammen und thematisch stimmig sind. Diese fotografisch festgehaltenen „Beisl-Phänomene" bilden blitzlichtartig die verschiedensten Szenen/Szenarien im und um das Beisl ab, wobei sie auch in ihrer Wirkung unterschiedlich sind: vom streng deskriptiv gehaltenen, unpersönlich wirkenden Abbild über schnappschußartige Einblendungen, die „Mit-Erleben" ermöglichen, bis hin zum bewußt voyeuristischen Aufzeigen diverser Eindrücke reicht das Spektrum. — Demnach eine Stimmungsmalerei in jegliche Richtung? — Wohl kaum, denn die Aufnahmen spiegeln nur einen Teil des Beisl-Alltags wider — den herzeigbaren, von Exzessen freigebliebenen nämlich (von einigen angedeuteten abgesehen). Parallel zur zweifelsohne vorhandenen Vielfalt der Fotos läßt sich eine ebensolche bei den teilweise vom Stil her sehr gegensätzlich gehaltenen Artikeln feststellen: angefangen bei der locker-heiteren Beschreibung der eigenen „Beisl-Karriere", weiterleitend zur geschichtlich orientierten Auseinandersetzung mit der Wortgeschichte des „Beisl"; verweilend auch bei den „Spezialitäten" der Wiener Beisl-Szene wie etwa dem Frauencafé oder dem kurdischen Gasthaus — oder einfach die reflexiv-kontemplative Beschäftigung mit seinem eigenen Stamm-Beisl; ebenso bezugnehmend auf die soziale Funktion desselben, berücksichtigend sogar den literarischen Zugang „zum letzten tropfen" und zu „speisen und getränke"; daneben nicht vergessend, die mögliche Beisl-Verdrossenheit aufzuzeigen, welche — hervorgerufen durch Unlustgefühle und Unwohlsein im Beisl — sich in Ablehnung ausdrücken kann und schließlich endend beim spielerisch gehaltenen Nacherzählen von Erlebtem und Erdachtem hinsichtlich einer Beisl-Tour. „Dazwischen tut sich die schillernde Welt eines der wenigen Orte auf, wo zumindest die Möglichkeit einer Begegnung von Menschen aus unterschiedlichen Milieus und Wirklichkeiten besteht." (Ehalt)

Diese „Beisl-Betrachtungen" in Wort und Bild, vom Stil her anschaulichen Reiseberichten ähnelnd, wirken gleichsam informativ und anregend, berücksichtigen aber sicher nicht alle Sichtweisen, welche die Beschäftigung mit dieser Thematik zulassen würde.

Neben dem Unterhaltungswert kommt diesem Buch aber eine besondere Funktion zu: es ist zweifelsohne eine Hilfe dabei, zusätzlich zur eindimensionalen Betrachtung der Wiener Beisln als Stätten der vordergründigen Weinseligkeit und Ausgelassenheit die Erkenntnis zuzulassen, daß das Beisl „ein ganz wichtiger Bestandteil der Kultur ist". ■

Evelyne Schneider

Hubert Ch. Ehalt (Hg.): Wiener Beisln. Bilder & Geschichten. Verlag Jugend und Volk, Wien 1985, öS 348,—, 144 Seiten

EINSTÜRZEND



WOHNBAU IN TIROL

NEUBAUTEN

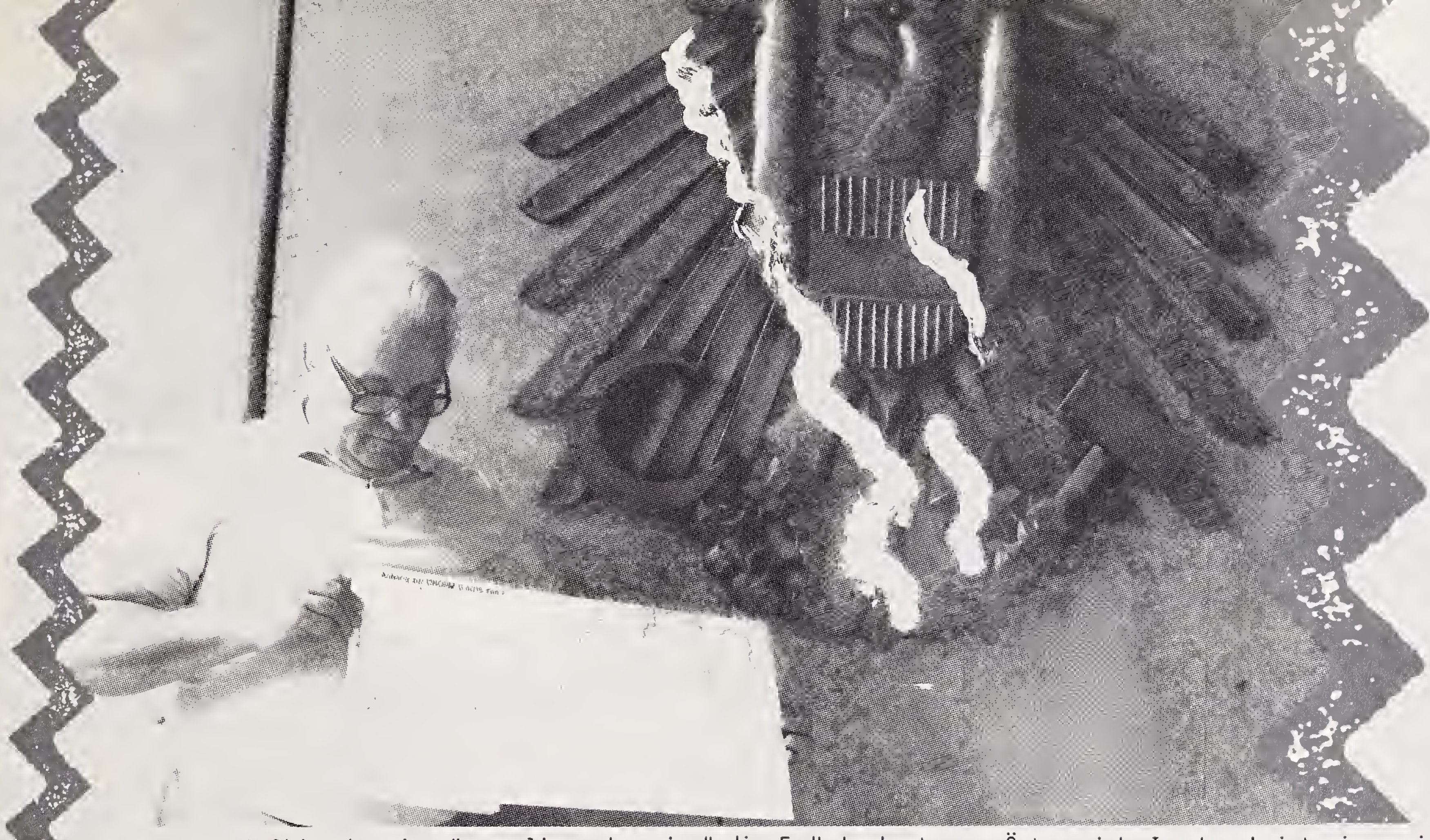
Warum gibt es scheinbar nur Gerüchte über die kriminellen Praktiken der "Baumafia" im „heiligen" Land Tirol? Wer sind die scheinheiligen Paten? Wem nützen die „gemeinnützigen" wirklich? Wer treibts mit wem? Wer hat den Schaden und den Spott? Und überhaupt wie hört das auf, wie wird das weitergehen?
Eine „urige" Story über das „Anderl von Rinn"-Land, und was man dort wie baut.
Eine Story von Gerald Gaiswinkler, mit Fotos von Peter Uitz





Überall Risse im Beton, dennoch keine Risse

im rot-schwarzen Proporz



Dipl. Ing. Kolbitsch zeigt "querulierenderweise" die Erdbebenkarte von Österreich. Innsbruck ist eingezeichnet

Richard Lackner wohnt seit acht Jahren in einer Eigentumswohnung der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft „Wohnungseigentum". Die Wohnung wurde relativ günstig zum Preis von öS 450.000,-- angeboten. Die Endabrechnung machte letztendlich das Doppelte aus. „Die haben Schweinereien aufgeführt, die gehen auf keine Kuhhaut," sagt uns Lackner, der seit acht Jahren um sein Recht kämpft.
Da wurden Garagen ohne Benzinabscheider aus Fertigbeton gebaut, und zu je öS 65.000,-- den Wohnungseigentümern verrechnet. Eine andere vergleichbare Garage in Jenbach kostete nicht mehr als 25.000,--. Da bröckelt an den Balkonen der Beton. Die Universität Innsbruck gutachtete schlechte Zementfarbe. „Eine Sanierung ist eine Augenauswischerei. In Wirklichkeit passierte da eine Schlamperei, die irreparabel ist. Kostenpunkt alle drei bis vier Jahre an die öS 750.000,--", schildert der 63jährige Lackner.
Fritz Greiderer ist Hauptschullehrer, Hausobmann und unglücklicher Besitzer einer dieser Eigentumswohnungen in Jenbach. Fast schon gelassen erwartet er das Gegengutachten zur Expertise der Universität Innsbruck, mit dem sich die Baufirma Lang aus Schwaz entlasten will. Was die Firma der schlechten Luft in Jenbach zuschreibt, entlarvt die Technische Uni Innsbruck eindeutig als groben Baumangel. Es wurden keine Baunasen zum Abrinnen des Wassers eingebaut, die tragenden Elemente der Balkone sind nach zehn Jahren schon verrottet, die Träger wurden schlichtweg falsch konstruiert ...
Margareta Prantl ist in Seefeld auf dieselbe Wohnbaugesellschaft hereingefallen. In acht Jahren trug sie drei dicke Ordner über die Baukostenabrechnung zusammen und erstattete schließlich Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.
„Das Grundstück wurde zum Beispiel um öS 750.000,-- gekauft und unter dem Titel Grund und Verwaltung um 1,6 Mio. an uns weiterverkauft."
Deshalb weigert sich Margarete Prantl bis heute, den Kaufvertrag zu unterschreiben. „Inzwischen hat sich die Zimmererdecke gesenkt, überall rinnt Wasser rein, und aus dem Lüftungsschacht zieht es, daß es uns die Kerzen ausblast", klagt sie.
Einer der vielen geschädigten Kunden der „Wohnungseigentum", Dipl. Ing. Günter Frank rückt das Ausmaß des Schadens ins rechte Licht: „In unserem Haus allein wurden die Wohnungseigenetümer um ca. 10 - 20 Mio. geschädigt. Die verwalten aber über 500 Häuser."
Mehr als vereinzelte Aktionen gegen die "Wohnbaumafia" in Tirol waren bis jetzt allerdings nicht möglich. Dazu Univ. Prof. Dr. Boris Barta: „Den Methoden, die diese Herrschaften anwenden, kann man aus einem Grund nicht an: die gehen von der Lüge über die Verleumdung bis hin zur nackten Erpressung."
So ist es angeblich nur möglich in einem Haus der „Wohnungseigentum" Fuß zu fassen, wenn man die Auflage akzeptiert, bei den kritischen Hausgemeinschaften nicht mitzutun.

WER TREIBT'S MIT WEM?

Diese wenigen Beispiele sind nur winzige Details aus einer "mafiosen" Machtverfilzung zwischen Politik und Bauwirtschaft im tiefschwarzen Tirol. Prof. Barta fällt dazu eine Volksweisheit ein: „Die Demokratie in Tirol is lei oans, alt is sie, gell."
Die alternative Innsbrucker "Stadtzeitung" charakterisiert das von der ÖVP diktierte unheilige Proporzsystem im heiligen Land so: „Insgesamt scheint der gesamte Wohnbau in Tirol von einem Pluralismus zu leben, der in Wirklichkeit nicht ex istiert. Im Wesentlichen herrscht ein brutales Einparteiensystem. Dasselbe Monopol managt öffentliche Meinung und das lebenswichtige Gut: Wohnbau." Der Wohnungssuchende wird zur Beute von vier gemeinnützigen Wohnbauagesellschaften und einem Verein. Da gibt es die rosarote Wohnbaugesellschaft "Alpenländische Heimstätte", zuständig für Tirol und Vorarlberg. Im Aufsichtsrat der Alpenländischen sind besonders die Adressen in der BRD interessant. Die "Neue Heimat Bayern" stellte den Vorsitz im Aufsichtsrat. Nicht zu verwechseln mit der "Neuen Heimat Tirol", die nicht rot ist wie in der BRD, sondern ÖVP-dominiert, wie es sich für's tiefschwarze Tirol gehört.
Ohne Tirols "Neue Heimat" geht gar nichts. In Pradl-Reichenau zum Beispiel, dem größten Wohngebiet Innsbrucks, gehören ihr ganze Straßenzüge.
Die "Tiroler Gemeinnützige" mit einem Stammkapital von öS 18.490.000,-- und die anfangs erwähnte "Gesellschaft Wohnungseigentum", tun so ziemlich alles, was umstritten ist. Da gibt es seltsame Grundstückskäufe, wo es mit der Ausweisung als Bauland immer sehr "glücklich" zuging.
Da gibt es massive Gerüchte über Verkäufe von Wohnungseigentum an Holländer. Und schließlich Bautätigkeiten, die Stadterhaltern graue Haare wachsen lassen. So nebenbei sei hier erwähnt, daß dieser Verein wahrscheinlich exzessiv gegen die Gewerbeverordnung verstößt. Denn unter die Gewerbeordnung fällt jeder, der aus seiner Tätigkeit einen Ertrag erzielen will. Und das will dieser Verein: denn unter §3 findet sich als Absatz G, daß die Mittel des Vereins "aus Erträgen aus der Bau und Baubetreuung aufgebracht werden". Und da diese Tätigkeit zudem "streng kommerziell" abgewikkelt wird, bleibt nur mehr die Frage, ob der gesamte Verein nicht überhaupt gesetzeswidrig arbeitet. Bis Ende der 70er hielt der Verein die Mehrheit bei der "Gesellschaft für Wohnungseigentum". Dann wurden Anteile, vor allem an die Bundesländerversicherung und an die Sparkasse Innsbruck, sowie an andere ÖVP-nahe Gesellschaften verkauft. Alles bleibt dennoch in "schwarzer" Hand.

Justiz und Medien schweigen sich aus.

Nur ein Erdbeben würde die Wahrheit ans Licht bringen

Gerüchte um Baumängel: Das Justizgebäude Innsbruck, eine künstlerisch gestaltete Gemeingefährdung?



WER ÜBERNIMMT DIE PATENSCHAFT?

Schlüsselfigur des gemeinnützigen Wohnbaus in Tirol war jahrelang Landtagspräsident Josef Thoman. Bis 1980 war er Obmann des Landeswohnbauförderungsbeirates, zugleich geschäftsführender Direktor der "Neuen Heimat", Obmann des Vereins "Freunde des Wohnungseigentums", und schließlich Präsident des Kriegsopferverbandes, der einer der Gesellschafter der Wohnungseigentumsgesellschaft war.
Der jetzige Bürgermeister der Landeshauptstadt Innsbruck, Romuald Niescher, schaffte es jahrelang sein Amt als städtischer Wohnbaureferent mit seinem Beruf als Prokurist der "Tiroler Gemeinnützigen" mühelos unter seinen Hut zu bringen. Für ihn ist diese Ämteranhäufung ganz selbstverständlich zu rechtfertigen. „Ich bin genau deswegen zum Wohnbaureferenten genommen worden, weil ich es für richtig halte, daß eine Partei, die Experten zur Verfügung hat, auch Experten nimmt."
Am Parteitag kritisierte er entsprechend den Entschluß der ÖVP, sich von den sozialen Wohnbaugesellschaften zurückzuziehen.
Der für Wohnbaufragen zuständige Landesrat Fridolin Zanon ist zwar nicht mehr auch noch Aufsichtsratsvorsitzender der Gemeinnützigen, blickt aber fast nostalgisch zurück. „Solange sie besteht, sind stets Mitglieder der Landesregierung im Aufsichtsrat der Gemeinnützigen gewesen. Das war nur natürlich so." Die schillerndste Figur in diesem illustren Reigen war aber zweifellos der ehemalige Sturmbandführer Dr. Kurt Gattinger, der rechtskräftig zu einer Haftstrafe von eineinhalb Jahren verurteilt wurde. Diese Haftstrafe muß er aus Gesundheitsgründen bis heute nicht antreten. Der Bundespräsident begnadigte Gattinger sogar.

Der aberkannte akademische Grad wurde ihm nach verschiedenen Interventionen mysteriöserweise wieder zuerkannt. Als Landesparteisekretär der ÖVP gründete er sowohl den Verein der Freunde als auch die Gesellschaft "Wohnungseigentum".

WEM NÜTZEN DIE GEMEINNÜTZIGEN?

Er zog sozusagen als Pate die Fäden, sogar noch nach seiner Verurteilung. Pikanterie am Rande: Gattinger wohnt in der Innsbrukker Magdstraße I einer Wohnung der roten Alpenländischen Heimstätte. Sozusagen als Ausgleich wohnt die Tiroler SPÖ-Riege gemeinnützig in den geförderten Wohnungen der ÖVP-dominierten Wohnbaugesellschaft "Neue Heimat". Einige der klingendsten Namen wurden der MOZ zugespielt. Exfinananzminister Dr. Herbert Salcher, der ehemalige Polizeidirektior Greiderer, der Nationalrat Dr. Reinhard, Gemeinderat Franz Gastl, Stadtrat Rudolf Krebs, Gemeinderat Erich Schuster, Landesparteisekretär und Bundesrat Dr. Lothar Müller und Landtagsabgeordneter a.D. Karl Hackl. Gemeinderat Erich Schuster, der seine billige Dienstwohnung von der ÖBB gegen eine gemeinnützige Wohnung eingetauscht hat, schießt sich ein Eigentor: „Man müßte halt diese gutverdienenden Politiker auffordern, sie ersuchen, daß sie höhere Mieten zahlen, oder sich ein Eigenheim suchen. Zwingen kann man sie gesetzlich nicht."

Grau ist fast alle Theorie. Denn auch der Gemeindemieter, Sozialstadtrat und Millionär Dr. Paul Kummer (ÖVP) bewohnt als echter Sozialfall eine echte Sozialwohnung mit insgesamt I04 qm.

Der Rückzug aus den offiziellen Funktionen in den Wohnbaugesellschaften, vor allem der ÖVP Politiker, ist auch nichts anderes als Augenauswischerei. Univ. Prof. Dr. Barta dazu: „Die sind klüger geworden, wissen Sie, die schicken bestimmte Leute rein. Ob da einer selber drinnen sitzt oder nur sein Freund, ist ja relativ wurscht."

Das System der gemeinnützigen Bauträger ist so raffiniert, daß es Verflechtungen auch über Generationen gibt. So ist zum Beispiel Dr. Klaus Lugger, der Sohn des ehemaligen Olympiabürgermeisters in die Dirketionsetage der "Neuen Heimat" nachgewachsen.

WER HAT DEN SCHADEN UND DEN SPOTT?

Blitzartig wurde ein Redakteur der Tiroler Tageszeitung zurückgepfiffen, weil der Tiroler Medienkaiser, Herausgeber Moser mit seiner Telekabel Ges.mbH. in intime Geschäftsbeziehungen mit der Wohnungseigentumsgesellschaft trat. Es geht um den Kabelanschluß sämtlicher von der Wohnungseigentum gebauten Häuser. Das zahlt sich aus, eine Hand wäscht die andere.

Als Univ. Prof. Dr. Barta zufällig entdeckte, daß eine Randparzelle, einer bereits an die künftigen Wohnungseigentümer verkauften Liegenschaft, ein zweites Mal unter der Hand verhökert werden sollte, und zwar von der Gesellschaft "Wohnungseigentum" an die "Freunde des Wohnungseigentums", machte er eine Strafanzeige und "nix is geschehen. Das ist das Tiroler System, daß Strafanzeigen gegen bestimmte Unternehmen eingestellt werden."

Dipl. Ing. Erhard Kolbitsch läuft seit Jahren Sturm gegen die "kriminellen Praktiken der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften". Weil er "die Gerichte mit Klagen überlastet hat", versucht man ihn mittels Ferndiagnose als Querulanten zu entmündigen. Im Auftrag von Gemeinderat Hermann Weiskopf, Chef der Fraktion "Innsbrucker Mittelstand" einer ÖVP-Absplitterung, stellt der gerichtlich beeidete Statiker Kolbitsch fest, daß man in Innsbruck "in für Bürger lebensgefährlicher Weise die Bauordnung mißachtet". Nach seiner Expertise ist das Justizgebäude, das Chirurgiegebäude, das Terassenhochhaus Hungerburg I0b, das Gebäude der Frauen- und Kopfklinik, das Sternhochhaus der "Neuen Heimat" An-der-Laanstraße 20, die Wohnhochhäuser Schützenstraße 60 und 62, das Haus Maria Theresiastraße 15, und die Wohnhochhäuser der "Neuen Heimat Tirol" Reienauerstraße 92 und 93 bei einem Erdbeben einsturzgefährdet. Und Innsbruck liegt an einer Erdbebenlinie.

„Die Dehnfugen zur Stabilität der Hochhäuser fehlen, die tragenden Elemente sind nur draufgelegt. Vom Fundament führen Konstruktionsrisse bis in den letzten Stock, anstatt Beton hat man Dreckssuppe in die Fundamente geschüttet, die tragenden Säulen sind zu niedrig betoniert und aufgedoppelt. Als einzige bisher gesetzte Maßnahme der Verantwortlichen wurde Kalk in die Risse geschmiert.

In seinen Expertisen kommt Kolbitsch zu dem Schluß, daß die Wohnbaugesellschaften "nie die verbindlich vorgeschriebenen Ausschreibungen vorgenommen haben." Auffallenderweise seien regelmäßig Baufirmen zum Zug gekommen, wie die des Innsbrucker Vizebürgermeisters Arthur Krasovic.

Die Innsbrucker "Stadtzeitung" wurde aufgrund eines Berichtes von Kolbitsch über die Machenschaften der "Baumafia" beschlagnahmt. Der Beschlagnahmungsantrag wird damit begründet, daß der Leiter der Staatsanwaltschaft Innsbruck Hofrat Dr. Johann Daum beleidigt bzw. verspottet worden sei. In der inkriminierten Passage ging es um die Anzeige des Statikers in Sachen "Neue Heimat". Diese Anzeige stellte Daum persönlich ein. Die "Stadtzeitung" ätzte: "Dr. Daum erkannte also blitzschnell - in einer Maßnahme, die gegen die traditionelle Rechtspflege verstößt - daß eine Person nicht gegen sich selber ermitteln kann."

GERÜCHTE ÜBER KRIMINELLE PRAKTIKEN

Manchmal funktioniert das System aber auch viel eleganter als im Fall Kolbitsch. Als es Gemeinderat Weiskopf im Innsbrucker Gemeinderat folgenden Dringlichkeitsantrag einbrachte: „Der Bürgermeister wolle den Rechnungshofbericht über das Innsbrucker Bauamt der Staatsanwaltschaft zuleiten", reagierte man prompt. Dr. Dr. Alois Lugger leitete aber den Rechnungshofbericht nicht der Staatsanwaltschaft Innsbruck zu, sondern dem Präsidenten des Rechnungshofes, Dr. Tassilo Broesigke, der für die strafrechtliche Überprüfung gar nicht zuständig war.

Zitate aus dem hochbrisanten Rechnungshofbericht vom 5.2.81.

Punkt I76 .2.I.

„Frostschutzmittel wurden mit 200 kg angeboten, jedoch mit 2852 kg abgerechnet. Für die Bewehrung wurden 200 kg Rippentorstahl ausgeschrieben, aber 28907 kg verrechnet."

Punkt I74 2.8.

„Ein Vergleich mit dem Auftrag an den planenden Zivilingeneur zeigte, daß verschieden Planungsarbeiten sowohl in den Einheitspreisen der Baufirmen enthalten waren, als auch vom Planer verrechnet wurden ..." Der Rechnungshofbericht versandete genauso wie ein Revisionsbericht des zentralen Wiener Prüfverbandes über die "Wohnungseigentumsgesellschaft" nicht einmal den unmittelbar Betroffenen für Einblicke offenstand. Dipl. Ing. Günter Frank, der durch seine Beschwerden Anlaß für eine Prüfung der Wohnungseigentumsgesellschaft lieferte: „Da ging es um dubiose, weit überhöhte Heizungskosten, um Versicherungsprovisionen, die auf fingierte Namen bzw. Tote verrechnet wurden. Wegen eines eingebauten Fehlers wurde der Bericht nie veröffentlicht. Landesrat Zanon blieb auch einer diesbezüglichen Anfrage der FPÖ fern. Er war verreist und antwortete schriftlich: „Alles überprüft, alles in Ordnung ..." (Frank).

Sind das alles peinliche Schildbürgerstreiche oder beinharte Rechnungen? Wenn da zum Beispiel ein Parkdeck mit 6 Mio. Schilling ohne Baubewilligung ganz einfach "schwarz" gebaut und an die Wohnungseigentümer verrechnet wird, und jetzt auf Anordnung des Magistrats wieder abgerissen werden muß. Wenn man über I8 Stockwerke zusätzlich Stahlplatten nagelt, weil die Feuerpolizei feststellt, daß die sogenannte Wärmedämmung leicht entzündbar ist. Wenn man den Bewohnern deswegen auch Feuermelder aufzwingt. Wenn im Olympischen Dorf, wo es laut Romuald Niescher „kaum ein besseres Beispiel für gediegenere Baukontrolle in Innsbruck gibt". Wenn Zementsäcke irrtümlich zur Isolierung von Fensterbänken, Klebebänder zur Abdichtung von Fenstern von den Bewohnern notdürftig eingesetzt werden, und wo brokkenweise das Gesims abbricht ...

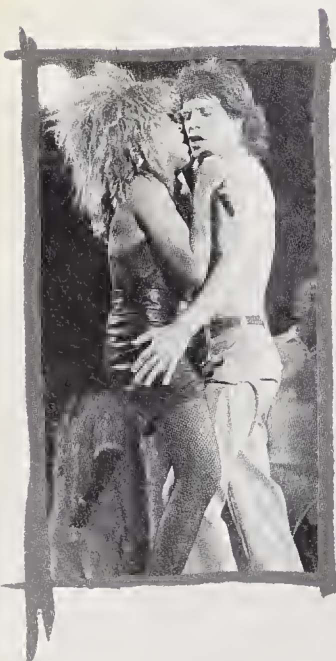
WIE HÖRT DAS AUF, WIE WIRD DAS WEITERGEH'N

Mittlerweile gehts voran, Geschichte wird gemacht. Man gibt sich nicht mehr mit Lapalien ab. Die Korruption schleicht auf leisen Sohlen und fliegt nicht beim Fenster herein. Bisher mußten die Bauträger zum Beispiel Preisnachlässe von Baufirmen an Wohnungskäufer weitergeben. Seit Februar 85 ist das anders. In einem Präzedenzfall stellte der Oberste Gerichtshof fest „was einen Juristen also wirklich aus den Socken haut", Originalton des Rechtswissenschafters Prof. Barta. „Die Gemeinnützigen dürfen Skonti einstreichen. Der Oberste hat so entschieden, obwohl er vor nicht einmal I5 Jahren das als Verbrechen behandelt hat." Wer die höchstrichterliche Judikatur in die Hand bekommt, der braucht sich keiner Kleinkriminalität mehr zu bedienen. Barta: „In Wien pfeifen es die Spatzen vom Dach, daß da einer ganz oben interveniert hat. Das hat eine Tiroler Wurzel und ein dickes Wiener Ende." Und ein sehr seriöser Richter am Oberlandesgericht hat gesagt, er warte nur mehr auf die Festestellung des Obersten, daß das Schmieren Gewohnheitsrecht ist in Österreich. ●

Food Power

Der 13. Juli sollte den Tag einer neuen Zeitrechnung markieren. Band Aid fiel über die Welt her — In Äthiopien, im Sudan, in Brasilien, Kolumbien oder Indien wird indes weitergehungert. Wieder einmal gab's Geld für ein paar Hungernde, aber nicht für die agrarischen Umstrukturierungsprogramme der afrikanischen Regierungen.

,,Es ist viel besser, statt Gewehrkugeln Scheffel von Getreide auszutauschen'', so schön fand schon Nixons Landwirtschaftsminister Earl Butz das neue Machtmittel ,,food aid''. Ist Band Aid besser? Oder zementiert das humane Gehabe nur weiter die Abhängigkeit der unterentwickelten Länder? Sicher ist: Band Aid ist nicht mehr als ein ,,Heftpflaster'' auf die klaffenden Wunden der Hungerländer — und gleichzeitig ein Feigenblatt, das bunt schillernd die westliche Schuld an Afrikas Charakteristika Nr. 1, dem Hunger, verdecken hilft.



Die Welternährungssicherheit ist eine gemeinsame Verantwortung der Menschheit. Das Endziel besteht darin, sicherzustellen, daß alle Menschen zu allen Zeiten in der Lage sind, die von ihnen benötigten Grundnahrungsmittel zu kaufen oder sich zu beschaffen." Als dieses Zitat aus der FAO-Charta für Welternährungssicherheit Ende Juni durch die Presse ging, liefen in der Londoner Zentrale des Band-Aid-Trust die Vorbereitungen noch auf Hochtouren.

Die „größte Show der Welt" — zwei Monsterkonzerte in Philadelphia und London — sollten über die Bühne gehen; für die Hungernden in Afrika. Gewiß ist, daß sich die Erwartungen der meisten erfüllten, vor allem jene des Band-Aid-Trusts, der Anfang September rund 40 Millionen Pfund Sterling auf seinem Konto hatte. Man hatte sich nicht verkalkuliert: die relativ hohen Eintrittspreise — etwa 800 Schilling pro Stück — gingen weg wie die warmen Semmeln; hatte man doch mehr als 50 der Rockstars der Welt einspannen und überreden können, kostenlos beim weltgrößten Simultankonzert aufzutreten; über 180.000 Anrufe von Spendern pro Stunde in den USA und Europa bezeugten, daß die Welt im Banne des „Live Aid", der Hilfe für Afrika, stand — zumindest für die Stunden des „organisierten Chaos".

Last not least wurde mit dieser einmaligen Show auch ein neues Idol groß. „That's what I call British spirit!", soll die eiserne Lady Thatcher bei seinem Erscheinen ausgerufen haben — der 33jährige Ire Bob Geldof rückte ins Rampenlicht und gar manche haben gefragt: „Isn't he a saint?" Als Anwärter auf den Friedensnobelpreis, für Ehrendoktorate auserkoren und zu zahlreichen Tischen in die Nobeletage der britischen Gesellschaft geladen, verkörpert er jene widersprüchlichen Eigenschaften, die auch manch mißtrauische Stimme laut werden ließ. Wenn einer gleicherweise von arbeitslosen Punks und der Lady Di — die die Schirmherrschaft über das Live Aid Konzert übernommen hatte — im Namen der Humanität umarmt wird, dann muß wohl was faul sein.

Sicher, das äthiopische Kind, dem das Überleben gesichert wird durch den Band-Aid-Trust und seine Einnahmen, wird nicht später einmal einen Unterschied machen, ob es sein Leben einem Manager, der mit der Spende sein Gewissen beruhigt, oder der alten Frau, die sich das Geld buchstäblich vom Mund abspart, zu verdanken hat. Ganz zu schweigen davon, daß es bei dieser Betrachtungsweise völlig irrelevant ist, ob sich einige Künstler nur auf die Bühne stellten, um ihre Publicity zu erhöhen und ihre Plattenverkäufe zu steigern. Wir leben nun einmal in einer Gesellschaft, die selbst aus Solidaritätsaktionen, für die Ärmsten der Welt, noch Kapital in Form klingender Münze schlägt. Dem wird sich keine noch so hehre Aktion entziehen können.

Text und Fotos von Viktor Paul und Ariane Pitamic







Bis in die letzten Dörfer Afrikas ist die neukoloniale „Kultur" vorgedrungen. Westliche Entwicklungshilfe erfolgt mit dem erklärten Ziel, sich durch Hilfeleistung „Einfluß und Märkte zu sichern".





,,Ich habe gehört, . . . daß Leute in der Ernährung von uns abhängig werden können . . . Für [illegible] das eine gute Nachricht, denn ehe jemand irgend etwas tun kann, muß er zu essen haben. Und wenn wir nach einem Weg suchen, wie man ander[illegible] bring[illegible] sich an uns anzulehnen und in ihrer Zusammenarbeit mit uns in Abhängigkeit von uns zu geraten, dann scheint mir, daß Abhängigkeit in der Ernährung eine großartige Sache wäre."

US-Senator Hubert Humphrey, einer der Väter der ,,Food Aid", 1954.



In Ermangelung anderer Energiequellen wurde in den heutigen Dürregebieten radikaler Raubbau an den Wäldern getrieben. Das deklarierte Ziel der Wiederaufforstung von zehntausenden Hektar erfordert freilich mehr Mittel in finanzieller und technischer Hinsicht, als ein unterentwickeltes Land zur Verfügung hat. Ein aus der Katastrophe geborener und deswegen nicht immer populärer Schritt ist die Umsiedlung von Dürreopfern in fruchtbare Landesteile.

Die Tatsache, daß der Zweck erfüllt wurde — nämlich ungeahnte Summen lokker zu machen für die Hungernden in Afrika — genügt. Und unleugbar ist, daß Musik als Freizeit-Beschäftigung Nummer eins der meisten Jugendlichen dazu beigetragen hat, zumindest vorübergehend eine Bewegung zu initiieren. Die eigenen Leitbilder haben politisch zu handeln begonnen, die Welt kann durch Musik zwar nicht verändert werden, aber sie kann dazu beitragen. „Live Aid" eröffnete damit auch eine neue Qualität: als Hebel zur Bewußtwerdung, daß unsere Welt keine einheitliche ist, daß Menschen in dieser Welt der Satten täglich zu tausenden verhungern.

Band Aid heißt im englischen Doppelsinn des Wortes auch „Heftpflaster". „Es kann die Wunde zwar nur schützen, aber nicht heilen", sagt Geldof folgerichtig. Und das trifft genau den Punkt — den Geldof aber bisher noch nie weiter (exakter) ausgeführt hat. Auch von den Erwartungen jener, für die die Monstershow offensichtlich gemacht wurde, war noch nie die Rede.

Nach Aussage von Philip Rusted, der die organisatorische Treuhänderschaft der weltweit gesammelten Spendengelder innehat, sehen die Gesellschafter des Band-Aid-Trust ihre vornehmliche Aufgabe in der Zuteilung der Gelder an alle jene humanitären Organisationen, die sich an sie wenden. So bekam zum Beispiel auch Karl-Heinz Böhm für seine Stiftung „Menschen für Menschen" 260.000 Pfund Sterling.

Als die eingangs zitierte Welt ernährungsorganisation FAO Ende Juni die Charta für Welternährungssicherheit — mit der Gegenstimme der USA — verabschiedete, betonte FAO-General direktor Edouard Saouma: „Angesichts der stark unterschiedlichen Umstände in verschiedenen Gebieten hinsichtlich der Nahrungsversorgung können Maßnahmen, welche an einem Platz oder in einer Situation zweckmäßig sind, anderswo nicht angemessen sein. Maßnahmen zur Erhöhung der Ernährungssicherheit müssen sorgfältig, entsprechend den spezifischen Problemen, die sie lösen sollen, zugeschnitten sein." Relevanz erhält dieser Abschnitt der Charta zusätzlich durch den Nachsatz: „Nahrung sollte nicht als Mittel benutzt werden, um politischen Druck auszuüben."

Die neue FAO-Charta wurde geschrieben, nachdem die Katastrophe über Äthiopien längst hereingebrochen war. Damals, im Dezember 1984, auf dem Höhepunkt des massenhaften Hungertodes, klagte der britische Geistliche Charles Elliot die Regierung der USA und Großbritanniens des vorsätzlichen Mor des an. Beide Länder hätten in Kenntnis des bereits einsetzenden Massensterbens mit voller Absicht Hilfslieferungen zurückgehalten, in der Hoffnung, damit das Regime in Addis Abeba zu stürzen. Politische Strategie, die den Tod Hunderttausender bewußt in Kauf nimmt.

Der Zynismus dieser Art von Politik äußert sich auch in der Feststellung der ehemaligen UNO-Chefdelegierten der Rea gan-Administration, Jeane Kirkpatrick: „Mit Entwicklungshilfe der USA können nur jene Länder rechnen, die in der UNO wie die USA stimmen."

Es ist nicht egal, wer Hilfe leistet, wann, und warum. Moralische Beweggründe zu spenden, so unbezweifelbar positiv sie zu beurteilen sind, genügen angesichts der spezifischen Situation in Schwarzafrika, im besonderen in bezug auf Äthiopien, nicht. Denn der Tisch des Lebens wird von den Mächtigen gedeckt — nach dem bekannten Motto: Wer zahlt, schafft an. Hier gelten keine Überlegungen humaner Art, hier gilt das Gesetz des Marktes, das Gesetz des Stärkeren. Und deswegen kann sich keine noch so große und gelungene humanitäre Aktion oder Organisation aus der politischen Verantwortung ziehen. Wenn rund 500 Millionen Menschen dieser Welt hungern bei einer Getreideproduktion von fast zwei Milliarden Tonnen jährlich, dann geht es auch um die Frage nach dem warum.

Als 1975 die äthiopische Regierung die Relief and Rehabilitation Commission (RRC) gründete, die später als effektivste Organisation ihrer Art auf dem afrikanischen Kontinent gelten sollte, stand zwar noch keine Dürrekatastrophe bevor, rechnen mußte man aber damit. Öko logisch völlig zerstörte Landstriche im Norden des Landes — durch jahrhundertelanges Abholzen des einzigen Energieträgers, war der Waldbestand auf nur vier Prozent geschrumpft, der Boden konnte weder Wind- und Sonneneroision noch sindflutartigen Niederschlägen etwas entgegenhalten, die agrarischen Erträge gingen aufgrund der Überstrapazierung des Bodens durch die vorherrschende extensive Bebauung stetig zurück — mußten bei auftretender Dürre Katastrophen hervorrufen. Daran änderten die Bemühungen der Regierung, so schnell wie möglich zu einer tragfähigen Infrastruktur zu kommen, wenig. Allzu kurz war der Zeitraum, allzu ungleich die Startpositionen beim Wettrennen mit der Zeit.

Aus eigener Kraft war die Katastrophe nie bewältigbar. Nicht nur angesichts des gigantischen Aufholbedarfes seit dem 12. September 1974, dem Tag, der das Ende der autokratischen Herrschaft des Kaisers Haile Selassie markiert und das Ende des Feudalregimes. Denn zugleich — als sich abzeichnete, daß die Revolution nicht nur einen Wechsel im Aushängeschild der Machthaber bedeutete, sondern von Beginn an einschneidende Reformen in antikapitalistische Richtung erkennen ließ — waren jene auf den Plan gerufen, die ihre „vitalen Interessen" in jenem Gebiet bedroht sahen.

Äthiopien hat aufgrund seiner sozialökonomischen Ausgangssituation — das Land galt und gilt als eines der ärmsten der Welt — Entwicklungshilfe und Unterstützung in allen Bereichen dringend nötig. Die Revolution von 1974 hat aber das Gegenteil bewirkt — die Hilfe des Westens wurde schlagartig um fast 90 Prozent gekürzt. Nachdem Äthiopien „nicht mehr wie die USA abstimmten", sah das benachbarte Somalia eine Chance, die Dollar-Millionen nach Mogadishu umzudirigieren.

Wie die großbürgerliche „Presse" feststellte, wird Somalia seit zehn Jahren „mit Entwicklungshilfe richtiggehend vollgepumpt". Pro Kopf der 5-Millionen-Bevölkerung erhielt das Land 103 Dollar, also umgerechnet über zehn Milliarden Schilling. (Im gleichen Zeitraum bekam Äthiopien von der US-Regierung nur zehn Millionen Schilling). Die „Presse" bezeichnet Somalia in diesem Zusammenhang als „Friedhof der westlichen Hilfe". Der Clan um Präsident Siad Barre wird für sein gefälliges Abstimmungsverhalten also fürstlich bezahlt. Aber — und hier irrt „Die Presse" — nicht nur darum geht es, sondern, wie der konservative britische Entwicklungshilfeexperte, Lord Peter Bauer, richtig formulierte, es geht auch „um politische und kommerzielle Motive, da man sich mit Hilfeleistungen Einfluß und Märkte sichern kann".

Der afrikanische Markt besteht für die USA hauptsächlich im Rüstungsgeschäft. Kredite und Entwicklungshilfe bekommen in erster Linie jene Länder, in denen die USA Militärstützpunkte unterhalten. In vier afrikanische Staaten — neben Samolia noch Kenia, Liberia und Sudan — fließt nicht weniger als 50 Prozent der US-Entwicklungshilfe.

„Restafrika" muß sich mit ähnlichen Beträgen wie Äthiopien begnügen. Dabei zählen nicht weniger als 26 afrikanische Staaten zu der Kategorie der „am wenigsten entwickelten Länder", zu der in der restlichen „Dritten Welt" nur noch zehn Länder gehören.

Nach Entwicklungspolitischen Kriterien wird die US-Hilfe allerdings nie vergeben. Von wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten kann beispielsweise in Somalia keine Rede sein. Aber darum geht es bei dieser Art von „Entwicklungshilfe" auch gar nicht.

Es geht den USA um die Beibehaltung der von ihr dominierten Wirtschaftsordnung. Für die Entwicklungsländer heißt diese Ordnung: Verfall der Rohstoffpreise, Steigerung der Preise für die notwendigen Industriegüter und technischen Hilfsmittel, gigantische Verschuldung bei ständig steigenden Zinsen, aufgezwungene exportorientierte Agrarproduktion, Import von lebenswichtigen Nahrungsgütern usw.

Heute, 25 Jahre nach der Befreiung der meisten afrikanischen Länder vom Kolonialjoch, steht es um Afrika schlechter denn je. Wen wundert es, wenn heute die Weltbank in ihrem 8. Entwicklungsbericht eine Erhöhung der Auslandsverschuldung der ärmsten Länder Afrikas fordert? Ist doch — nach Ansicht des Westens — die Lage Afrikas und aller Entwicklungsländer gekoppelt an das westliche Industriewachstum.

Im Fachausdruck nennt sich



„Afrika darf seine Kinder nicht hungern lassen, nur um seine Schulden zu bezahlen", sagt Julius Nyerere. Aber Afrika muß seine Lebensmittel exportieren, um die notwendigsten Maschinen und Geräte zu kaufen, Afrika muß Kredite aufnehmen, um seine Schulden bezahlen zu können.

das „Interdependenz". Gemeint ist: „Wir" — die Industrieländer, egal ob Ost oder West, und die Entwicklungsländer, ohne Unterschied ihrer spezifischen Probleme — sitzen alle in einem Boot. Also: Wenn es der Weltwirtschaft schlecht geht, müssen alle zu ihrer Sanierung beitragen. Unterstützt gehört natürlich vorrangig die marode Wirtschaft des Westens, denn sie ist das Zugpferd. Hat sie sich einmal erholt, erholen sich in ihrem Schlepptau irgendwann auch die Entwicklungsländer.

Diese Praxis ist freilich kein Honiglecken. Die Entsprechenden „Sanierungsprogramme" des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, haben für alle Entwicklungsländer eine durchgehende Charakteristik: Die Kürzung öffentlicher Ausgaben durch Streichung sozialer Programme — mit der Konsequenz von Reallohnsenkungen, Arbeitslosigkeit, von Massenelend, Hunger und Tod. Ziel: Eine Anpassung der nationalen Wirtschaften an eine weltmarktorientierte, also den Banken und Monopolen dienliche Ökonomie. Geld — sei's zur Schuldentilgung oder für Investitionen — bekomt nur, wer sich dem Diktat des Kapitals beugt. Im Fall Äthiopien etwa lauteten die Bedingungen des IWF unmißverständlich: Abwertung der Währung, Kürzung der sozialen Leistungen, Streichung der Subventionen für Waren des Grundbedarfs, Rücknahme der Nationalisierungen — kurz: „Schaffung einer freien Marktwirtschaft." Erst dann gibt's wieder Dollars . . .

Die Finanzströme zwischen Entwicklungsländern und kapitalistischen Industrienationen sind heute längst so wichtig wie die Handelsbeziehungen, wenn nicht sogar wichtiger. Der zitierte Bericht der Weltbank besagt, daß die Verschuldung der Entwicklungsländer weiter erhöht werden muß, damit sie mit „gespendetem" Geld jene Waren aus den Industrienationen kaufen können, die dort im Übermaß produziert werden und aufgrund der internationalen Wirtschaftskrise keine Abnehmer finden. Aber es geht nicht darum, daß es den Armen besser geht, sondern, wie es auch im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe 1985 bis 1987 heißt, „um die Steigerung der Kaufkraft und die Erhöhung der Aufnahmefähigkeit der Märkte der Dritten Welt." Denn: „Alle erforderlichen Maßnahmen (im Rahmen der Entwicklungshilfe) nützen letztlich auch dem Geber."

Die Entwicklungsländer lassen sich heute weniger als früher vom Glanz des Geldes blenden. Sie analysieren und kommen — wen wundert's? — dabei zu radikalen Formulierungen: „Man braucht nicht scharfsichtig zu sein, um zu entdecken, daß der Wohlstand, der jetzt in den meisten imperialistischen Ländern existiert, auf Kosten der unterentwickelten Länder — unserer Länder — entstanden ist. Wenn Afrika heute zugrunde zu gehen droht an Miseren und der grausamsten Armut, ist das ein Resultat der Sklaverei, der Kolonisation, des Neokolonialismus und der imperialistischen Aggression, organisiert sogar noch auf Kosten Afrikas", heißt es in einem Beitrag Benins vor der UNO-Vollversammlung.

Was aber kann getan werden, um dieser Krise, von der UN-Generalsekretär Perez de Cuellar auf Afrika bezogen sagte, sie sei „ein Krieg, der mehr Menschenleben bedroht, als jemals zuvor irgendein Krieg in der Welt", wirkungsvoll zu begegnen? Genügt es, wenn heute hundert Lastzüge mehr, gespendet vom Band Aid Trust, auf den Straßen Äthiopiens und des Sudan verkehren, um Trockenmilch, Weizen, Dekken, Zelte und Medikamente — alles korrekt bezahlt — zu den Dürreopfern zu bringen? Muß nicht diese letale Beziehung zwischen Geldgebern und Bettlern ein Ende finden, eine Beziehung die bei uns noch als großer Akt der Humanität gefeiert wird?

Die meisten Entwicklungsländer, insbesondere die Länder Afrikas, sind sich mittlerweile einig, daß es „an der Zeit ist, zu begreifen, daß der Kampf gegen den Hunger, zugleich ein Kampf für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung ist, die auf die Interessen der Völker Rücksicht nimmt", wie auf der erwähnten UNO-Entwicklungsländer-Konferenz, von der Vertreterin Burkina Fassos festgestellt wurde.

Die Entwicklungsländer, aus denen Jahr für Jahr Beträge in die kapitalistischen Zentren abfließen, die die sogenannte Entwicklungshilfe und alle gesammelten Spendengelder um ein Hundertfaches übersteigen (allein in den siebziger Jahren pumpten Banken und Multinationale Konzerne rund 40 Milliarden Dollar aus Afrika heraus!), deuten die Beziehungen in der Welt heute anders als vor 25 Jahren, als sie den abziehenden Kolonialmächten ihre Ideologie noch glaubten: Arbeite schwer, und du wirst wohlhabend sein. Tansanias Präsident Nyerere formulierte den Bewußtwerdungsprozeß: „Die sogenannte Neutralität des Weltmarktes stellte sich heraus als Neutralität zwischen Ausbeuter und Ausgebeutetem, zwischen einem Raubvogel und seinem Opfer. Wir haben keinen Fortschritt gemacht; wir kamen lediglich aus der Bratpfanne in die Tiefkühltruhe!" ●

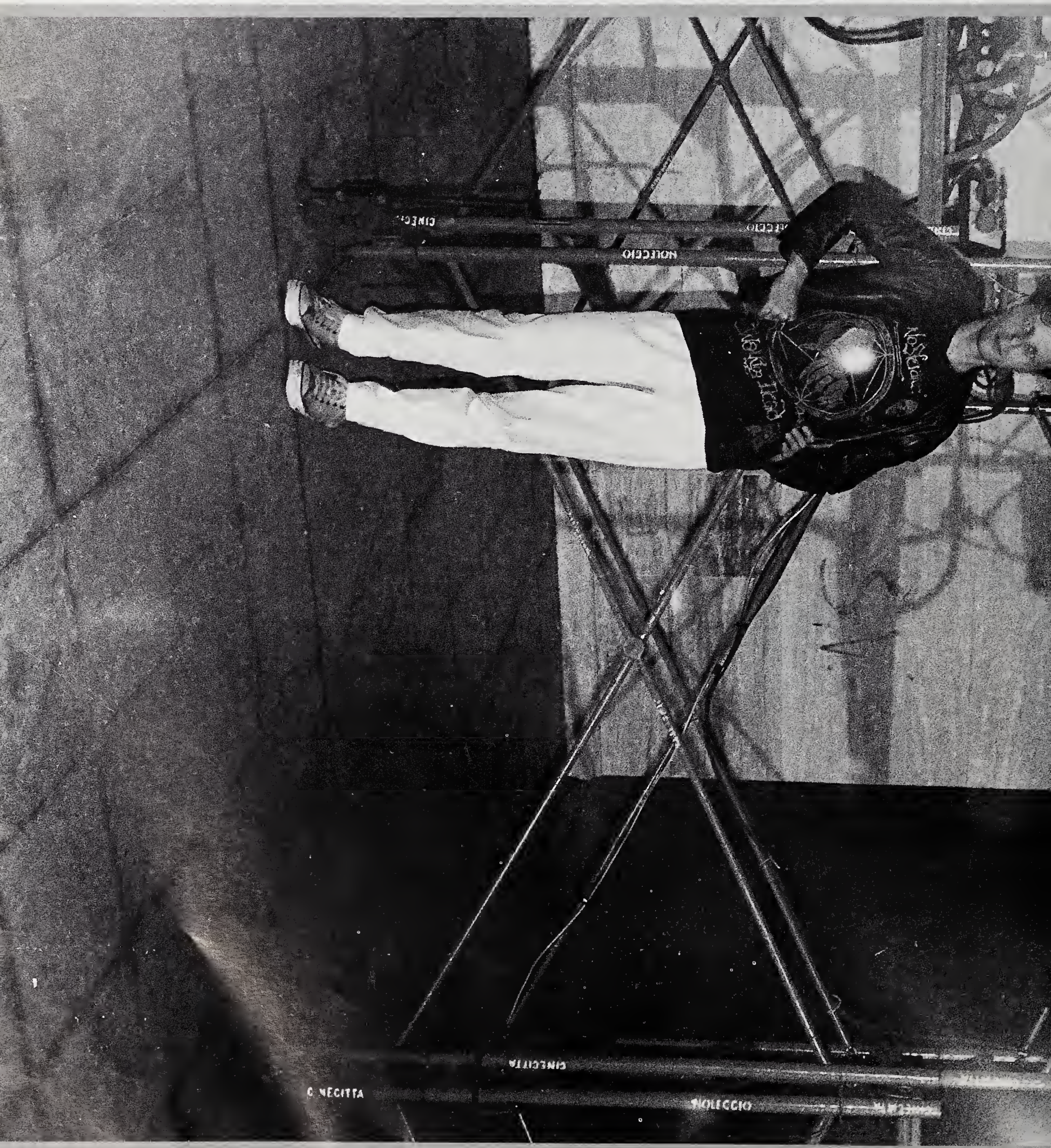
Libyan Motors Company



Libyan Motors Comp., Mohamed Elmigarief Straße, Tripoli/ Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Jamahirija

MOSTRA INTERNAZIONALE DEL CINEMA

BIEN



NALE 85

Es heißt "Rom, die ewige Stadt" und es heißt "Paris sehen und sterben". Über Venedig spricht man anders. Diese Stadt segnet möglicherweise noch früher das Zeitliche als wir. Liegt nun auch das Filmfestival am Lido in den letzten Zügen?

Reinhart Jud über die Biennale 85

Mitternächtliche Diskussion vor dem Casino (Reporter R. Jud, links, Starlet Leila Leeds aus Las Vegas, rechts).

SZENARIO

„Wie war die belgische Party?", fragt mich ein Herr um die fünfzig sehr distinguiert. Es ist halb elf Uhr abends, wir sitzen auf der Terrasse der Lion's Bar, jenem Lokal mitten im Festivalgelände, das als Anlaufstelle für das Vor und Nach dem Kino gilt. Die Zeiten, in denen man noch erregt über Filme und deren politische und soziale Inhalte diskutierte, sind längst dahin.

Mein Tischnachbar, ein Vertreter des deutschen Feuilletons, versucht mir einzureden, daß die allgemeine Apathie der 80er Schuld daran habe. Das ist alles Geschwätz. Vielmehr ist es die Ungeniertheit unserer Zeit, die nach jahrzehntelanger Verkleisterung endlich wieder das wahre Antlitz der Dinge zum Vorschein bringt. Festivals sind eben eine stinkbürgerliche Angelegenheit. Man möchte ein halbwegs massenadäquates Unterhaltungsmedium zur Kunstform erklären und schafft den entsprechenden Rahmen herum. Protzig geschmückte Pforten, die Abriegelung davor, die freundlichen Hostessen, die den Erlesenen und Auserwählten den Weg dort hindurchlotsen. Ich war einer von ihnen. Man gab mir einen Festivalpaß in Gold. Damit hatte ich schon gewonnen.

Von allen Festivals ist Venedig das Bürgerlichste. Hier achtet man noch penibel darauf, die Hallen der Muse -anders als in Berlin oder Cannes- von den Messeständen der Verleihfirmen freizuhalten.

Hat man erst einmal vom Bahnhof aus über den Canale Grande die sterbende Stadt durchquert und am Fin de Siecle-dampfenden Lido angelegt, wirkt dieser Luxus kaum noch anachronistisch.

Die Region platzt vor Geld aus den Nähten.

Aber ich muß den moralischen Zeigefinger gleich wieder senken. Es war auf dem Schweizer Presseempfang im Hotel „Des Bains", das damals als Schauplatz für Viscontis „Tod in Venedig" diente, wo ich die beiden süßen beundesdeutschen Journalistenkolleginnen Mechthild Hoter und Heike Melbe Fendesl traf. Es war auf dem Höhepunkt der Party und Heike sollte, wie es die Etikette des Anlasses gebietet, anezogen in den Schwimmingpool gestoßen werden.



Metapher Eiszeit: „Nicht nichts ohne Dich“ von Pia Frankenberg.



Der erste Preis: „Sans toit ni loi“ von Agnes Varda.

ZEIT DER IDIOTEN

Kommen wir zu den Filmen: Bei allem Hedonismus, der auf dem Lido ringsum geboten wird, muß man sich an die gequälte Ernsthaftigkeit, Bedeutungsschwere und Grübelei, die zum Großteil auf der Leinwand stattfindet, erst einmal gewöhnen. Ein Paradebeispiel dafür ist Alain Tanners „No Man's Land“. Hier geht es um eine Gruppe entwurzelter Seelen, die sich auf illegalen Grenzgängen zwischen der Westschweiz und Frankreich in abgestandene Aussteigerphantasien verspinnt. Ihr penetrantes Gefasel über das Nichts, das Absurde und die Heimatlosigkeit begegnet uns kaum variiert in „Nicht nichts ohne Dich“, der Hamburgerin Pia Frankenberg und „A strange Love Affair“ der Belgier Eric De Kupper und Paul Verstraten wieder. Das sind Filme von Leute, denen längst jedes Gefühl für Zeit und Leben abhanden gekommen ist. Ihre Geschichten drehen sich weniger um reale Personen im hier und heute, als um holprige Metapher der Tristesse. Beliebteste Schauplätze sind Hotelzimmer, Bahnhöfe, leere Kneipen, Zollzonen und, als Verweis auf das Utopische, Flughäfen.
Im Gegensatz zu diesen ranzigen Existenzialistenschinken, in denen die Regieseure wenigstens noch zugeben, daß sie längst nichts mehr zu sagen haben, widmet man sich in den klassischen Wettbewerbsfilmen weithergeholten Scheinproblemen. Das sind die großen Repräsentationswerke, die Lieblingskinder aller Festivals.
Im islamischen Beitrag „Mama Ebe“ beispielsweise, geht es um eine Wunderheilerin, die wegen Scharlatanerie vor Gericht steht. „Pervola“ aus Holland schildert den Erbstreit zweier ungleicher Brüder im verschneiten Finnland der Dreißigerjahre. Und in „Vergeßt Mozart“ darf man endlich erfahren, wer das Genie wirklich ermordet hat: Nicht der Kammerdiener, sondern der Besitzer eines Wachsfigurenkabinetts. Diese Filme sind handwerklich durchaus sauber, schauspielerisch gut und in der Story solide durchkonstruiert. Sie sind nur entsetzlich langweilig und uninteressant.
Die genialste Beschreibung solchen Kunsthandwerkes liefert Menachem Golam, der Produzent des Portugiesischen Beitrags „The Satin Slipper“. „Spätestens in den ersten zwanzig Minuten schläft dabei jeder ein“, kalkuliert er m Beisein des Regiesseurs Manouel de Oliviera, „nur einer bleibt wach. Und der erzählt dann allen anderen, daß sie ein Meisterwerk verpennt haben.“
Österreich ist im Reigen der Offiziellen abwesend. Aber es macht trotzdem Furiore. Wild gestikulierend poltert nämlich Jerzy Skolimowski durch das Pressezentrum und wütet über die größenwahnsinnigen Allüren von Klaus Maria Brandauer, dem Darsteller des Nordseedramas „Lightship“. Der Ex-Boxer ließ sich seinen Film vom Wiener Burgtheatermimen aber nicht vermasseln. „Lightship“ erhielt von der prominent mit Eugene Ionesco und John Schlesinger besetzten Jury eine verdiente Auszeichnung. Ebenso wie „San toit ni loi“ von Agnes Varda, dem eindrucksvoll inszenierten Leidensweg ein er Gammlerin in Nordfrankreich und „Police“ von Maurice Pialat.
Die Franzosen Varda und vor allem Pialat, dessen intensive Love Story zwischen dem Bullen Gerard Depardieu und dem hinreißend pummeligen kriminellen Flittchen Sophie Marceau als Glanzlicht des Festivals flammte, zählen zu den letzten Vertretern des klassischen Autorenfilms.

STARS, STARS, STARS

Mit derselben Angestrengtheit, mit der man ein ernsthaftes, autarkes und repräsentatives europäisches Filmschaffen aufrechterhalten möchte, obwohl längst schon alles im Graben liegt, versucht man auch, nach einem letzten Stück Glamour und Flitter zu haschen. Es genügt ein leises Gerücht und schon schwärmen die Pressefotografen aus, um einen großen Namen zu belagern. Dabei haftet heutzutage an Filmschauspielern kaum noch etwas, was man mondän oder exquisit nennen könnte. Als Mel Gibson abwartend und lässig im Verleihbüro lehnte, hielt ich ihn für einen jungen italienischen Reporter, Und Gerard Depardieu bemerkte ich überhaupt erst, nachdem ich auf der dicht belebten Treppe des Hotels Ex celsior direkt in ihn hineingelaufen war.
Zumeist ist ihnen der Rummel um ihre Gesichter auch unangenehm. Scott Glenn, der Star in Lawrence Kasdans Westernrevial „Silverado“, zog sich gleich nach seiner Ankunft ganz weit entfernt mit seiner Ehefrau am Strand zurück. Ebenso Dustin Hoffman, der sich unerreichbar in den Zimmerfluchten seines Hotels verbarrikadierte. Den nervösen Fingern der Bilderhungrigen blieb darauf nichts anderes übrig, als mit einer peinlich inszenierten Aerobicshow zappeliger italienischer Missen Vorlieb zu nehmen.
Pech hatte Jane Birkin. Wegen ihres gebrochenen Beins konnte sie sich nur auf Krücken fortbewegen. Als sie die Premiere ihres neuesten Films „Dust“ verließ, übrigens ein schrecklich prätentiöses Machwerk über Apartheidspolitik und Frauenunterdrückung, brauchte sie eine halbe Stunde, um die Plaza zu überqueren. Die Fotografen hatten endlich ein Opfer gefunden, das nicht davonlaufen konnte.

HAIL HAIL ROCK'N'ROLL

Wie ich beim anschließenden Interview feststellte, ist Jane Birkin ein liebes, aufgeschlossenes, großgewordenes Mädchen.— Wirklichen Glanz und Glamour findet man wahrscheinlich nur noch in internationalen Großproduktionen. Dazu gehört „Legend“, das britische Mädchen um die Mächte des Lichts und der Finsternis, perfekt inszeniert von Ridley Scott („Blade Runner“), als Eröffnungsfilm lief. Oder „Mad Max Beyond Thunderdome“ vom Australischen George Miller. Miller beschrieb mir sein Kino als Fluchtmittel in die Welt der Träume, das in den Körper fährt wie eine Droge. Im täglichen Einerlei flauer Festivalsstreifen, habe ich diesen Rennern so sehnlich endgegengesehen, wie ein Kind dem kommenden Weihnachtsfest. Die Spielberg-Produktion “Back to the Future“ von Robert Zemeckis hat diese Erwartung noch um Längen übertroffen. Der Film ist großartig und genial. Und viel mehr, als daß es um Zeitreisen, Rock'n-'Roll und die 50er Jahre geht, will ich gar nicht verraten.
Spielberg hat auch Kevin Reynolds Road Movie “Fandango“, einen schmal budgetierten Erstlingsfilm um vier High-School-Boys und deren absurden Abenteuer in den Badlands von Texas produziert. Der Hauptdarsteller Kevin Sostner, uns allen bereits aus Lawrence Kasdans glorreichem, zwei Tage davor gelaufenen Edelwestern „Silverado“ bekannt, entpuppte sich damit endgültig zur Endeckung des Jahres.



Die Rückkehr des Westerns: „Silverado“ von Lawrence Kasdan.



Überraschungsfilm: „Letter To Brezhnev“ von Chris Bernard.

Er erhielt minutenlange Standovationen, die er am Tag darauf lässig mit „Great, I could'nt belive it“ kommentiert.
Ein weiterer leichtfüßiger, sehr sympathischer und herzzerbrechend menschlicher Erstlingsfilm ist „Letter To Brezhnev“ vom Britischen Regisseur Chris Bernard. Hier geht es um eine junge Herumtreiberin in Liverpool, die sich nach einem one-night-stand mit einem russischen Matrosen auf Landurlaub rasend in diesen verliebt und – siehe Titel – einen Brief an den obersten Sowjetführer schreibt, um ihm nachreisen zu können. Ich habe Bernard und sein Team, den Drehbuchautoren und die beiden Dastellerinnen getroffen. Diese Leute sind völlig verückt und besessen und ich hoffe, daß„ Letter To Brezhnev“ auch hierzulande über die Leinwand flimmert.
Filme wie „Fandango“ und “Letter To Brezhnev“ fallen auf dem Lido völlig aus dem Rahmen. Sie treten für ein Lebensgefühl ein, für das es hier wenig Verständnis gibt, wie ich Morgen für Morgen feststellen muß, wenn ich dreckig und verkatert, an den abstößig musternden Blicken der Ordnungshüter vorbei, durch die Absperrung stelze. An amerikanische Großproduktionen hat man sich gewöhnt. Die sind zwar auch nicht sehr vornehm und adrett, aber sie bringen Geld ins Haus. Und Geld stinkt nicht.
Nicht gewöhnt, obwohl hunderte Teenies täglich Schlange stehen, und zur Hälfte wieder abgewiesen werden, hat man sich an die Videoclips. Dafür hat man uns den miesesten Raum des ganzen Festivals, einen unklimatisierten, engen Schlauch mit einziger Leinwand reserviert. Was nützt es Ihnen, wenn ich jetzt schreibe, daß ich Video-LPs von vierzig Minuten Länge gesehen habe? Videokompliationen mit Spielfilmhandlungen, wie “Labour Of Love“ von Berard Rose? Oder das Science-Fiction-Video mit der neuen britischen Kultfigur „Max Headroom“? Diese Produktionen werden nie in einer Sendeleiste unseres staatlichen Fernsehanstalt landen und Sie werden nie nachpfüfen können, ab sie wirlich so toll sind, wie ich es Ihnen gerne beschreiben würde.

Holter den Lido verlassen hat, ohne mir einen Abschiedskuß zu geben. Und plötzlich geschieht es: Ronee Blakley steht da mitten unter uns. Ronee, der Country-Star aus Amerika. Die Schauspielerin, die jahrelang mit Wim Wenders liiert war. Kurz läßt sie ihren Blick über die geknickte Gesellschaft gleiten, dann bewegt sie sich in die Bar. Sie ist ganz allein, überlege ich mir. Ich könnte ihr nachtorkeln. Und ich könnte ihr zuflüstern: „I love you so much my darling“. Aber ich kippe noch einen Schluck in mich hinein und lasse die Zeit dahinfließen. Jetzt kommt sie wieder raus. Sie ist ganz in Schwarz und trägt ein kokettes kleines Damenhütchen. Lautlos gleitet sie in die Nacht hinaus. Mit einer ganz, ganz kräftigen Schlagseite. „Goodbye Ronee“, denke ich mir, „Goodby Venedig“. ●



Regisseur Chris Bernard und sein Team (C. Bernard dritter von rechts).

LIEBE UND ALKOHOL

So sitze ich nun auf der Terrasse der „Lion's Bar“, um meinen angestauten Kummer im Alkohol zu ertränken. Mittlerweile ist es drei Uhr Morgens, die Gäste sind spärlich geworden, der Chef hat längst das Laternenlicht abgedreht. Ich trinke, weil das Festival morgen zu Ende geht, weil ich wieder zurück an die Arbeit nach Wien muß und weil Mechthild

mia ged s baakoed
duach s bluad
si frogt en ana dua:

hosd nix bemeagt . . .?
hosd as ned xeng . . .?
(H. C. Artmann 'wos unguaz')

Kein Grund zur Beunruhigung!

Seit sechs Wochen stehen die Betroffenen nun schon unter strenger Quarantäne. Das Sicherheitsbüro ermittelt zwar, gibt aber keinerlei Ergebnisse bekannt und auch die Staatspolizei hüllt sich in Schweigen. Bis heute wurde keine einzige Verhaftung vorgenommen. Indizien liegen angeblich nicht vor, die Behörden sind vorläufig damit beschäftigt, wie der Leiter des Sicherheitsbüros erklärte, zu ermitteln, welches Verbrechen tatsächlich vorläge.

Der Verdacht, die Affäre habe mit dem rätselhaften Verschwinden des Josef Cap begonnen, ist nicht von der Hand zu weisen; als er nach Monaten im Parlament wieder auftauchte, war aus dem redseligen jungen Mann ein schweigsamer Apparatschik geworden. Dieser Veränderung maß die Öffentlichkeit ebensowenig Bedeutung bei, wie jener des Innenministers um die Jahreswende 1984/85. Blecha galt bis dahin — er hatte vor zwanzig Jahren an einer Demonstration teilgenommen — als Parteilinker. Von ihm kam der Befehl zum Polizei-Einsatz bei Stopfenreuth, bei dem es zahlreiche Verletzte gab, sehr zur Verwunderung jener, die weiland mit Blecha gegen Borodajkewicz demonstriert und dabei Prügel bezogen hatten. Auch wachsamen Geistern, ich erlaube mir, mich selbst zu ihnen zu zählen, war in den folgenden Monaten aufgrund zahlreicher Skandale der Blick auf die sich abzeichnenden unglaublichen Metamorphosen sozialdemokratischer Spitzenpolitiker getrübt. Erst Anfang September 85, ich erinnere mich genau, beschlich mich erstmals ein Mißtrauen. Auslösendes Element wer die letzte Folge der Reihe „Sommergespräche" in der Rudolf Nagiller den Bundeskanzler interviewte. Die Sendung begann konventionell — Nagiller hat als Club 2 — Moderator des öfteren seine Fähigkeit bewiesen, Gesprächsrunde nebst Publikum einzuschläfern —, doch dann versuchte er sich mit einer Provokation: er belehrte den Bundeskanzler, daß es sich keineswegs um ein Vier-Augen-Gespräch handle; ob er, Sinowatz, nicht wisse, daß er zu einem Millionenpublikum spräche? Hatte nur ich den Ruck, der durch die massige Gestalt des Kanzlers ging, bemerkt? Er schlug sofort zurück und beschrieb dem politischen Kommentator die Funktionsprinzipien eines demokratischen Staatswesens, wie man sie einem Volksschüler erklären würde: „Eine Koalition ist die Zusammenarbeit von zwei politischen Parteien" (für österreichische Verhältnisse durchaus zutreffend, denn eine Koalition von drei Parteien wäre theoretisch zwar möglich, würde aber als Konzentrationsregierung bezeichnet). Eine weitere Respektlosigkeit Nagillers beantwortete Sinowatz richtiggehend unwirsch: „Ich lasse mich von niemand, auch von Ihnen nicht, antreiben." So hatte man den Kanzler bis dato nicht erlebt, scharfsinnige Analysen wechselten mit blitzschnellen Kontern, schließlich zeigte er noch Mut, auch Unpopuläres zu äußern: „Ein Paradies auf Erden kann niemand schaffen, auch ich nicht." Damit riskierte er bewußt, viele zu enttäuschen! Nagende Zweifel „ist es noch derselbe Mann? Woher nimmt er diese Energie?" konnte ich noch einmal durch eine Rationalisierung zum Schweigen bringen. Es sei immerhin denkbar, sagte ich mir, daß sich der Kanzler während der Sommerpause vermittels Videoaufzeichnungen von Auftritten seines Amtsvorgängers im Umgang mit Journalisten geschult habe.

Wenig später, im Club 2, sproß dem Nachtschattengewächs Verdacht ein neues Blatt, obwohl auch hier der Beginn sehr konventionell war. Einer der Gäste, Bürgermeister Zilk war nur scheinbar völlig unverändert; rhetorisch räumte er zwar noch immer der Kontinuität des Redeflusses Priorität vor jener des Gedankenflusses ein, aber der Inhalt war sensationell. Mit einer Offenheit sondergleichen gab er über heikle Fragen und Partei-Interna Auskunft: „Wenn ich kein Optimist wäre, dürfte ich nicht hier sitzen und mein Amt ausüben." Indirekt bestätigte er damit Gerüchte, es gäbe einen geheimen Zusatzparagraphen zu den Parteistatuten, ein sogenanntes Optimismusgebot, dessen Existenz bislang hartnäckig dementiert worden war. In seiner Antwort auf die These der Abgeordneten Partik-Pablé — sie vertrat die Ansicht, das Volk sei nicht so glücklich wie Zilk meine, es sei vielmehr überzeugt, „die da oben" würden es sich richten — ging der Bürgermeister noch weiter. Er erklärte, man habe ihn mißverstanden und glaube sehr wohl, daß die Leute Bescheid wissen.

Mich schauderte bei dem Gedanken, jeder Politiker würde so offen sprechen wie Zilk, der ohne Rücksicht auf Partei und eigene Person konstatierte: „Wir leben in einem Land, in dem die großen politischen Parteien so eng beisammen liegen." Obwohl er mit dieser Äußerung auf die Notwendigkeit des Clubzwangs abzielte, war mir, als hörte ich Volkes Stimme in mir raunen — san eh olle aans, a aanziche backlraß. Schließlich bekannte sich der Bürgermeister mit „Ich bin Bügermeister von Wien seit einem Jahr und ich weiß auch heute noch nicht genau, warum ich es geworden bin" offen zur politischen Ignoranz. „Er gibt alles zu. Alles. Das ist politischer Selbstmord", schoß mir durchs Gehirn und ich zog den Netzstecker, denn ich ertrug's nicht länger.

Nach zwei Tagen des Grübelns und zwei schlaflosen Nächten war ich mir wenigstens sicher, daß ich nichts mehr verstand. Der Anlaß war wieder ein sozialistischer Spitzenpolitiker, der burgenländische Landeshauptmann, seit Jahren als Waffennarr, lauter Zecher und Intrigant übel beleumundet, präsentierte sich plötzlich von einer bislang völlig unbekannten Seite. Er verwandte einen beträchtlichen Teil des Interviews auf Überlegungen zur Genealogie von Moral, deren Wandel im Laufe der Zeiten, ihre Zukunft, sowie ihren liquiden Übergang in den Bereich von Unmoral: „Nicht alles, was nicht Moral ist, ist schon Skandal und umgekehrt; alles was nicht Skandal ist, ist schon Moral . . . denn Moral ist der Sittlichkeit beigeordnet." Das war nicht mehr der Mann, wie man aus den Medien kannte, konzentriert am Schießstand, bei einem guten Tröpfchen im fröhlichen Lakaienrund, so leutselig, daß er beinahe sympatisch

wirkte, bei der Einweihung eines nach ihm benannten Wohnkomplexes. Meine Düsternis schwand, wie sie gekommen war, was sollten mich die Ursachen des Wandels scheren, wenn es ein Wandel zum Guten war? Der September verzeichnete weitere Veränderungen innerhalb der Partei, Fronten verschoben sich, Gewohnheiten wechselten, neue Charakterzüge bekannter Persönlichkeiten zeigten sich. Man munkelte von Mineralwassergelagen im Außenministerium, Rohkostorgien bei Gewerkschaftsversammlungen. In den Tageszeitungen wurden erstmals fragende Stimmen laut, als bekannt wurde, daß sich der Sozialminister für flexiblere Ladenschlußzeiten ausgesprochen hatte. Auch das hauptsächlich von den Jungsozialisten getragene Volksbegehren zur *Anschaffung* von Abfangjägern sorgte für Verwirrung. Den ersten politischen Paukenschlag setzte der Abgeordnete Cap am 26. Oktober mit seiner Forderung nach einer österreichischen Beteiligung am Nato-Projekt Jäger 90. Er begründete dies mit der Notwendigkeit, militärische Hochtechnologie in unser Land zu bringen. In der Zwischenzeit könne man sich, so Cap weiter, mit gebrauchten Phantom-Kampfflugzeugen behelfen, die zur Zeit besonders günstig von der chilenischen Luftwaffe angeboten würden. Allerdings müsse man die achtzig Stück en bloc abnehmen. Scharfen Widerspruch löste Caps Forderung bei seinem Parteigenossen Wille aus, der in einer Rede vor dem Arbeiter-Fischerverband Floridsdorf auch den Entschluß des Ex-Finanzministers kritisierte, in die Geschäftsleitung der Beratungsfirma Consultatio einzutreten. Wirbel auch um den Innenminister, der ankündigte, er werde sich für die Zwanzigstundenwoche bei gleichzeitiger Erhöhung der Bezüge im Bereich der Exekutive einsetzen; weiters wolle er, vor allem um die sprunghaft gestiegene Seniorenkriminalität zu bekämpfen, ab sofort den Streifendienst rund um die städtischen Altersheime verstärken.

Der turbulente Parteitag Ende November beherrschte die Schlagzeilen der Medien wochenlang, daher beschränke ich mich auf eine kurze Auflistung der zweifelhaften Höhepunkte:

Landesrat Brezowsky wirft dem Innenminister Polizeistaat-Methoden vor und rät ihm, sich in Südafrika anwerben zu lassen. Der Abgeordnete Cap bezeichnet eine Anschaffung von weniger als hundert Abfangjägern als neutralitätspolitisch bedenklich. Erste Zwischenrufe.

Die Familienministerin erklärt, alle weiblichen Abgeordneten unterstützten die Initiative „Geborene für Ungeborene". Zwischenrufe, die zu Schreiduellen ausarten.

Unterbrechung der Sitzung durch den Parteivorsitzenden. Nach der Wiedereröffnung kommt es während der Rede des burgenländischen Landesvorsitzenden zu spontanen Tumulten, es sind nur Wortfetzen wie „Sittlichkeit und Kriminalität . . . nach Augustinus und Ignatius von Loyola . . . Anstand . . . Fau-Null bedeutet Mündungsgeschwindigkeit liebe Genossen . . . Dauerfeuer-Tauglichkeit" zu verstehen. Als es zu Rempeleien unter den Abgeordneten kommt, entschließt sich Parteichef Sinowatz, den Parteitag abzubrechen (das Bild des Vorsitzenden während er mit dem Schuh auf den Tisch schlägt, ist um die Welt gegangen). Von den Schlägereien im Foyer berichtete der ORF live, zum erstenmal in der Geschichte unserer Republik mußte eine Hundertschaft angefordert werden, um gegen Parlamentarier und Funktionäre vorzugehen.

Der häßliche Vorfall in der Josefstädter Straße konnte jedoch nicht verhindert werden. Der Dienstmercedes des Juso-Vorsitzenden hatte, angeblich absichtlich, den vor ihm fahrenden Nationalratspräsidenten gerammt, der unter sein Fahrrad zu liegen kam. Voreilig kolportierte Meldungen, Benya sei schwer verletzt, erwiesen sich glücklicherweise als unrichtig; bei der roten Flüssigkeit im Gesicht und auf den Kleidern des Präsidenten handelte es sich um Bio-Ketchup, das Benya nach dem Parteitag in einem nahen Reformhaus erstanden hatte. Die ganze Welt sprach über Österreich — Austria erit in orbe ultima — und als die Regierung um die Weihnachtszeit Gerüchte, einzelne Abgeordnete seien spurlos verschwunden, dementierte, glaubte ihr niemand mehr. Die erste Parlamentssitzung nach der Weihnachtspause fand vor halbleeren Rängen statt, ein gewohntes Bild, hätte es sich bei den Abwesenden nicht durchwegs um SP-Parlamentarier gehandelt. Die Rasterfahndungen, Hausdurchsuchungen, Straßensperren und nächtlichen Ausgangsverbote beherrschten die nächsten Wochen.

Ausgerechnet ein Reporter rettete den Ruf unseres Landes; er arbeitet für ein auf Enthüllungsstories spezialisiertes Wiener Revolverblatt und war auf der Suche nach einem geeigneten Aufmacher für die Märzausgabe auf die Idee gekommen, wieder einmal im geheimen Atombunker der Regierung nach dem Rechten zu sehen. Auf dem Gelände fiel ihm eine Stahltür auf, die er bei der Recherche für den April-Aufmacher des Vorjahres noch nicht vorgefunden hatte. Kurzentschlossen brach er sie auf und erstarrte beim Anblick der Jammergestalten: bärtig, schmutzig, ausgemergelt und stumpfen Blickes wankte die Elite der sozialistischen Partei ans Tageslicht.

Seit nunmehr sechs Wochen befinden sich die Funktionäre zur Beobachtung in der psychiatrischen Klinik am Steinhof. Blutproben haben ergeben, daß jeder einzelne dem Einfluß bewußtseinsverändernder Drogen ausgesetzt war. Laut eines ärztlichen Bulletins macht die Genesung gute Fortschritte, daß der Außenminister schon inmitten einer animierten Gesellschaft in der Ärztekantine gesehen worden sein soll, ist vermutlich nur ein Gerücht. Weitere Informationen gibt es nicht und so werden immer haltlosere Verdächtigungen geäußert, in denen man abwechselnd Opposition, Koalitionspartner, Rechtsradikale, Linksradikale und Theosophen als Urheber der Entführung bezichtigt. Ein Boulevardblatt brachte sogar den CA-Generaldirektor, er war als einziger Spitzenmann der SPÖ unbehelligt geblieben, mit der Affäre in Verbindung; er habe bei der CA-Tochter GENTECH im Süden Wiens Klonungsexperimente in Auftrag gegeben . . . Die Opposition, das ist sicher, kann keine Schuld treffen, denn sie — die ÖVP stellt die Interimsregierung — hat alle Hände voll zu tun, den Schaden zu begrenzen und vor allem bis zum 1. Mai dreißig Milliarden Schilling flüssig zu machen; am Tag der Arbeit wird die erste Zahlung für die 260 Abfangjäger fällig, deren Bestellung der linke Parteiflügel der SPÖ in der letzten Sitzung vor dem Verschwinden der Fraktion durchsetzen konnte. ●

---

1) Alle Sinowatz-Zitate aus ZiB II, 3. September
2) Alle Zilk-Zitate aus Club II, 3. September
3) Inlandsreport, 5. Septeber



(von Harkank Merzenoghian)

Die Rache

Ein wunderschöner Julitag im Sommer 1985. Herr Josef K. befindet sich auf dem Rückflug von San Franzisco nach Wien. Als österreichischer Geschäftsmann hat er es nicht leicht gehabt, aber er hat gute Geschäfte gemacht. Genüßlich lehnt er sich im komfortablen Schalensitz zurück, und beginnt in amerikanischen Zeitschriften zu blättern. Die Lektüre von Zeitschriften wie TIME, NEWSWEEK oder LIFE hat ihm schon so manchen Flug auf angenehme Weise verkürzt. Außerdem genießt Herr K. das Gefühl, stets ein bißchen früher und besser informiert zu sein als seine Kollegen.

Wie von selbst findet das Flugzeug seinen Weg, das besorgt der Autopilot. Und Herr K. verliert indessen seine Gelöstheit, das besorgen die Zeitschriften. Leicht nervös beginnt er seine Lymphknoten abzutasten. Sollte es doch nicht die Schilddrüse gewesen sein, wie sein Hausarzt ihm noch vor zwei Wochen versichert hatte? — Bei der Zwischenlandung in London sucht Herr K. Abwechslung in europäischen Magazinen wie dem deutschen STERN oder dem italienischen L'ESPRESSO, doch die findet er nicht. —

Nun fühlt sich Herr K. schon ganz elend, und frequentiert die Flugzeugtoilette in Minutenintervallen. Sein Mund fühlt sich pelzig-trocken an, und er leidet unter starken Kopfschmerzen.

Als Josef K. endlich in Wien eintrifft, schleppt er sich zur nächsten Trafik. Dort muß er enttäuscht feststellen, was er schon befürchtet hatte: auch die meisten österreichischen Zeitschriften, darunter sein geliebtes PROFIL, sind ebenfalls infiziert. Jetzt begreift Herr K., daß nicht er, sondern offensichtlich die Medien an einer Seuche größeren Ausmaßes leiden. Kurzentschlossen steckt Herr K. den ganzen Haufen Zeitschriften in Brand.

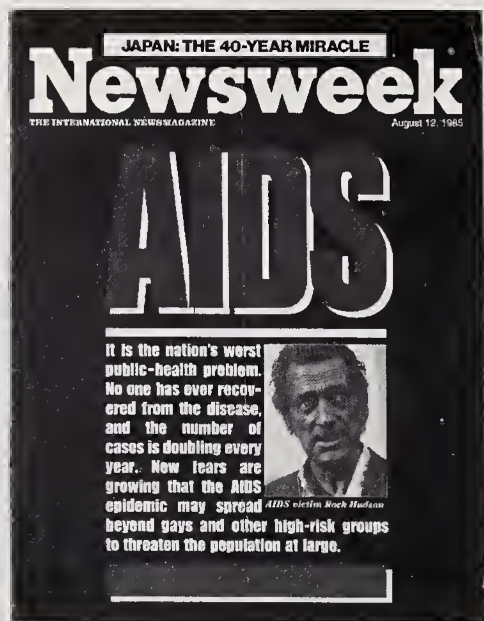
Unser Herr K. war sicher nicht der einzige, dem die Symptome dieser Medienseuche im Juli 1985 aufgefallen sind. Die AIDS-Berichterstattung in diesem Sommer war ja sehr augenscheinlich mehr als krankhaft. Es begann damit, daß die amerikanischen Magazine TIME, NEWSWEEK und LIFE gleichzeitig (!) die „Krankheit des Jahrhunderts“ als Titelgeschichte wählten. Der Weltuntergang schien nahe bevorzustehen. AIDS war plötzlich die *Geißel der Menschheit,* die *Strafe Gottes* für die Erfindung der sexuellen Promiskuität, Homosexualität und dergleichen mehr. Und weil diese teuflische Seuche nach vier Jahren Anlaufzeit nun auch gänzlich unschuldige Bürger befiel (statt sich auf Schwule, Fixer und Prostituierte zu beschränken), hatte man endlich genügend Anlaß, einschneidende Maßnahmen zu fordern. Wenn Babies in LIFE doppelseitig leiden, schreit ganz Amerika nach Bestrafung der Schuldigen. Daß *gefährdete* Randgruppen wie Homosexuelle oder Fixer nun zu *gefährlichen* Randgruppen umgewandelt werden, kam der schweigenden moralischen Mehrheit nur recht.

So wurden aus den Opfern der Seuche die Verursacher derselben gemacht (die grünen Meerkatzen konnte man ja schlecht bestrafen). Das konservative System (unter Führung eines alternden *krebskranken* Schauspielers) triumphierte: diejenigen unbequemen Ele-

Jahrtausende sind vergangen, seit wir uns von unseren Brüdern im Dschungel getrennt haben. Wir fühlten uns eben zu Höherem berufen. Kultur, Zivilisation und so. Wir haben uns die Erde untertan gemacht. — Bis heute hat keiner von uns bemerkt, daß die Zurückgebliebenen mit argwöhnischem, neidvollem, ja sogar haßerfülltem Blick aus dem Dschungel auf uns starren. — Die unscheinbaren Grünen Meerkatzen haben es endlich geschafft, ganz groß in die Medien zu kommen. Sie sind die Träger des HTLV III-Virus, das bei uns Menschen AIDS hervorruft.

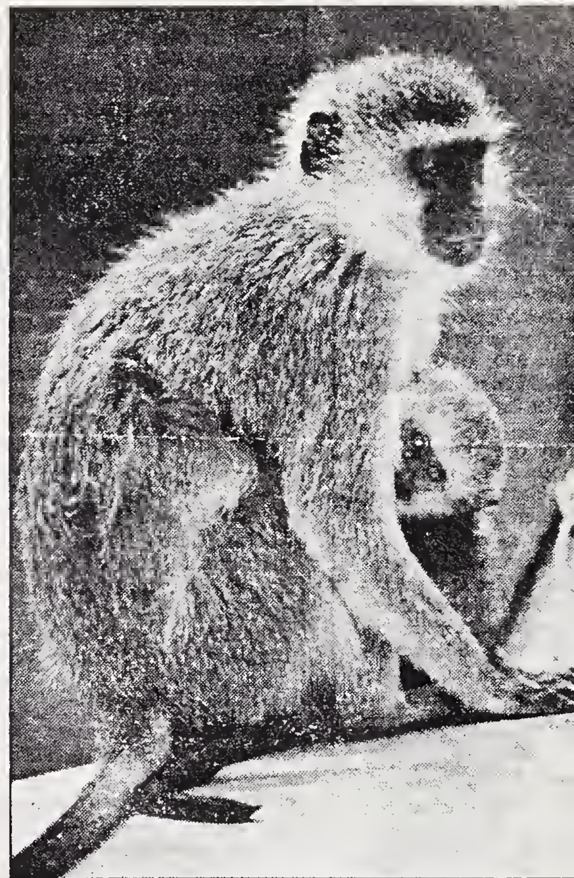








der Affen



Grüne Meerkatze: Träger der AIDS-Viren

mente, die nicht durch die strafende Seuche hinweggerafft wurden, gerieten wenigstens problemlos unter Kontrolle durch die schweigende moralische Mehrheit.

Die Rolle der Medien in diesem grausamen Spiel ist von großer Bedeutung. Durch eine von AIDS (Abkürzung für ABWEHRSCHWÄCHE gegenüber den INTERESSEN DES SYSTEMS) befallene Zeitung, können je nach Belieben alte Vorurteile wieder aufgewärmt oder neue erfunden werden. Eine Zeitschrift ohne unabhängige Antikörper-Redakteure schwenkt meist nach kurzer Zeit auf einen bedenklich regierungskonformen Kurs ein. Das beginnt oft sehr harmlos mit unkontrolliertem Abschreiben von Artikeln aus bereits infizierten Zeitschriften (so übernahm zum Beispiel der STERN am 4. Juli das Baby-Drama „Die neuen Opfer“ ungekürzt von LIFE). Die vorurteilslastige Berichterstattung wird eine Zeit lang hinter medizinischen Fakten versteckt.

Das ist gewissermaßen das erste Stadium der Krankheit. Nach diesem kann es vorübergehend zu einer Besserung kommen. Die Immunabwehr von stereotypen Randgruppendiskriminierungen scheint sich zu erholen, doch ist noch kein Fall bekannt, in dem sich die Seuche wirksam bekämpfen ließ.

Als Erreger ist inzwischen das sogenannte HTLV III-Virus (Abkürzung für HEIM zu LIEBE, TREUE und VATERLAND — Virus aus dem III. Reich) bekannt. Ist eine Redaktion einmal von diesem Virus befallen, kommt es innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre zum Ausbruch von AIDS. Wie schnell sich der Fortgang des Verfalls gestaltet, hängt natürlich von der Gesamtkonstitution der betroffenen Redaktion ab. Beim deutschen STERN war beispielsweise eine kurzzeitige Besserung Ende Juli zu beobachten.

Die Ausgabe vom 21. Juli 1985 zeigte nämlich das Bild eines küssenden heterosexuellen Paares (!). Wochen später, am 5. September 1985 verschlechterte sich jedoch unvermutet der Zustand des STERN, und er mußte öffentlich seine Krankheit eingestehen („ICH HABE AIDS“!)

Relativ spät, aber dafür sehr kraß erwischte HTLV III die österreichische Illuminierte BASTA, welche sich nicht entblöden konnte, auf ihrem Juli-Cover ein homosexuelles Paar abzubilden. Das ist ein bestürzender Krankheitsverlauf. BASTA dürfte sehr wenige Antikörper-Redakteure besitzen, denn es schreckt vor keinem Vorurteil zurück, und heizt mit allen Mitteln die Panik im Lande an.

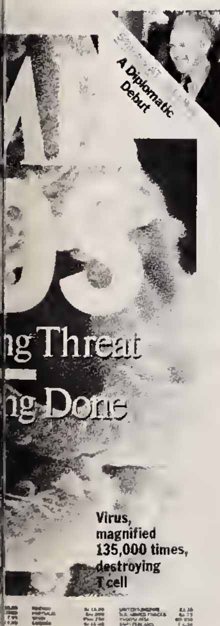
Als Folge der allgemeinen Panikmache propagieren nun auch früher liberale, unabhängige Meinungsmacher wie der SPIEGEL den Trend zurück zur Liebe, verteufeln die Lust, und sehen das Ende der sexuellen Revolution gekommen.

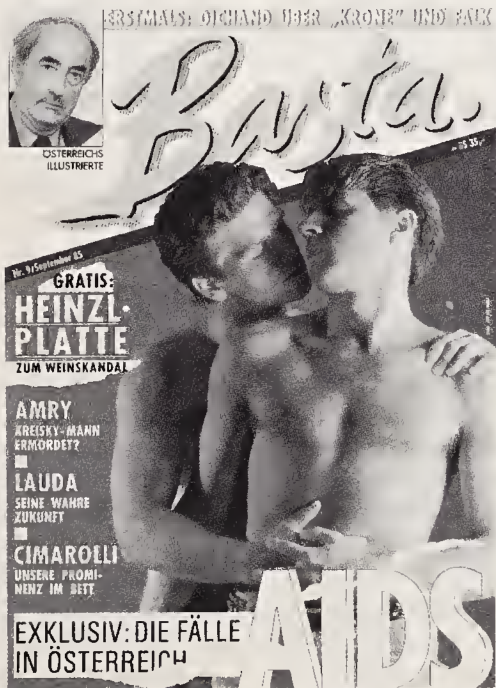
Die Zahl der solchermaßen AIDS-positiven Medien verdoppelt sich schätzungsweise alle zehn Monate. Bei rund 20 Prozent dieser Medien bricht die Seuche innerhalb vier bis fünf Jahren aus. Es kann aber auch länger dauern. Die Zeitschrift WIENER hat beispielsweise das HTLV III-Virus in Österreich eingeschleppt (WIENER August 1983). Dennoch ist bei dieser zeitweise geistvollen Schrift die ABWEHRSCHWÄCHE gegen die INTERESSEN DES SYSTEMS noch nicht ausgebrochen.

In einem anderen Fall nimmt die Krankheit einen rapiden Verlauf. Das PROFIL konnte es Anfang September nicht mehr länger verheimlichen (Titelblatt vom 2. September 1985: „ICH HABE AIDS!“) Es ist anzunehmen, daß bald weitere Zeitschriften folgen werden.

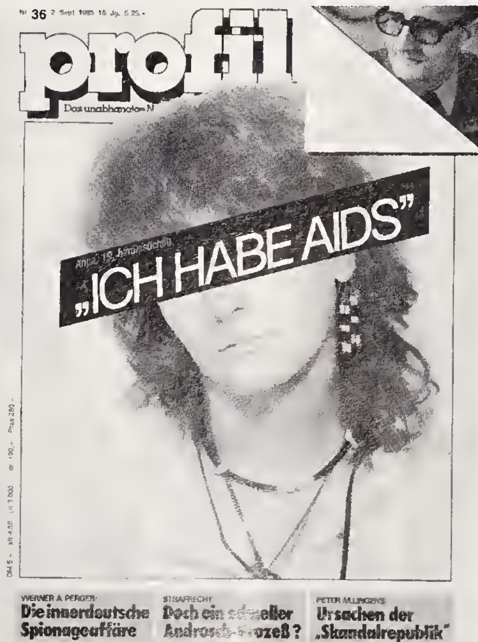
Wenn Sie sich nicht anstecken lassen wollen, nehmen sie sich ein Beispiel an Herrn Josef K.: Hände weg von HTLV III-infizierten Medien! ●

von Mario Hoor.









STILL ALI

Saalfelden ist ein Festival der Avantgarde. Aber was läßt sich mit diesem Terminus heute überhaupt noch anfangen? Kann man die Rückkehr zu Tonalität, Rhythmus, Melodie und die Fusion unterschiedlichster Stile als Versuch der Begründung eines postmodernen Experimentierbegriffs werten oder sind die derzeit gängigen Eklektizismen nichts als ein sinnloses Stochern im postkreativen Sperrmüll?

Drei Tage Jazz in Saalfelden — Eine Bestandsaufnahme des Jazz im Jahr 1985. Von Thomas Miessgang.

Neuer Regionalismus: Die Mietdroschke hat keinen Taxameter und kostet 80 Schilling, egal wie weit man fährt. Das Steinerne Meer drückt von hinten aufs Haupt und verursacht Beklemmungsgefühle. Mit dem schwer beschuhten Fuß muß man Bierleichen aus dem Weg räumen, um zur Theke vordringen zu können. Östrogengesättigte Brathühner sind verführerisch-abstoßend an einer Eisenstange aufgereiht und schmoren leidenschaftslos vor sich hin.

Die Fahrt ins Grauen des Morgengrauens nach den Ereignissen findet in einem asketisch möblierten Kämmerchen, in dem man Zeichen eines international gewordenen Bauern-Designs zu kalt-gemütlichem Inventar arrangiert hat, statt. Der BEOBACHTER und sein FOTOGRAF liegen auf ihren indifferenten Pritschen, quälen sich schlaflos durch die Nacht, dieweil Bundesheersoldaten mit wütendem Bierschaum vor dem Maul grölend an die Wände bollern und den Flipperkasten nebenan mit kurzen, harten Stößen nehmen. „Urlaub vom Alltag" steht im Prospekt zum „Jazzfestival Saalfelden" und „vielleicht ist es der Hauch von Komfort, den wir zu bieten imstande sind, der ausgerechnet Dich und Deine Freunde zu uns bringt".

Zur Musik:

Theodor Adorno schrieb einst in der „Philosophie der neuen Musik": „Keineswegs stehen dem Komponisten unterschiedlos alle je gebrauchten Tonkombinationen heute zur Verfügung. Die Schäbigkeit und Vernutztheit des verminderten Septimakkords oder gewisser chromatischer Durchgangsnoten in der Salonmusik des 19. Jahrhunderts gewahrt selbst das stumpfe Ohr. Fürs technisch erfahrene setzt solches vage Unbehagen in einen Kanon des Verbotenen sich um. Wenn nicht alles trügt, schließt er heute bereits die Mittel der Tonalität, also die der gesamten traditionellen Musik aus."

Wie eigenartig, sich diese Zeilen zu vergegenwärtigen, wenn man gerade ein (durchaus repräsentatives) Festival hinter sich hat, bei dem Free Jazz und Atonalität nur noch als zitierfähige Elemente ein marginales Dasein fristeten. Es ist ein Faktum, daß Tonalität, Melodie, Harmonie wieder groß in Mode sind, daß Wertkonservativismus regiert. Wer wagt es heute noch zu bestimmen, welche musikalischen Ausdrucksmittel „richtig", welche „falsch" sind?

Adornos Diktum von der „geschichtlichen Tendenz des musikalischen Materials" ist obsolet geworden. Heute scheinen die akustischen Splitter frei zu flottieren und jedem potentiellen Zugriff verfügbar zu sein. Selbstverständlich hängt das damit zusammen, daß die globale Vernetzung zu einem Synchronismus unterschiedlichster kultureller Ausdrucksformen geführt hat.

Der Bild-Ton-Gourmand sitzt heute mit der Fernbedienung in seinem Lehnstuhl und betreibt privates TV-Scratching: Nervöses Hin- und Herschalten zwischen dem indischen Sitarspieler, den Fischer-Chören, dem zornigen Free Jazzer und Bruce Springsteen; die Ubiquität unterschiedlicher musikalischer „Events" birgt allerdings im Keim die Gefahr der totalen Nivellierung, den Einheitsbrei, den musikalischen Bauernschmaus.

Allein, wie schon Hegel sagte: „Die reine Einsicht ist zunächst ohne Inhalt und vielmehr reines Verschwinden desselben; durch die negative Bewegung gegen das ihr Negative aber wird sie sich realisieren und einen Inhalt geben." Die Forderung an den kreativen Künstler besteht also darin, aus dem babylonischen Kauderwelsch interagierender musikalischer Sprachen etwas Idiomatisches zu formen.

Im Zusammenhang mit der Musikszenerie im Jahr 1985 muß

PAUL SHAPIRO (Microscopic Septet)

VE AND WELL?



ANNIE WHITEHEAD

INTERVIEWSPLITTER, MONTIERT: MUSIKER, DIE IN SAALFELDEN AUFGETRETEN SIND, SPRECHEN ÜBER DIE AKTUELLE SITUATION DES JAZZ

wohl der Begriff „postmodern" ins Spiel gebracht werden. Es darf allerdings nicht darum gehen, dem, wie es Jean Franchis Lyotard formuliert, „zynischen Eklektizismus des ‚Alles ist erlaubt'" zu huldigen. Gruppen, wie die Annie Whitehead Band oder Leroy Jenkins' Sting, die in Saalfelden zu hören waren, sind mit ihrem bedenkenlosen Melangieren derzeit gängiger Stile wie Ska, Reggae, Funk wohl dieser Spielart zuzurechnen.

Wenn die transkulturelle Fusionsmusik, die derzeit nahezu unvermeidlich ist, eine gewisse Sprengkraft, eine gewisse Innovationsfreudigkeit bewahren will, muß sie das „Projekt der Moderne" mit anderen Mitteln fortsetzen. Lyotard: „Die Avantgarden versuchten stets, das schon Dagewesene nicht zu wiederholen, sondern weiterzugehen im Hinterfragen der Regeln von Kunst. Sie mochten die etablierte Moderne lediglich, um sich von ihr abzusetzen, ins Exil zu gehen. Dieses Exil, das ich Experimentieren nenne, mache ich als Kraft im Postmodernen geltend."

MOZ: *Wenn man sich das Programm des Jazzfestivals Saalfelden, das größtenteils recht gefällige Musik vorgeführt hat, anhörte, konnte man den Eindruck gewinnen, daß sich der in den 60er Jahren entwickelte Free Jazz endgültig überlebt hat.*

LEROY JENKINS: Die sechziger Jahre sind vorbei. Wir sind jetzt in den achziger Jahren und gehen in die neunziger.

MOZ: *Aber ist es nicht eine Preisgabe von Errungenschaften, wenn man von der Atonalität wieder zu Melodie und Harmonie zurückkehrt?*

LEROY JENKINS: Wir gehen nicht zurück zur Tonalität, sondern wir können heute alles machen. Es gibt keine Restriktionen mehr.

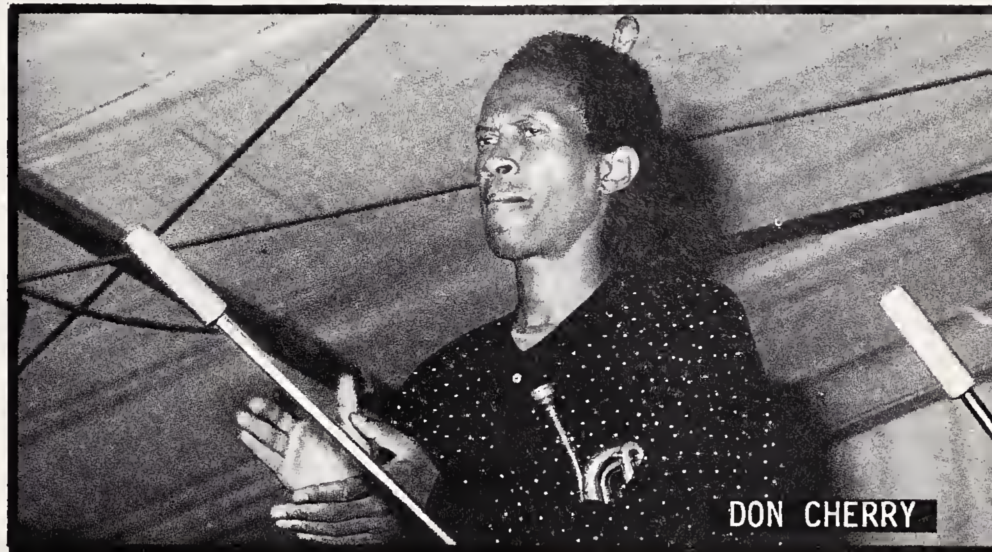
TREVOR WATTS: Ich habe nie aufgehört, melodisch zu arbeiten.

MOZ: *Aber früher, etwa mit Ensemble „Amalgam", haben Sie doch sehr freie, atonale Musik gemacht.*

TREVOR WATTS: Das sind ganz alte Sachen. Das war mehr der Einfluß von John Stevens, der die Gruppe leitete. Als ich jedoch etwa um 1976 mit meiner eigenen Musik begann, änderte sich das. Wenn man den Rhythmus aus der Musik eliminiert, bleibt da ein Loch. Er ist mindestens so wichtig wie Melodie und Harmonie. In der „europäischen Improvisationsmusik" wurde von sogenannten Avantgardemusikern zeitweise ein Druck ausgeübt, keine Melodie und keinen Rhythmus zu spielen, obwohl manche das Bedürfnis danach hatten. Damals war ich noch recht naiv und ließ mir diese Ästhetik aufzwingen, obwohl ich es eigentlich gar nicht wollte. Es war sicher nicht ausschließlich negativ. Ich betrachtete es als Experiment und dann entschied ich mich, eben doch mit Melodie und Rhythmus zu arbeiten. Einige Erfahrungen aus dieser Zeit flossen natürlich in unsere gegenwärtige Musik ein: das Element „Geräusch", die Möglichkeit der Auflösung des Rhythmus usw.

DAVE HOLLAND: Für mich war diese Avantgardeproblematik nie ein Problem. Ich habe meine Musik immer Schritt für Schritt zu entwickeln gesucht, deshalb stellt sich für mich nie die Frage, was ich als nächstes machen werde. Der zentrale Aspekt meiner Band ist, sich in einer Vielzahl von rhythmischen Kontexten zu bewegen, verschiedene Formen zu erproben, offene und geschlossene. Solange man eine Art Kontinuität in der Musik hat, gibt es keine Schwierigkeiten. Probleme hat man nur, wenn man von einer Mode zur anderen springt.

PHILLIP JOHNSTON (Microscopic Septet): In unserer Gruppe hat jeder die Phase des Free Jazz durchgemacht, das war Teil der musikalischen Ausbildung. Es gibt beim Microscopic Septet immer noch Elemente davon. Aber heute sind wir mehr an strukturierter Musik interessiert, wir haben ausgeschriebene Bläserparts. Die Freiheit besteht darin, wie wir die Solos in die komponierten Teile integrieren. Meiner Meinung nach versuchen die Musiker heute wieder mehr zu den Wurzeln zurückzufinden und zu sehen, wie diese Formen erweitert werden könnten. Wenn man einmal die totale Freiheit erreicht hat, kann es nicht mehr weitergehen. Was unsere Musik eigenständig macht, ist, daß sie im Swing und Be Bop verankert ist — es ist nicht Fusion im Sinne vom elektrifizierter Musik, sondern Fusion in der Kombination verschiedener Stile. Die Essenz unserer Musik — ganz egal, welchen crazy Stuff wir spielen, ist, daß sie swingt und daß sie hübsche Akkordfolgen und Melodien hat. Außerdem besitzt sie viel Humor. Das Publikum unterhält sich gut und tanzt, obwohl die Musik überhaupt nicht „funky" ist. Annie Whitehead: Ich mag die freie Musik noch immer und spiele sie auch sehr gern. Man beginnt, ohne zu wissen, wohin es führen wird; das ist wie ein Adrenalinstoß. Manchmal spielt man dann schrecklich, weil man nervös ist, manchmal aber auch sehr, sehr gut.



DON CHERRY

Aber ich möchte nicht ausschließlich freie Musik machen. Wie überall gibt es eine Menge Scheiße bei den free improvisers. Allerdings weniger bei den Guten, sondern bei denen, die glauben, weil sie eine Menge Noten sehr schnell spielen können, wäre das überzeugende free music. Ich habe keinerlei Geduld mit solchen Leuten.

MOZ: *Im Lichte der heutigen Jazzszene betrachtet, gewinnt die alte Kontroverse, ob Improvisation oder Komposition zu favorisieren sei, wieder an Relevanz. Es gibt ja führende Innovatoren, wie der englische Gitarrist Derek Baisley, die nach wie vor behaupten, Komposition sei tot.*

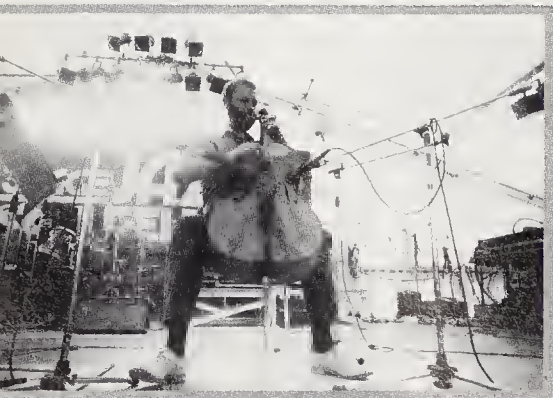
DAVE HOLLAND: Für ihn

mag das so sein, ich habe Verständnis dafür. Aber eine Person kann nicht über das ganze Spektrum der Musik verfügen. Ich verehre Derek sehr und ich kann durchaus nachvollziehen, daß für ihn Komposition tot ist, weil er sich schon sehr lange Zeit ausschließlich mit Improvisation auseinandersetzt. Aber das gilt nicht für alle. Eines der schönen Dinge an der Musik ist ihre Vielfalt.

PHILIPP JOHNSTON: Ich habe überhaupt nichts gegen freie Improvisation. Wenn der Spieler interessant ist, etwa der Sopransaxophonspieler Steve Lacy, kann das sehr aufregend sein. Die innere Struktur seiner Musik ist sehr klar und kommt in seinen Soli auch deutlich zum Ausdruck. Aber wenn jemand improvisiert, der nicht viel zu sagen hat, ist es langweilig. Bei der Komposition verhält es sich ähnlich. Wir versuchen, obwohl wir Elemente aus alter Musik verwenden, tiefer zu gehen und nicht nur eine oberflächliche Imitation zu fertigen. Wir versuchen, die Seele jedes Musiktypus zu erfassen, und das herauszuarbeiten. Dadurch bleibt es frisch und lebendig.

LEROY JENKINS: Bei meinem Ensemble Sting ist vieles ausgeschrieben. Ich habe von Gott die Gabe des Komponierens bekommen und ich möchte das so gut wie möglich ausnützen.

MOZ: *Der amerikanische Trompeter Bill Dixon hat in einem Interview behauptet, seit dem Tode John Coltranes habe es im Jazz keine Führerpersönlichkeit mehr gegeben, die die Entwicklung vorangetrieben hätte. Man könnte auch heute tatsächlich den Eindruck gewinnen, daß der gegenwärtige Stilpluralismus zu einer gewissen Ziellosigkeit geführt hat, daß Konfusion herrscht.*


DAVE HOLLAND

LEROY JENKINS: Wir brauchen heute keine spiritual leaders mehr. Wir erstarren nicht mehr in Ehrfurcht vor irgendwelchen Musikern, wir brauchen niemanden, der uns sagt, wo es langgeht. Coltrane zum Beispiel war keine solche Führerpersönlichkeit. Wir liebten ihn, aber die Medien machten einen Gott aus ihm. Wir haben keine Zeit für so etwas. Früher gab es vielleicht eher eine Tendenz, Führer zu bewundern, aber heute gibt es so viele verdammt gute motherfucker, die Szene ist geradezu überfüllt.

Zur angeblichen Richtungslosigkeit: Die Musiker sind überhaupt nicht konfus. Das Publikum vielleicht, die Leute, die schreiben. Ich bin überhaupt nicht konfus. Wir Musiker wissen, was wir zu tun haben. Solange wir leben, werden wir weitermachen. Picasso hörte mit seiner Kunst nicht auf, selbst als er bereits 90 Jahre alt war.

DAVE HOLLAND: Derzeit gibt es tatsächlich nicht mehr eine Person, die die ganze Szene dominiert, aber meiner Meinung nach ist das eher ein positiver Aspekt. Wir haben heute eine Unzahl von Annäherungen an die Musik und viele verschiedene Richtungen, die sich immer weiterentwickeln. Ich glaube auch nicht, daß Konfusion herrscht, man hat eben eine Menge verschiedener Wege gefunden, improvisierte Musik aufzuführen: die europäische Art, die afrikanische usw. Improvisation ist eine internationale Kunstform geworden. Nicht alles davon setzt sich mit der reinen Jazztradition auseinander, aber das meiste hat zumindest einen Bezug dazu. In meiner Arbeit gibt es eine ziemlich klare Linie vom Beginn der siebziger Jahre mit den Conferende of the Birds Album bis zur Gegenwart. Ich sehe da keine Widesprüche. In der jetzigen Band ist es mir gelungen, alle meine Ambitionen unter einen Hut zu bringen.

MOZ: *Ist die transkulturelle Fusionsmusik, die derzeit die auffälligste Erscheinung im Jazzgeschehen ist, ein tragfähiger Versuch aus der Sackgasse auszubrechen, in die die lineare Musikentwicklung zu Beginn der siebziger Jahre gelangt ist?*

PHILLIP JOHNSTON: Kombinationsmusik hat es in der Geschichte immer schon gegeben. Das Besondere an der heutigen musikalischen Situation ist allerdings, daß die Stile so schnell wechseln und alles so trendy ist. Jeder schaut nach dem „neuesten Ding". Wenn jemand in seiner Musik eine Verbindung zur Vergangenheit herstellt, so ist das geradezu außergewöhnlich, denn alle schauen nach vorn.

ANNIE WHITEHEAD: Mich überrascht es keineswegs, daß die Fusionsmusik derzeit so dominant ist. Es gibt augenblicklich einen derartigen Reichtum an guter Musik, aus Lateinamerika, der Karibik usw. Die Musiker sind natürlich davon beeinflußt, was sie hören und wenn man mit so vielen verschiedenen Stilen konfrontiert wird, muß man sich damit auseinandersetzen. Es geht für einen Musiker darum, auszudrücken, was in seinem Leben vorgeht.

MOZ: *Die multikulturelle Musik hat auch dazu geführt, daß andere Metren in den Vordergrund gerückt sind: afrikanische, lateinamerikanische, Rockbeats, statt des traditionellen Jazz swings.*

TREVOR WATTS: Ich liebe das Gefühl dieser „schwereren" Rhythmen. Der afrikanische Rhythmus ist mit allen Kulturen der Welt verbunden — er hat ein Triolen-feeling. Manchmal klingt afrikanische Musik wie irische. Ich glaube ohnehin, daß alles aus einer Quelle kommt, in den industrialisierten Gesellschaften treten dann Veränderungen auf. Jazz ist mehr eine Mischung aus lateinamerikanischer und afrikanischer Musik mit etwas europäischem Einfluß. Ich möchte das Ganze zurückbringen zu einem Punkt, wo wir alle zusammen sind und wo es nicht diesen der „hipness" gibt, der mir zuwider ist.

DAVE HOLLAND: Ich habe mich bei Miles Davis zum ersten Mal mit Rockrhythmen und Fusionmusik auseinandergesetzt. Miles hat mit Musiktypus begonnen und ist meiner Meinung nach immer noch der führende Exponent dieser Richtung. Wir verarbeiten die Rockrythmen in der derzeitigen Band auf unsere Weise. Einige Songs, die wir spielen könte man als Fusion bezeichnen. Ich spiele sie halt nicht auf der Baßgitarre und die Rhythmen sind eher ungewöhnlich. Ich spiele nicht elektrisch, ich bevorzuge akustische Instrumente.


Sängerin von MOIRE

MOZ: *Gibt die derzeitige Situation des Jazz Anlaß zur Euphorie für die Zukunft?*

PHILLIP JOHNSTON: Ich glaube, wir haben eine gute Periode vor uns. Die Einflüsse von lateinamerikanischer Musik, afrikanischer Musik usw. führen zu einer Weltmusik, bei der nicht nur imitiert wird. Man versucht die besten Elemente aus verschiedenenen Musikstilen, mit denen man seine Erfahrungen gemacht hat, zu synthetisieren.

DAVE HOLLAND: Ich kann die Zukunft nicht voraussagen: Aber ich sehe, daß es derzeit eine Menge Talent gibt, und das gibt mir Hoffnung. Jazz is still alive and well. ●

Leroy Jenkings: *Geige, Komposition*
gehört der Chicagoer AACM (= Association for the addvancement of creative musicians) an. Jenkins war langjähriges Mitglied des Free-Trios „Revolutionary Ensemble". Seit etwa zwei Jahren versucht er sich mit der Gruppe „Sting" an Crossover-Musik.

Dave Holland: *Baß, Komposition*
gewann durch die Mitwirkung bei Miles Davis Fusion-Projekten internationale Reputation. Danach unter anderem Mitglied der Gruppe „Circle" mit Anthony Braxton, Chick Corea und Barry Altschul. Seit einigen Jahren bewegt sich Holland mit seinem Quintett im Bereich eines „neuen Klassizismus".

Trevor Watts: *Altsaxophon, Komposition*
Watts war in den siebziger Jahren als Mitglied der Gruppen „Sponaneous Music Ensemble" und „Amalgam" eng mit der britischen Avantgarde-Jazz-Szene verbunden. Seit 1976 eigene musikalische Projekte, von denen „MOIRE" mit afrikanisch inspirierter Trance-Musik wohl das derzeit bedeutendste ist.

Annie Whitehead: *Posaune, Komposition*
arbeitete etliche Jahre als Sessionmusikerin für Fun Boy Three, Style Council, Elvis Costello und andere daneben auch Kooperation mit englischen Free-Musikern (Evan Parker). Annie Whitehead war Gründungsmitglied der New Jazz-Band „Working Week", verließ die Gruppe aber wegen musikalischer Differenzen und versuchte jetzt eine Solokarriere.

Phillipp Johnston: *Sopransaxophon, Komposition*
Aufnahmen mit Elliott Sharp, Mofungo, Tirez Tirez, Raybeats, dbś, Rova-Saxophone-Quartet, Eugene Chadbourne und andere. Für seine Komposition „Ode to genetic material for 12 instruments" erhielt er einen Kompositionspreis. Johnston schreibt und arrangiert für das „Microscopic Septet".

-Fortsetzung von
Seite 34 (MOSAMBIK):

Die de facto-Legalisierung des Schwarzhandels soll die Bauern dazu anregen, in Hinkunft mehr zu produzieren. Ob sie es auch wirklich tun werden, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es die Regierung schaffen wird, ihnen mehr Konsumgüter für den täglichen Gebrauch anzubieten.

Tätige Solidarität

Mosambik braucht Unterstützung gerade auch von neutralen Ländern wie Österreich, damit es sich aus seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit von Südafrika lösen und die Destabilisierung im Inland auffangen kann. Im Rahmen der SADCC (Southern African Development Coordination Conference) trägt Mosambik wesentliche Verantwortung für das Transportwesen der neun Nachbarstaaten Südafrikas, die sich gemeinsam bemühen, ihre Abhängigkeit von der Apartheid-Republik zu verringern. Ein Ausbau des Handels mit den SADCC-Staaten würde zu einer Ausweitung der Transporteinnahmen Mosambiks führen. Die wirtschaftliche Stabilität der Frontlinienstaaten ist das, was Südafrika am meisten fürchtet. Nicht von ungefähr richten sich MNR-Überfälle immer wieder gegen Einrichtungen, die nicht nur Mosambik, sondern auch gleich seine Nachbarstaaten wirtschaftlich treffen. Erst im August wurde — und das nicht zum ersten Mal — die Ölpipeline zwischen der mosambikanischen Hafenstadt Beira und Simbabwe von „bewaffneten Banditen“ gesprengt. Es gelang ihnen ein schwerer Schlag. Die Ölleitung ist die Energienabelschnur Simbabwes.

Wenn sich etwa der **Konsum** dieser Tage überlegen sollte, seine Geschäftsbeziehungen zum Rassistenregime zu reduzieren, dann bieten sich die SADCC-Staaten als naheliegende Alternative an. Ein Beitrag zur Förderung eines funktionierenden neutralisitischen Sozialismus an den Grenzen Südafrikas wäre ein Solidaritätsakt für die um ihre Freiheit ringenden Massen am Kap der Guten Hoffnung. ●

— Solidaritätskomitee für Mozambique: Landstraßer Hauptstraße 79/14 · 1030 Wien Tel. 73 42 55
— Spenden für die Aktion „Wasser für Gemeinschaftsdörfer“: BAWAG 02010.788.407

MUSIK AUS DER T

Über Schwarzgekleidete, Psychedelik, Musiker, die sich als Musikjournalisten versuchen, und vor allem den Marquis d‘ Urin und die letzten Poeten. Von Rene Radical & Pierre Plastilin.

Capitel 1: Dokumente

1981 stellt die amerikanische Musikgazette “Gorilla Beat“ die Aufnahmen von “The Vogue“ (Ronnie Urini: Schlagzeug und zweite Stimme) in eine Reihe mit Pink Floyd (Frühwerke), Velvet Underground und den Yardbirds. Ihre Platte “Pill Girl/ Step Inside“ wird als beste “Psychedelic Punk-Single des Jahres“ ausgezeichnet. Gleichzeitig erreicht ihre Aufnahme “The Frozen Seas of Io“ Plazierungen in den italienischen und österreichischen Hitparaden.
Gary Danner, Leader von “The Vogue“, leitet jetzt die “Nervösen Vögel“. Ronald Iraschek, den viele unserer lieben Ö3-Hörer als den erkennen werden, der die besten “Roaring Sixties“ — Sendungen machte - dieser Ronald Iraschek alias Ronnie Urini also spielte bei unzähligen Gruppen als Schlagzeuger mit. Der Kontakt im Dämmerlicht begann, und der Biograph fängt an zu suchen. Auch bei der Linzer Band Willi Warma. Als sie zwischen ihren Teenie-Popper-Songs einmal Ronnies Vertonung des Konrad Bayer-Gedichtes „Niemand hilft mir“ in ihr Programm aufnehmen wollen, reicht es dem gebürtigen Kremser. Ein kurzer Disput und er verließ die Gruppe. Da machte er’s doch lieber gleich selber. Er sucht sich ein paar Musiker, nimmt die Nummer auf, und findet nach 23 Ablehnungenn bei den ignoranten Plattenfirmen endlich doch einen Produzenten. Daraufhin wird die Band “Die Letzten Poeten“ offiziell gegründet. Der “musikalische und textliche Aufschrei“ (das Gedicht “Niemand hilft mir“ wurde 1964, kurz vor seinem Selbstmord, von Bayer, dem berühmten Mitglied der “Wiener Gruppe“ verfaßt) erreicht sensationellerweise Ö3-Hitparadenehren und bringt es zu enthusiastischen Pressestimmen. Die Biographen können schweigen, denn nicht nur das Germanistikstudium verbindet den Marquis mit dem toten Poeten — auch die fehlende Bereitschaft zu Kompromissen mit dem gängigen Publikumsgeschmack, sowie die ablehnende Haltung der Industrie seinen Werken gegenüber erzeugen eine Verwandtschaft. Künstler kämpfen immer
Eine weitere Verbindung zur österreichischen Literatur stellt er 1984 mit der Single “Der dunkle Prinz erzählt Geschichten aus 1001 Nacht“ her. Aus 60 Strophen von H. C. Artmann hat Urini den Text ausgewählt. Die Platte war die bislang teuerste österreichische Single-Produktion und so gut, daß sie hierzulande einfach ein Flop werden mußte. Der Biograph verschwindet in der Dämmerung. Zuvor griff er sich ans Herz. Musikalisch wurde er als “dunkler Prinz“ sogar von Robert Fripp (siehe unter “King Crimson“) am Mellotron unterstützt, ebenfalls eine geschickt lancierte kleine Sensation.

Capitel 2: Prophet im eigenen Land

Nicht nur, daß “1001 Nacht“ jetzt in englischer Fassung in den USA herauskommen soll (und somit sicher die erste Artmann-Übersetzung ist, die über Literaturwissenschafter-Kreise dort hinauskommen könnte), nicht nur, daß ein Star der internationalen Musikszene wie Fripp mit den Letzten Poeten spielt — auch andere Indizien sprechen dafür, daß Österreich begreift, was es an Herrn Urini hat. Nico soll ihm mit schleppender Stimme unter vier Augen erklärt haben, daß sie seine Platten gut fände. Kevin Ayers, derzeit irgendwo in Südfrankreich, wird wahrscheinlich auch von ihm aufgesucht werden. Der Biograph ist erfreut. Immerhin sollen die Poeten höchstwahrscheinlich als Vorgruppe beim nächsten Wien-Konzert des John Cale auftreten. Es sind die Kult-Stars, „die, die durch ihre Erwähnung nicht sofort Sympathie und Verwandtschaft herstellen, wie das z. B. bei Nena oder Madonna ist, sondern die jede eifersüchtig als seinen Geheimtip für sich behalten möcht“(Urini), die es Ronnie schon immer angetan haben. Es sind die, die unbarmherzig ihre eigenen musikalischen Auffassungen durchgezogen haben und damit über die Jahre und Jahrzehnte auch erfolgreich waren. Nicht nur die stillen poetischen und kunstvollen Musiker (siehe oben) - auch Haevy Metal ist nicht ausgeschlossen. Urini war schon in seiner früheren Jugend einer der größten Alice Cooper-Fans des Landes und liebte auch Iggy Pop & The Stooges mit ihrer musikalischen “rohen Gewalt“ (LP-Titel “Raw Power“). Als Hommage an Iggy erscheint 1984 in den USA eine 10-EP “Im Erdloch mit Iggy & den Iguanas“. 4 Nummern, die auf typischen Stooges-Riffs aufbauen, in deutscher Sprache, und das in Detroit/Michigan. 6 000 Stück verkaufen sich fast von selbst. Auf dem Psychobilly-Sampler „Train to Disaster“ (16 000 Stück in einem Monat verkauft) reißt die englische Version von „Alice in Wonderland“ die Presse zu wahren Elogen hin(Village Voice: „Underground-Klassiker des Jahres“. The Aquarian: „It’s worth **$7** for the record just for this song!“ Welchem österreichischen Künstler sind solche Erfolge im Ausland denn sonst beschieden - außer Falco und Opus, aber die laufen unter “Kommerz“ und davon kann man halten, was man will. Oder?
Warum aber bleibt jemand, der der sogenannten “Underground“-Szene international einen so guten Namen hat (wie übrigens auch “The Vogue“, als Vorbild einiger neuer Psychedelic-Bands) hierzulande immer noch der Geheimtip, der Unentdeckte? Als Hinweis auf die dahintersteckende Mentalität mag auch gelten, daß der “Ö3-Wekker“ um eine Stunde verlängert wurde - “The Roaring Sixties“ gehören damit endgültig der Vergangenheit an.

Capitel 3: Media Evil

Ronnie Urini: „In den 3 Jahren

WILIGHT ZONE

RONNIE URINI & die letzten Poeten

Der dunkle Prinz erzählt Geschichten aus 1001 NACHT

ihrer Existenz haben sich die "Letzten Poeten" intern entwikkelt - nicht nach außen hin, keinen Trends folgend. Was bei uns gerade passierte, veröffentlichten wir, ohne Rücksicht auf Moden. Eine Art musikalische Tagebuchaufzeichnung.

Zur Zeit von "Niemand hilft mir" waren ja deutsche Texte längst den Bach runter. Es gab zwar einige gute Sachen wie "Dadada" und "Eine Königin mit Rädern untendran", und auch "Ich fahre mit dem Auto" von Minisex war ganz witzig, aber man hätte ja dann schon wirklich Sachen singen können wie "Arschgefickter Weihnachtsmann". Oder hat es sogar getan, ich weiß es nicht mehr. Ich habe lieber Texte der Leute übersetzt, die ich mag. Wenn man selber keinen absolut guten Text zusammenbringt, der alles schlägt, soll man es lieber lassen", begründet er sein Verhalten, nicht ohne Attacke auf seine schreibenden Kollegen. Auch zu einigen hiesigen Musikkritikern besteht ja ein gespanntes Verhältnis: „Es ist halt gemein, wenn mich der Chris Duller vom FALTER fragt, weche Musik mir gefällt; und dann heißt es, das wären meine Vorbilder. Aber es sind eben Einflüsse, mehr nicht. Er schreibt noch dazu: Mit apostolischer Servilität folgt er irgendwelchen Leuten. Das berührt einen auch, man denkt sich, na gut, man hat mit dem gesprochen, und dann schreibt er sowas. Später hat er mir gesagt, daß jetzt eine Art journalistisches Kesseltreiben gegen mich veranstaltet werden soll. So eine Kinderei! Die wirklichen Imagebastler sind zumeist sehr humorlos, wie auch viele puritanische Musikrezensenten, und Humorlosigkeit ist das größte aller Übel.

Capitel 4: Typologie des Schwarzträgers:

1. Satanisten: Von wenigen hierzulande nicht existenten Ausnahmen abgesehen, handelt es sich bei dieser Spezies um pubertierende Wohlstandsbabies, die ihrer tief empfundenen Bedeutungslosigkeit ein mystisch-magisches Cape umhängen, So weit, so widerlich.

2. Existentialisten: Die zweite Gattung Schwarzgekleideter – sie tragen immer noch ihre schwarzen Rollkragenpullis, weil die rororo-Camus/Sartre-Ausgaben farblich so schön dazupassen. Meistens sind sie aber nur alternde Intellektuelle, die ihren chronischen Geldmangel mit penetrant zur Schau gestellter Konsumverachter-Pose überspielen.

3. Schöps rules ok! Die Leute, die sich nur deshalb finster anziehen, weil ihnen seit Jahren immer wieder jemand einredet, das sei die NEUE Modefarbe. Alle anderen Gruppen hoffen auf das Verschwinden dieses Typus. Die Autoren schließen sich dem an.

4. Positive Punks: Gibt es bei uns kaum. Liebenswerte Blackies mit weißen Gesichtern, die sich perfekt ins Wiener Straßenbild fügen. Empfohlene Accessoires: jede Menge Rosenkränze.

5. Die schwarzen Romantiker: Alleine unter einem Haufen Niemanden. Sollten wir damit wieder bei unserem Marquis sein? Seine neue LP erscheint demnächst, von der Band selbst produziert, 500 Stück Auflage. Verkauft wird sie bei an sechs aufeinanderfolgenden Tagen stattfindenden Konzerten, im Wiener "After Midnight". Ronnie: „Das ist eine Sensation, seit hunderten Jahren hat das keiner mehr in Wien gemacht, sechs Tage hintereinander zu spielen. Das Programm wird jeden Tag anders sein, es werden auch täglich andere Gastmusiker auftreten, die alle unter den Begriff TWILIGHT MUSIC fallen könnten, wenn man so will. Zum Beispiel die Bläsertruppe 'Trio des Etoiles Noires', die von Bartok und Schönberg beeinflußt sind, und eine Musik machen, die sich nur selbst definieren kann." Stattfinden wird das ganze am **6. – 11.Nov.** und sollte für jeden aufrecht denkenden Menschen ein Pflichtereignis sein. „Bei einigen Sachen werden wir den Puritanern sicher die Gurke geben", meint Ronnie grinsend. ●

WAS IST PSYCHEDELIC?

Eine bedrohliche, finstere Welle überspülte uns. Eine pechschwarze Welle, von jungen Herren aus den USA und England gemacht.

PSYCHEDELIC!

Diese finsteren Herren, musikalische Dunkelmänner, haben sich mit brutalem "Gruselschnitt" von den Hit-Schneidern getrennt. Sie wollten fantasieren, improvisieren, ihre schwarzen Gedanken "vernoten". Wollten wieder komponieren, Musiker sein und schufen

PSYCHEDELIC.

Sie mixten bunte Träume mit Horror und satanischen, überdimensionalen Effekten, gaben viel Schwarz hinzu und obendrauf einen farbenfrohen Klecks mit einem kräftigen Schuß Rot (bloody red), man schuf

PSYCHEDELIC.

Um Psychedelic zu genießen, haben wir einen "Rillenschocker" geschneidert, wie er härter und schwärzer nicht zu schneidern war. Eine sehr geheimnisvolle, bedrohliche schwarze Welle, die uns noch lange überrollen wird:

PSYCHEDELIC ...

(Geschrieben 1968 auf dem Electra-Sampler "Psychedelic Soun

Servus die Madln, servus die Buam!

von Stephan Settele

Über dem Tresen in der rettungslos überfüllten Bar des Londoner Avantgardetempels ICA (Institute of Contemporary Arts) sind zwei Videomonitore installiert, zwischen denen der gepuffte und gestoßene Gast, in der Hoffnung auf ein Bier, den Blick wandern lassen kann. Es ist eine ziemlich wüste Geschichte, die man sich quer durch den Wirtshauslärm zusammenreimen muß, mit einer zumindest eigenartigen Besetzung und einer Menge knalliger Science-Fiction-Effekte. Da gibt es einen Videopiraten im Pensionsalter, der mit Irokesenfrisur und abgeschrubbelter Lederjacke gegen ein konspiratives TV-Network ankämpft, ein neunmalkluges Computer-Kid und eben den blonden Herrn mit gelatinierten Haaren auf dem hochstirnigen Längsschädel. Ihn bekomme man stets nur im Brustbild zu sehen, läßt man sich vom Nachbarn am Tresen erklären, denn der schleimig lächelnde Mittdreißiger, nach nur zwölf halbstündigen Sendungen bereits einer der populärsten Fernsehmoderatoren Englands, hat weder Hände noch Beine. Er ist das, was man im angelsächsischen Tiewie-Jargon einen „talking head" nennt, ein Sprechschädel ohne Extremitäten, die konsequente Fortsetzung von drei Jahrzehnten Talk-Show: „Max Headroom, the world's first computer-generated TV personality."



Rocky Morton und Annabel Jankel, die seit ihren vielgerühmten Clips für Elvis Costello („Accidents will happen") und Tom Club zur ersten Garde der „Fake Computer Animators" gezählt werden, wurden vom vierten Kanal des englischen Fernsehens mit der Entwicklung einer Video-Lemure betraut, die anstelle eines Menschen aus Fleisch und Blut, als Moderator eines Musikprogramms verwendet werden sollte. Das Ergebnis ist ein hybrides Fernsehwesen aus dem Sinclair Spectrum, den die Züge des kanadischen Schauspielers Matt Frewer als vage, vom Computer bearbeitete Vorlage dienen. Frewers Gesicht, das zerst stundenlang geschminkt wird und nach dieser Prozedur aussieht „wie der Hodensack eines Greises" (Frewer).

Schwierig wurde die Situation für die Produzenten, als Headrooms Popularität nach Auftritten außerhalb des Fernsehschirms verlangte. Konnten Einladungen zu anderen TV-Shows noch körperlos-elegant bewältigt werden, so mußte man dem quasselnden Kopf einen Leib verpassen, um Supermärkte zu eröffnen oder eben den Rockkonzerten der Avantgarde-Schickeria im ICA auf die Sprünge zu helfen. Für solche Anlässe schickt man Matt Frewer aus, dessen Stimme fast so scheppert wie die seines digitalen Alter ego. Die Vorstellung ist ausverkauft, wir drängen uns in den Saal, um zu sehen, wie Headroom „ganz" aussieht, denn natürlich verdankt sich seine Popularität unter Intellektuellen diesem Spiel mit der Referenz um seine „reale" Existenz, die erst als erzwungene Folge seines Fernsehlebens notdürftig und wenig überzeugend konstruiert werden mußte. Die Headroom-Figur „lebt" von der animistischen Spannung, die zwischen Comic-Strip, Live-Sendung und dem entäußerten Privatleben von Fernsehstars den Begriff der Präsenz in beliebig ausweitbaren Simulationszirkeln ad absurdum führt. Es wird zusehends unwichtiger, ob es Herrn Professor Heinz Conrads, Rudi Carell und Vera Russwurm auch außerhalb des Fernsehstudios gibt, da man sie bald in perfekter Qualität digital wird erzeugen können, zum Beispiel anhand von Photographien oder bereits aufgenommener Sendungen, und die Headroom-Erfinder, Morton und Jankel, arbeiten bereits an smarten Nachrichtensprechern und lockeren TV-Metereologen.

Doch auch auf dem behäbigen Rosenhügel ist man gerüstet für das Zeitalter der globalen Video-Animation. Wer bislang der Meinung war, daß die neue, in dezentem Blau gehaltene Wetterkarte des ORF bereits das unumstrittene Meisterwerk der österreichischen Fernsehgrafik darstellt, und wer sich weiters noch nie erklären konnte, warum man nach dem Tratsch im Club 2 trotz der mitreißenden Bildregie und Günther Nennings ennervierendem Grinsen erst bei den forschen Klängen der Bundeshymne wieder — patriotisch verstört — erwacht, darf nun endlich auf eine turbulentere Bilderwelt hoffen. Schließlich hatte der Art Director des ORF schon vor einem Jahr in einer Fernsehillustrierten erklärt, daß es mit dem neuangeschafften hauseigenen Graphikcomputer nicht weiter schwer sei, Mock einen wabbelnden Bierwampen zu verpassen oder einen um 20 Kilogramm abgespeckten Bundeskanzler um die Längsachse rotierend durch das Studio schweben zu lassen. Allerdings, so vergaß er nicht hinzuzufügen, müsse man sich solche Einsatzmöglichkeiten genauestens überlegen, man könne da nicht vorsichtig genug sein. Das Gegenteil ist richtig. Wir brauchen den fetten Mock und den um die eigene Achse rotierenden Bundeskanzler dringender denn je, auch bleiben wir nicht ewig so knackig jung und wollen noch in fünfzig Jahren von einem zeitlosen, wenn auch längst verstorbenen Professor mit „Servus die Madln, servus die Buam" ins Samstagabendprogramm hineingeschmeichelt werden. Dann wird man endlich wissen, ob seinerzeit der Vatikan oder Moskau den Chip für Alfons Dalma geliefert hatte, und daß Hugo Portisch nur ein Video-Zombie aus Bachers Computerarsenal ist, vermuten auch wenig gut unterrichtete Kreise schon seit geraumer Zeit. ■



Karl BISCUIT vertritt neben ROBERT ASHLEY, der TÖDLICHEN DORIS, der Gruppe ATEM, den FRANK CHICKENS u.a. die multimediale Schiene beim TÖNE-GEGENTÖNE-Festival.
am 10.10.,Messepalast Wien, 20Uhr



STATE OF THE ART

Es scheint sich endlich jemand gefunden zu haben, der mit der Illusion vom idealistischen und genialen Künstler, der es kraft der Genialität seines Werkes noch zeitlebens zu höheren Ehren bringt, aufräumen will.

Das neugegründete MUSEUM SE DISSOLVENS verkündet in einem ersten programmatischen Pressepapier, daß Künstler heutzutage vom Wohlwollen und der finanziellen Unterstützung von Firmen und Konzernen abhängig sind. Das Mäzenatentum, wie es in der Renaissance existierte, hat damit nur mehr wenig zu tun. Firmen kaufen Künstler nicht nur, sondern MACHEN sie. Joseph Beuys und Andy Warhol werden etwa als Beispiele angeführt.
Das neue Projekt "Museum Se Dissolvens" hat sich vorgenommen, obigen Umständen Rechnung zu tragen. Nicht mehr Künstler stellen ihre Werke aus, sondern Firmen. Als diejenigen, ohne die Kunst heute nicht mehr existieren könnte. Die Namen der Künstler, zumindest für die Dauer der Ausstellung, lauten demnach IBM, SONY, MOBIL OIL, GGK, OTTAKRINGER usw. In den 10 Räumen des Museums werden 10 Firmen "ihre" Werke ausstellen. Als Signatur unter den Exponaten steht das Firmenemblem. Folgerichtig wird man auch keine Künstlerlebensläufe zu lesen bekommen, sondern Firmenbiographien.
Das neue Museum befindet sich im 7. Wiener Gemeindebezirk, in der Westbahnstraße Nr. 7.
Eröffnet wird das MUSEUM SE DISSOLVENS ("Das sich auflösende Museum") von 4. bis 6. Oktober, in der Form eines Dreitage-Festes. Am 4.10., um 19 Uhr, hält der unvermeidliche Prof. Peter Weibel eine Ansprache, und dann geht es los, das Fest, auf dem auch einige Musikanten ihr Bestes geben sollen. Jeder Besucher erhält für sein Geld ein Originalwerk als Eintrittskarte. („Kunst kommt von Kaufen"). Ebenso auf den Unternehmens-Charakter dieser neuen Museumsauffassung abgestimmt ist ein Beteiligungsmodell, bei dem sich Besucher und Freunde des Museums mittels Aktien in das Unternehmen "einkaufen" können. Die Aktien (von 2.000,– bis 10.000.– Schilling) sind jeweils ein Jahr gültig, dafür zählt man in der Zeit auch zu den Mitbesitzern des Museums, nimmt an allen Aktivitäten teil UND darf sich ein Originalwerk aussuchen, das einem für immer und ewig gehört.
Endlich können auch Menschen wie Sie und ich moderne Kunst verstehen – es verhält sich ähnlich wie mit der "Sachertorte": sie mag vielschichtig sein, aber ohne Geld kriegt man sie überhaupt nicht.

Peter Hiess

Daniel Schmid und Hans-Jürgen Syberberg im Filmmuseum

Hans-Jürgen Syberbergs neuer Film "Die Nacht" mit Edith Clever als Solistin des sechsstündigen Spektakels sollte heuer in einer szenischen Bearbeitung beim "Steirischen Herbst" aufgeführt werden. Dazu ist es schließlich doch nicht gekommen und so wird man bis auf weiteres mit der zweiteiligen Kinofassung vorliebnahmen müssen, die Syberberg nur an eigens ausgesuchten Häusern spielen läßt. Es ist durchaus möglich, daß die Vorführung im Filmmuseum (4./5. 10.) auf längere Zeit die erste und einzige Gelegenheit bleiben wird, Syberbergs "Abgesang auf Europa", der für ihn auch den Abschied von Wagner bedeuten muß, in Wien zu sehen. Für eine Parallelveranstaltung im Dramatischen Zentrum wo zwei seiner früheren Arbeiten gezeigt werden, hat der 50-jährige Regisseur, der im Ausland als der deutscheste der deutschen Filmemacher gehandelt wird, sein Kommen und seine Diskussionsbereitschaft angekündigt. ■

"Fritz Kortner probt Kabale und Liebe" (1965)
"Kortner spricht Monologe für eine Schallplatte" (1966), am 4./5. Okt. jeweils um 15 Uhr.

Wie Syberberg ist auch Daniel Schmid ein exalte des Kinos. Fasziniert von der Maßlosigkeit des Melodramas, läßt er Dekor und Schauspieler in einer überbordenden Dekadenz der Gefühle aufgehen. Im Kino, so sagt er, sei nichts echt und seine Filme könne man sehen als „eine Art sozialen Kitsch, sehr in der Art der Jahrhundertwende".
Auf abgelegenen Schlössern und in bergversperrten Alpendörfern sterben seine Figuren an den Folgen der Liebe wie anderswo nach gefährlichen Pistolenduellen. In "Heute Nacht oder nie" variiert er den bei den Grafen Esterhazy verbürgten Brauch, daß einmal im Jahr die Herrschaft eine Soiree für die Dienerschaft veranstaltet, wobei jene diese zu bedienen haben. Der nach einem Faßbinder-Stück in Wien gedrehte "Schatten der Engel" mußte in Paris aus dem Programm genommen werden, da man dem Film – fälschlicherweise – Antisemitismus vorwarf und Bombendrohungen eingingen. Seine neueste Arbeit, "Der Kuß der Tosca", eine überaus gelungene und überaus witzige Dokumentation über ein Heim für alternde Künstler in Italien, wird ab 18.10. auch in das reguläre Kinoprogramm übernommen. ■



KEIN ESSEN, KEIN TRINKEN, NUR BLUT


Objekt von Istvan Zambo. Foto: Palla

. . .ist die Übersetzung des Originaltitels einer Ausstellung dreier ungarischer Künstler: Die *TATGALERIE* in der Wipplingerstr. 29 präsentiert vom **2. 10. – 25. 10. 85** Ölbilder, Objekte und Zeichnungen von *A. Wahorn, L. Lugossy und I. Zambo.*

Der avantgardistische Charakter ihrer Arbeiten bringt sie in ihrer Heimat immer wieder in Schwierigkeiten. Schiere Schaffensfreude läßt sie zu vielen Stilmitteln greifen, sofern diese ausdrücken können, was sie als gemeinsames Anliegen begreifen: Gefühle, Geschlechterrollen, Sexualität. Erotische Versatzstücke werden dabei beißend ironisch verwendet, was auch mal heißen kann, daß langzähnige Stöckelschuhe gierig in saftig, zuckendes Fleisch beißen. Die drei sind auch Mitglieder der Avantgardmusikgruppe *BIZOTTSAG* und treten anläßlich der Vernissage am **1. OKTOBER, 20h**, live auf.

Ganelin Trio (UdSSR):

In einem Artikel des "Coda Magazine" über sowjetischen Jazz steht: „Wenn man die Musik getrennt vom soziokulturellen Kontext, in dem sie entstand, betrachtet, bemerkt man, daß sie, verglichen mit ähnlichen Versuchen westlicher Musiker, keine speziellen Vorzüge besitzt."

Die Musiker, die aus der Kälte kommen, stehen permanent unter dem Zwang den Ostblock-Malus wettzumachen, und zu beweisen, daß sie den Zeitgeist-Zug, der im allgemeinen immer noch im Westen fährt, nicht verpaßt haben.

Beim Ganelin-Trio äußert sich das etwa so, daß anerkannte Zelebritäten der westlichen Improvisationsmusik via Songtitel der Fehdehandschuh hingeworfen wird: „Who is afraid of Anthony Braxton?" Nun, vor Braxton brauchen sie sich vielleicht nicht zu fürchten, aber die neuesten Entwicklungen des Jazz (New York, New York) sind doch recht spurlos an ihnen vorübergegangen: unter den Talaren der Musiker ist der Muff von 20 Jahren: Namen wie Cecil Taylor, Alexander von Schlippenbach, Marion Brown mögen als Bezugspunkte dienen. In einer tendenziell wohlwollenden Konzertkritik zur Englandtournee des Ganelin-Trios werden einige positive Aspekte der Musik herausgestrichen, dann jedoch steht: „But too much else was 'free' jazz with the usual squawks, scufflings and bangings." Doch halten zu Gnaden, schlecht ist die Musik von Vyacheslav Ganelin (Klavier, Baß etc.) Vladimir Chekasin (Altsaxophon, Okarina, Pfeifen etc.) denn doch nicht.

Gelegentlich unterlaufen ihnen zwar die beliebten Bandwurmprovisationen, wo sich der Saxophonist über pulsierendem Rythmusgewebe seiner "großen Erzählungen" widmet, aber zahlreiche Piecen im Pepertoire sind durch eine effektvolle Stop and go Dramaturgie gekennzeichnet: travestierte Klassik-Themen werden durch überraschende Breaks konterkariert, ungewöhnliche Instrumentalstimmen, wie die der Okarina, in den Vordergrund gerückt. Der Griff in die Eingeweide des Flügels – ein Standart fortschrittlicher Musik – darf natürlich ebenfalls nicht fehlen.

Das Ganelin-Trio ist im Rahmen einer ausgedehnten Tournee zum ersten Mal in Österreich zu hören.

11. 10. Langenlois
12. 10. Ulrichsberg
14. 10. Salzburg, Elisabethbühne
15. 10. Wien, Ensembletheater
17. 10. Klagenfurt
18. 10. Graz, Jazz Saloon
19. 10. Nickelsdorf

termine MUSIK

- **Diana Ross,** 4. 10., *Stadthalle,* 19 Uhr 30
- **Jan Garbarek Quartett,** 5. 10., *Audimax TU,* 19 Uhr 30
- **Anne Clark,** 8. 10., *Graz Ska,* 20 Uhr – 9. 10. *Szene Wien,* 20 Uhr
- **Young Giants** (Chico Freeman, Don Cherry, Arthur Blythe, Hilton Ruiz, Cecil McBee, Billy Hart): 19. 10., *Audimax TU,* 19 Uhr 30
- **Toy Dolls:** 19. 10., *Szene Wien,* 20 Uhr – 20. 10., *Ska Graz*
- **Stanley Jordan:** 21. 10., *Audimax TU,* 19 Uhr 30
- **Lou Donaldson Quartett/Defunkt:** 25. 10., *Audimax TU,* 19 Uhr

FILM

- **Retrospektive** Daniel Schmid, *Filmmuseum,* **7. 10. – 14. 10.**
- **Retrospektive** Erich von Strohheim, *Filmmuseum* **15. – 31. 10** (mit Unterbrechungen)
- **Die Nacht**/Hans-Jürgen Syerberg, *Filmmuseum* **4./5. 10.**
- **Der Kuß der Tosca**/Daniel Schmid, voraussichtlich **18. 10.** in Wiener Kinos.
- **Der Ruf der Sibylla**/Clemens Klopfenstein, Anfang **Oktober** in Wien
- **Out of the Past**/Jaques Tourneur, *Stadtkino,* Anfang **Oktober.**
- **Freaks**/Tod Browning, *Breitenseer* **10. 10.**
- **Deep Throat**/Gerard Damiano, *Breitenseer* **ab 3. 10.**

THEATER

- **König Ubu** von Alfred Jarry, Insz: Alexander Gaudart, *Theaterbrett.*
- **Kalldewey,** Farce von Botho Strauß, Insz: Dieter Berner, *Akademietheater*
- **Elvis** – Stationen eines Lebens von Regina Lassner, Insz: Michael Schottenberg, Theater im Kopf im *Schauspielhaus*
- **Dämonen** von Lars Noren, Insz: Dieter Giesing, *Akademietheater*
- **Freiheit in Krähwinkel** von Johann Nestroy, Insz: Horst Zankl, *Burgtheater.*
- **Hochzeit** von Elias Canetti, Insz: Hans Hollmann, *Akademietheater*
- **Blut am Hals der Katze** von Rainer Werner Faßbinder, Insz: Gerhard Werdeker, *Spielraum*



ISMAEL IVO stammt aus der brasilianischen Hafenstadt Alvadore de Bahia. Zwei Auftritte mit Alvin Aileys Meistertänzer Calvin Rotarrdie genügten, um ihn zum Star der New Yorker Tanzwelt zu machen.-

In seinem Stück PHÖNIX, das am **23.-24.10.** in der Stadthalle zur Aufführung kommt, will er die Entwicklung des nach Freiheit strebenden Individuums weitertanzen, des Menschen, der am Schluß aufrecht steht im wahrsten Sinne des Wortes.



2.000 JAHRE NACH UNSERER ZEIT.

Reines, gesundes Wasser ist ein Geschenk der Natur, das wir nicht vergeuden dürfen. Anstatt unsere natürliche Umwelt aus Dummheit und Habgier völlig zu vernichten, sollten wir heute daran denken, wie die Welt in 100 Jahren, in 1.000 Jahren, in 2.000 Jahren aussehen wird.

Römerquelle ist sich dieser Verantwortung bewußt und leistet heute den Beitrag, den es braucht, daß sich auch unsere Nachkommen in ferner Zukunft noch an den Geschenken der Natur erfreuen können. Römerquelle ist überzeugt, daß die moderne Wegwerfgesellschaft keine Zukunft hat. Daher werden alle leergetrunkenen Römerquelle-Flaschen zurückgenommen und wieder verwertet. Das Nutzwasser, in dem die Flaschen gewaschen werden, wird in der eigenen Kläranlage wieder aufbereitet und verläßt vollbiologisch gereinigt das Werk. Die Schraubverschlüsse werden zu Kunststoffkisten verarbeitet, die abgewaschenen Papieretiketten zu Briketts verpreßt.

Mag sein, daß der tägliche Umgang mit wertvollem Mineralwasser Römerquelle zum sorgfältigen Umgang mit den Schätzen der Natur erzogen hat. Ist doch das Mineralwasser aus der Quelle von Edelstal selbst ein Naturschatz, wie es nur noch wenige auf dieser Welt gibt.

Die Römerquelle hat ihren Ursprung in tektonischen Verschiebungen, die vor Jahrmillionen das Gesicht unserer Heimat prägten. Damals senkten sich am Übergang des Alpenbogens zur ungarischen Tiefebene gewaltige Kalk-Dolomitenschollen und schlossen reinstes Quellwasser in 400 Meter Tiefe ein. So entstand die Römerquelle, ein artesischer Brunnen, dessen Wasser unter gewaltigem Druck an die Erdoberfläche drängt und dabei mit wertvollen Mineralien angereichert wird. Die Fontäne der ungefaßten Mineralwasser-Quelle wäre weit über 5 Meter hoch. Schon vor 2.000 Jahren wußten die Römer um die wohltätige Wirkung der Heilquelle von Edelstal. Dieser Meinung schloß sich auch die erste medizinische Universitätsklinik in Wien an. Römerquelle-Mineralwasser ist eine Heilquelle.

RÖMERQUELLE®

belebt die Sinne.

Fiat Uno.

FIAT

